

Abfallvermeidung – glaube ich – habe ich schon beantwortet. Was du zu den gefährlichen Abfällen gemeint hast, wo der Bund ausschließlich zuständig ist, kann ich nur sagen: Das hat sich leider sehr verzögert. Das war aber nicht unsere Schuld. Wir verhandeln seit nahezu zwei Jahren im Hinblick auf einen Sonderabfallverbund Österreich-Mitte. Es hat ein Jahr gedauert, bis der Bund in der Lage war, die entsprechenden Forschungsaufträge zu vergeben. Die Arbeit ist abgeschlossen. Wir werden sie noch vor Weihnachten präsentiert bekommen. Sicher ist eines: Wir werden an dieser Frage mitarbeiten, aber die Zuständigkeit beim Sonderabfall liegt ganz klar und eindeutig beim Bund.

Kollege Schrittwieser, was die Smogproblematik betrifft, werden wir darüber, glaube ich, bei der Behandlung über die Frage Verkehrsverbund ohnedies noch reden.

Frau Abgeordnete Kammlander, ich freue mich über die Zustimmung zur Umweltabgabe. Wir werden natürlich darüber noch diskutieren. Ich glaube, daß der Ansatz auch sozial verträglich sein muß. Gar keine Frage! Aber ich glaube, das Echo war österreichweit unglaublich. Wir sind permanent angerufen worden, wie wir das machen. Man wollte von uns Unterlagen, wir waren sicher in der Frage die ersten, die an dieses Problem herangehen. Ich bin auch überzeugt, daß die Bürger bereit sind, ihren Beitrag auch für eine saubere Umwelt zu leisten.

Abgeordneter Dr. Cortolezis: Jawohl, wir werden das kommende Jahr unter dem Gesichtspunkt der Kompostwirtschaft und der Müllvermeidung in den Mittelpunkt stellen.

Herr Abgeordneter Vollmann, ich kann das gerne bestätigen: Der Mürzverband hat wirklich ausgezeichnete Arbeit geleistet. Ich war ja als Referent heuer selbst Gast bei der Jahreshauptversammlung und habe mich dort auch überzeugen können. Ich möchte gerne sagen, daß wir mit dem Mürzverband, auch aus meiner Sicht, sehr gut zusammenarbeiten.

Frau Abgeordnete Dr. Kalnoky, ich bedanke mich sehr bei dir für diese Brücke, die du über das vernetzte Denken – vom Lebensmittel zum Bauern – gebaut hast. Ich werde dann auch in der Agrardebatte gerne auf diesen Beitrag zurückkommen.

Kollege Korber: Mit ihm kann ich mich nicht beschäftigen, denn da müßte ich die ganze Nacht reden, und das wird, glaube ich, niemand von mir erwarten. (Abg. Kammlander: „Wenn er nicht anwesend ist, ist es ohnehin hinfällig!“)

Herr Kollege Ofner, ein ganz klares Wort: Natürlich ist es mir auch lieber, wenn wir den Gemeinden mehr zahlen und beitragen könnten. Wir werden natürlich den Antrag sehr ernst prüfen. Ich hätte nur folgende Bitte: Wir stehen auch jetzt in der intensivsten Beratung zu einem neuen Abwasserwirtschaftsgesetz, und bei dieser Gelegenheit möchten wir auch die Frage der Finanzierung vom Grund her neu durchdenken. Daher kann es sein, daß sich die Dinge auf einer neuen Ebene abspielen, dann werden wir auch selbstverständlich mit euch darüber diskutieren; vielleicht können wir diese Frage dort einbringen.

Was den Bund betrifft, gibt es eine ganz skurrile Situation. Ich bin ja Mitglied der Fondsverwaltung und der Fondskommission. Bei der letzten Sitzung ist – und

das muß ich auch aus der Sicht der Steiermark bestätigen – darüber berichtet worden, daß immer weniger Fondsmittel abberufen werden. Das heißt – zur Zeit werden die Gründe untersucht –, es geht dem Wasserwirtschaftsfonds so wie uns bei der Wohnbauförderung, daß vergeben und ein immer kleinerer Teil der Mittel in Anspruch genommen wird. Möglicherweise spielt die Angst der Bürgermeister mit, daß sie sich nicht mehr über solche Projekte drübertrauen. Wir haben als ersten Schritt von der Fondsverwaltung sehr klar verlangt, daß sie die Möglichkeit, die ja jetzt schon im Wasserbautenförderungsgesetz vorgesehen ist, ergreift, bei jenen Gemeinden oder bei jenen Verbänden, wo die Kosten ein bestimmtes zumutbares Ausmaß überschreiten, einen Teil der Kredite umzuwandeln, und zwar 30 Prozent in nichtrückzahlbare Beiträge. Dann zieht das Land automatisch nach, weil es dann auf 15 Prozent aufstocken muß, und das ist zumindest für jene Fälle, die jetzt schon fast nicht mehr finanzierbar sind oder nicht mehr finanzierbar sind, eine Auswegmöglichkeit.

Abschließend möchte ich, meine Damen und Herren, vor allem auch meinen Mitarbeitern sehr herzlich danken. Ich habe das Glück – und das sage ich wirklich auch gerne offen –, gerade im Bereich der Umweltpolitik Mitarbeiter zu haben, die man sich eigentlich nur wünschen kann. Das sind durch die Bank außerordentlich engagierte Leute, die in jeder Situation ihren Mann stellen und draußen auch bereit sind, sich für die Anliegen der Umwelt einzusetzen. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich bedanke mich sehr bei Hofrat Dr. Rupprecht, der wirklich ein Hansdampf in allen Gassen ist, wo immer die Umwelt zur Diskussion steht, und bei seinem Mitarbeiter Dr. Rupp, mit dem ich vor allem viel zu tun habe. Ich bedanke mich sehr bei Hofrat Dipl.-Ing. Ertl – ich glaube, er ist heute sogar hier –, ein g'standenes Mannsbild, wie man so sagt, der in wirklich großartiger Weise seinen Mann stellt. Ich bedanke mich auch bei Herrn Oberbaurat Dipl.-Ing. Perner, der heuer sehr viel mitgemacht hat, aber auch sehr, sehr viel gearbeitet hat. Wenn wir wohlvorbereitet in den Winter, der hoffentlich kein Smogwinter sein wird, gehen, dann geht das zu einem maßgeblichen Teil auf sein persönliches Konto, weil er in einer wirklich vorzüglichen Weise in diesem Jahr Planungsarbeit und sonstiges vorbereitet hat.

Ich bedanke mich sehr herzlich auch bei Hofrat Dipl.-Ing. Dr. Grancy, der für die gesamte Wasser- und Abwasserwirtschaft sowie für die Förderung zu sorgen hat, und das ist nicht immer sehr einfach – wir wissen das, es gibt auf dem Gebiet sehr viele Probleme –, aber auch bei der Gruppe, die jetzt ausschließlich die Müllwirtschaft betreut, bei Herrn Oberbaurat Dipl.-Ing. Jägerhuber und bei Herrn Dipl.-Ing. Dr. Himmel – um die zwei jetzt konkret zu nennen –, die erstklassige Leute sind und auch draußen – glaube ich – als solche geschätzt werden. Sie müssen sich wirklich in einer oftmals fast nicht mehr verantwortbaren Weise engagieren, weil es ihnen einfach mit der Zeit nicht mehr ausgeht und wir dort einen derartigen Engpaß haben. Ich bin meinem Kollegen Hasiba sehr dankbar, daß er bereit ist, hier zu helfen und dieses Team aufzustocken.

Ich möchte mich vor allem auch bei Herrn Hofrat Dipl.-Ing. Zwitnig bedanken. Sein Ansatz ist zwar in der Gruppe 1, aber nachdem ich hier als Sprecher auftrete, möchte ich mich bei ihm sehr bedanken, und zwar nicht zuletzt auch deshalb, weil er in den Ruhestand tritt und es vorgezogen hat, vor der Zeit zu gehen. Ich kann das verstehen. Er hat, glaube ich, mit dem Ölalarmdienst im Land immer wieder Feuerwehr gespielt, und zwar immer dann, wenn es besonders kritisch war und Grundwasser und Böden gefährdet waren. Ich bedanke mich herzlich auch bei ihm für seinen Einsatz und wünsche ihm alles Gute. (Allgemeiner Beifall.)

Nicht zuletzt – last not at least – möchte ich mich vor allem auch bei einer neuen Institution, oder namentlich gesprochen beim Umwelthanwalt Hofrat Dr. Oswald bedanken. Ich weiß, es hat einige kritische Anmerkungen gegeben, als er im Rahmen eines Ausschreibungsverfahrens bestellt worden ist. Ich glaube, inzwischen hat er bewiesen, daß er außerordentlich engagiert und sehr kompetent seine Aufgabe erfüllt. Ich weiß, daß er es nicht leicht hat, weil er es beiden Seiten oft nicht recht machen kann – den einen zu viel und den anderen zu wenig –, aber ich bin sehr froh, meine Damen und Herren, daß wir diese Institution „Umwelthanwaltschaft“ haben, und bedanke mich auch herzlich bei Hofrat Dr. Oswald und wünsche auch ihm alles Gute.

Ich bedanke mich bei Ihnen, meine Damen und Herren, für die sehr hochstehende und überaus konstruktive Diskussion zur Frage der Umweltpolitik. Ich sage ganz offen, das macht mir Hoffnung, daß wir die oftmals fast unlösbaren Probleme sicher leichter bewältigen können, wenn wir sie zu unserer gemeinsamen Angelegenheit und zu unserer gemeinsamen Sache machen. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 20.30 Uhr.)

Präsident Wegart: Zum Wort gemeldet ist der Herr Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth.

Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth (20.30 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Präsident!

Ein Wort zum Naturschutz, der auch in dieser Gruppe beheimatet ist: Ich möchte im wesentlichen, was die Sache betrifft, die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Kröll unterstreichen, der als Vorsitzender des Naturschutzbeirates sehr verdienstvoll tätig ist. Ich unterstreiche es im Hinblick auf die Situation in Sachen Nationalpark. Sie wurde von ihm so geschildert, wie sie ist. Im Zusammenhang mit der Neuordnung der Schutzgebiete an unserer nordwestlichen Grenze sind wir auf guten Wegen. Mehr ist heute nicht dazu zu sagen. Wir hoffen, ein anderes Mal etwas berichten zu können. Natürlich unterstreiche und unterstütze ich die Ausführungen, betreffend die Finanzen. Es ist uns ein erster Schritt im Budgetentwurf 1990 gelungen. Der zweite Schritt muß durch die Umweltabgabe kommen, so daß der Fonds leistungsfähig wird. Wir haben in den letzten Jahren gute Schritte nach vorwärts gemacht. Wir brauchen aber die Kontinuität, und die wird also offenbar durch diese Summe, durch diesen 20prozentigen Anteil an der Umweltabgabe, gesichert sein, und dann können wir

tatsächlich planmäßig weiterarbeiten. Zweimal möchte ich danke sagen:

Erstens einer ganzen Gruppe von Männern und Frauen, einer großen Gruppe von Männern und Frauen. Es sind fast 2500, die in der Berg- und Naturwacht der Steiermark tätig sind. Die Damen in diesem Hohen Hause wird es freuen zu hören, daß davon 59 Frauen sind, Berg- und Naturwächterinnen. Das ist unsere große Chance, denn wir wollen ja, daß diese Berg- und Naturwacht nicht wie der Racheengel in der Natur steht, sondern in erster Linie den Menschen freundlich entgegengeht, sie überzeugt von den Anliegen der Natur, sie berät und ihnen vielleicht das richtige oder ein besseres Betragen in der Natur beibringt und nicht sofort mit dem Bescheid und mit der hohen Strafe droht. Aber jedenfalls haben diese Männer und Frauen im abgelaufenen Arbeitsjahr nach der Statistik 198.000 freiwillige Einsatzstunden geleistet und dabei mit ihren Pkws rund 585.000 Kilometer zurückgelegt. Sie haben damit unter anderem auch die Aktion „Saubere Steiermark“ getragen, die darin besteht, Landschaft zu säubern, zu reinigen, unter anderem Tausende von Autowracks aus der steirischen Landschaft abzuschleppen, eine ungeheure Arbeit, für die wir nur immer wiederum danke sagen können. Ich möchte das hier tun, stellvertretend an Landesleiter Regierungsrat Schalk mit seinem ganzen Führungsteam, wir sind diesen Männern und Frauen wirklich zu großem Dank verpflichtet. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Zweiter und letzter Dank einer Einzelperson, einem großen Idealisten. Folgen Sie mir in Ihrer Fantasie eine kurze Weile in einen wunderschönen Bezirk unseres Landes, nach Murau hinauf. Dort gibt es einen Teich, eingebettet in die Natur. Ein wunderschönes Panorama. Ein Teich, der die Vogelwelt anzieht aus der Nähe und aus der Ferne. Über 100 Vogelarten werden dort gezählt, einheimische auf der einen Seite und fremde auf der anderen Seite, die dort landen und nisten und brüten und uns dann wiederum im Herbst verlassen. Das ist der berühmte Furtner Teich. Der Furtner Teich, der wirklich auch einen Besuch wert ist. Dort gibt es ein Haus. Wir haben auch dazugezählt, eine kleine, aber feine Forschungsstätte. Sie ist benannt nach einem großen Vogelkundler, der einstmals Mönch in Sankt Lambrecht war, Blasius Hanf. Und dort hat 25 Jahre lang ein großer Vogelkundler gewirkt, der dieses Jahr dieses Haus verlassen hat, weil er schon 78 ist. Es handelt sich um den Professor Erich Hable. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.) Ein Lehrer, ein großartiger Idealist, ein international bekannter Forscher, er war auch Naturschutzbeauftragter, ehrenamtlich im Bezirk Murau, hat sich jahrzehntelang eingesetzt für die Natur, für die Tierwelt und für die Forschung. Er wird uns nach wie vor verbunden bleiben, aber die ärgste Arbeit will er jetzt wirklich in jüngere Hände übergeben. Wir werden dieses Haus, das eine Kostbarkeit ist, an das Joanneum angliedern. Das ist sinnvoll, an die Zoologie des Joanneums, um auch hier für Kontinuität zu sorgen und auch für die gewisse notwendige finanzielle Absicherung. Wir werden diese Blasius-Hanf-Forschungsstätte am Furtner Teich nicht hängenlassen und nicht vergessen. Ich möchte also mit Erich Hable vielen, vielen anderen Idealisten und Idealistinnen im ganzen Land dafür

danken, daß sie sich für die Natur in großartiger Weise einsetzen. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 20.36 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Wir kommen nun zum zweiten Teil der Gruppe 5 „Gesundheit“. Zum Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Kammlander.

Abg. Kammlander (20.36 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Wir haben erst vor rund einem Monat über die Situation in der Heilpädagogischen Abteilung des Landesnervenkrankenhauses hier im Landtag eine Debatte mit dem Spitalslandesrat geführt. Inzwischen hat sich die Kommission konstituiert und die Befragung aufgenommen. Ich würde gerne von Herrn Landesrat Dr. Strenitz ein bißchen über das Zwischenergebnis erfahren, weil ich mich persönlich auch dafür interessiere. Und soviel ich weiß, wird derzeit in dieser Station personell umbesetzt, und eine Ausgliederung wird vorbereitet. Ich hoffe, daß da wirklich jetzt etwas geschieht. Wir dürfen aber nicht allein bei dieser Veränderung der Heilpädagogischen Abteilung stehenbleiben. Hier richte ich einen besonderen Appell an den Spitalslandesrat Dr. Strenitz. Ich glaube, daß der gesamte Bereich des Landessonderkrankenhauses reformbedürftig ist, genauso wie die Außenstelle in Schwanberg. Ich begründe dies damit, daß ich vermute, daß überall in diesen psychiatrischen und geriatrischen Stationen Menschenrechtsverletzungen passieren. Und bis heute haben weder Psychiater, noch Juristen, noch Politiker die Frage beantworten können, wo psychische Krankheit beginnt und wo psychische Gesundheit aufhört. Die bei uns überall übliche Hospitalisierung führt dann dazu, daß das ursprüngliche Leiden und die durch die Station produzierte Schädigung nicht mehr auseinanderzuhalten sind. Die tägliche Monotonie in diesen Anstalten und die massive Einschränkung und die Verabreichung dann noch von Psychopharmaka machen die Patienten in unseren psychiatrischen Stationen zu entmündigten Menschen, und ich würde sagen, das sind psychiatrische Endlager. Ich gehe sogar so weit, die sogenannte pflegerische Tätigkeit in diesen Anstalten mittels Psychopharmaka als legalisierte gefährliche Körperverletzung zu bezeichnen. Und der bekannte italienische Professor Franco Basaglia, der sich für die Psychiatriereform in Italien eingesetzt hat – er ist leider schon fast zehn Jahre tot –, hat einmal gesagt: „Im nachhinein kann man jetzt sehen, welchen Effekt die Psychopharmaka sowohl für den Kranken als auch für den Arzt haben, und sie wirken gleichzeitig auf die Angstsituation des Kranken wie des Arztes ein und führen damit zu einem Paradoxum. Der Arzt lindert mit Hilfe der Medikamente, die er dem Patienten verschreibt, sein Gefühl der ängstlichen Unsicherheit gegenüber einem Kranken, zu dem er keine Beziehung und mit dem er keine gemeinsame Verständigungsmöglichkeit zu finden weiß.“ Er kompensiert also durch eine neue Form der Gewalt seine Unfähigkeit. Durch die sogenannte beruhigende Wirkung der Medikamente verharrt der Patient in seiner passiven Krankenrolle. Und welche Stimme haben diese Sprachlosen, und welches Gehör finden sie bei den Verantwortlichen? Und mein Kollege Dr. Lopatka, ich hoffe, er wird mich dann

unterstützen dabei, wir haben uns soweit abgesprochen, daß wir in dem Fall Auskunft haben wollen, was dort in diesen Stationen passiert. Ich möchte das nicht mehr der reinen Verwaltung überlassen und auch nicht den politisch Verantwortlichen im Land allein überlassen. Ich möchte mich als politische Frau oder als politischer Mensch in diese Frage einmischen, und zwar nicht nur in eine Abteilung, ich werde überraschend in den verschiedenen psychiatrischen und geriatrischen Anstalten des Landes auftauchen. Ich möchte mir ein eigenes Bild machen, weil mir die Berichte in der letzten Zeit derart schlimm vorkommen und ich wirklich befürchte, daß es da noch einiges zu reformieren gibt, und vor allem, daß noch einige Katastrophen auf uns zukommen. Diese Zuständigkeiten, die es jetzt gibt, werden zwar in Akten und Fälle gekleidet, Menschlichkeiten und Rechte werden auf diese Art mehr oder weniger mißachtet.

Ich möchte da auf den problematischen Fall Smollin eingehen – es ist ja ein dicker Akt: Der Fall hat sich schon 1982 im LSKH Graz ereignet, ist noch immer nicht eindeutig geklärt. Im Moment wird da wieder eine Befragung im LSKH stattfinden – ich glaube, sogar heute nachmittag. Die Krankengeschichte ist inzwischen aufgetaucht. Es geht hier um Gewaltanwendungen in einem Waschraum, um Kopfverletzungen und Verletzungen überhaupt im Gesichtsbereich. Es wird jetzt ermittelt, Klagen sollen eingereicht werden, und ich habe mich erkundigt, daß es sich hier um keinen Einzelfall handelt. Täglich werden hier in Graz Menschen zwangseingewiesen, und wenn sich niemand um diese kümmert, sind sie dann auch hilflos dem autoritären System Krankenhaus ausgeliefert. Sind sie einsichtig, das heißt verhalten sie sich angepaßt und ruhig, dann läßt man sie in Ruhe, so nach dem Prinzip: Ruhe ist die erste Bürgerpflicht. Wer sich dann gegen diese Art der Verwahrung, gegen diese Art des Eingesperrtwerdens wehrt, wer sich dagegen aufbäumt – und das ist das Normalste überhaupt, sich gegen eine Form der Anhaltung zu wehren –, der gilt dann als gestört. Das heißt, gesund ist jemand, der sich anpaßt und sich alles gefallen läßt und vielleicht nach einiger Zeit resigniert hat, und krank ist jemand – eben als nicht einsichtig apostrophiert –, der sich wehrt. Das Normale ist für mich, auch eine Form von Aggression gegen die Freiheitseinschränkung zu entwickeln. Wer dann so geschickt ist und die Geschicklichkeit besitzt, sich aus dem Krankenhaus herauszuwursteln, das heißt, es eben versteht, mit Ärzten und Krankenschwestern gut umzugehen, hat dann Glück gehabt. Andere werden weder besucht noch abgeholt, für die setzt sich dann niemand ein. Da gibt es Frauen, die hören Stimmen und solche Sachen, und die bleiben eben dann für den Rest ihres Lebens dort. In Wirklichkeit will man sie nur los werden, und es kümmert sich auch niemand, daß sie wieder nach Hause kommen. Andere zerbrechen – das können auch junge Menschen sein –, und dann heißt es so schön im Jargon des Landessonderkrankenhauses: „Sie gehen unter die Bahn.“ Das ist eine Bezeichnung für Selbstmorde.

Dann gibt es Besuche und Kontrollen, die mehr oder weniger angesagte Besuche sind, Alibiaktionen. Der Krankenhausalltag wird dann ganz untypisch dargestellt, wie mir berichtet worden ist: Mit Blumen, und alle sind schön angezogen, und da gibt es freundliche

Fragen: „Wie geht's Ihnen?“ und „Wie gefällt es Ihnen da?“, und zwar werden die Patienten vor versammelten Ärzten und Pflegern befragt. Und was bleibt ihnen anderes übrig, als dann zu sagen – na ja –: „Gut!“, weil schließlich und endlich haben sie es ja dort mit ihren Autoritäten zu tun. Wenn sie das Gegenteil sagen würden, würden sie auch nicht wissen, wie es dann weitergeht.

Wer auf diesem Abstellgleis unserer Gesellschaft landet, verliert auch jede Kreativität und, wie gesagt, gerät in Vergessenheit. Ich fordere jetzt die zuständigen Politiker auf – und da meine ich zwei Politiker –, den Herrn Landesrat Dr. Strenitz und den Herrn Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth – ich werde das noch besonders begründen –, sich dieses Elends einmal anzunehmen, ob das jetzt verhaltensgestörte Kinder sind, ob das auffällige Erwachsene sind, ob das pflegebedürftige ältere Menschen sind, sich das vor Ort anzuschauen und so schnell wie möglich eine steirische Gesamtreform in die Wege zu leiten. Ein Teil der psychiatrischen Stationen gehört wirklich geschlossen. Dafür gehören – und da kommt jetzt natürlich auch der extramurale Bereich herein – Tages- und Nachtkliniken, therapeutische Wohngemeinschaften eingerichtet. Herr Kollege Dr. Lopatka, wenn Sie sich erinnern können, in unserer ersten Debatte in dieser Frage haben Sie gemeint: „Wohngemeinschaften im Sozialbereich werden wir wohl nicht organisieren können“, und ich habe dann gemeint: „Nicht die Wohnungen, sondern die Art der sozial, pädagogisch oder therapeutisch betreuten Wohngemeinschaft.“ Heute sind wir – glaube ich – schon einer Meinung, daß das ein richtiger Weg ist. Damals war es vielleicht ein bißchen ein Mißverständnis, weil Wohngemeinschaft war gleichbedeutend mit „Kommune“ oder so irgendwas.

Jedenfalls brauchen wir sozialpsychiatrische Dienste, und diese müssen an die Stelle der psychiatrischen Abteilungen in den bestehenden Krankenhäusern kommen. Es ist eben noch nichts erreicht, wenn wir Betten einsparen, wenn wir die Anzahl der Betten reduzieren, solange für die extramurale Versorgung außerhalb – und da meine ich jetzt den Herrn Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth – die notwendigen Einrichtungen fehlen. Auf der einen Seite sparen wir Betten ein – dafür gibt es auch ein Geld –, aber auf der anderen Seite stecken wir dieses Geld nicht automatisch in die Gestaltung von neuen Versorgungssystemen hinein. Verteilt auf die ganze Steiermark muß es ein Netzwerk von Pflegediensten und ambulanten Stationen geben – damit muß jetzt endlich begonnen werden –, und dafür muß es natürlich auch Landesmittel geben und nicht nur allein die KRAZAF-Mittel, wie ich meine. Wer dieses körperliche, seelische und soziale Elend nicht wahrhaben will, muß sich dann auch öffentlich dafür verantworten. Und ein Landeshauptmannstellvertreter – und damit ist der Herr Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth gemeint –, der für Raucher- und Karieskampagnen ausreichende finanzielle Unterstützung gewährt, muß auch neue Wege in der Versorgung unserer schwächsten Mitglieder – Sie wissen, wen ich meine – außerhalb der Kliniken und Heime beschreiten. Fast zehn Jahre nach dem Tod von Franco Basaglia sperren wir in der Steiermark noch immer Kinder und Verstörte in

sogenannte „Schlangengruben“ ein und sind auch dann für ihre Hilferufe taub.

Ich möchte am Schluß meiner Ausführungen konkret verlangen: Wir brauchen einen steirischen Psychiatriebericht! Ich möchte gerne wissen, wie es in unseren Landeskrankenanstalten auf diesem Gebiet aussieht. Welche Situation herrscht dort? Und bezogen auf meine Kritik: Die unzureichende Unterbringung psychisch Kranker und Behinderter in diesen Krankenhäusern, das Fehlen alternativer Einrichtungen – hier könnte man auch untersuchen, daß es ja andere Möglichkeiten darüber hinaus gibt, daß eine bessere Aufklärung der Bevölkerung über psychische Gesundheit in Zukunft erfolgen muß, daß gemeindenahe Versorgungssysteme in Zukunft kommen müssen – genauso wie die Umstrukturierung der Großkrankenhäuser. In so einen Bericht kann man nämlich auch dann hineinschreiben, in welcher Form man dort umstrukturieren kann, welche Betten unbedingt im Krankenhausbereich vielleicht bleiben müssen, aber die anderen Kliniken bitte aufmachen, und es muß eine völlig andere Form der Betreuung kommen.

Wie ich gefragt habe, ob dort auch Medikamentenversuche mit Psychopharmaka laufen, wurde mir gesagt: „Nicht mehr und nicht weniger als in anderen Krankenhäusern oder in anderen Abteilungen.“ Ich weiß eigentlich noch immer nicht, wie viele solche Versuche in den Krankenanstalten laufen, und das wäre auch ein Punkt, den ich gerne in einem Psychiatriebericht lesen möchte: der Gebrauch von Psychopharmaka in den steiermärkischen Anstalten. Ich danke schön. (20.49 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Zellnig.

Abg. Zellnig (20.49 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren dieses Hohen Hauses!

Ich möchte heute den Versuch unternehmen, unter der Gruppe 5 „Gesundheit“ zum Bodenschutzprogramm zu sprechen. So bin ich davon überzeugt, sehr geehrte Damen und Herren, daß ohne gesunde Luft, Wasser, aber ganz besonders ohne gesunden Boden eine Gesundheit und das Wohlbefinden von uns Menschen überhaupt nicht möglich ist. Ich möchte aber gleichzeitig auf noch einen Aspekt hinweisen, und ich gehöre nicht zu jenen Bürgern, die Gesundheit in jedem Zusammenhang schlecht hinstellen und durch Verhalten, die die Menschen nur noch mehr verunsichern, krank machen. Zum Beispiel: Wenn in der Früh das Radio eingeschaltet wird, ertönt aus dem Äther: „Heute ist die steiermärkische Luft smoggefährdet. Alarmstufe I werden wir nicht erreichen.“ Etwas später meldet das Radio: „Biowetter in der Steiermark, steirischer Pollendienst: Personen, die an Allergien von Kastanien, Erlen oder Spitzwegerichpollen leiden, wird empfohlen, zu Hause zu bleiben. Wenn sie trotzdem spazieren gehen, sollen sie Waldränder und Wiesen meiden.“ Oder „Heute ist mit Föhneinbruch zu rechnen. Kreislaufgeschädigten und herzkranken Personen wird empfohlen, sich heute keiner Belastung auszusetzen.“ Sehr geehrte Damen und Herren, etwas später kommt die Tageszeitung ins Haus, unter Schlagzeilen wird berichtet, tierische Fette erhöhen Cholesterinspie-

gel. Dieser verursacht den gefürchteten Herzinfarkt. Die viel Obst und Gemüse zu sich nehmen, die können der negativen Entwicklung von Herzinfarkt entgegenwirken. Etwas später lesen wir in der Tageszeitung und wird berichtet: „Grüner Salat enthält hohe Nitrate. Diese erzeugen oder fördern die Entwicklung von Krebs. Kinder sind besonders gefährdet.“ Sehr geehrte Damen und Herren, solche Meldungen ließen sich beliebig fortsetzen. Die Menschen werden immer mehr verunsichert. Und wenn es so weiter geht, dann brauchen wir immer mehr Psychiater, damit die psychisch kranke Bevölkerung betreut werden kann. Besonders junge Bürger erklären, durch solche Meldungen und Darstellungen können sie sich des Lebens überhaupt nicht mehr freuen. Gleichzeitig, und auch heute, wurde festgestellt, daß die Lebenserwartung der Bevölkerung ständig zunimmt. Wer soll sich bei solchen Widersprüchen in bezug auf Umwelt und Gesundheit dann überhaupt noch zurechtfinden, sehr geehrte Damen und Herren? Das sehe ich natürlich auch im Zusammenhang mit der Umwelt und im Zusammenhang mit Böden. Nicht nur landwirtschaftlich genutzte Böden sind von besonderer Bedeutung für unsere Gesundheit. Der Waldboden ist ebenso wichtig, besonders als Wasserspeicher für gesundes Wasser. Zur Zeit können wir mit Freude feststellen, daß der Zustand der steirischen Waldböden und somit der Wald sich nicht verschlechtert hat. Die niederschlagsreichen Jahre haben sich auf unseren Wald positiv ausgewirkt. Der Wald ist für unsere Gesundheit, sehr geehrte Damen und Herren, und ganz besonders für die gesamte Bevölkerung von ganz besonderer Bedeutung meiner Meinung nach. Er hat nicht nur eine wirtschaftliche, sondern darüber hinaus auch eine Nutz- und besonders eine Wohlfahrtsfunktion. Beim Bodenschutz für unsere Gesundheit darf nicht übersehen werden, daß die Nutzung und Erhaltung der Böden nicht nur die Landwirtschaft, sondern auch Industrie, Gewerbe, Verkehr und alle privaten Haushalte betreffen. Die Landwirtschaft als Nahrungs- und Futtermittelproduzent ist der Hauptnutzer der Böden in der Steiermark und in Österreich. Dieser ist jedoch auch Lebensraum für unsere Pflanzen, für unsere Nahrung, für unsere Tiere sowie für uns Menschen und hat eine Regelfunktion für Stoffe, für Wasser sowie für Luft und seine ethische Funktion. Um diese vielfältigen Funktionen des Bodens für unsere Gesundheit zu erhalten, bedarf es der konstruktiven Zusammenarbeit und des Verständnisses der gesamten Bevölkerung in unserem Heimatland. Danke bestens! (Beifall bei der SPÖ. – 20.55 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist die Frau Landtagspräsidentin Dr. Kalnoky.

Abg. Dr. Kalnoky (20.55 Uhr): Herr Präsident! Hohes Haus!

Dr. Reinhold Lopatka hat in seiner Generalrede schon von der Bühne gesprochen, auf der sich alles abspielt, und so können wir die große Welt mit der kleinen betrachten. Und wenn wir über die Spitalsfinanzierung sprechen, so können wir auch hier sagen, es haben sich Glasnost und Perestrojka eingestellt, die Transparenz und die Umstrukturierung. Das war eine mutige und richtige Initiative, aber das wissen wir auch

aus anderen Bereichen. Glasnost bringt auch erst einmal Unzufriedenheit, weil sehr viel bisher Verstecktes aufbricht. Es können aber daher falsche Entscheidungen auch revidiert werden, und ich könnte auch sagen, Verleumdungen richtiggestellt. Glasnost bei der Finanzierung gibt dann auch Möglichkeiten, das, was falsch ist, richtigzustellen und zu korrigieren. Wir stehen hier sehr oft vor einem Dilemma. Einerseits erhalten die Menschen – und das ist gut – eine optimale ärztliche Behandlung. Laut Sozialversicherungsgesetz steht jedem Kranken die optimale Behandlung auch zu. Diese aber ist in der Finanzierung durch die Beiträge auch begrenzt. Durch diesen Druck haben wir recht wenig Platz für die, ich würde sagen, humane Medizin, also den Bereich der menschlichen Zuwendung und der Versorgung sowohl bei der Vorsorge wie auch bei der Fürsorge und auch bei der Nachsorge. Das spüren die Patienten und fühlen sich trotz bester medizinischer Behandlung oft alleingelassen und hilflos. Menschen haben eben Wünsche, und sie sind auch bereit, dafür etwas beizutragen. Vorausgesetzt, daß sie den Sinn dafür erkennen. Ich möchte deshalb doch mit Ihnen allen etwas darüber nachdenken, ob es gescheit ist, wenn der Verpflegskostenbetrag von 51 Schilling wirklich abgeschafft würde. Ich weiß, daß auf dem sozialistischen Bundesparteitag darüber abgestimmt wurde. Aus vielen Gründen, man hat gesagt, es bringt nicht sehr viel ein, es geht in der Bürokratie letztendlich unter, und auf der anderen Seite hat man es als wenig soziale Maßnahme bezeichnet. Nun, wir haben in dieser Hinsicht wirklich das Glück durch die Krankenanstaltengesellschaft, daß wir durchaus sehr glaubwürdige Zahlen erhalten. Wir wissen inzwischen, daß im Jahr 1989 allein dieser Verköstigungsbeitrag letztendlich 48 Millionen einbringen wird. Ich weiß schon, daß solche Anträge auf Parteitag abgestimmt werden. Ich hoffe aber, daß sich da noch etwas revidieren läßt, weil wenn man letztendlich betrachtet, wer diese 51 Schilling bezahlt, so gibt es unendlich viele Ausnahmen. Es zeigt sich, daß nur 33,82 Prozent der Pflegetage gezahlt werden. Von 2,111.082 Pflegetagen sind es letztendlich 713.863 von Jänner bis September, und wenn wir es auf das ganze Jahr berechnen, so kommen wir eben auf diese Summe von 48 Millionen.

Es gibt sehr, sehr viele Patienten, die eben diese 51 Schilling nicht zahlen müssen. Es zahlen weder die Bauern noch die Bergarbeiter noch die Zusatzversicherten; es zahlen wirklich nur die ASVG-Versicherten, und da sind auch wieder die Ausgenommenen, die von der Rezeptgebühr befreit sind, und auch nicht die Ausgleichszulagenempfänger. Ich könnte mir vorstellen, und ich glaube, wenn man sagt, daß doch nur ein kleiner Prozentsatz der Patienten diese 51 Schilling zahlt – und die können es zu einem großen Teil wirklich finanzieren – und daß dieses Geld für den Bereich eingesetzt wird, der sonst immer zu kurz kommt, dann könnte ich mir in dieser Veranschaulichung vorstellen, daß alle bereit sind, davon abzusehen, es abzuschaffen. Und ich hätte auch schon einen Plan, zumindest mit 50 Prozent dieser 48 Millionen Schilling, was damit umgesetzt werden könnte, und zwar für alle – und das halte ich für sozial: Es könnten weitere Diätassistentinnen eingesetzt werden. Ich weiß, der Herr Landesrat Dr. Strenitz hat angekündigt, daß er mehr einsetzen wird, aber es wird sicher noch

nicht genug sein. Allein, wenn man berechnet, daß 21 zusätzliche Diätassistentinnen, das heißt, in einigen Landeskrankenhäusern, wo überhaupt noch keine ist, eine, und in denen, wo eine ist, eben doppelt so viele – ich weiß, was eine Diätassistentin im Jahr ungefähr an finanzieller Belastung ist –, 6,3 Millionen Schilling kosten, so wäre es auch ganz wichtig, daß unsere Kinderstationen eine zusätzliche Unterstützung der Hebammen erhielten. Wir wissen, daß jedes Jahr in der Steiermark Säuglinge an dem plötzlichen Säuglingstod sterben, und ich weiß auch, daß Professor Dr. Kenner eine sehr gute Studie und auch ein Programm hat, diese Risikokinder frühzeitig zu erfassen. In diesem Jahr – er kann das noch nicht wissenschaftlich bestätigen, weil man da einen Vergleich über einige Jahre braucht – ist nur ein Säugling gestorben, weil die Mütter, die Eltern frühzeitig gewarnt wurden. Ich könnte mir vorstellen, daß ein oder zwei solche psychologische Stellen aufgebaut werden, die die Hebammen unterstützen, solche Risikokinder letztendlich herauszusuchen und die Eltern ganz besonders darauf hinzuweisen und zu unterweisen.

Ich könnte mir auch vorstellen, daß es gut wäre, wenn es in jedem Krankenhaus einen Sozialarbeiter gäbe oder eine Sozialarbeiterin, die vor allem älteren oder hilflosen Menschen hilft, aus dem Spital hinaus sich auch wieder zu Hause oder im Heim zurechtzufinden. Auch da habe ich einmal die Zahl 21 angenommen, damit zumindest jedes Landeskrankenhaus eine Sozialarbeiterin oder einen Sozialarbeiter hätte.

Ich könnte mir auch vorstellen daß wir sehr viele Physiotherapeutinnen sehr gut einstellen könnten. Es ist doch eigentlich absurd, daß Eltern mit behinderten Kindern sehr wohl in die Ambulanz kommen können, zum Beispiel von Feldbach nach Graz in die Ambulanz der Kinderklinik. Dort werden die Kinder behandelt, das geht. Viel sinnvoller wäre es aber, wenn die Physiotherapeutinnen unter der ärztlichen Anleitung der Kinderklinik hinausgehen in die Bezirksstädte – ich nenne Feldbach, weil dort funktioniert es schon unter sehr schwierigen finanziellen Verhältnissen –, dort vor Ort mit den Kindern diese Übungen machen, weil ein kleines Kind ist natürlich, wenn es schon zwei Stunden anreisen muß, lange nicht so ansprechbar, und die Behandlung ist sicher wesentlich ineffizienter. Und es ist eigentlich nicht einzusehen, warum für eine Behandlung, eine Hilfe, eine Förderung, die prinzipiell im Spital sein kann, sobald sie humaner, effizienter, menschlicher ist, hinausverlagert wird, in dem Moment keine Finanzierung mehr möglich ist. Hier habe ich einmal 10 Physiotherapeutinnen eingesetzt.

Und dann hätte ich noch zwei Wünsche: Das eine ist eine Ombudsstelle für Patienten und auch eine Ombudsstelle für das Pflegepersonal. Beides wird immer wieder gefordert. Allein jetzt hat die Frau Ridi Steibl mir gesagt, daß im Hauswirtschaftlichen Beirat von beiden Fraktionen, sowohl von der ÖVP wie von der SPÖ, solche Stellen gefordert wurden. Und sie hat mir auch gesagt – und das möchte ich extra hier betonen –, daß von der sozialistischen Fraktion gesagt wurde, es soll nicht ehrenamtlich sein, sondern es soll eine bezahlte Stelle sein. Ich halte das für durchaus korrekt. Ich möchte es hier nur deponieren, damit, wenn so eine Stelle eingerichtet wird, nicht letztend-

lich später dann gesagt wird: „Eigentlich müßte das ehrenamtlich sein.“

Ich glaube, wenn wir all diese Punkte, die ich hier genannt habe und die eine wesentliche Verbesserung in der menschlichen Zusammenarbeit, in der Effizienz der Behandlung erbringen würden, dann würde das – und ich habe das einmal so über den Daumen geschätzt, aber ich kenne mich auch etwas in der Finanzierung aus – ungefähr 23 Millionen Schilling kosten. Das wäre also nur ein gewisser Teil dieser 48 Millionen Schilling.

Ich glaube, wir sollten es uns daher ganz genau überlegen, nicht etwas abzuschaffen, was sich schon als sinnvoll erwiesen hat. Es ist eine soziale Maßnahme, und es wird auch eine akzeptable Maßnahme sein, wenn wir den Patienten, die es zahlen, sagen, es wird so eingesetzt, daß es letztendlich auch für sie greifbar, fühlbar eine Verbesserung ist. (Beifall bei der ÖVP. – 21.07 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Weilharter.

Abg. Weilharter (21.07 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Eingangs der Diskussion zum Kapitel 5, Gesundheit, bin ich geneigt – und es tut mir leid, daß der Kollege Korber nicht hier ist – zu sagen, ich bin zwar kein Mediziner, und daher kann ich ihm keine Diagnose stellen, aber ich wüßte mit Sicherheit einen Arzt, der ihm helfen kann.

Hohes Haus, meine Damen und Herren! Die Diskussion um das Kapitel 5, Gesundheit, ist in diesem Jahr sicherlich von den Vorkommnissen in der Heilpädagogischen Abteilung im Landessonderkrankenhaus hier in Graz überschattet. Es wurde auch in diesem Haus schon ausführlich darüber diskutiert, und ich habe auch vernommen, daß der zuständige Landesrat, Herr Dr. Strenitz, damals diese Entwicklung auf das schärfste verurteilt hat. Ich möchte nur warnen, daß in Summe auf Grund solcher Vorfälle eine Junktimierung mit den vielen positiven Leistungen unserer Ärzteschaft und unseres gesamten medizinischen Personals und unseres gesamten Pflegedienstes erfolgt. Ich darf aber anmerken, Herr Landesrat: Sie haben damals trotz dieser Distanz, die Sie eingenommen haben, dem Hohen Haus erklärt, daß sie bemüht sein werden, möglichst rasch Aufklärung zu geben, eine Untersuchungskommission einzusetzen, und Sie haben alle hier im Haus vertretenen Parteien eingeladen. Ich muß Ihnen heute sagen, ich habe namens meiner Fraktion von dieser Einladung nichts bemerkt.

Hohes Haus, meine Damen und Herren! Unbeschadet dieser Feststellung glaube ich, daß die steirische Gesundheitspolitik nicht nur in diesem Jahr, sondern in ihrer gesamten Entwicklung bisher von einer schwierigen finanziellen Situation begleitet war. Die Spitalskosten in Summe, die gesamten Kosten in der Budgetierung für das Kapitel Gesundheit waren die Probleme, die die steirische Gesundheitspolitik begleitet haben. Und ich gehe davon aus, aus diesem Motiv, und das war die Begründung, daß man im Jahr 1985 versucht hat, ernstlich hier Reformen anzusetzen und die Steirische Krankenanstaltengesellschaft ins Leben gerufen hat. Das Ziel war damals von beiden Architek-

ten, vom damaligen Landesrat Gerhard Heidinger und vom Architekten, wenn ich das so bezeichnen darf – Kollege Dr. Schilcher für die ÖVP-Fraktion –, die steirischen Krankenhäuser wirtschaftlicher zu führen und vor allem die Finanzierbarkeit mittel- oder längerfristig zu sichern. Das war der Grund und war die Sprachregelung. Wenn ich mir aber in Summe die Entwicklung anschau, so weiß ich sehr wohl, daß dieses Ansinnen gegeben war, nur, mir fehlt ein bißchen der Glaube. Unbeschadet der Tatsache, daß die Krankenanstaltengesellschaft bemüht ist, mit dem starren vorgegebenen Budget auszukommen, unbeschadet dieser Tatsache werde ich das Gefühl nicht los, daß heute so quasi der Versuch unternommen wird, diese Architekten freizuspielen, da in Summe die Krankenanstaltengesellschaft mehr Gelder braucht, weil man damals eine Kostenentwicklung in allen Bereichen vielleicht nicht einbezogen hat.

Und es gab auch damals von seiten der Gesellschaft eine sehr deutliche Feststellung beziehungsweise eine Bedingung, daß die beiden Vorstandsdirektoren stellvertretend für die Gesellschaft überhaupt bereit waren, diese Aufgabe anzunehmen. Ich darf aus diesem Bereich nur einen Punkt aus zeitökonomischen Gründen zitieren. Es wurde damals von seiten der Gesellschaft sehr deutlich formuliert, daß, wenn der Auftrag lautet, wirtschaftlich, also ökonomisch, die Krankenanstalten zu führen, daß es zu unpopulären Maßnahmen kommt. Und diese Realisierung dieser wirtschaftlichen Maßnahmen bedingt eine Reduktion des damaligen medizinischen Versorgungssystems und vor allem strukturelle Veränderungen aber auch geographischer Natur. Das war ein Bereich, auf den damals sehr genau und sehr deutlich aufmerksam gemacht wurde. Dies wurde aber von seiten der Architekten, der Chefverhandler von seiten der Landesregierung akzeptiert. Es wurde sogar der Krankenanstaltengesellschaft ventiliert, daß man sich damit befassen wird und daß man daran denkt, diesen Vertrag auf eine Rechtsgrundlage zu stellen. Ich will heute nicht weiter ausholen und diesen Vertrag noch interpretieren. Nur weiß ich sehr wohl, daß der Herr Landesrat Dr. Strenitz diese Hypothek von seinem Vorgänger, dem damaligen Landesrat Gerhard Heidinger, übernommen hat. Nur auf Grund – ich will nicht sagen – dieses nicht Wollens, aber auf Grund der nicht erfolgten Einladung, daß wir an dieser Untersuchung teilnehmen, erlaube ich mir daher, auch daraus mein eigenes Bild zu machen (Landesrat Dr. Strenitz: „Das bleibt Ihnen unbenommen!“), nämlich Sie werden sich dahin ausreden und sagen, das war der Vertrag, das war die Hypothek, die Sie übernommen haben von ihrem Vorgänger. Und alles, was heute negativ ist und was unpopulär ist, da können Sie nicht dafür. Da ist ausschließlich allein die Krankenanstaltengesellschaft schuld. Herr Landesrat, das wird nicht funktionieren. (Landesrat Dr. Strenitz: „Sie irren sich!“) Das wird nicht funktionieren, denn nach meinem Dafürhalten, wenn man versucht, hier eine Schuldzuweisung zu tätigen, dann kann man nur die Architekten verantwortlich machen. Das zweite ist aber auch, weil eben diese unpopulären Maßnahmen und aus Kostengründen Einsparungen notwendig waren, sind wir heute in der Situation im Personalbereich, was das deprimierte Personal betrifft, daß wir in Summe in der Steiermark rund 300 diplomierte Krankenpfleger zuwenig haben,

und im Krankenhausbereich, im spezifischen, also ein Drittel davon, rund 100. Und wenn Sie auch angekündigt haben in den letzten Wochen, daß Sie bemüht sein werden, das Image der diplomierten Krankenpfleger zu heben, daß sich mehr junge Leute entschließen, diesen Beruf anzustreben, so glaube ich, nicht das negative Image des diplomierten Personals und unserer Krankenpfleger war die Ursache, daß zuwenig bereit sind, diesen schweren Beruf auf sich zu nehmen, sondern weil gerade im Krankenhausbereich auf Grund des Personalmangels Überforderung, Belastung und vor allem sehr viel Arbeit die Bediensteten auf sich nehmen müssen. Und wenn es dann zu solchen Fällen kommt, wie ich eingangs zitiert habe, man nicht immer den Mut hat, zu differenzieren. Ein weiterer Bereich, der sicherlich zu dieser Situation auch führt, ist – und das hat man sich sicherlich sehr leicht gemacht von seiten der Landesregierung – nämlich, daß diese Diskussion in Summe über die Kosten der Krankenanstaltengesellschaft losgegangen ist, dann hat man sich alteriert. Man hat in der Öffentlichkeit, in den Medien die Bezüge der Direktoren zelebriert, man hat aber nicht den Mut und die Größe gehabt, die aktiven Politiker, die heute noch in den Aufsichtsräten sitzen, aus dem Aufsichtsrat zurückzuziehen oder auch zur Verantwortung zu ziehen. (Landesrat Dr. Strenitz: „Das möchten Sie gerne haben!“) Denn die aktiven Politiker haben ja auch als Aufsichtsräte diese Bezüge genehmigt und mitbeschlossen. Meine Damen und Herren! Ich will abschließen mit dem Ersuchen an unseren Spitalslandesrat Dr. Strenitz, daß er mir auf die von mir ausgeführten Vorwürfe eine Antwort gibt. Ich würde aber auch in einem weiteren Bereich eine Antwort erbitten, nämlich es gibt in einem Bereich, wo ich durchaus die Meinung der Krankenanstaltengesellschaft, die Meinung der damaligen Architekten teile, wo man durchaus einsparen hätte können, das ist nämlich der Wirtschaftsbereich. Und es sind in letzter Zeit einige Landwirtschaften nicht mehr von den Krankenhäusern selbst betrieben worden. Es wurden Liegenschaften verpachtet. Ich will gar nicht auf die Pachtverträge eingehen, und ich habe mir deshalb auch erlaubt, Ihnen in schriftlicher Form ein paar Fragen zu stellen. Ich würde bitten, daß ich sie in nächster Zeit bekommen kann beziehungsweise gerade aus diesen Pachtverträgen ist mir eines unklar. Es scheint nach meinen Recherchen nirgends auf, wo die Erlöse aus einem sogenannten Stamm- oder Grundkapital verbucht sind. Ich spreche die sogenannten Milchkontingente, die auf diesen Landwirtschaften vorhanden waren, an, denn sie sind weder in den Pachtverträgen verankert, es sind weder aus den Pachtverträgen Erlöse erkennbar, noch ist mir bekannt, daß im Bereich der Einnahmen auf seiten der Krankenhäuser verbucht sind. Ich würde Sie bitten, mir diese Fragen zu beantworten. (21.19 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Gennaro.

Abg. Gennaro (21.19 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Vor einem Jahr habe ich hier an dieser Stelle im Zusammenhang mit den Subventionen für die Gesellschaft für Gesundheitsschutz Fragen gestellt, die zum damaligen Zeitpunkt unklar waren, und einige Situa-

tionen, die einer Klärung bedurften, aufgezeigt. Auf Grund meiner Wortmeldung hier im Landtag war ich selbst überrascht, daß es einige Menschen und Leute gegeben hat, auch direkt aus der Gesellschaft, die an mich herangetreten sind und die mir nachweislich Informationen und Unterlagen geliefert haben, weil sie mit den verschiedenen Vorgängen nicht einverstanden waren. Meine Kritik richtete sich damals dahin gehend, daß ich die Frage gestellt habe, warum nachträglich (Abg. Dr. Kalnoky: „Ich habe Ihnen einen eingeschriebenen Brief zugesandt, daß Sie mit den Verleumdungen aufhören sollen!“) Subventionen gewährt werden, wo unklar war, in welcher Form man Gehälter mit 625.000 Schilling, wo eine Gesellschaft von Subventionen lebt, ausbezahlt. In der Öffentlichkeit habe ich mit dieser Aussage sicherlich eine Medienkampagne losgetreten, und ich möchte, weil Sie sagen „eine Verleumdungskampagne“, liebe Frau Präsidentin, folgendes mitteilen: (Abg. Dr. Cortolezis: „Eine Verleumdungskampagne übelster Natur. Den Landesrechnungshof nicht informiert über die Belege!“) Ich habe nie und nimmer behauptet, daß Sie sich persönlich bereichert haben – das, was bitte Zeitungsredakteure für sich in Anspruch nehmen, ist ihr Problem und gutes Recht. Ich frage Sie nur: Sie haben in der Öffentlichkeit – im Fernsehen, im Rundfunk, überall –, um das steirisch zu sagen, den Mund sehr voll genommen und mir öffentlich mit einer Klage gedroht.

Herr Kollege Dr. Cortolezis, ich werde dann darauf zu sprechen kommen, und dann werden Sie wahrscheinlich aufhorchen, was ich Ihnen zu sagen habe.

Ich habe darauf gewartet und Sie auch schriftlich und mündlich in der Gesellschaft aufgefordert, daß Sie gegen mich – ich kann das beweisen – die Klage einbringen sollen. (Abg. Dr. Kalnoky: „Ich denke nicht daran!“) Ja, dann hätten Sie in der Öffentlichkeit das nicht so darstellen dürfen, daß man Dinge sagt und dann nicht den Mut hat, sie anzutreten. Ich könnte Ihnen Ihre eigenen Aussagen in den Presseartikeln, die ich zusammengefaßt habe, vorlegen. Es geht mir nicht um Personen, und es ist mir völlig egal, wer der Vorsitzende oder Chef, wie man das bezeichnen will, ist, denn der Präsident der Gesellschaft ist eigentlich der ehemalige Ärztekammerpräsident Dr. Piaty – Sie sind die Geschäftsführerin –, die Verantwortung trägt er als Präsident. Es geht mir überhaupt nicht um Personen, es geht mir um grundsätzliche Dinge. Und wie dann der Landesrechnungshof eingeschaltet wurde, habe ich mich nur gewundert, daß eigentlich schon in der Öffentlichkeit Erklärungen abgegeben wurden, ohne daß die zuständigen Gremien über diesen Rechnungshofbericht beraten haben. Sie werden von mir nirgends gehört oder gelesen haben, daß ich mich zum Rechnungshofbericht in irgendeiner Form geäußert hätte. Ich kann nur feststellen, daß wir zur richtigen und gegebenen Zeit sehr ausführlich und in aller Ruhe über diesen Rechnungshofbericht – der mir auch zugespült wurde – diskutieren werden können. Dann werde ich der Öffentlichkeit und den Medien diesen angeblich so lobenswerten Bericht zur Verfügung stellen, damit sich jeder sein eigenes Bild machen kann. Das, was in dieser Frage passiert ist, daß man geglaubt hat, jetzt kann man dem Gennaro in der Öffentlichkeit die Klage androhen und ihn so hinstel-

len, als wäre alles nicht wahr, ist typisch die Flucht nach vorne. Sie selbst haben sich ja mit Ausdrücken und Androhungen nicht zurückgehalten. Selbst bei der vorjährigen Rede haben mir da einige Zwischenrufe, die man im Protokoll nachlesen kann, zu denken gegeben. Da drinnen stehen Dinge, die mein (Abg. Dr. Maitz: „Er ist wehleidig!“) Aufzeigen nur bestätigen, Herr Kollege Dr. Cortolezis. Das können Sie sich dann in Ruhe durchlesen, dann werden Sie eine andere Meinung bekommen. Aber das wird zu einem späteren Zeitpunkt kommen.

Ich meine nur, wenn öffentlich gesprochen wird – und jetzt schlage ich in die gleiche Kerbe, was Sie immer versuchen, indem Sie permanent angreifen, wenn es um Gehälter geht. Wenn es heißt: „Die Heldin von Graz“, ein Geschenk, dieser Bericht! – und so weiter –, so meine ich, meine Damen und Herren, auf so ein Geschenk kann ich verzichten.

Wenn eine Gesellschaft mit Subventionen arbeitet, dann kann man bitte nicht verstehen, wenn dementsprechende hohe Honorarnoten bezahlt werden.

Zum damaligen Zeitpunkt habe ich nicht gewußt, daß Sie einen Werksvertrag haben, der ist mir von der Gesellschaft auch zugeschickt worden. Ich habe damals nur gesagt, daß man über diesen Werksvertrag diskutieren könnte, aber ich erkenne ihn als Gewerkschafter an.

Sie haben ihn, er ist unterzeichnet und steht Ihnen somit zu. Aber dann von einer „Heldin“ zu reden – und ich sage jetzt bewußt aus diesem Grund keine Ziffern, aber Sie wissen ja genau, wie hoch Ihre Honorarnote ist, weit höher, als das, was in der Zeitung stand –, rechtfertigt diese „Heldin“ nicht.

Sie haben einen gutbezahlten Job, für den Sie, bitte, eine Arbeitsleistung erbringen müssen.

Und diese Steirische Gesellschaft für Gesundheitsschutz hat auch heuer wieder 3 Millionen Schilling im Budget, wobei ich sofort einschränke und sage, daß es diesmal geteilt worden ist: 2,3 Millionen Schilling auf das Konto der Gesellschaft für Gesundheitsschutz und der Rest über 700.000 Schilling für die Aktion „Gesundes Dorf“. Für mich abgehakelt, Aktion „Gesundes Dorf“. Eine gute Sache, keine Frage, keine Diskussion. Schade, daß in der Gesellschaft nicht meinen Vorstellungen entsprochen wurde, daß ich gesagt habe: Bitte, diese Aktion gehört dementsprechend aufbereitet, ein Programm, ein Finanzierungsvorschlag erstellt, und dann trete ich auch dafür ein, daß wir in dieser Frage ans Land herantreten und in der Aktion „Gesundes Dorf“ sogar sagen: Bitte, das könnt ihr noch viel stärker subventionieren. Denn eines steht für mich auch fest, meine Damen und Herren: Der Herr Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth ist für Gesundheitsfragen zuständig – da hört man sehr wenig. Herr Landeshauptmannstellvertreter, ich muß Ihnen eines sagen: In Gleichenberg bei einer Veranstaltung haben mir Ihre Parteikollegen jetzt, wenn schon die anderen oft zitiert werden, auch gesagt: „Leider sehen wir unseren Landeshauptmannstellvertreter bei diesen Veranstaltungen nie, weil da kümmert er sich nicht darum“. Das habe nicht ich gesagt, sondern die Ärzte. Ich habe gesagt: Bitte schön, das braucht ihr nicht mir sagen, sagt das dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter selber. (Landeshauptmannstellvertreter Prof.

Jungwirth: „Ich werde Sie aufklären!“) Ich bitte Sie darum.

Deswegen möchte ich auch aufzeigen, weil seit Bestehen der Gesellschaft 50 Millionen Schilling als Subvention an die Gesellschaft gewährt wurden. Das kann ich nachweisen, Auszüge hat sogar der Rechnungshofbericht aus den Protokollen und Voranschlägen des Landes drinnen.

Im Jahre 1978/79, kann man im Protokoll nachlesen, ist hier im Landtag eine hitzige Debatte entstanden, weil nachweislich Millionenbeträge unklar waren, die bis heute auch im Rechnungshofbericht – das sage ich vorweg – nicht geklärt werden konnten. Das trifft nicht Sie, Frau Präsident! Da ist die Geschichte in die Ärztekammer hineingegangen, und deswegen ist auch bitte nie von mir in der Öffentlichkeit gesagt worden, daß da Millionen verschoben werden. Das waren andere, die sich dafür rechtfertigen müssen. Nur etwas: Wenn man in dieser Vorstellung eine Gesellschaft für Gesundheitsschutz betreibt, so glaube ich auch, daß es nicht sinnvoll ist, wenn diese Gesellschaft jährlich, bitte schön, zum Beispiel wie der letzte Voranschlag war, 1,4 Millionen Schilling Einnahmen plant und in Summe 7 Millionen Schilling Ausgaben. Dann schreibt man unten lapidar hin: Notwendige Subventionen über 6 Millionen Schilling – wir wissen schon, daß man höher antragen muß, daß man das bekommt, was man sich vorstellt. Der Rechnungsabschluß 1988 ist nicht genehmigt, ebenso der Voranschlag 1989 – außer er wurde in der letzten Sitzung beschlossen, wo ich nicht eingeladen, sondern ganz dezent ausgedient wurde, aber das werde ich noch klären. Nur, rechtlich, bitte, besteht der Arbeitsausschuß, wo ich vom Land dort hineindelegiert wurde, und ohne die Zustimmung des Arbeitsausschusses kann dieser Voranschlag nicht genehmigt oder der Abschluß nicht genehmigt werden. Und ich sage das deshalb, weil ich einen Vergleich ziehen möchte: Für mich, bitte, ist nur eines von Wichtigkeit: Es gibt viele Institutionen, die sich mit Gesundheitsschutz befassen, und ich möchte jetzt sagen, weil ich gemeint habe, man soll nicht parteipolitisch werden: Wenn aber nachweislich zum Beispiel, meine Damen und Herren, der „Steirische Herzverband“, der über 600 Mitglieder hat – er hat nur ein Pech, daß der Vorsitzende oder der Obmann ein Sozialist ist, aber der Stellvertreter ist eh ein ÖVP-Mann, ein sehr guter noch dazu, ein Grazer Bezirksvorsteher –, die bitte unentgeltlich wirken und Tausende von Menschen zu betreuen haben, einschließlich ihrer Familienangehörigen, dann vom Land Steiermark, wenn sie um eine Subvention ersuchen, mit jährlich 10.000 Schilling abgespeist werden, dann, bitte schön, tut sich bei mir innerlich etwas, um das einfach menschlich zu sagen. (Abg. Dr. Lopatka: „Könnte die Gebietskrankenkasse einsparen. Das ist nur Ihr Problem. Ihre Einfallslosigkeit kommt zum Vorschein!“ – Unverständlicher Zwischenruf der Frau Präsident Dr. Kalnoky.) Frau Präsident Dr. Kalnoky, der Herr Sommer hat sich bei mir beklagt – nur, weil Sie jetzt den Zwischenruf gemacht haben; ich hätte ihn an Ihrer Stelle nicht gemacht –: Sie haben ihm eine Rechnung für die Benützung eines Tischerls geschickt, wo er sich bei der Messe beteiligt hat, in der Höhe von 3700 Schilling, wo Sie wissen, daß sie kein Geld haben, allein 40.000 Schilling im Jahr Miete zahlen müssen,

10.000 Schilling Subvention kriegen. Sie kriegen die Millionen vom Land und verlangen von dieser Gesellschaft noch ein Geld! Es geht mir um die Wertigkeit einzelner Organisationen. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Als ob die Gesundheitspolitik im Bestellen kleiner Tischerl besteht!“) Das weiß ich schon.

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen. Endlich habe ich die Wette gewonnen, weil ich zu meinen Kollegen gesagt habe: „Wartet, wenn ich jetzt hinausgehe und den (Abg. Dr. Maitz: „Wadelbeißer! Ein großer Meister!“) Namen ‚Steirische Gesellschaft für Gesundheitsschutz‘ in den Mund nehme, werden's schreien.“ Ihr habt mich am Anfang im Stich gelassen, aber jetzt fangt ihr an. Danke, die Wette habe ich gewonnen. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Das wird das einzige sein, was Sie gewonnen haben!“) Das macht nichts, Herr Kollege Dr. Schilcher, ich weiß schon, daß euch das weh tut. (Abg. Dr. Maitz: „Wadelbeißer!“) Und bei jeder Rede habt ihr das drinnen. Ich würde Ihnen nur empfehlen – ich will nicht belehrend wirken (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Da ist der Korber ein Weltmeister gegen Sie!“), Sie sind ein Lehrer, ein Hochschullehrer, ein Professor (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Das ist ungeheuerlich peinlich für dieses Haus, was Sie hier erzählen!“), und all denjenigen, die darüber sprechen, sich diesen Rechnungshofbericht zu besorgen und ihn zu lesen. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Ungeheuerlich peinlich!“) Das glaube ich Ihnen schon. Diesen Rechnungshofbericht werden wir dann lesen, werden wir diskutieren, und ich empfehle Ihnen, ihn genau zu lesen. (Abg. Dr. Maitz: „Fragen Sie, welches Ansehen Sie genießen. Übler Verleumder, Wadelbeißer!“) Ja, so viel wie Sie, genauso, Herr Dr. Maitz. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, werdet nicht nervös (Abg. Trampusch: „Herr Präsident, was ist jetzt los – übler Verleumder, Wadelbeißer!“), die Zwischenrufe könnt ihr machen. Ihr müßt euch nur eines vor Augen halten, ihr wollt die anderen immer belehren und von Verleumdung reden. Bitte, was macht Schützenhöfer, was macht der Kollege Dr. Lopatka und dergleichen? Nehmt euch einmal bei der eigenen Nase, dann urteilt über andere. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Maitz: „Das gilt für Sie als erstes!“) Ich kann mit Stolz sagen, da drinnen ist die Wahrheit, und nirgend anders. Mehr möchte ich für das Erste nicht dazu sagen. Ich bitte nur alle Verantwortlichen im Lande, daß man dementsprechend in den nächsten Jahren auch versucht, eine gewisse Ausgewogenheit bei Subventionen zu erreichen. Und ich trete auch dafür ein, daß die Aktionen der Mitarbeiter in der Gesellschaft bezüglich „Gesunde Gemeinde“ weiter unterstützt werden. Ich möchte nochmals herausstreichen, daß diese Aktionen eine gute Sache sind. Da gibt es viele Mitarbeiter, die sich wirklich ernstlich hineinknien in die Materie, keine Frage. Diese Aussage ist ja auch im Protokoll der Ausschusssitzung zu lesen. Frau Präsident, Sie sind die Geschäftsführerin, sorgen Sie dafür, daß die Aktionen dementsprechend vorbereitet und letztendlich finanziert werden können. Eines habe ich erreicht, und auf das bin ich stolz, so einfach, wie Sie es vorher gehabt haben, haben Sie es jetzt nicht mehr. Und solange ich im Landtag und für meine Fraktion Delegierter bin, werde ich nicht müde werden hineinzugehen, auch wenn Sie mich ausladen und nicht einladen zu den

Sitzungen. Es wird immer wieder Möglichkeiten geben, wo ich darauf zurückkommen werde. (Abg. Dr. Lopatka: „Wenn man Menschen das Leben schwer macht, darauf braucht man nicht stolz sein!“) Mehr sage ich jetzt nicht. Ich werde dafür sorgen und den Antrag stellen, daß wir dann diesen Rechnungshofbericht im Hause diskutieren können, damit die Öffentlichkeit, wenn Sie schon sagen, von den verleumderischen Dingen sich selbst ein Bild machen kann.

Abschließend, meine Damen und Herren, möchte ich dem Herrn Landesrat Dr. Strenitz danken für eine Initiative, die ich auch hier an diesem Rednerpult bei Einführung verlangt habe, das sind die 51 Schilling Verpflegungskostenersatz, und ich teile die Meinung der Frau Präsident Dr. Kalnoky, daß sie dafür eingetreten ist, daß dieser Betrag nicht in Ordnung und unsozial ist. Aber dann hat sie eingeschwenkt, da kann ich nicht mehr mitgehen, daß sich ein Teil das leisten kann. Darüber soll man reden, nur, zur Zeit zahlen alle diejenigen den Beitrag, die die sozial Schwächsten sind. Und daher danke ich der Initiative des Herrn Landesrates, daß wir dann gemeinsam auf Grund des Vorschlages bei der 12. KALG-Novelle als einziges Bundesland eine Ausnahmeregelung geschaffen haben, zusätzliche Ausnahmen. Ich bin überzeugt, daß bei der neuen KRAZAF-Regelung mit Zusage des Bundesministers dieser Betrag, dieser unsoziale, fallen wird. Glück auf! Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 21.33 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Bacher.

Abg. Bacher (21.33 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Herr Kollege Gennaro, es befremdet mich schon ein bißchen, wie man über die Politik, über das Gesundheitswesen von deiner Seite diskutiert hat. Eines möchte ich schon klar feststellen, die Erfolge, die die Frau Präsident Dr. Kalnoky mit ihrer Gesellschaft für Gesundheit aufzuweisen hat, sind unbestritten. Man sollte nicht mit allen möglichen Mitteln versuchen, diese Dinge abzuwerten. Es bringt uns – glaube ich – überhaupt nicht weiter. Ich meine und möchte die Gelegenheit spontan wahrnehmen, ich habe heute selbst auch diesen Cholesterintest in Anspruch genommen und eine Vielzahl von anderen Dingen, und ich glaube, in dieser Richtung sollte man weiter diskutieren, und nicht von billigen Sesseln und Stühlen reden, die bringen uns überhaupt nichts!

Meine Damen und Herren, die Frau Kollegin Kamm-lander hat heute über die Situation im Sonderkrankenhaus gesprochen, und ich habe das Gefühl gehabt, sie hat eigentlich alle Einrichtungen gemeint. Ich möchte klar feststellen, daß wir am Krankenhaus Stolzalpe auch eine Einrichtung für cerebralgeschädigte Kinder haben. Ich würde sie gerne einmal einladen, wenn sie hinaufgeht, denn diese Leute opfern sich auf für diese Patienten. Man kann nicht einfach das im Raume stehen lassen, daß man alles generalisiert und alle in einen Topf hineinwirft. Dieselbe Problematik haben wir im Zusammenhang mit den Vorkommnissen in Lainz gehabt. Der Herr Kollege Weilharter hat davon gesprochen, daß die Architekten einfach jetzt sich abkoppeln wollen oder zumindest nicht mehr zum

Vertrag stehen und daß das alles nicht so ist, wie es ausgehandelt war, dann habe ich schon öfter gesagt, die Wahrheit ist die, daß eigentlich die ÖVP zu dieser Errichtung steht, und ich ersuche Sie, Herr Landesrat, in Fortsetzung Ihrer Kollegen auch zu dieser Einrichtung zu stehen. Wir brauchen das sehr dringend in den Spitälern. Wir haben eine Menge von Problemen. Wir müssen sie gemeinsam bewältigen. Und wenn heute schon über die Personalsituation geredet wurde, dann wissen Sie ganz genau, daß wir dringenden Bedarf in diesem Bereich haben. Ich glaube, daß es zuwenig ist, wenn man Prospekte auflegen möchte und Werbung betreibt. Sicher ist das auch notwendig und eine Möglichkeit. Die Werbung für diesen Beruf ist ein wesentlicher Aspekt, und ich sage das immer wieder, sie beginnt in der Krankenpflegeausbildung. Dort sollte man wirklich einmal Reformschritte setzen. Es ist mir völlig unverständlich, daß in der Steiermark der zweite Bildungsweg überhaupt nicht praktiziert wird, obwohl er im Krankenpflegegesetz vorgesehen ist. Es ist mir auch unverständlich, daß zum Beispiel eine Bewerberin im heurigen Jahr abgelehnt wurde, obwohl sie lauter „Sehr gut“ hatte, aber nur den Nachteil, daß sie den zweiten Klassenzug besucht hat. Sie hat zusätzlich noch die Mariagrüner Schule besucht, und sie wäre gerne in die Krankenpflegeausbildung gegangen. Ich glaube auch, mit diesen Dingen sollte man endlich aufhören. Ein wesentlicher Punkt ist aber auch die Heimordnung, wo unsere Schülerinnen in den Landesheimen untergebracht sind. Dort hört man immer wieder von Kritik, dort wird immer wieder davon gesprochen, daß es noch Spindkontrollen gibt und dergleichen mehr. Ich meine, man muß anfangen, auch in diese Richtung offener zu werden. Aber auch die Diskussion um die Gleichstellung der Bediensteten in den Krankenhäusern hat uns das ganze Jahr verfolgt und wird uns auch noch weiterhin beschäftigen. Ich meine, wir sollten in dieser Richtung eine gemeinsame Lösung anstreben. Es geht einfach nicht, daß die eine Schwester um einiges weniger verdient für dieselbe Tätigkeit, für dieselbe Arbeit, am selben Arbeitsplatz. Ich bin dem Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba sehr dankbar, der bei der Gruppe 0 eine klare Aussage in diese Richtung gemacht hat. Und ich habe das letzte Mal schon, Herr Landesrat, Sie ersucht, auch in diese Richtung eine klare Aussage zu tätigen. Gehen wir gemeinsam diesen Weg, damit wir einfach diese beiden Gruppen zusammenführen. Wir haben überhaupt nichts davon, wenn wir nur die Dinge diskutieren, aber nicht zu Ende bringen. Wir brauchen das sehr dringend, denn sonst werden uns immer mehr Leute davonlaufen. Wir haben in der zweiten Problematik mit dem Arbeitszeitgesetz wirklich eine sehr groteske Situation, daß jahrelang die Bediensteten Dienst machen konnten, Stunden machen konnten wie selten in einem anderen Beruf, daß eigentlich nie Kontrollen stattgefunden haben, ich weiß schon, daß es die Ausnahme im Arbeitszeitgesetz gibt, es hat damals schon ein Arbeitsruhegesetz gegeben, und plötzlich mit der Errichtung der Krankenanstaltengesellschaft ist das Arbeitsinspektorat aufmerksam gemacht worden und kontrolliert die Häuser. Heute stehen wir vor der Situation, daß die Landesbediensteten sehr wohl weiterhin die Stunden leisten können, die Krankenanstaltenbeschäftigten aber genau nach dem Arbeitszeitgesetz arbeiten müssen. Auch hier soll man gemein-

sam eine Lösung finden. Ich ersuche Sie, auch mit dem Ministerium in Kontakt zu treten und gemeinsam die Dinge anzusprechen.

Herr Kollege Gennaro, zu einem anderen Problem: Es ist heute in der „Kleinen Zeitung“ gestanden, daß in der Steiermark das Fachärzteproblem sehr akut ist und daß sogar befürchtet wird, daß zusätzliche Probleme auftreten werden. Ich habe das auch schon öfters dargelegt. Ich komme aus einem Bezirk, wo wir akuten Fachärztemangel haben. Es gibt zum Beispiel zwischen Tamsweg und Bruck an der Mur keinen einzigen Lungenfacharzt, geschweige erst einen Hautfacharzt und dergleichen mehr. Ich verstehe es halt einfach nicht, daß die Gebietskrankenkasse in diesen Fragen so restriktiv ist. Aber es ist auch nicht die Ärztekammer aus dieser Schuld zu entlassen, und ich meine, hier wäre dringend notwendig, daß man einfach auch diese Bedürfnisse rasch einer Lösung zuführt. Wenn wir immer von Vorsorgemedizin sprechen, dann brauchen wir auch die nötigen Einrichtungen, damit wir diese Dinge auch beanspruchen können, und wir brauchen die Fachleute, damit diese Dinge gehen.

Abschließend möchte ich Sie ersuchen, Herr Landesrat, daß wir das Jahr 1990 dazu verwenden, gemeinsam diese Diskussionen über die Problematik der unterschiedlichen Bezahlung in den Spitälern, die Problematik der Ausbildung und diverse andere anzupacken, daß wir an einem Strick ziehen und nicht jeder in eine andere Richtung. Danke schön. (Beifall bei der ÖVP. – 21.41 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Univ.-Prof. Dr. Schilcher.

Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher (21.41 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich weiß nicht, ob Ihnen schon einmal aufgefallen ist, wie symbolträchtig dieser Saal hier ist. Die Stukkatur von Formentini ist ganz marzialisch, wenn Sie schauen, die Symbole der Siege über die Türken und über die Franzosen, und hier an der Wand hängt ein Gemälde des attemschen Hofmalers Remb, das die Allegorie des Friedens darstellt, „Segnungen des Friedens“. Ich weiß zwar nicht, was sie da treiben im Frieden, aber jedenfalls heißt es „Segnungen des Friedens“, und es ist deshalb symbolisch, weil die meisten dieser vielen Budgetdebatten, die ich schon erlebt habe, sich in dieser Dialektik zwischen Krieg und Frieden abgespielt haben. Die Debatte um die Spitälern war in der Regel mehr beim Formentini als beim Remb, etwas kriegerisch und – ja – bihänderisch, bisweilen auch mit Floretteinsätzen, aber gewöhnlich etwas kräftiger.

Wir haben heute eine Möglichkeit, Rückblick zu halten auf fünf Jahre Krankenhausgesellschaft, denn am 1. Juli 1990 ist sie fünf Jahre alt, und der Wirtschaftsplan für dieses Jahr liegt bereits vor. Wir können also einen Blick zurück wagen auf eine Zeit, die sehr bewegt und turbulent war. Es ist kein Zweifel, daß wir kaum über eine Geschichte des Landes so heftig, so lange, so intensiv, so kontrovers, aber auch so fruchtbringend diskutiert haben wie über diese Ausgliederung. Es ist daher wahrscheinlich kein Blick zurück im Zorn, sondern eher ein Blick, abwägend, bilanzziehend plus – minus, und ich wage zu behaupten, plus – minus hat es sich gelohnt. Wenn man Bilanz zieht, was

eigentlich in diesen fünf Jahren passiert ist, kann man feststellen, daß es einen erstaunlichen Konsens gegeben hat, daß die Ausgliederung richtig ist und beibehalten werden soll. Das war am Anfang nicht der Fall. Wir können also heute feststellen, daß es eigentlich niemanden in dem Haus gibt, der diese Idee verdammt oder der die Ausgliederung rückgängig machen würde. Das ist, glaube ich, ein schöner Erfolg, weil das ein Unternehmen war – ich sage es noch einmal –, das es in dieser Größenordnung in einem Bundesland in ganz Österreich noch nie gegeben hat. Die Ausgliederung von 10.500 Personen aus dem öffentlichen Dienst, schrittweise, ist etwas, was noch nie in Österreich gewagt wurde.

Zweitens hat man sich über die Ziele geeinigt, und die waren nicht ganz so einfach, daß man gesagt hat: „Einsparen“, sondern primär hat es geheißen: Verbesserung der medizinisch-pflegerischen Versorgung; zweitens Abbau des Investitionsrückstaus, und drittens Stabilisierung des Zuschusses.

Das waren die drei Ziele, die wir gesetzt haben, und eigentlich sind auch die drei Ziele außer Streit. Darüber gibt es keine Diskussion. Es ist natürlich so eine Art magisches Dreieck, das man schwer auf einmal realisieren kann, denn sparen auf der einen Seite und auf der anderen Seite die medizinische Versorgung verbessern ist ein ziemlich schwieriges Unterfangen, und je nachdem ist es auch in der Öffentlichkeit diskutiert worden. Haben die Manager gespart, hat man gesagt: „Der Rotstift ist da“ und „Sie machen die medizinische Versorgung zunichte“, hat man eingestellt – und ich möchte jetzt eine Zahl nennen, die, hoffe ich, auch außer Streit ist: Seit dem 1. Juli 1986 haben wir 718 Dienstposten mehr, zusätzlich. Ich füge gleich hinzu: Dabei hat 433 das Land finanziert und 285 die Gesellschaft. Also immerhin mehr. Wurde das dargestellt, haben die Leute gesagt: „Und wo ist das Sparen?“ Sie sehen, wie schwer es ist. Auf der einen Seite soll man doch stabilisieren, auf der anderen Seite soll man aber mehr und mehr Leute einstellen, um die medizinisch-pflegerische Versorgung sicherzustellen.

Am wenigsten umstritten ist eigentlich noch die Investition. Wenn Sie die heurige Investitionssumme von 1,1 Milliarden Schilling (Landesrat Dr. Strenitz: „1,4 Milliarden Schilling!“) anschauen und die fürs nächste Jahr 1,4 Milliarden Schilling, dann sind das Zahlen, die absolut überhaupt noch nie in der Geschichte der Spitälern erreicht worden sind. Das sind ganz gewaltige Investitionen, die natürlich in erster Linie den Neubau Bruck, den Neubau Feldbach, aber auch die Kinderklinik, aber auch die Sanierung des Med-Blocks betreffen, das heißt, sehr große Investitionen, von denen man auch sagen muß, Herr Landesrat Dr. Strenitz – ganz offen –: Natürlich zahlt das Land 320 Millionen Schilling dazu. Es zahlt die Gesellschaft in Summe 644 Millionen Schilling zu diesen, es zahlt der KRAZAF etwa 300 Millionen Schilling dazu, und es zahlt der Bund im Sinne des klinischen Aufwandes etwa 140 Millionen Schilling dazu. Das heißt aber in Summe etwas, was spürbar die Situation der Spitälern verbessert und spürbar die Situation der Leute, die dort arbeiten und die dort als Patienten hineinkommen, erleichtert. Denn es ist überhaupt kein Zweifel, was heute neu gebaut wird, ist einfach in der Substanz, im Komfort, in der Hotelkomponente ungleich besser als

ein Spital – nehmen Sie jetzt einmal Hartberg oder nehmen Sie auch nur die Erste Med bei uns. Das ist, glaube ich, einmal unbestritten, und das sollte man hervorheben, wenn man die Eckpfeiler dieser Plus-Minus-Bilanz hernimmt.

Ich glaube, es ist über noch etwas Konsens, zwar nicht allgemein, nämlich, daß man die Politik in den Spitälern nicht aus der Pflicht entlassen kann. Es geht tatsächlich nicht! Und ich bekenne mich nochmals dazu, daß ich das so behandle, wie die Ausgliederung von Straßen oder von Schilften oder etwas Ähnliches, daß ich sage: „Und die Herren Politiker haben da hinauszugehen.“ Ich habe das letzte Mal schon gesagt, ich wäre der erste, der liebend gerne dieser Aufforderung Folge leistet. Ich habe wirklich viele andere Dinge auch zu tun. Aber es wird niemand aus seiner Verantwortung in diesem Spital entlassen, das heißt, wenn in Eisenerz, wenn in Mariazell, wenn in Bad Aussee diese Situation, Herr Weilharter, entsteht, die Sie geschildert haben, daß man auf der einen Seite sagt: „Nach dem Sparkonzept, nach der Betriebswirtschaft müßte eigentlich schon längst zugesperrt werden“, dann muß die Politik auch die andere Seite sehen und sagen können: „Bitte, so nicht – aus folgenden Gründen.“ Diese Verantwortung nimmt uns niemand ab, ob wir jetzt ausgegliedert haben oder nicht. Dieses frivole Spielchen, zu sagen: „Ja, ich tät eh gern, aber leider ist ausgegliedert, und daher kann ich nicht“, können wir uns nicht leisten.

Und schließlich ganz interessant, heuer erstmalig, so etwas wie einen Konsens bei der Höhe des Zuschusses seitens des Landes. Wir haben in der letzten Gesellschafts- und Aufsichtsratssitzung festgestellt, es geht bei 1,6 Milliarden Schilling nur mehr um kleinste Beträge, wo wir differieren und wo wir aber auch der Meinung sind, daß wir das hinkriegen werden. Das heißt also, wir sind uns einig: Erstens, die Gesellschaft hat die Zielvorgaben in allen fünf Jahren erreicht, was gar nicht so selbstverständlich war, was niemand ohne weiters vorausgesehen hat, obwohl sie 718 Dienstposten mehr – allerdings 433 davon vom Land – finanziert hat. Das sind immerhin einige Dinge, die man herzeigen kann.

Und ich hätte einen Weihnachtswunsch für einen weiteren Konsens, nämlich, wenn man Konsens fände, seine Energie, sein Hirnschmalz und was es da noch alles gibt, nicht darauf zu verwenden nachzudenken, was der andere für falsche Zahlen hat und wie richtig die eigenen sind, sondern vielleicht umgekehrt zu schauen, daß bitte schön die Dinge gemeinsam weitergehen. Warum sage ich das? Die eine Geschichte mit den verschiedenen Zahlen ist ausgegangen wie das Hornberger Schießen. Man hat nämlich dann einfach festgestellt, daß alle die richtigen Zahlen haben, nur die einen haben die herausgezogen, die zu ihren Gunsten waren, und die anderen haben die herausgezogen, die zu deren Gunsten waren, und für das ganze haben wir wahnsinnig viel Zeit aufgewendet, haben uns sehr bekriegt, und im Ergebnis war für die Patienten, für die Ärzte, für die Schwestern eigentlich sehr wenig zu sehen. Also der Weihnachtswunsch da, warum? Wir haben in Zukunft erst den ganz großen Prüfstein vor uns. Was kommen wird, ist im Vergleich zu dem, was war, in der inhaltlichen Belastung ungeheuer größer als wir es erlebt haben. Es ist heute schon

von meinen Vorrednern das Problem beim Personal angesprochen worden. Wir haben natürlich Personalkostensteigerungen durch Lainz, ganz klar. Wir haben natürlich Personalkostensteigerungen in enormer Höhe, wenn man die medizinische Versorgung verbessern will. Im Wirtschaftsplan der Gesellschaft steht es drinnen, wir müssen in allen Standardkrankenhäusern die ärztliche Situation anheben, wir müssen etwa 42 ärztliche Dienstposten zusätzlich schaffen, um die Versorgung zu verbessern. Wir müssen in einzelnen Bereichen, wie zum Beispiel in der Radiologie und Anästhesiologie, Ärzte, Krankenschwestern und sonstiges Personal dazutun, medizinische Apparate werden angeschafft, nehmen Sie an NMR, wir schaffen einen zweiten an, oder wir machen einen zweiten Durchgang in der Kardiologie, das heißt, er wird jetzt rund um die Uhr betrieben. Das heißt alles: erheblich mehr Personal, überall erheblich mehr Personal. Und jetzt kommt noch etwas dazu, der Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba hat das schon in seinem Beitrag gestern gesagt, wenn wir allein den neuen Wiener Tarif nehmen, kostet uns das – glaube ich – plus 50 Millionen Schilling von heute auf morgen. Das heißt, nur dadurch werden die Personalkosten in die Höhe getrieben werden. (Landesrat Dr. Strenitz: „Dazu werde ich noch etwas sagen!“) Ich habe schon erzählt, der Herr Professor Seel ist dabei, ein neues Kurrikulum auszuarbeiten, gesamtösterreichisch für die Krankenschwesternausbildung, wo künftig Matura als Mindestvoraussetzung eingesetzt ist. Wenn Sie das mit unseren Krankenschwestern plus den Bedarf multiplizieren, den wir noch haben werden, sind das so gewaltige Summen, die wir mehr zahlen müssen, daß das bitte der wahre Prüfstein werden wird. Also, die Krankenhausmanager haben ganz zu Recht in diesen Wirtschaftsplan hineingeschrieben, das wird der letzte sein, der unter diesen Zielvoraussetzungen möglich ist, der alles in Zukunft wird sprengen, auch bitte von der ärztlichen Seite. Es ist die Transplantationsmedizin immer wieder ins Gespräch gekommen. Allein an der Chirurgie in Graz haben sich die Aufwendungen dafür im heurigen Jahr um 50 Prozent erhöht. Und wenn Sie den Posten „ärztliche Verantwortung“ anschauen, sind wir bereits fast bei einer Milliarde Schilling, 900 Millionen und etwas. Das heißt, das sind so gewaltige Beträge, die durch weit verbesserte Operationsmethoden, neue Geräte, nach der Operation weit verbesserte Behandlungsmethoden, teuerste Behandlungsmethoden, natürlich in die Höhe getrieben werden. Diese beiden Kostenfaktoren, auf der einen Seite das Personal, auf der anderen Seite der Fortschritt der ärztlichen Wissenschaft, die Apparatemedizin, ihre Betreibung, wird eine enorme Verteuerung nach sich bringen. Und da kann nur jeder sagen, Gott sei Dank ist ein bißchen gespart worden. Denn die Krankenhausgesellschaft hat natürlich zum Beispiel im patientenfernen Bereich sehr zum Leidwesen unseres Freundes Scherübel eingespart, 100 Dienstposten wurden eingespart. Das sind Dinge, wo man sagen muß, Gott sei Dank, es ist das passiert, denn das ist eine Ausgangssituation, die es uns etwas leichter macht. In Wien haben sie das doppelt so hohe Niveau, von dem aus sie die zukünftigen Kostenexplosionen auffangen müssen. Doppelt so hoch wie in der Steiermark! Ich stehe nicht an zu sagen, auch vorher schon, Herr Hofrat Dr. Schaffer, war natürlich eine sparsame Gebarung da, aber es ist

durch die Krankenhausgesellschaft die Situation noch ein Stück verbessert worden, eindeutig nachzuschauen. Wenn man das alles in diesen Relationen sieht und auch hinzufügt, daß wir drangegangen sind, nicht nur den Investitionsstau aufzubuchen, sondern etwa im LKH 2000 endlich eine klare Trennung zwischen Klinik und landschaftlichen Spitälern zu machen, so daß man nicht dauernd herumsuchen muß, wo kann uns der Bund etwas bezahlen, wo müssen wir ein paar versteckte Betten wieder aufdecken, ein Fünf-Milliarden-Schilling-Projekt bitte, das wir auf uns genommen haben und auf uns nehmen werden, Hartberg wird noch ein Spital sein, das natürlich renoviert oder neu gebaut werden muß. Also, wenn das alles zusammengezählt wird, sind das ganz gewaltige Summen, die auf uns warten. Warum sage ich das alles? Ich glaube, daß die Krankenhausgesellschaft den richtigen Weg dafür gewiesen hat. Sie werden jetzt sagen, schön, und warum habt ihr die Manager eigentlich gekündigt, vorsorglich gekündigt? Das hängt damit zusammen, das habe ich letztens schon ausgeführt, daß das System der Managerverträge bis dahin ein anderes war als jetzt. Wir haben ihnen Zielvorgaben gegeben. Ich sage ganz offen, ich habe mitgetan dabei, daher bin ich auch mitverantwortlich, ich war nie so sehr begeistert, ob das stimmen kann. Mir hätte ein normaler Vertrag durchaus genügt. Diese Zielvorgaben sind eben erfüllt worden, aber heute brauchen wir Verträge, die anders aussehen, die von diesen Zielvorgaben losgelöst sind, weil die Zielvorgaben nicht greifen können. Entweder sind sie ein Korsett, dann ist die medizinische Versorgung gefährdet, oder sie sind kein Korsett, dann brauchen wir sie nicht. Also sehr einfach, die gehören weg. Wir müssen übergehen zu ganz normalen Verträgen. Damit fällt die Automatik der Verlängerung, damit fällt die Gratifikation, alle diese Nebenbestimmungen. Ich möchte den Verhandlungen nicht vorgreifen, sie sind noch im Gange. Ich sage nur eines, mir persönlich scheint das Einhalten von Spielregeln als ein Prinzip der Vertragsgestaltung nicht so fremd. Ich meine damit folgendes: Die Manager sagen, wenn wir versagen, wenn wir wiederholte Pflichtverletzungen begehen, sind wir selbstverständlich bereit, gekündigt zu werden. Dann endet das ohne Ansprüche. Umgekehrt verstehe ich die Manager, die sagen, wenn ihr aber bei uns wiederholt eingreift und uns wiederholt in unseren Kompetenzen einschränkt, dann soll euch das eine Pönale kosten. Ich gebe zu, eine schwierige Sache, warum? Erstens einmal, weil man nie genau weiß, wo ist der Eingriff in die Kompetenzen, wann ist er wiederholt, wann ist er so stark, daß man es verwenden kann? Auf der anderen Seite eine Rute im Fenster, die ich verstehen kann. Wenn man das ein bißchen wegschiebt vom Prinzip der Zielvorgabe und in einen normalen Vertrag gibt, was ich für sinnvoll halte, hielte ich eine Art Spielregeleinhaltung nicht für so schlecht, aber darüber haben wir noch keinen Konsens.

Lassen Sie mich noch etwas sagen, es ist bekannt, und der Herr Landesrat hat dieselbe Unterlage wie ich, daher kann ich – glaube ich – daraus zitieren, ohne Geheimnisse zu verraten. Da hat eine Gruppe unter dem Vorsitz von Herrn Prof. Dr. Möse und dem Ärztekammerpräsidenten Neumann, Kraft-Kinz und Eugen Hauke, dem Vorsitzenden des Ludwig-Boltzmann-Forschungsinstitutes für Krankenhausorganisa-

tion in Wien, also durchaus kein ÖVP-nahes Institut, eine Befragung durchgeführt unter 210 führenden Mitarbeitern des Landeskrankenhauses aller 21 Häuser, und da wurde gefragt, wo, in welchen Bereichen sind Verbesserungen, Verschlechterungen aufgetreten. Zugegeben, eine sehr subjektive wahrscheinlich und zufällige Auswahl, zufällig eigentlich nur eingeschränkt, denn es sind im wesentlichen die Spitzen gefragt worden, die Ordinarien, die Primarien, aber auch die Pflegedienstleitung, die Gewerkschaft, die Assistenten und so weiter. 210 Leute, und ich darf ein paar Ergebnisse durchaus vorläufig zitieren. Es heißt etwa: „Wurde die Kooperation des Krankenhauses mit der Krankenhausgesellschaft im Vergleich zu früher verbessert oder verschlechtert?“ 76 Prozent sind der Meinung verbessert, 17 Prozent gleich geblieben, 7 Prozent verschlechtert.

Informationswesen – ist das verbessert oder nicht? 83 Prozent sind der Meinung, es ist verbessert, 10 Prozent gleich geblieben, 7 Prozent verschlechtert.

Nichtmedizinische Geräteinfrastruktur: 75 Prozent sind der Meinung, es hat sich verbessert, 22 Prozent gleich geblieben, 3 Prozent verschlechtert.

Medizinische Apparate- und Geräteinfrastruktur: 88 Prozent verbessert, 8 Prozent gleich geblieben, 3 Prozent verschlechtert.

Etwas anders und durchaus nicht zufriedenstellend ist der Personalsektor. Am Personalsektor sind die Zahlen: 46 Prozent verbessert, 30 Prozent gleich geblieben, 24 Prozent verschlechtert. Also, 24 Prozent verschlechtert – da kann man nicht darüber hinweg. Das ist eine ernste Sache, da muß etwas passieren. Der Vorstand hat selber in seinem Wirtschaftsplan hingewiesen, daß es wirkliche Engpässe gibt – ärztliche, pflegerische, vor allem bei Krankenschwestern –, daß das zum Teil auch schon auf die Substanz geht.

Es ist dann noch eine Frage: Wie schaut es überhaupt mit der medizinisch-pflegerischen Versorgung aus? Da sagen 63 Prozent verbessert, 20 Prozent gleich geblieben, aber 17 Prozent sagen, daß es sich verschlechtert hat. Auch hier, immerhin, 17 Prozent hat sich verschlechtert – ist ernst zu nehmen, kann man nicht zur Tagesordnung übergehen, muß man sich anschauen. (Abg. Kammlander: „Herr Kollege Schilcher, haben Sie im Landessonderkrankenhaus ähnliche Umfragen gemacht?“) Nein, Frau Kollegin, das ist global über alle Krankenhäuser, auch Landessonderkrankenhaus, nicht speziell, aber auch Vertreter des Landessonderkrankenhauses. Ich würde nur meinen, in Summe als ein Meinungsbild, das nicht den Anspruch erhebt, ein endgültiges und wissenschaftlich eindeutiges zu sein, ist die Gesellschaft positiv angenommen, vor allem in den Bereichen bauliche, medizinische usw. Infrastruktur, dort fast unbestritten, weil 3 bis 7 Prozent negativ sind, glaube ich, nicht schlimm. Beim Personal nicht in diesem Umfang, aber auch überwiegend nicht negativ. Trotzdem, ein Viertel, die sagen, es ist nicht besser, sondern schlechter geworden, sind ein ernst zu nehmender Faktor.

Warum sage ich das? Weil ich nicht an Schlechtmachen, Schönfärben oder was interessiert bin, sondern ich möchte versuchen, das Bild, das sich nach fünf Jahren ergeben hat, möglichst realistisch zu zeichnen. Es ist ein Bild mit vielen Positiva, aber auch mit einigen Schwächen, die man ausmerzen muß.

Meine Damen und Herren, heute ist, wie Sie wissen, das Fest des heiligen Nikolaus von Myra. Der heilige Nikolaus von Myra hat vielen Menschen viel Gutes getan, wie man weiß aus den Legenden. Er hat vor allem dafür gesorgt, daß Gerechtigkeit herrscht. Sie wissen vielleicht, daß es einen Fall gegeben hat, wo ein Richter falsch verurteilt hat, und einen zweiten Fall, wo ein Kaiser die drei Hauptleute, die er hatte, fälschlich verurteilt hat. Da ist der heilige Nikolaus von Myra dem Kaiser im Traum erschienen und hat ihn dazu gemahnt, das richtige Urteil zu fällen. Ich würde hoffen, daß der heilige Nikolaus den Verantwortlichen der Spitalsgesellschaft auch im Traum erscheint, damit er ihnen das richtige Urteil über die Spitalsgesellschaft mitteilt, damit es nicht zu falschen Verurteilungen irgendwo kommt, denn es wäre schade, wenn ein solches Reformwerk einfach durch die falsche Sicht belastet würde. Ich freue mich, daß es plus – minus gut gegangen ist, und ich bitte Sie, dieses Ergebnis auch durch Ihre Mitarbeit in Zukunft zu unterstützen. Danke. (Beifall bei der ÖVP. – 22.05 Uhr.)

Präsident Meyer: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Landesrat Dr. Dieter Strenitz das Wort.

Landesrat Dr. Strenitz (22.05 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine geschätzten Damen und Herren!

Es ist sehr reizvoll, nach dem Kollegen Schilcher ans Rednerpult treten zu können, denn er ist zum Einen zugegebenermaßen ein exzellenter Rhetoriker, und zum Zweiten haben unsere Dialoge schon Tradition. Das geht auf jene Zeit zurück, als wir noch als Klubobmänner hier die Klängen kreuzten – natürlich im übertragenen Sinn.

Meine Damen und Herren, ich werde einiges von dem, was Abgeordneter Schilcher jetzt hier in den Raum gestellt hat, kommentieren, ergänzen, da und dort mit einer Replik versehen, bitte Sie aber um ein bißchen Geduld, weil ich doch die Gesamtsituation in einen größeren Zusammenhang stellen möchte. Ich werde mich jedenfalls der Antworten an den Kollegen Schilcher nicht entziehen.

Es ist richtig, daß kaum ein anderer gesellschaftlicher Bereich zur Zeit so sehr in Diskussion steht wie das Krankenanstalten- und Gesundheitswesen. Für die einen sind die Spitäler noch immer der solide Grundpfeiler unseres Gesundheitswesens, für andere sind sie mehr oder minder eine Reparaturanstalt mit ständig steigenden Kosten und sinkender Effizienz.

Das Hauptproblem der Medizin von heute ist die Kostenexplosion, die eigentlich darin liegt, daß die Medizin zu viel kann, nicht zu wenig. Sie strapaziert unser Sozialgefüge durch einen Überfluß an Wunderdingen, die heute zur Verfügung stehen, und daraus ergeben sich eben die Widersprüche zwischen der Forderung nach zeitgemäßer Qualität auf der einen und den vorgegebenen Sparzielen auf der anderen Seite, also Steigerung der Leistung bei gleichzeitiger Kostendämpfung.

Diese Problematik durchzieht die Diskussion im Steiermärkischen Landtag seit nunmehr fast zehn Jahren. Dabei hat sich gezeigt – und ich glaube, das ist auch der Wortmeldung des Kollegen Schilcher zu entnehmen –, daß allzu optimistisch geortete Rationa-

lisierungsreserven im erhofften Ausmaß nicht zu erzielen waren. Trotz unbestritten großartiger und hervorragender Leistungen in allen unseren 21 Häusern waren Personalengpässe vor allem im Pflegebereich und im ärztlichen Bereich nicht zu übersehen. Trotz beachtlicher Bauleistungen – die Herren der technischen Direktion sind im Zuhörerzimmer anwesend – gibt es noch immer eine große Zahl baulicher Sorgenkinder. Und trotz gewaltiger Leistungen sowohl in der Standardversorgung als auch in der Spitzenmedizin dürfen wir nicht übersehen, daß es in verschiedenen Fächern in Diagnose und Therapie noch immer lange Wartezeiten gibt. Und ich habe bei den bisherigen Diskussionen immer den Standpunkt eingenommen, den ich heute – ich bitte um Entschuldigung für die Feststellung – zum ersten Mal hier in diesem Hause gehört habe, nämlich eine differenzierte Haltung zu den Dingen, das grundsätzliche Bekenntnis zur Krankenanstaltenges. m. b. H., zu der wir uns als Partei und Klub bekennen, die Anerkennung der Leistung unserer über 10.000 Mitarbeiter, die Würdigung organisatorischer Verbesserungen, gleichzeitig aber die Einsicht, daß große Einsparungserfolge bei gleicher oder gar steigender Qualität leider nur eine Illusion sind.

Meine Damen und Herren, dieser Einschätzung trägt auch der Wirtschaftsplan für das Jahr 1990 Rechnung, wenn von der Geschäftsführung festgestellt wird, daß letztmalig ein übertragungskonformer ausgeglichener Wirtschaftsplan erstellt werden kann und daß bereits 1991 gegenüber 1990 mit einem nennenswert höheren Landeszuschuß gerechnet werden muß. Im Wirtschaftsplan 1990 sind inklusive dem Stellenplan Aufwendungen und Erträge in Höhe von 6,9 Milliarden Schilling präliminiert. Der Gesellschafterzuschuß des Landes beträgt laut Wirtschaftsplan 1622 Millionen Schilling. Das ergibt gegenüber 1989 eine Erhöhung um 187,5 Millionen Schilling oder 13,07 Prozent.

Meine Damen und Herren! Weil die Frau Präsident Dr. Kalnoky vom Glasnost der Kosten in den Spitälern gesprochen hat, erlauben Sie mir, daß ich es noch etwas mehr verdeutliche und gläserner mache. Sehen Sie hier bitte die Entwicklung der Landeszuschüsse von 1986 bis 1990. Im Jahre 1984 betrug der Landeszuschuß – er hat sich damals aus dem außerordentlichen und ordentlichen Haushalt zusammengesetzt – 958 Millionen. Das Blaue hier ist das außerordentliche Budget des Jahres 1986. Das ist der Landeszuschuß 1984 laut Rechnungsabschluß. Sie haben hier die Pensionskomponente und hier die Zentralverwaltung. Das ist dieser gleichgebliebene eingefrorene Sockelbetrag, über den es immer wieder Mißverständnisse gibt, weil manche glauben, das sei der Betrag, mit dem die Krankenanstaltenges. m. b. H. auskommen müsse. Dazu kommen jene Beträge nach dem berühmten Paragraphen 77 des Übertragungsvertrages, das sind zusätzliche Dienstpostenfinanzierungen, wie sie beispielsweise Kollege Schilcher jetzt geschildert hat, oder aber Sonderaufwendungen des Landes im Baubereich. Diese 260 Millionen sind jene, die im kommenden Jahr für Feldbach und Bruck eingesetzt sind. Alles in allem eine deutliche Steigerung des Landeszuschusses von 1986 bis heute. Dieser ist also, nochmals gesagt, von damals 1.125.000.000 Schilling auf 1,6 Milliarden im kommenden Jahr gestiegen, und es wird der Landeszuschuß 1991, wenn man auch die Bauaufwen-

dungen mitberücksichtigt, wahrscheinlich nochmals um 300 Millionen Schilling gegenüber dem Landeszuschuß des Jahres 1990 steigen. Meine Damen und Herren, weil die Frage gestellt wurde, war die Zielsetzung falsch? Wer hat hier alles Fehler gemacht? Nicht zuletzt auf Grund der Expertisen der Herren Geschäftsführer, die seinerzeit, und ich zitiere wörtlich, etwa bei den Personalkosten Dkfm. Dr. Bosch wenn er auf Seite 50 seiner damaligen Expertise meint, daß von den 65 Prozent Anteil der Personalkosten an den Gesamtkosten ihm Einsparungsmöglichkeiten in einem realistischen Bereich möglich erscheinen, und wenn er auf Seite 51 rund 700 Überbesetzungen durch politische Entscheidungen ortet. Wörtlich nachzulesen, das war keine sehr freundliche Bemerkung gegenüber den damaligen Personalreferenten, die allerdings durch die Entwicklung in der Zwischenzeit durchaus rehabilitiert worden sind, denn der Personaletat mußte wesentlich aufgestockt werden. Meine Damen und Herren, angesichts dieser gewaltigen finanziellen Notwendigkeiten für die kommenden Jahre sollten wir uns darüber Gedanken machen, wie wir zu diesen zusätzlichen Geldern kommen, und der Streit um Statistiken reduziert sich eigentlich auf die ihm zukommende marginale Größe. Ich mache eine einzige Anmerkung dazu, nämlich die: es war nicht ganz ein Hornberger Schießen – diese Diskussion mit der Stellungnahme der Ges. m. b. H. und der Rechtsabteilung 12 und dann der abschließenden Beurteilung des KRAZAF, weil es bis dahin ganz anders geklungen hat, wir von den Musterchülern der Nation gehört und die Herren des KRAZAF dafür eine ganz andere Bezeichnung gefunden haben. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Von wem, das muß man auch sagen!“) Meine Damen und Herren! Ich sage es sine ira et studio: beim wesentlichsten Parameter der Beurteilung, nämlich den Kosten pro stationärem Patienten, sind wir in der Steiermark an fünfter Stelle aller österreichischen Bundesländer. Und auch was die Kostensteigerung vom Jahre 1988 auf 1989 und auf das kommende Jahr betrifft, sieht es nicht viel anders aus. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Jetzt fängst du wieder an, Herr Landesrat, mit Zahlen!“) Vergessen wir diesen Streit, meine Damen und Herren! (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Ja, eben!“) Die Ziffern sind in der Zwischenzeit ausgetauscht worden. Lassen Sie mich jetzt ein paar Anmerkungen zum Personal machen. Dem Personal kommt im kommenden Jahr besondere Bedeutung zu. Es ist der Personaletat nicht nur mit 3,7 Milliarden dotiert, wobei er eine Steigerung gegenüber heuer um 10,4 Prozent erfährt, sondern es sind auch 266 Dienstposten zusätzlich für die Spitäler eingesetzt, so daß man durchaus realistisch sagen kann, daß die medizinische Versorgungsqualität sich in diesem Bereich sehr deutlich verbessern wird und daß dem Primat der Qualität der medizinischen Versorgung gegenüber Sparzielen durchaus entsprochen wird. Kollege Schilcher hat bereits in dankenswerter Weise erwähnt, daß von den 718 zusätzlich geschaffenen Dienstposten 433 vom Land und 284 von der Ges. m. b. H. getragen werden.

Meine Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle auch eine Bemerkung zum Ruf nach dem humanen Krankenhaus machen. Ich sage, daß die moderne Medizin und auch unsere Krankenhäuser besser sind als ihr Ruf. Ich sage das im Interesse unserer Bediensteter, weil die allseitige Klage über die angebliche Kälte

der Apparatemedizin ungerecht ist, weil Fortschritt in der Medizin nur mit Technik und Spitzenapparatur möglich ist. Und alle jene Medizinkritiker spätestens dann, wenn sie selbst krank sind, diese Spitzenmedizin in Diagnose und Therapie für sich in Anspruch nehmen. Und dennoch, meine Damen und Herren, gilt der Satz, daß die Humanität im Krankenhaus beim Dienstpostenplan beginnt. Und ich möchte auch etwas über die Schwestern sagen. Unbestritten bleibt, daß das Hauptproblem darin liegt, daß wir heuer gegenüber der Zeit vor 25 Jahren mit damals 26.000 Geburten nur noch 13.000 Geburten haben und ganz einfach immer weniger junge Menschen in der Lage sind, diesen Beruf zu ergreifen. Wir haben versucht, und wir sind dabei, Werbemaßnahmen, Broschüren, Videofilme, Information an Schulen und vieles andere durchzuführen. Das eigentliche Problem sind aber die Ausbildung und die Bezahlung. Da gebe ich jetzt dem Kollegen Bacher durchaus recht, allerdings mit der Einschränkung, daß die Ausbildung nach wie vor eine bundesgesetzliche Regelung ist. Wenn wir das Wiener Schema für unsere steirischen Schwestern anwenden würden; je nachdem, ob wir die Rechnung auf die Einstiegsstufe oder auf die sechste Gehaltsstufe beziehen, würde uns das von einem Jahr auf das andere einen Mehraufwand von 23 bis 51 Millionen Schilling kosten. Und wenn wir die Schwestern alle in B überführen würden, dann würde das einen Mehraufwand von 70 Millionen Schilling pro Jahr ausmachen. Ein großes Problem ist darin zu sehen, daß wir heute für unsere Bediensteten drei Dienstrechte haben. Wir haben in unseren Spitälern Bundesbedienstete, Landesbedienstete und Krankenanstaltenbedienstete. Und unter diesem Gesichtspunkt ist der Wunsch der Personalvertretung zumindest nach Zusammenführung dieser Dienstrechte durchaus verständlich. Was allerdings die in Diskussion stehende Rückführung der Gesellschaftsbediensteten unter das Land betrifft, so ist festzustellen, daß eine solche Maßnahme einen wesentlichen Pfeiler der gesamten Ges. m. b. H.-Konstruktion betreffen würde. Ich möchte an dieser Stelle, meine Damen und Herren, weil es mir ein aufrichtiges Bedürfnis ist, allen 10.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in unseren Spitälern für die tagaus und tagein unter schwersten Bedingungen und mit hohem Idealismus gebrachte Arbeit sehr herzlich danken.

Lassen Sie mich jetzt auch ein paar Sätze zum Investitionsbudget sagen, und Kollege Dr. Schilcher wird nicht böse sein, wenn ich eine kleine Korrektur anbringe. Von den 1,4 Milliarden Schilling, die im nächsten Jahr im Investitionsbudget aufscheinen, werden zum Ersten nicht alle 1,4 Milliarden Schilling verbaut, und zum Zweiten sind das Gelder, die sich aus Mitteln des Bundes, des Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds und des Landes zusammensetzen. Die Finanzierung der Ges. m. b. H. – ohne daß ich da etwas abwerten möchte – beträgt von diesen 1,4 Milliarden Schilling 198 Millionen. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Ganz sicher nicht!“) Ganz sicher schon, wir können die Papiere dann durchaus austeilen.

Aber, meine Damen und Herren, lassen Sie mich jetzt, der fortgeschrittenen Zeit wegen, in Schnelligkeit einige doch sehr erfreuliche Dinge berichten:

Wir haben im heurigen Jahr auf der Dermatologischen Klinik die Ambulanz fertiggestellt, die Neurolo-

gische Abteilung und die Pulmologische Abteilung in Leoben der Bestimmung übergeben, die Chirurgische Ambulanz in Radkersburg und den Funktionstrakt in Rottenmann, die Generalsanierung und die Zubaumaßnahmen in Feldbach laufen ebenso planmäßig weiter wie der Zubau in Knittelfeld und Mürrzuslag. Für Bruck, um die Freude aus Bruck zu beruhigen, sind im kommenden Jahr 100 Millionen Schilling für den Neubau eingesetzt. Es gibt im Zuge von Strukturverbesserungsmaßnahmen in Eisenerz, Hörgas und auf der Stolzalpe Bauaktivitäten, und auch die Zielplanung für Hartberg schreitet zügig voran.

Die Ziel- und Gesamtplanung für das LKH 2000 ist abgeschlossen. Wir haben den Spatenstich für die Kinderchirurgie vorgenommen. Im nächsten Jahr soll die Renovierung des Medizinblocks in Graz beginnen, ferner die Fertigstellung der Generalsanierung der Ambulanzen der HNO-Abteilung und der GYN in Leoben, der Baubeginn in Judenburg, der Baubeginn einer Zentralwäscherei und die Fertigstellung der Anstaltsküche und der Generalsanierung der Alkoholikerstation im Landesnervenkrankenhaus.

An Großgeräten – und ich glaube, auch das ist sehr bedeutsam – nenne ich für heuer den Ankauf eines Nierenstein- und Gallensteinzertrümmerers im Werte von 14 Millionen Schilling sowie für das nächste Jahr die Anschaffung eines zweiten NHR-Gerätes sowie erste Einrichtungen zur Nukleardiagnostik auch in Leoben.

Ich glaube, alles in allem sehr beeindruckende Leistungen auf dem Bau- und Gerätesektor. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Darf ich nur einen Zwischenruf machen?“) Bitte! (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Auf Seite 44 des von dir mitbeschlossenen Wirtschaftsplanes 1990 steht: Eigenmittel der Krankenanstaltengesellschaft 196 Millionen Schilling, und letzte Zeile: Auflösung von zweckgebundenen Rücklagen für Investitionen der Krankenanstaltenges. m. b. H. 443 Millionen Schilling. In Summe 640 Millionen Schilling.“) Wir werden über diese Zahlen im Anschluß noch diskutieren, Kollege Dr. Schilcher.

Das sind aufgelöste Rücklagen zum Ausgleich des Haushaltes, und darauf gründete sich meine Meinung, daß wir im nächsten Jahr 300 Millionen Schilling zusätzlich brauchen, um wieder ausgeglichen budgetieren zu können.

Aber, meine Damen und Herren, darf ich in aller Kürze einige Repliken – (Abg. Dr. Pfohl: „Herr Landesrat, darf ich auch etwas fragen? Ich werde nicht ganz schlau. Im ersten Teil kritisieren Sie eigentlich die Krankenanstaltengesellschaft und sagen: ‚Der Erfolg ist nicht vorhanden‘. Im zweiten Teil loben Sie, was alles geschehen ist. Sind das jetzt zwei verschiedene Institutionen?“) Nein, Kollege Dr. Pfohl. Ich versuche nur auseinanderzuhalten, von wem die Gelder kommen. Auch diese Mittel, die Kollege Schilcher hier zitiert, sind angesparte Mittel, die seinerzeit (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Nicht nur!“) vom KRAZAF kamen – angesparte Mittel vom KRAZAF – und vom Bund, die jetzt hier in dieser Form aufscheinen und aufgelöst wurden. (Abg. Dr. Pfohl: „Wie würde es ausschauen, wenn das nicht wäre?“) Meine Damen und Herren, ich bitte aus Zeitgründen, nur noch kurz auf einige Wortmeldungen eingehen zu dürfen. Die Frau Kollegin Kammlander hat nach dem Stand der

Ergebnisse der Kommission gefragt, der Prof. Möse vorsitzt. Ich sagte zum Kollegen Weilharter, daß wir für diese Kommission alle eingeladen haben, nicht nur die zuständigen Rechtsabteilungen, sondern auch die Elternvereine, die Lehrerschaft und das Personal. Wir haben aber gesagt, daß das für die erste Phase dieser Untersuchungen und Ermittlungen gelten soll, wo die Zustände und Vorfälle aufgezeigt werden sollen. Dieser Bericht geht dann an die Regierung, wird ins Hohe Haus kommen, und wir werden dann selbstverständlich auch mit allen Politikern darüber diskutieren. Und Sie sind sehr herzlich eingeladen, beim zweiten Teil der Untersuchungen – nämlich, wie geht es weiter? Müssen alle Kinder unbedingt dort untergebracht sein? – dort im Rahmen einer öffentlichen Enquete mit internationalen Experten mitzudiskutieren. Das ist ein medizinisches, ein soziales und ein pädagogisches Problem.

Zur Frage Ombudsmann: Da gibt es Gespräche zwischen dem Kollegen Dr. Hirschmann und dem Kollegen Trampusch. Es ist nicht so, daß wir gesagt haben, daß wir den Ombudsmann honoriert sehen wollen, sondern wir haben gesagt, daß es notwendig wäre, ihn personell zu dotieren, das heißt, nach dem Modell Wien, wo ein A-Posten, ein B-Posten und ein Schreibkraftposten dem Ombudsmann zur Verfügung stehen. So müßte er auch in der Steiermark, wenn er entsprechend wirksam werden soll, dotiert sein.

Der Frau Präsident Dr. Kalnoky danke ich für den Hinweis: Essen im Spital. Da sind wir sehr daran interessiert. Es wird schon in der nächsten Woche eine Broschüre über „gesundes Essen“ vorgestellt werden, die künftig auf allen Nachtkästchen der Spitalspatienten zu finden sein wird, und es wird das Landeskrankenhaus, beginnend mit 1. März nächsten Jahres, bereits ein Alternativmenü zusätzlich zur Auswahl bereitstellen, und wir werden versuchen, das Schritt für Schritt auch für die übrigen Spitäler zu realisieren. Wir haben im Augenblick etwa 15 Diätassistentinnen in den Häusern. Der Idealzustand wäre, etwa für zwei Standardkrankenhäuser je eine Diätassistentin. (Präsident Dr. Kalnoky: „Herr Landesrat, ich habe vergessen, Sie zu bitten, wenn Sie diesen Plan machen: Es gibt zum alternativen Essen auch jetzt das alternativ gezogene Schwein, das wesentlich gesünder ist. Das heißt ‚Porky‘. Das gleiche gilt für ‚Styrian-beef‘. Ich wäre sehr glücklich, wenn in den Landeskrankenhäusern – ich weiß, Lebensmittel sind ungefähr 136 Millionen Schilling im Jahr – ein gewisser Prozentsatz ‚Porky‘ und ‚Styrian-beef‘ eingekauft werden würde.“) Ich werde das dem zuständigen Küchenleiter, dem Direktor Scheuch, der da sehr interessiert ist, weitergeben. (Abg. Dr. Pfohl: „Nicht dem Küchenchef, sondern dem Chef der Krankenanstaltengesellschaft!“) Ja, wenn Sie wollen. (Abg. Dr. Pfohl: „Sie pfuschen denen dauernd ins Geschäft!“) Sie sind da im Irrtum, Kollege Dr. Pfohl. Da gibt es ein gutes Einvernehmen, und wir werden in der nächsten Woche gemeinsam mit den Vorständen, mit der Küchenleitung und mit Herrn Prof. Harnoncourt diese Ergebnisse und die Broschüre vorstellen und darüber reden. Das ist ja wohl selbstverständlich. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Er hat recht. Es ist eine prinzipielle Einstellung, ob ich den Vorstandsdirektoren alles überlasse oder ob ich ständig hineinregiere!“) Kollege Dr. Schilcher, das ist kein

Hineinregieren, sondern das ist im besten Einvernehmen unter allen Beteiligten geschehen. (Abg. Dr. Pfohl: „Davon verstehe ich etwas. So kann man keinen Betrieb führen. Das ist ausgeschlossen. Ich kann nicht Leute bestellen, und dann rede ich ihnen ununterbrochen hinein, zum Beispiel in der Küche. So kann ein Unternehmen nicht funktionieren!“) Aber ich werde Ihnen jetzt etwas anderes sagen, Kollege Dr. Pfohl, nämlich aus einem ganz konkreten Anlaß: Sie sagen, man dürfe nicht hineinreden, und wir haben uns erlaubt, als das Problem im Landessonderkrankenhaus akut wurde, uns einzuschalten. Da hat der Kollege Dr. Lopatka – ich habe das heute in einer Zeitung gelesen – gesagt: „Dr. Strenitz trägt die Verantwortung“, und bei Dr. Schilcher habe ich das auch gehört, er trägt die Verantwortung. Aber wenn es darum geht (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Jawohl, und zwar ganz allein. Du bist ja Aufsichtsbehörde!“), sich dort zu melden und irgend etwas aufzuzeigen, dann kommen Sie wieder und sagen: „Sie dürfen nicht dreinreden!“ Und Kollege Dr. Schilcher geht dann noch weiter, indem er sagt: „Wenn man da dreinredet, dann findet diese besondere Abfertigungsklausel mit 8 Millionen Schilling nach jetziger Rechnung Anwendung.“ So, meine Damen und Herren, geht es auch nicht. Da müssen Sie sich schon entscheiden: Entweder trägt der Krankenanstaltenreferent die Verantwortung, dann muß er auch etwas reden können, oder er trägt keine Verantwortung (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Ganz einfach!“), dann schaut das wieder anders aus. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Die Schulen sind nicht in der Kompetenz der Krankenanstaltengesellschaft, sondern in deiner alleinigen Kompetenz!“) Du verwechselst schon wieder die Schwesternschulen mit der Heilpädagogischen Station. Da gibt es ein großes Problem. Da habe ich schon seit langem ein Verfassungsgutachten verlangt, das diese Frage endlich klären sollte, denn da gibt es einen jahrelangen Streit zwischen (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Der ist geklärt!“) – nein – der Schulbehörde und der Krankenanstaltenbehörde, und keiner weiß, wo sie eigentlich wirklich hingehören. Und ich wollte vor drei oder vier Regierungssitzungen diese Frage klären lassen, das haben Sie, meine Damen und Herren von der rechten Reichshälfte, leider abgelehnt. Aber darf ich, weil ich Sie hier nicht strapazieren möchte (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Die Schulen gehören in deinen Bereich!“), noch etwas zu dem sagen, was Dr. Schilcher am Schluß angeführt hat, nämlich dieses Gutachten, das auf Grund einer Privatinitiative der Herren Geschäftsführer zustande gekommen ist. Wir haben auch im Aufsichtsrat darüber geredet, denn es war keine besonders vertrauensbildende Maßnahme, daß die Geschäftsführer wieder einmal ein Gutachten in Auftrag gegeben haben. Es war ja nicht das erste. Wir haben vor gar nicht allzu langer Zeit von Prof. Kraus ein Gutachten erhalten, es hat etwa 380.000 Schilling gekostet. Das jetzige 180.000 Schilling. Das ist nur eine Stilfrage. Und eines ist bemerkenswert, daß wir damals im Gesellschafter-Ausschuß und im Aufsichtsrat alle gesagt haben, wir wollen als Eigentümer wenigstens die Fragestellung mitbestimmen. Bis heute ist dieser Auftrag des Eigentümers nicht erfüllt worden, aber wir bekommen jetzt das Gutachten präsentiert. Und auch dieses Gutachten ist, wie Schilcher sagt, sehr differenziert. Selbstverständlich ergeben sich organisatorische

Verbesserungen dort, wo Agenden zusammengefaßt werden, die früher bei der Rechtsabteilung 1, bei der Rechtsabteilung 10, 12 und bei der Landesbaudirektion waren. Im Personalbereich gibt es aber laut diesem Gutachten wesentliche Knirschpunkte. Und da hat Prof. Möse mir in einem persönlichen Gespräch gesagt, „das wichtigste an der Medizin ist der Personalbereich, und wenn es dort Knirschpunkte gibt, dann knirscht es in einem wesentlichen Bereich“. (Abg. Dr. Pfohl: „Herr Landesrat, wie würden Sie es machen? Mir fehlt die Alternative, wie es besser werden soll – also Auflösen der Krankenanstaltengesellschaft?“) Nein, Kollege Dr. Pfohl, aber sich endlich dazu bekennen, daß wir in diesem Bereich Geld brauchen, Geld und wieder Geld.

Ich bin froh, ich wollte nicht mehr sagen, als daß wir heute das erste Mal in diesem Haus zu einer differenzierten Sicht der Dinge gekommen sind, weil es bislang immer anders geklungen hat. Ich möchte, meine Damen und Herren, Sie nicht mehr allzu lange aufhalten. Ich möchte sagen, daß die Krankenanstalten nicht irgendein beliebiger Betrieb sind. Sie sind kein Betrieb, der nach rein privatwirtschaftlichen Grundsätzen geführt werden kann (Abg. Dr. Pfohl: „Jetzt kommen wir auf das Glatteis!“), sie sind kein Betrieb, der rein kameralistisch geführt werden darf. Sie sind ein gemeinwirtschaftlicher Betrieb. Das ist auch das, was die Kommission nach Lainz gesagt hat, sie sind ein gemeinwirtschaftlicher Betrieb, weil sie eine wichtige staatliche Aufgabe durchzuführen haben. (Abg. Dr. Pfohl: „Die einen kritisieren, die anderen arbeiten – das ist ein gemeinwirtschaftlicher Betrieb!“) Eine wichtige staatliche Aufgabe, nämlich die Vorsorge für einen der wichtigsten Bereiche der Gesundheits- und Spitalsversorgung. Und diese Verantwortung, meine Damen und Herren, kann dem Landtag und der Landesregierung niemand abnehmen. Da treffe ich mich wieder mit Dr. Schilcher, wenn er sagt, wir dürfen uns aus dieser Verantwortung nicht verabschieden (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Dagegen ist nichts zu sagen!“), wenn es um die Probleme geht, etwa in Eisenerz oder in Marizell oder in Radkersburg oder in Hartberg. Und da kommen die Bürger zu uns, die Bürgermeister und die Bürgerinitiativen. Und dann hören wir sie uns an, und dann sagen wir, meine Herren, eigentlich war Ihre Vorsprache sinnlos, denn sie dürfen uns die Dinge zwar sagen, aber wenn wir sie umsetzen, dann greifen wir wieder in die Kompetenzen ein, und dann tritt wieder dieses Pönale in Kraft, von dem Dr. Schilcher hier gesprochen hat. Aus diesem Grund war ein solches Pönale beim Vertragsabschluß 1985 ein Irrtum, und ein solches Pönale wird es auch in Zukunft nicht geben. Es war in den vergangenen Tagen und Wochen in dieser Diskussion eine fruchtbare Unruhe. Aber das muß gar nicht schlecht gewesen sein, ich glaube, daß wir uns in der gemeinsamen Aufgabe treffen. Wenn ich sage wir, dann meine ich die über 10.000 Bediensteten in den Häusern, ich meine die Bediensteten in der Zentralverwaltung mit den Geschäftsführern, und ich meine die Politiker in ihrer Aufgabe und Verantwortung gegenüber den Steirerinnen und Steirern. Und wir finden uns hier über alle Parteigrenzen hinweg. Ich sage jetzt, daß wir zum Beispiel uns am Rande Ihres ÖVP-Parteitag getroffen haben, weil wir dort gemeinsam ein Gespräch mit Minister Busek geführt haben, das zur Einsetzung einer Kommission für den Bereich Landeskrankenhaus

2000, dem klinischen Mehraufwand und die Struktur unserer Universitäten führte. Ich sage das deswegen, weil ich dort hingegangen bin, nicht achtend der Probleme und der möglichen Schwierigkeiten, die ich dann bei meinen Parteifreunden hätte haben können, wenn es ruckbar wird, daß ich den ÖVP-Parteitag aufsuchte. (Abg. Dr. Pfohl: „Das ist Schizophrenie!“)

Meine Damen und Herren! Allen Unkenrufen zum Trotz, unsere Spitäler können sich durchaus sehen lassen. Sie halten auch internationalen Vergleichen stand (Abg. Dr. Pfohl: „Wir sind gut!“), sie sind nach wie vor hervorragend in der Versorgung, in der Ausbildung unseres medizinischen Nachwuchses, als Arbeitsplatzgeber, als Investor und in ihrer wissenschaftlichen Leistung. (Beifall bei der ÖVP.) Ich möchte einem alten Brauch folgend drei Herren danken, die im vergangenen Jahr ausgeschieden sind, das sind Herr Univ.-Prof. Heinz Köle, langjähriger Vorstand der Zahnklinik, und die beiden Verwaltungsdirektoren Büchsenmeister im Landes-Sonderkrankenhaus Hörgas-Enzenbach und Herr Anton Löschnig im Landeskrankenhaus Fürstenfeld. Mein Dank gilt allen Bediensteten der Rechtsabteilung 12 mit Herrn Hofrat Dr. Schaffer an der Spitze, gilt den Bediensteten der Zentralverwaltung mit den Vorstandsdirektoren Bosch und Moser, mein Dank gilt den über 10.000 Bediensteten in unseren Häusern (Abg. Dr. Pfohl: „Bei den 10.600 Bediensteten sind die geschäftsführenden Direktoren auch drinnen!“), und nicht zuletzt Ihnen, meine Damen und Herren, für Ihr großes Interesse an diesem Kapitel und für Ihre Anteilnahme am Gesundheitswesen und den Krankenanstalten. Ich danke Ihnen auch für die Zustimmung zur Gruppe 5. (Beifall bei der SPÖ. – 22.37 Uhr.)

Präsident Meyer: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth das Wort.

Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth (22.37 Uhr): Frau Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte mich zu zwei Punkten zu Wort melden, in denen ich im Laufe dieser Debatte zur Gruppe 5 angesprochen wurde. Zuerst zur Gesellschaft für Gesundheitsschutz. Ich möchte sagen, daß ich es außerordentlich bedaure, daß im Laufe des heurigen Jahres, wie ich meine, der Herr Abgeordnete Gennaro in äußerst leichtfertiger Weise Geschichten über die Frau Dr. Kalnoky verbreitet hat. Ich glaube, daß dieser politische Stil der ist, der unser politisches Leben in der Öffentlichkeit leider manchenmal abwertet, nämlich den politischen Gegner schwerstens in der Öffentlichkeit zu verdächtigen, ohne sich vor – (Abg. Rainer: „Ich erinnere an die Arbeiterkammerwahl!“ – Abg. Trampusch: „Sie tun es gerade, Herr Landeshauptmannstellvertreter!“) Mir ist er völlig unbekannt, ich würde es nie machen. Herr Kollege Rainer, Sie können sich darauf verlassen, daß ich so etwas nie betreiben würde. (Abg. Trampusch: „Hoffentlich!“) Sie können sich darauf verlassen! (Glockenzeichen der Frau Präsident Meyer. – Abg. Schützenhöfer: „Wenn du eine Debatte haben willst, kannst du sie auf der Stelle haben!“ – Abg. Rainer: „Nur keine falschen Empfindlichkeiten!“ – Abg. Schützenhöfer: „Du, Rainer, hast genug Prozesse in bezug auf die Arbeiterkammer-

wahl!“) Können wir wieder zurückkehren in diesen Kreis? (Präsident Meyer: „Herr Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth hat das Wort!“ – Abg. Gennaro: „Bevor wir so aussagen wie du, bleiben wir lieber dumm!“ – Abg. Schützenhöfer: „Mit dir und dem Rainer beschäftige ich mich nicht. Da brauchst du keine Angst haben!“) Können wir wieder zurückkehren zum Thema? Ich möchte behaupten, gerade nach den abenteuerlichen Summen, von denen jetzt gerade im Zusammenhang mit den Spitälern gesprochen worden ist, daß Frau Dr. Kalnoky in der Gesellschaft für Gesundheitsschutz mit ihren Mitarbeitern mit geringsten Mitteln Großartiges leistet. (Beifall bei der ÖVP.) Das ist ja eines unserer Grundprobleme in Österreich und auch speziell in der Steiermark, daß eine ungeheure Ungleichheit zwischen der kurativen Medizin, sprich den Spitälern, und der Vorsorge besteht. Das ist ein Mißverhältnis, das einfach nicht mehr tragbar ist, das auch volkswirtschaftlich nicht stimmt. Man beginnt erst sehr zaghaft umzudenken. Die neuen Entwicklungen im KRAZAF sind ein erster schüchterner Versuch.

Ich kann jedenfalls eines berichten, weil hier auch vom Rechnungshof geredet wurde – damit kann man natürlich immer einen gewissen Eindruck erwecken, daß irgendetwas nicht stimmt –, daß die Schlußbesprechung über den Rechnungshofbericht bei mir abgehalten wurde, wie das immer stattfindet, wenn zum Ressort eine Prüfung erfolgt. Diese Prüfung ist sehr ausführlich abgehalten worden. Es hat verschiedene Kritiken gegeben, wie das ganz normal ist, wenn man über Jahre hinweg eine solche Einrichtung prüft, und Verbesserungsvorschläge. Einige davon sind bereits in die Wirklichkeit umgesetzt worden. Ich habe jedenfalls, wie ich es immer in einer solchen Situation mache, die Herren vom Rechnungshof gegen Ende der Besprechung gefragt: „Meine Herren, was liegt aus Ihrer Sicht gegen Frau Dr. Kalnoky vor?“ Die Antwort war: „Nichts.“ Ich bitte, das in dieser Form zur Kenntnis zu nehmen.

Wir haben gerade im Zusammenwirken mit der Gesellschaft für Gesundheitsschutz ein paar sehr gute neue Initiativen setzen können: „Gesunde Gemeinde“ ist bereits bekannt, es gibt einen neuen Modellversuch, einen österreichischen Pilotversuch, an einer Schule in Graz in der Schippingerstraße unter dem Motto „Gesunde Schule“. Es tun hier alle mit, sehr kooperativ mit der Gesellschaft – wir von der Gesundheitsverwaltung des Landes tun mit, genauso wie der Magistrat Graz mit mehreren Abteilungen, der Landesschulrat und der Bezirksschulrat, und es tun die Eltern, die Lehrer und die Kinder mit –, um hier über einen Gesundheitspaß, den das Kind bekommt, an der Schule vorsorglich für Untersuchungen zu sorgen und im Hintergrund natürlich den Menschen, den Erwachsenen, den Eltern, aber auch schon den Kindern zu helfen, ein Gesundheitsbewußtsein zu vermitteln. Das ist ja der Kern von Gesundheitsförderung oder von Gesundheitsvorsorge, daß man nicht völlig unbedacht mit dem eigenen Körper in den Tag hineinlebt, in der Auffassung, wenn es einmal einen Knall gibt, dann wird er schon irgendwo repariert werden, und das kostet nichts – in Wahrheit ist das „sauteuer“, wie wir alle wissen –, sondern daß man sich darüber einigermaßen – ich bin sehr bescheiden mit meiner Terminologie – im klaren ist, wie man durch eine vielleicht ein

bißchen klügere Lebensführung sich einfach gesünder durch die Welt bewegt und damit ein glücklicherer Mensch ist und zugleich auch vielen anderen Menschen Geld erspart – das ist es ja auch. Und das ist also die Tätigkeit der Gesellschaft für Gesundheitsschutz, die mit geringen Mitteln sehr große Erfolge erzielt. Ich danke ihr dafür in aller Form und hoffe auch in der Zukunft auf eine gute Zusammenarbeit. (Beifall bei der ÖVP.)

Die Frau Abgeordnete Kammlander hat mir eine Frage – sie ist noch im Saal – über die extramurale Psychiatrie gestellt. Ich möchte dazu auch in ein paar Worten Stellung beziehen. Die extramurale Psychiatrie hat in der Steiermark vor ein paar Jahren begonnen, als wir dieses sogenannte Kriseninterventionszentrum am Griesplatz gegründet haben. Damals ging das mit Förderungsgeldern, auf die Dauer aber nicht sehr gut, weil Förderungsgelder allein dafür nicht ausreichen. Es wurde dann von meinem Referat abgekoppelt und an die Spitäler zum Landesrat Heidinger angeschlossen und läuft jetzt in diesem Referat beim Herrn Kollegen Dr. Strenitz sehr ordentlich, wie ich weiß. Es ist sicherlich wünschenswert, daß eine zweite solche Einrichtung in Graz noch existiert. Auch das gehört zum Referat des Kollegen Strenitz, der damit schon beschäftigt ist. Was nun mein Referat betrifft, haben wir einen ersten guten Schritt nach vorne dadurch machen können, daß die sogenannte Sektorierung im Landesnervenkrankenhaus erfolgt ist und nunmehr die Beziehung zu den Bezirken draußen auf diese Weise besser abgesichert ist. In diesen Bezirken sind derzeit alle Planstellen für Neuropsychiater besetzt. Wir brauchen mehr Planstellen – das steht außer jeder Frage. Es wird notwendig sein, dringend darauf zu insistieren, daß mehr Planstellen geschaffen werden. Die derzeitigen vorhandenen Stellen sind in der Steiermark besetzt. Und es gibt das Konzept des leider plötzlich verstorbenen Primarius Fürtinger und seiner Nachfolgerin Primaria Minauf, das an uns mit dem Ersuchen herangetragen wurde, im Zusammenwirken mit dem Krankenhaus, mit den niedergelassenen Ärzten und speziell geschulten Sozialarbeitern die extramurale Psychiatrie weiter zu entwickeln. Das ist nunmehr im Gange. Durch die neuen Möglichkeiten über den KRAZAF ist das finanzierbar geworden. Das ist ein erster neuer Schritt, der gegen Ende dieses Jahres erst begonnen hat, der im nächsten Jahr weitergehen wird und der sicherlich auf diesem wichtigen Gebiet neue Schritte und Verbesserungen schaffen wird – auch im Zusammenwirken mit dem Suchtgiftbeauftragten des Landes, den wir vor einiger Zeit eingesetzt haben, mit dem Herrn Dozenten Gallhofer, der sehr engagiert tätig ist, und auch mit der Gruppe BAS unter Herrn Dr. Sebastian, der gerade sein fünfjähriges Jubiläum gefeiert hat und der nun über die KRAZAF-Mittel auch wesentlich mehr Unterstützung von uns bekommen kann, als das bisher der Fall gewesen ist.

Wir sind daran, ein dichteres Netz zu bauen, weit über die Landeshauptstadt hinaus, um diese extramurale Versorgung aufzubauen und zu verbessern, und wir werden uns bemühen, in dieser Hinsicht auch weiter tätig zu sein.

Ich möchte danken für die viele Arbeit. Stellvertretend für alle Damen und Herren, die im Gesundheitswesen weit Land tätig sind, nenne ich die Fachabtei-

lung für das Gesundheitswesen. Herr Hofrat Rauter ist, glaube ich, noch zu später Stunde im Saal. Ich bitte ihn, das allen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen weiterzugeben, bis zu den Amtsärzten, bis hinaus in die Bezirke. Eine große Kooperation, die wir weiter entwickeln wollen, damit es im Gesundheitswesen der Steiermark gut weitergeht. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP. – 22.48 Uhr.)

Präsident Meyer: Es liegt keine Wortmeldung mehr zur Gruppe 5 vor. Ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Er verzichtet darauf. Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung. Wer mit den Ansätzen und Posten der Gruppe 5 einverstanden ist, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Mehrheitlich angenommen.

Ich unterbreche die Sitzung bis morgen 8.30 Uhr. (Unterbrechung der Sitzung am 6. Dezember 1989 um 22.48 Uhr. – Wiederaufnahme am 7. Dezember 1989 um 8.30 Uhr.)

Präsident Wegart (8.30 Uhr): Hohes Haus!

Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. Ich begrüße Sie alle sehr herzlich, und ich hoffe, daß Sie die Nacht gut verbracht haben. Es liegt an Ihnen, ob wir heute um Mitternacht oder morgen früh aufhören oder ob zu jener nächtlichen Stunde, die wir uns alle gemeinsam noch erwünschen und vertreten können.

Eingebracht wurde nachträglich ein Antrag der Abgeordneten Trampusch, Günther Ofner, Kröll, Pinegger und Mag. Rader, betreffend die Finanzausgleichsnovelle 1989.

Infolge gegebener Dringlichkeit weise ich diesen Antrag gemäß Paragraph 29 der Geschäftsordnung im Einvernehmen mit den Klubobmännern der im Hohen Haus vertretenen Parteien der Landesregierung zu.

Wir kommen zur Gruppe 6. Das ist Straßen- und Wasserbau sowie der Verkehr.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Grillitsch.

Abg. Grillitsch (8.35 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Die Gruppe 6 umfaßt die Bundesstraßen, Landesstraßen, sonstige Straßen und Wege, den allgemeinen Wasserbau, die Förderung der Wasserversorgung, die Förderung der Abwasserbeseitigung, den Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds, den Schutzwasserbau, die Bundesflüsse, die Konkurrenzgewässer, die Wildbachverbauung, die Lawinenschutzbauten, die Bauhöfe, den Straßenverkehr, den Luftverkehr, den Flughafen und die Flughafeneinrichtungen.

Die Einnahmen in der Gruppe 6 betragen 31.650.000 Schilling und die Ausgaben 1.294.641.000 Schilling.

Ich bitte um die Debatte zur Gruppe 6. (8.36 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, im Einvernehmen mit den Klubobmännern schlage ich vor, die Spezialdebatte der Gruppe 6 zu teilen. Und zwar soll im ersten Teil Wasserbau und im zweiten Teil Straßenbau und Verkehr behandelt werden. Gegen diesen Vorschlag wird traditionsgemäß kein Einwand

erhoben. Ich habe aber eine sehr angenehme Mitteilung. Der Abgeordnete Herrmann hat seine Anmeldung in die Rednerliste zurückgezogen, so daß der Wasserbau damit in der Diskussion erledigt erscheint. Wir kommen zum zweiten Teil der Gruppe „Straßenbau und Verkehr“. Zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Gundi Kammlander.

Abg. Kammlander (8.37 Uhr. – Die Frau Abg. Kammlander hängt einen Bahnlinienplan der Steiermark auf.): Wollen Sie mir vielleicht Umweltfeindlichkeit vorwerfen, weil ich hier herumpicke? (Abg. Ing. Stoisser: „Können Sie nicht gleich einen Overhead-Projektor aufstellen?“) Overhead, wir müssen wirklich mehr Technik anwenden. (Abg. Dr. Maitz: „Das kennen wir alle von der Aussendung des Herrn Landesrates Dipl.-Ing. Schaller!“) Zuerst sage ich einmal „Guten Morgen“. (Abg. Dr. Maitz: „Guten Morgen, Frau Lehrerin!“) Das ist nur eine Höflichkeit.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich habe gehofft, daß zuerst das Wasser drankommt, und nicht die Straße. Ich wollte eigentlich nicht als erste „Guten Morgen“ sagen. Mir geht es in erster Linie in meiner Wortmeldung heute nicht um die Straßen. Ich glaube, das kennen Sie schon. Mir geht es um die Nahverkehrsmilliarde, und mir geht es um die Schnellbahn in der Steiermark, über die möglichen Projekte, und in weiterer Folge, wie soll es mit der Arbeitsgruppe Verkehr und mit einem Verkehrskonzept in der Steiermark ausschauen. In der Diskussion um die Nahverkehrsmilliarde wurde seitens der Steiermark immer angeführt, daß die Steiermark vom Bund schlecht behandelt worden ist in der Vergangenheit. Und da wurden eben diese 1,9 Prozent angeführt, die aus der Nahverkehrsmilliarde gekommen sind. Und diese wenigen Prozente resultieren aber nicht aus der Unfähigkeit des Bundes, sondern aus der Unfähigkeit des Landes, mehr Mittel zu beantragen. Und diese Mittel waren auch deswegen so gering, weil sie eben nur die Straßenbahn und den Obus in Kapfenberg betroffen haben, das heißt, es haben einzelne Städte um Förderungsmittel aus diesem Nahverkehrsförderungstopf angesucht, und nicht das Land. Und auch die Stadt Wien ist nicht beschenkt worden aus diesem Topf, sondern hat immerhin für ihre Projekte 50 Prozent Eigenleistungen erbracht. Das Argument der finanziellen Belastung durch eigene Landesbahnen ist auch insofern nicht zielführend, als auch andere Länder, Salzburg, Tirol und auch die Stadt Wien, eigene Nahverkehrsträger finanzieren. Und wenn dann noch zum Landesbahndefizit hinzugerechnet wird das Defizit aus dem Güterverkehr und vor allem ziemlich zur Hälfte das Defizit der Murtalbahn, dann kann man auch nicht glauben, daß die Steiermark allein die 80 oder 90 Millionen Schilling jährlich als Nahverkehrsinvestition getätigt hat. Da möchte ich die Zahlen schon einmal revidieren. Wie schaut es mit der Nahverkehrsmilliarde überhaupt aus? 1976 wurde die Kfz-Steuer verdoppelt, das heißt 50 Prozent Bundesmittel und 50 Prozent – diese Verdoppelung sollte dann eben für die ÖBB, für den Personenverkehr, für die Wiener U-Bahn und für Straßenbahn, Busse und Obusse und Busbahnhöfe eingesetzt werden. Und damals, 1976, wurden bereits die Länder aufgefordert, entsprechende Projekte vorzulegen. Natürlich mit einem

bestimmten Anteil, den sie übernehmen mußten, 20 Prozent, ein Fünftel sollten sie dazuzahlen. Es ist zwar seit 1987 statt den 50 Prozent für den Nahverkehr jetzt nur mehr 35 Prozent, das heißt, die Mittel wurden um 30 Prozent für den Nahverkehr gekürzt, aber immerhin bleiben noch 1,9 Milliarden Schilling, zweckgebunden für den „öffentlichen Personennahverkehr“ über. Außerdem werden auch die Mittel aus der Kfz-Steuer – und da wird mir der Herr Landesrat Dr. Klauser recht geben, er ist zwar jetzt nicht da – werden auch Mittel an die Länder zurücküberwiesen. Das heißt, im Finanzausgleich sind immer auch Mittel aus der Kfz-Steuer, und zwar so, wie sie aus den Ländern aufgebracht werden, kommen sie in unseren allgemeinen Budgettopf. Wenn ich jetzt frage, werden diese Kfz-Steuermittel ausschließlich in den Straßenbau gesteckt, dann deswegen, weil immer wieder behauptet wird, die Kfz-Steuer oder auch die Mineralölsteuer muß für den Autoverkehr zweckgebunden werden. Da erwidere ich immer darauf, daß ja auch die Alkoholsteuer nicht nur den Alkoholikern zugute kommt. Es werden sehr wohl beträchtliche Mittel aus der Kfz-Steuer einerseits für den Nahverkehr zweckgebunden und andererseits an die Länder überwiesen, um dort auch Verkehrsmaßnahmen zu finanzieren. Der Bahnhof Graz ist wirklich eine verkehrspolitische Schande. Im Moment macht man eine Investition am Hauptbahnhof, daß man auf die Vordächer vor der Eingangshalle, die aus Beton sind, Untersichtschalungen aus Holz anbringt. Eine wirklich sinnlose Maßnahme für den einzelnen Verkehrsteilnehmer. Er muß genauso unten durchgehen und die Türen öffnen. Außerdem scheint Graz jetzt auch in der Fahrplanplanung, im integrierten Taktverkehr nur mehr am Ende auf. Das heißt, Graz ist nicht als Taktknotenpunkt gedacht, sondern wird in Zukunft ein Auslaufbahnhof sein, wenn sich seitens der Steiermark nicht jemand massiv rührt und verlangt, daß Graz auch einbezogen wird in diesen Stunden- oder Halbstundentakt. Und wie wichtig es ist, jetzt gerade konkrete Projekte für den Nahverkehr vorzulegen und diese auch in Wien zu beantragen, hat auch insofern Brisanz, da vermutlich bis zum Jahr 2000 oder sicher einmal bis 1998 fast alle Mittel schon gebunden sind für konkrete Projekte. Die Steiermark hat eben keine Projekte eingereicht. Zum Unterschied zur Steiermark sind zur Zeit konkrete Projekte in Wien eingereicht. Für Voralberg die Strecke Bregenz-Feldkirch, für Tirol Innsbruck-Landeck in Bau und teilweise in Planung, die Stadt Salzburg hat schon groß mit ihrem Hauptbahnhof 2,5 Milliarden Schilling Investitionskosten gedroht, daß sie in nächster Zeit auch Mittel aus der Nahverkehrsmilliarde beanspruchen will, außerdem eine Verbindung Salzburg-Golling. Weitere Projekte allein nur aus Niederösterreich liegen im Ministerium vor, Sankt Pölten, der Flughafen Schwechat und der Nahverkehr drum herum, und sogar Mattersburg. Man sieht, die anderen Länder sind sehr aktiv und haben sich schon ordentlich gerührt. Aus steirischer Sicht scheint man auf diese Mittel jedenfalls bis zum nächsten Jahrtausend zu verzichten, weil wenn nichts kommt, dann werden die in Wien auch die Mittel einfach so vergeben. Und wenn ich schon am Bahnhof angelangt bin, dann geht es mir jetzt darum, daß wir in der Steiermark, obwohl wir schon lange davon reden, endlich einmal ein Schnellbahnprojekt in Angriff neh-

men sollten. Ich habe Ihnen in einer der letzten Sitzungen auch diese Broschüre verteilt, und wir glauben, daß das sozialpolitisch sehr wichtig ist, weil die Zeiten, die einzelne Pendler auf der Bahn verbringen und auf Grund der schlechten Verbindungen auch Wartezeiten in Kauf nehmen müssen, nicht sozial sind. Und die erzielbare Zeitersparnis müßte jetzt wirklich auch einmal umgerechnet werden, damit man weiß, welche Folgekosten oder welche soziale Kosten das für den einzelnen bedeutet, wenn er dort unnötig Zeit verbringt.

Ich glaube nicht, daß eine Schnellbahn in der Steiermark eine Utopie ist. Sie ist weder technisch noch politisch unmöglich, vielmehr sind wir durch straßenverkehrspolitische Prioritäten auf diesem Gebiet, mit der Schnellbahn und überhaupt mit der öffentlichen Verkehrsplanung, ins Hintertreffen geraten. Wie wir hören, sind da andere Bundesländer eifriger, und vor allem ist man im Ausland in den letzten Jahren sehr bemüht, sich diesbezüglich was einfallen zu lassen.

Es wäre wirklich jetzt ein sowohl umwelt- als auch sozialpolitisches Gebot der Stunde, das in Angriff zu nehmen und sich wirklich einmal näher damit zu beschäftigen.

Ich möchte jetzt auch auf den Arbeitskreis „Verkehr und Umwelt“ zurückkommen, der sich inzwischen zweimal getroffen hat und dort teilweise Fachdiskussionen, teilweise Grundsatzdiskussionen führt, wo es darum geht: Welche Daten stehen uns schon zur Verfügung? Der Herr Prof. Sammer argumentiert immer mit den Prognosezahlen, und allein diese Prognosezahlen sind derart erschreckend: Wenn da nicht bald etwas passiert, dann fahren eben wirklich noch mehr Menschen mit ihrem Individualfahrzeug, und wir werden irgendwann einmal rund um Graz und auch im Nahbereich – auch in der Obersteiermark – im Verkehr ersticken. Überall sind die Zahlen derart erschreckend, wie der Verkehr zunehmen wird, wenn nicht auf der anderen Seite attraktive, billige und bequeme Verkehrsmittel angeboten werden.

Ich möchte mich dann nur mehr kurz mit der Obersteiermark und deren Schnellbahn beschäftigen. Heute möchte ich nur einmal als obersteirische Abgeordnete hier tätig sein, und mir geht es darum, daß die Schnellbahn zwischen Unzmarkt einerseits und Mürzzuschlag und auch die Strecke Vordernberg dementsprechend in ein Taktverkehrskonzept einbezogen wird und daß dort auch ein bedarfsgerechter Fahrplan erstellt wird. Es muß erhoben werden, welche arbeitszeitlichen Bedürfnisse da sind. Der Streckenteil zwischen Leoben und Mürzzuschlag müßte mindestens einen 30-Minuten-Takt haben, und der Fahrplan ist dann in den Morgenstunden auf der Strecke Vordernberg–Leoben dementsprechend zu verdichten.

Es wäre auch wichtig, Pendlereilzüge zu führen, also solche Züge, die am Tagesrand verkehren – morgens und abends –, und gerade auf der Strecke Unzmarkt–Mürzzuschlag wären solche Eilzüge notwendig. Im Bedarfsfall könnten das auch Schnellzüge übernehmen, aber wichtig ist, daß man endlich einmal die Fahrplanplanung dementsprechend mit der ÖBB abstimmt und daß man sich da wirklich etwas einfallen läßt. Wir haben zum Beispiel auf der Strecke Bruck–Kapfenberg nur fünf Minuten, aber natürlich fahren

die Züge nicht in der Zeit, wo es attraktiv wäre, aber es sind immerhin zwölf Verbindungen am Tag hin und zurück. Der Obus braucht für dieselbe Strecke immerhin 20 Minuten, wenn er schnell fährt, und wenn viel Verkehr ist – er ist ja immerhin auch ein Straßenverkehrsteilnehmer –, braucht er eine halbe Stunde bis 40 Minuten. Wenn es zu Staus vor Bruck kommt, hängt der Obus genauso drinnen.

Ich denke schon, daß man die Bahnhöfe auch im Mürztal besser anbinden müßte, zum Beispiel mit Citybussen, und die Zubringermöglichkeiten zu den einzelnen Bahnstationen verbessern müßte. Bruck an der Mur soll ja ein Intercitybahnhof werden – also in diesen Plan einbezogen sein –, und Kapfenberg würde demnach als Bahnhof mit der Zeit an Wichtigkeit sicher verlieren.

Die Haltestellen in der Obersteiermark liegen eigentlich sehr siedlungsnah und sind daher wirklich für Pendler attraktiv. Eine Haltestelle Leoben-Krankenhaus müßte man auch dementsprechend situieren, weil gerade dieses Krankenhaus an der Bahnlinie liegt. Aber der Bahnhof ist natürlich zu weit weg, man hat sich dort noch nie überlegt, eine Station zu machen. Wir brauchen die Anschlußverbindungen von Mürzzuschlag auf den Semmering, selbstverständlich von Mürzzuschlag nach Neuberg mit Taktverkehr und von Vordernberg nach Hieflau. Die Präbichlstrecke müßte dementsprechend reaktiviert werden, und von Sankt Michael-Ort muß es einen Anschluß von und nach Selzthal geben. Für Zeltweg gilt, daß Anschlüsse für Fohnsdorf notwendig sind und in Richtung Obdach.

Unzmarkt: Selbstverständlich Anschlüsse zur Muraltbahn und in Richtung Neumarkt.

Nachdem wir zeitlich ziemlich in Verzug sind, kürze ich meine Wortmeldung und beschränke mich auf diese kurzen Ausführungen. Danke. (Beifall bei der SPÖ. – 8.53 Uhr.)

Präsident Meyer: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Schoiswohl.

Abg. Schoiswohl (8.53 Uhr): Frau Präsident, meine Damen und Herren!

In meiner Wortmeldung möchte ich darauf hinweisen, daß der Ausbau der Ennstal-Bundesstraße zwischen Trautenfels und Liezen endlich verwirklicht wird.

Die Bevölkerung entlang der Gastarbeiterroute von Liezen bis Trautenfels, Gemeindevertreter sowie Politiker verlangen seit zirka 17 Jahren, daß der Transitverkehr mit allen Begleiterscheinungen, wie Lärm, Schmutz und Abgasen, wekommt. Ich kann die Stainacher Bevölkerung sehr gut verstehen und mich mit ihnen solidarisch erklären, wenn sie sich auf die Straße stellen um zu demonstrieren und aufzuzeigen, daß Stainach der einzige Ort von Hamburg bis weit in den Süden ist, welcher noch nicht umfahren wird, wo der gesamte Transitverkehr durch den Ort fließt. Man muß auch den Ärger, den Zorn und die Ängste der dort wohnenden Bevölkerung verstehen, denn fast täglich werden Mitmenschen mit großen menschlichen Schicksalsschlägen konfrontiert.

Die naturschutzrechtliche Bewilligung der in jahrelangem Streit erfochtenen und von den Anrainer-

gemeinden gutgeheißenen ennsnahen Trasse wurde um zwei Jahre verlängert.

Ich ersuche alle Verantwortlichen, dafür zu sorgen, daß unmittelbar mit den Vorbereitungen und mit dem Bau dieses Straßenstückes begonnen wird. Es wäre für viele unverständlich, wenn die naturschutzrechtliche Bewilligung abermals ablaufen würde, ohne daß etwas geschehen ist. Die 11.000 an dieser Strecke lebenden Menschen haben ein Recht auf gesicherte Lebensbedingungen.

Im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Betrachtung des Bezirkes fordere ich auch mit Nachdruck den vollständigen Ausbau der Pyhrnautobahn im Raum Selzthal, den Bau der zweiten Tunnelröhre sowie das Anschlußstück bis hin zur Mautstelle Ardnig.

Ich ersuche nochmals alle für den Straßenbau zuständigen Verantwortlichen, alles zu tun, daß der Ausbau dieser Straßenstücke Priorität erhält. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 8.55 Uhr.)

Präsident Meyer: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Weilharter das Wort.

Abg. Weilharter (8.55 Uhr): Frau Präsidentin, meine geschätzten Damen und Herren!

Ein paar Tage nach der Lkw-Blockade könnte man geneigt sein zu sagen: Wenn wir keine Straßen hätten, hätten wir keine Straßenblockaden. Das wäre zu einfach und zu billig, diese Problematik so abzutun. Deshalb habe ich mir erlaubt, mich zum Kapitel 6, Straßenbau, zu Wort zu melden. Aber andererseits zeigt uns ja auch die Entwicklung, daß es notwendig ist, daß wir Straßen bauen. Ich darf das an Hand der Zulassungen von Kraftfahrzeugen innerhalb der Steiermark in den letzten zehn Jahren belegen. So sind die Zulassungen von Kraftfahrzeugen in Summe in der Steiermark von 400.000 auf rund 600.000 gestiegen und leider auch analog dazu die Unfallbilanz. Glücklicherweise ist die Zahl der verunfallten Menschen um 1000 zurückgegangen und Gott sei Dank der Toten von 378 auf 259. Das heißt für mich, meine Damen und Herren, daß man sehr wohl im Automobilbau bemüht ist, die technischen Errungenschaften einzubinden, das heißt aber auch, daß wir im Straßenbau nicht so weit sind, daß wir die Verkehrssicherheit dementsprechend erhöhen können, daß auch die Unfälle zurückgehen. Ich glaube auch, das war das Problem und die Situation unseres Regierungsmitgliedes und Referenten, des Herrn Landeshauptmannes Dr. Krainer, als er versucht hat, die Agenden des Straßenbaues zu koordinieren, und einen Straßenbaukoordinator eingesetzt hat. Nur meine ich auch, Straßenbaukoordination muß mehr sein als ein paar Konzepte auszuarbeiten, sondern Straßenbaukoordination muß sein die Bedarfs-ermittlung, Planen, Bauen und Finanzieren. Und wenn ich bei der Bedarfsermittlung bin, so muß ich sehr wohl sagen, da gibt es viele, viele jahrelange Probleme innerhalb der Steiermark, einerseits wird der Ausbau von verschiedenen Straßen gefordert – ich erinnere an die Pyhrn, und ich gehe davon aus, wenn wir die Pyhrn endgültig fertigstellen würden, hätten wir eine Entlastung der Ennstal Bundesstraße, so daß wir die S 8, die geplante, nicht notwendig hätten, sondern mit einer Umfahrung in Stainach und mit ein paar Begradiungen und Verbreiterung der derzeitigen Trasse aus-

kommen würden, da das Verkehrsaufkommen sicherlich in diesem Bereich sinken würde.

Das zweite, wo wir eine gegenteilige Entwicklung haben, ist nämlich im Raume Gleichenberg. Hier gibt es bereits durch die B 66 eine sogenannte „Gleichenberger Umfahrung“. Dort plant man, obwohl die dortige Bevölkerung damit nicht einverstanden ist, eine weitere Umfahrung durch Kölldorf. Es gibt auch massive Widerstände dagegen. Und dem gegenüber steht eine jahrelange – das ist keine parteipolitische Forderung, sondern eine Forderung aller hier im Hause vertretenen Parteien – Forderung nach dem Ausbau der B 83 und B 96. Schon die Abgeordneten Ritzinger, Prankh, Ofner haben das jahrzehntelang gefordert, und die Realisierung wird wahrscheinlich am Nimmerleinstag passieren. Wir haben aber mit Freude zur Kenntnis genommen, daß wir jetzt ein sogenanntes Trostpflaster für die Bezirke Murau und Judenburg bekommen haben, nämlich eine Entschärfung des Scheiflinger Ofens. Es tut mir sehr leid, daß das Regierungsmitglied, der zuständige Referent, nicht da ist. Ich habe aber erfahren, in dieser Angelegenheit wird den Landeshauptmann der Landesrat Dipl.-Ing. Schaller vertreten, und ich darf ihm diese Feststellung, daß die Forderung nach einem Ausbau der B 83 und B 96 von Judenburg bis Dürnstein in der Steiermark mit zwei Richtungsfahrbahnen keine politischen Motive hat, daß das keine Forderung nur der Abgeordneten Ofner, Ritzinger, Prankh, Bacher und meiner Person ist, sondern das ist eine Forderung der Bevölkerung, und ich darf es mit 900 Unterschriften aus diesem Gebiet untermauern und diese dem Landesrat Dipl.-Ing. Schaller stellvertretend übergeben. (Beifall bei der FPÖ. – 9.00 Uhr.)

Präsident Meyer: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Heibl das Wort.

Abg. Heibl (9.00 Uhr): Frau Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten des Steiermärkischen Landtages!

Ich nütze heute die passende Gelegenheit, um mit meiner ersten Wortmeldung hier in diesem Hause zur Budgetgruppe 6, die einen Großteil des Baugeschehens abhandelt und budgetiert hat, außer dem Wohnbau, Ihnen auch die Wünsche und die Sorgen der dort Beschäftigten einmal vorzutragen. Ich hoffe, daß ich dabei den Grenzbalken zur Sozialromantik, aber auch den der Toleranz gegenüber anderen Berufsgruppen dabei leicht überschreite. Meine Damen und Herren, wir erleben derzeit in Österreich ein Wirtschaftswachstum, und seit letzten Meldungen auch in der Steiermark, da gibt es zwar einiges nachzuholen, das sehr erfreulich ist. Und wenn man den vielen Instituten, die sich damit befassen, auch Glauben schenken darf, dann wird diese günstige Situation auch noch einige Zeit anhalten. Nutznießer dieser günstigen Wirtschaftslage ist auch die gesamte Bauwirtschaft. Und zu den privaten Aufträgen und Investitionen erfolgen zusätzlich Milliarden öffentlicher Mittel. Auch aus dem Budget der Steiermark für den Wohnbau, für den Kanalbau, für den Wasserbau, für den Umweltbau und so weiter Die Auftragsbücher der bauausführenden Betriebe sind voll. Und es gab sogar im ersten Quartal 1989 eine Zunahme der Umsätze von nominell

19 Prozent, obwohl dann die Baudynamik im zweiten Quartal nachgelassen hat, abgeflacht ist und sich etwa auf dem hohen Niveau des Vorjahres eingependelt hat. Meine Damen und Herren, wir alle rufen nach Facharbeitern in dieser Branche. Und man liest und hört überall Facharbeitermangel, und man ruft auch in den Sommermonaten massiv nach zusätzlichen Gastarbeitern. Nur, wie sieht die Wirklichkeit draußen auf der Baustelle aus, meine Damen und Herren? Warum haben wir zu wenig Facharbeiter in dieser Wirtschaftsklasse? Und warum verlassen uns Tausende hochqualifizierte Facharbeiter und wandern in irgendeine andere Branche ab, wo sie ihre Berufserfahrung oder ihre Qualifikation einfach nicht mehr benötigen, und warum ist der Zugang an Lehrlingen eigentlich viel zu gering und in Wirklichkeit teilweise gar nicht mehr vorhanden? Ich möchte Ihnen dazu drei Beispiele bringen aus dem Betrieb, in dem auch ich beschäftigt bin, alle aus dem Jahre 1989: Ein 32-jähriger Baggerfahrer verläßt uns im Sommer und bekommt eine Stelle beim Magistrat Graz, sein Aufgabenbereich derzeit ist Straßenreiniger in der Annenstraße. Ich möchte nur hinzufügen, bis jemand ein großes Baggergerät beherrscht, wenn überhaupt, mit all den Möglichkeiten, die es gibt, braucht er etwa gleich lang wie ein Lehrling für seine Ausbildung. Er verläßt uns. Die Gründe dafür sind folgende nach eigener Aussage: Kein geregeltes Einkommen über das ganze Jahr, und es ist für ihn unerträglich, so lange arbeitslos zu sein, meist vom Dezember bis zum April, und der dann folgende Leistungsdruck in den übrigbleibenden acht bis neun Monaten. Er verzichtet auch auf einige 1000 Schilling Einkommen – so seine Worte –, er verläßt uns und zieht in eine andere Branche, wo seine Qualifikation, seine Berufserfahrung nicht mehr benötigt werden. (Abg. Ing. Stoisser: „Eine pragmatisierte Stelle!“) Das ist es auch, Herr Präsident! Der zweite Fall, ein 32-jähriger – Herr Präsident, wenn Sie zuhören – ein 32-jähriger Schalungsbauer, diese Leute hießen vor zwei Jahren ja noch Betonbauer, aber Beton hat ja einen negativen Anstrich erhalten, daher hat man versucht, mit dieser Änderung der Berufsbezeichnung einen positiven Beitrag zur Beseitigung des Facharbeitermangels zu geben. Dieser Mann verläßt uns aus denselben Gründen. Ich habe es satt – so seine Worte –, von meinen Nachbarn, die alle im Winter in Beschäftigung stehen, als Nichtsteuer und Schmarotzer hingestellt zu werden, obwohl ich unverschuldet gekündigt wurde. Eine weitere Fachkraft verläßt die Bauwirtschaft und zieht in eine andere, wo weder seine Fertigkeiten noch seine Kenntnisse in Wirklichkeit benötigt werden. Der dritte Fall, ein 29-jähriger Maurer verläßt uns ebenfalls im Juni, er bekommt eine Stelle bei seiner Gemeinde als Bauhofsarbeiter. Sein Aufgabenbereich ist Straßenreinigung und Müllabfuhr. Seine Beweggründe sind dieselben. Kein geregeltes Einkommen. Meine Frau steht in Beschäftigung – so seine Worte –, was soll ich allein zu Hause machen. Ich halte es nicht aus. Pragmatisierung – Herr Präsident – wurde natürlich zugesagt, das stimmt. Eine weitere Fachkraft geht aus der Bauwirtschaft, die dringend benötigt werden würde, und zieht weg in eine andere, wo weder seine Kenntnisse noch seine Fertigkeiten gebraucht werden. Ich wollte mit diesen drei Beispielen eigentlich nur zeigen, daß in jedem Fall eigentlich die Gründe dieselben sind. Das sind die großen Beweg-

gründe, warum uns so viele Leute verlassen. Aber, meine Damen und Herren Abgeordneten, es stimmt auch nicht, was so gerne gesagt wird und sehr oft auch geschrieben wird, daß sehr viele Bauarbeiter im Winter gar nicht arbeiten wollen. Die Wahrheit dagegen ist, daß ihnen einfach zuwenig Arbeitsmöglichkeiten geboten werden, weil es Baufirmen oder Unternehmungen vorziehen, im Winter nur auf jenen Baustellen zu arbeiten, wo es halt aus bestimmten Gründen notwendig ist beziehungsweise es ist auch in vielen Ausschreibungen keine geeignete Vorsorge für die Wintermehrkosten. Auch das stimmt.

Meine Damen und Herren, es wäre aber sicherlich auch falsch zu behaupten, alle wollen im Winter beschäftigt sein. Es gibt einige, die es vorziehen, lieber zu Hause zu bleiben, und die sich einfach mit der Arbeitslosenunterstützung zufriedengeben. Das ist aber nur ein kleiner Prozentsatz, und dabei sind sehr viele, die irgendwo in den acht, neun Sommermonaten im Hochgebirge bei einem Tunnelbau oder im Ausland gearbeitet haben und sehr selten zu ihren Familien nach Hause kommen konnten und daher mit den Überstunden, die sie in Wirklichkeit gemacht haben, spielend die Ganzjahreszeit bereits herinnen haben. Und einige sind natürlich auch, die knapp vor der Pension stehen und die zusätzlichen Strapazen und Gefahren des Winters beim Arbeiten halt nicht mehr aushalten und damit nicht mehr fertig werden.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, zur Erläuterung: 1973 war die Auftragslage in dieser Wirtschaftsklasse etwa gleich wie 1988/89. 1973 waren in dieser Wirtschaftsklasse um rund 24 Prozent mehr beschäftigt als im Jahr 1989. 1973 – und hören Sie bitte gut zu – gab es zirka 2300 Bauarbeiter ohne Beschäftigung in der Steiermark, jeweils gemessen am 31. Jänner, oder rund 15 Prozent. 1988, obwohl nur mehr 76 Prozent der Zahl von 1973 beschäftigt waren, gab es in der Steiermark 11.400, die in dieser Wirtschaftsklasse ohne Beschäftigung waren, oder 62 Prozent. Und im frühlingshaften Jänner 1989 gab es in der Steiermark 9600, die ohne Beschäftigung waren, oder 53 Prozent.

Ich hoffe, daß Sie alle mit mir der gleichen Meinung sind, daß diese Bauarbeiter seit 1973 nicht um das Viereinhalbfache fauler geworden sind oder um das Viereinhalbfache arbeitsunwilliger geworden sind, sondern daß die Gründe dafür eigentlich viel tiefer und auf einer anderen Ebene liegen. Ich hoffe zwar, daß im kommenden Jänner – und er steht ja bereits vor der Tür – diese hohe Arbeitslosenrate nicht der Fall sein wird, befürchte aber, daß es so sein wird – leider –, denn wer sich in der Branche ein bißchen auskennt, der kann das bereits jetzt etwa abschätzen.

Meine Damen und Herren, wir alle rufen massiv nach Facharbeitern und leisten uns in Wirklichkeit den Luxus, daß wir Zehntausende hochqualifizierte Facharbeiter etwa von Ende Dezember bis April dem Arbeitsamt mit der Bitte übergeben: „Behaltet sie bitte schön bis zum Frühjahr.“ So wird eigentlich vorgegangen.

Und wenn ich jetzt die Wirtschaftszahlen heranziehe, wo Österreich eigentlich überall im Spitzenfeld zu finden ist, und wenn ich die Gesamtarbeitslosenzahlen herannehme, wo Österreich wieder im unteren Drittel zu finden ist, so ist die Situation der Beschäftigten in dieser Wirtschaftsklasse eigentlich noch als viel

krasser zu betrachten. Wir sind der Meinung, daß gerade die Öffentlichkeit, also Bund und Länder, in Wirklichkeit die großen Geldgeber der gesamten Bauwirtschaft, wenn auch mit abnehmender Tendenz, hier Möglichkeiten schaffen könnten und entscheidende Unterstützung zur Lösung dieses Problems gewähren könnten. Ich bin der Meinung, wir – also die Öffentlichkeit – sollten nicht nur darauf achten, daß die Bauphysik stimmt, daß die Preise stimmen, daß die Architektur stimmt – ich betone „nicht nur“ –, sondern wir sollten auch, wo überall öffentliches Geld in der Bauwirtschaft in Verwendung steht, begleitende Maßnahmen schaffen, um dieser Winterarbeitslosigkeit bis auf ein bestimmtes Maß einfach ein Ende zu setzen und damit eine Ganzjahresbeschäftigung zu garantieren. Aber auch die Saisonarbeitslosigkeit könnten wir damit ja in Wirklichkeit abschaffen oder auf ein Maß reduzieren, das noch vertretbar ist.

Es müßte aber auch unser Ziel sein, meine Damen und Herren, bestehende Einrichtungen zur Lenkung und zur Regelung der Arbeitslosigkeit oder der Beschäftigung, die produktive Arbeitsplatzfürsorge mit dem Kurznamen PAF oder das Arbeitslosengeld oder die Schlechtwetterentschädigung zu einem Instrument zusammenzufassen, das dann auch genügend Anreize bietet, diese Arbeitnehmer ganzjährig zu beschäftigen. Meine Damen und Herren, ich möchte mit dieser Forderung oder mit diesen Wünschen die Arbeit bestehender Ausschüsse in keiner Weise schmälern, wie etwa die des Baukoordinierungs-Ausschusses. Hier wird wertvolle Arbeit geleistet, nur, ich kann Ihnen auch ganz ehrlich sagen, daß wir auf den Baustellen davon zuwenig spüren. Wir würden auch mit diesen Forderungen, meine Damen und Herren, in keiner Weise, Herr Präsident, die unternehmerische Freiheit beeinträchtigen. Es müßte nur jeder Anbieter früh genug und genau genug Bescheid wissen, welche Bedingungen er in Wirklichkeit damit auch eingeht. (Abg. Ing. Stoisser: „Das ist es. Die öffentliche Hand müßte die Ausschreibungen viel früher machen!“) Herr Präsident, ich gebe Ihnen vollkommen recht; das sind meine Sorgen, die ich habe, und die möchte ich jetzt vortragen. (Abg. Ing. Stoisser: „Da sind wir ganz einer Meinung!“) Ich bin der Meinung, die Zukunft der Bauwirtschaft könnte eine gute sein, obwohl wir noch vor kurzem und auch jetzt noch als die Zubetonierer und Umweltzerstörer hingestellt wurden und werden, so könnten wir, wenn wir gemeinsam, Unternehmer, Baubeschäftigte, aber auch öffentlicher Auftraggeber, wenn wir die zwei wichtigsten Baustoffe, die uns zur Verfügung stehen, Hirn und Herz, in vermehrtem und verstärktem Maße einsetzen, in der Bauwirtschaft auch zu den Gewinnern aus der großen Auseinandersetzung Ökologie–Ökonomie zählen. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Unsere Bauten könnten dann reichen von der Kläranlage bis zur Lärmschutzwand, bis hin zur Revitalisierung unserer Orte und unserer Bauten, aber auch bis zur neuen Bahn und auch bis zur Rückgewinnung bereits verlorenen Gutes. Und wir werden wahrscheinlich auch nicht herumkommen, daß wir Sekundärgrundstoffe und Recyclingbaustoffe in Zukunft in verstärktem Maße verwenden werden müssen.

Meine Damen und Herren, es ist halt so im Leben, daß in jeder Phase eines Rückschlages – und gestatten

Sie mir, das zu sagen, für uns Bauarbeiter ist diese zur Methode gewordene hohe Winterarbeitslosigkeit ein schwerer Rückschlag – auch neue Kraft, neue Ideen und auch Motivation stecken, und ich hoffe, daß das in Zukunft auch so sein wird. Daher setzen wir unser Vertrauen auch in die von den Bauarbeitern gewählten Abgeordneten aller Fraktionen und erwarten uns eine Hilfestellung zur Milderung – ich kann leider den heiligen Nikolaus von Myra, wie es der Herr Präsident Dr. Schilcher gesagt hat, nicht mehr anrufen; der amtiert ja nur am 5. und 6. – und Beseitigung dieser Ungerechtigkeit gegenüber einer großen Bevölkerungsgruppe. Ich danke Ihnen, daß Sie mir zugehört haben. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 9.15 Uhr.)

Präsident Meyer: Der Herr Abgeordnete Heibl hat heute hier seine erste Rede gehalten und sich sozusagen damit dem Hohen Haus selbst vorgestellt.

Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Dorfer das Wort.

Abg. Dr. Dorfer (9.15 Uhr): Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Ich habe den neuen Abgeordneten Heibl noch in keiner Weise gekannt, möchte auch kein Urteil fällen oder schon gar nicht Noten verteilen, sondern nur meine Überzeugung feststellen, daß ich von der Überzeugungskraft eines sehr vernünftigen Gewerkschafters beeindruckt bin, der hier eine wirtschaftliche Meinung vertritt, die, wie ich glaube, jeder von uns nur unterstreichen kann. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – Abg. Gennaro: „Auch ein guter Gewerkschafter!“)

Es ist nicht jeder Gewerkschafter gleich vernünftig, Herr Kollege Gennaro, aber der Herr Abgeordnete Heibl ist es offenbar. Natürlich kann man über dieses wirklich schwierige Thema viel diskutieren.

Wir machen uns immer wieder Sorgen, wie kann man diese eigenartige Situation verbessern, daß auf der einen Seite im Winter gerade aus dem Baubereich relativ viele Arbeitslose zu verzeichnen sind, auf der anderen Seite etwa in der Fremdenverkehrswirtschaft eine Menge Menschen gebraucht würden. Ich sehe sogar ein, daß in diesem Falle es unzumutbar wäre – wie es das Arbeitslosenversicherungsgesetz vorsieht –, daß man etwa einem Bauarbeiter im Winter mit Zwang sagen muß, du bekommst keine Arbeitslose, wenn du nicht in einem Hotel Koffer trägst. Das sehe ich vollkommen ein, daß das nicht geht. Ich glaube nur – und das möchte ich ergänzen und ist sicher nicht gegen die Meinung des Kollegen Heibl –, daß es hier durchaus steuerliche Möglichkeiten geben müßte, daß, wenn „niederwertige“ Arbeiten von Arbeitslosen im Winter vollzogen werden, ihnen trotzdem mehr übrigbleiben müßte. Das läßt sich steuerlich ohne weiteres regeln. Zur Zeit wäre ja etwa jeder Saisonbauarbeiter benachteiligt, wenn er im Winter in ein Hotel als Kofferträger oder ähnliches mehr ginge, weil er dort weniger bekommen kann, nicht das bezahlt bekommen kann, was er als Arbeitsloser auf Grund seiner Saisonarbeit im Winter bekommt.

Aber jetzt, meine Damen und Herren, einige ganz wenige Bemerkungen noch zum Verkehr. Zunächst liegt es mir fern, noch einmal das Thema Nachtfahrverbot für Lkw zu sehr zu strapazieren. Nur eines möchte ich anmerken: Ich möchte zunächst danken allen jenen

bei uns im Lande, besonders der Frau Landesrat Klasnic, aber allen jenen auch, die mitgeholfen haben, daß die Verhandlungen zwischen jeweiliger Regierung, Ministerium und den Frächtern weitergehen. Ich möchte aber die Gelegenheit nicht vorbeigehen lassen, in diesem Hohen Hause festzustellen, daß die Proteste verständlich sind – ob sie richtig sind, ist eine andere Sache –, für mich verständlich sind, weil man letzten Endes wissen muß, daß Unternehmer, die an die Wand gedrückt sind, deren Existenzen gefährdet sind, die Millionen investiert haben und jetzt vor dem Ende stehen, trifft nicht für alle, aber doch für viele zu, daß solche eben Aktionen unternehmen. Es steht für mich außer Frage, daß diese kurze Frist der Einführung des Lkw-Nachtfahrverbots einfach zu kurz war. Vergleichen Sie das bitte, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, mit der Einführung des Katalysators für Pkws. Das wurde auch nicht binnen einem halben Jahr gemacht, obwohl das relativ sogar leichter wäre, sondern da gibt es viel längere Fristen. Aber die Frächter sind eben nicht die ganze Bevölkerung, sondern eine verschwindende Minderheit, und dort kann man es tun. Ich möchte nicht unversäumt lassen, auch hier festzustellen, daß Minister Schüssel, daß Bundeskammerpräsident Sallinger wiederholt und ganz am Anfang schon, als die Ankündigung vom Minister Streicher gekommen ist, diesem zu verstehen gegeben haben, daß es so kurzfristig nicht gut gehen kann. Und der Minister hat immer wieder gemeint, daß ausreichend lärmarme Lkws bis zum 1. Dezember lieferbar sein werden, was sicher nicht stimmt. Er hat gemeint, die Bundesbahn wird hier ganz entscheidend einspringen können. Die kann fast überhaupt nicht einspringen, vielleicht ein bißchen mehr in Tirol, bei uns überhaupt nicht. Und Streicher hat außerdem gemeint, er ist sehr zuversichtlich, daß es zu keinen Retorsionsmaßnahmen kommen wird. Im übrigen wissen wir jetzt, daß diese Drohung in Deutschland vor der Tür steht, und man kann immer noch hoffen, nicht wahr gemacht wird, und daß die Drohung natürlich seitens Italien auch schon besteht. Jetzt geht es darum, alles daranzusetzen und Kompromisse zu suchen, sofort zu verhandeln, daß diese Retorsionsmaßnahmen in den beiden wirtschaftlichen Nachbarländern, der Bundesrepublik und Italien, nicht wirklich zum Tragen kommen. Es geht, meine Damen und Herren, um schwerste, größte wirtschaftliche Verluste. Es geht auch um viele Arbeitsplätze. Das eine ist eine Folge des anderen, und für viele Betriebe wäre die Wahrnehmung dieser Retorsionsmaßnahmen tödlich. Ein anderes Ziel innenpolitisch muß auch sein, meine Damen und Herren, daß es eine einheitliche österreichische Ausnahmegenehmigung für jene Fahrten und Fahren gibt, die eben für Ausnahmegenehmigungen gesetzlich ermöglicht sind. Es ist unzumutbar, wenn etwa ein steirischer Viehhändler oder Obsthändler fünf Genehmigungen braucht von vier oder fünf Landesregierungen, wenn er seine Produkte nach Vorarlberg liefern will. Das ergibt bürokratische Hemmnisse ohne böse Absicht der zuständigen Beamten, aber zweifellos und zwangsläufig bürokratische Hemmnisse, die zu größten Verzögerungen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten führen. Es ist uns letzten Endes allen klar, daß in solchen Situationen der politische Populismus, ich möchte sagen, über alle Parteigrenzen hinweg überwiegt und wirtschaftliche Ver-

nunft und wirtschaftliche Notwendigkeiten unter die Räder kommen. Auch das muß hier gesagt werden! Wobei niemand bestreitet, daß natürlich im ökologischen Umweltschutzbereich gerade am Straßensektor vieles geschehen muß. Ich möchte auch erwähnen, meine Damen und Herren, daß der Bundeskammertag vorgestern eine einstimmige Resolution beschlossen hat auch mit den Stimmen der sozialistischen Bundeskammerräte, an der Spitze der Vizépräsident der Bundeswirtschaftskammer Schmidmeier, ein sozialistischer Abgeordneter, auch mit den Stimmen der freiheitlichen Bundeskammerräte, die auf alle diese Dinge, ich will sie nicht verlesen, auch nicht auszugsweise hinweisen und von echter Existenzgefährdung, wenn vor allem auch die Zurücknahme der Retorsionsmaßnahmen nicht erreicht wird, sprechen. Eine einstimmige Resolution des Bundeskammertages!

Eine Bemerkung noch, Hohes Haus! Der Lasteterminal im Süden von Graz muß so bald als möglich realisiert werden. Ich weiß, das ist leichter gesagt als durchgeführt. Der Kampf um den Standort ist nach wie vor im Gange. Frau Landesrat, ich kann dich nur bitten, trage das Deinige noch intensiver dazu bei, daß dieser Lasteterminal in absehbarer Zeit Wirklichkeit wird, weil er gerade für die verkehrsgeographisch ohnedies so benachteiligte steirische Verkehrswirtschaft und Wirtschaft überhaupt ein Gebot der Stunde ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Und noch eine Bemerkung, meine Damen und Herren: Semmeringbasistunnel! Es sind hier Bremser am Werk. Vor allem jenseits des Semmerings und in allen Parteien, insbesondere natürlich auch in der meinigen. Ich habe daher mit Kollegen meiner Fraktion in diesem Hohen Hause bei der letzten Plenumsitzung des Landtages wieder einen Antrag eingebracht, der die Landesregierung auffordert, alles daranzusetzen, daß der Bau des Semmeringbasistunnels, natürlich nach den erforderlichen Genehmigungen, das ist selbstverständlich, aber so bald als möglich realisiert wird. Denn wenn, meine Damen und Herren, die Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene überhaupt ernst genommen werden soll, dann ist ein schneller Bau dieses Semmeringbasistunnels ein Gebot der Stunde und eine Voraussetzung hiezu. Es kommen technische Probleme dazu, die hohen Achslasten, die seinerzeit nicht beabsichtigt waren und nicht vorhergesehen werden konnten, und beachtliche Sicherheitsprobleme auf der derzeitigen Bergtrasse des Semmerings. Man muß wissen, diese Semmeringbergstrecke wurde für sechs Tonnen Achslast gebaut und anfangs mit 10 bis 12 km/h. Und bis zur Jahrhundertwende waren maximal täglich etwa 20 Züge in beiden Richtungen zu bewältigen. Heute werden täglich etwa 160 Züge in beiden Richtungen über den Semmering befördert. Das sind Zustände, die nicht mehr tragbar sind, auch von der Sicherheitsseite her, obwohl davon weniger gesprochen wird. Ich verstehe hier sogar die Bundesbahn, denn letzten Endes will sie ja nicht das eigene Geschäft verderben soweit, daß sich die Menschen nicht mehr in einen Zug zu setzen trauen, weil sie sich gefährdet fühlen, was gar nicht so aus der Luft gegriffen ist. Meine Damen und Herren, daher ist es ein vorrangiges verkehrspolitisches Ziel der Steiermark, den Bau des Semmeringbasistunnels voranzutreiben und die Bremser und Verhinderer zur

Raison zu bringen. Ich glaube, ich hoffe, hier sind wir einer Meinung. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Eines muß vor allem auch in der Steiermark gesagt werden, weil es oft so dargestellt wird, als ob die in Zukunft sicherlich kommende Südbahntrasse Wien–Burgenland–Koralpe–Kärnten eine Alternative zum Semmering wäre. Es gibt Menschen im Süden unseres Landes, die meinen, wenn man für den Semmeringbasistunnel ist, dann ist man nicht für die Südbahn. Die beiden sind kein Gegensatz und keine Alternative. Der Semmeringbasistunnel ist dringend zu forcieren, während mittelfristig diese Südbahn- oder Koralmtasse – wie man sie auch nennen kann – verkehrspolitisch unbedingt notwendig sein wird, aber natürlich nicht möglich ist im Laufe der nächsten Jahre. Das ist ein Projekt, das bestenfalls irgendwann um die Jahrtausendwende echt in Angriff genommen werden wird.

Der Bau der Pyhrnautobahn geht zügig voran. Der Weiterbau ist notwendig, und ich kann hier nur sagen, weil uns immer wieder Proteste der Grünen zugeschickt werden: Wer hier dagegen ist, ist letzten Endes ein Menschenverächter, weil noch ist der Menschen- schutz wichtiger als gewisse Phantasien des Umweltschutzes. Denn für den Umweltschutz sind wir alle, aber nicht so, daß man einfach alles verhindert.

Meine Damen und Herren, abschließend noch eine Bemerkung – es hat der Kollege Weilharter schon darauf hingewiesen – : Es ist erfreulich, daß der Ausbau des sogenannten „Scheiflinger Ofens“ im Gange ist, aber mittelfristig müssen auch die Planung und der Bau einer Schnellstraße von Judenburg bis Scheifling oder darüber hinaus bis Friesach in Angriff genommen werden. Ein Flaschenhals in diesem Schnellstraßenbereich der ursprünglichen B 17 ist auf Dauer unverständlich und für die betroffenen Regionen auch unzumutbar. Ich gehe weiter und meine, daß eine leistungsfähige Straße von Scheifling über Murau bis Sankt Michael im Lungau, das heißt, Anschluß an die Tauernautobahn, noch vor dem Jahr 2000 ein Gebot der laufenden verkehrspolitischen Entwicklung ist.

Und schließlich und endlich, meine Damen und Herren, darf ich feststellen, daß der Verkehr auch weiterhin zunehmen wird, ob es uns paßt oder nicht. Mehr Verkehr, mehr Autos, auch mehr Pkws sind ein Ausdruck der persönlichen Freiheit und natürlich auch, aber nicht nur, ein Ausdruck der wirtschaftlichen Entwicklung. Wichtig ist, daß der Verkehr umweltfreundlich gestaltet wird, und zwar mit Katalysatorautos, auch mit Flüster-Lkws und Flüster-Pkws; und wenn das alles gelingt, ist der Verkehr keine Plage, sondern nur eine Wohltat für den einzelnen und für die gesamte Wirtschaft. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 9.25 Uhr.)

Präsident Meyer: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Reicher. Ich erteile es ihm.

Abg. Reicher (9.25 Uhr): Frau Präsident, Hohes Haus!

Meine Wortmeldung bezieht sich auf das Verkehrsproblem von Graz und Umgebung durch den Smogalarmplan, und ich habe hier eine Bitte an den Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Schaller, der ja in diesem Alarm-

plan die Kosten für Parkplätze ausgewiesen hat, die meiner Meinung nach mit 6,3 Millionen Schilling doch zu wenig sind. Wir haben doch vorerst in diesen gemeinsamen Besprechungen bei der Installierung des Smogalarmplanes gedacht, daß wir diese Parkplätze vorwiegend am Rande der Stadt Graz installieren lassen werden. Nur leider hat sich das im nachhinein anders erwiesen, daß wir diese Parkplätze im Bereich Graz und Umgebung, vorwiegend die Belastung dieser Verkehrsprobleme auf Grund des Smogalarmplanes, auf die Gemeinden dieses Bezirkes ausgedehnt haben. Die dafür notwendige Infrastruktur fehlt, das heißt, auch die Gemeinden selbst haben für ihren eigenen Bedarf bisher keine Parkplätze und freie Flächen zur Verfügung. Ich weiß wohl, daß das koordiniert wird, aber die Bürgermeister dieser Gemeinden sind sehr besorgt, daß sie zumindest keine finanziellen Mittel haben, neue zu schaffen, und auch der Raumbedarf nicht gegeben ist.

Wir haben nach diesen Besprechungen, wie ich mich damals zu Wort gemeldet habe, vorerst wirklich versucht, um das Grazer Stadtrandgebiet diese Parkplätze zu installieren. Das ist leider nicht geschehen. Daß die Koordination mit den privaten Kraftfahrern und Personenbeförderungsunternehmen auch nicht ganz sicher funktionieren kann, wird mir immer wieder von Bürgermeistern bestätigt, die wirklich auch besorgt sind, daß diese zusätzlichen Einschübe von Personenbeförderungsmitteln zu wenig sein werden beziehungsweise wird das größere Problem – glaube ich – sein, und das ist für die Koordination des Verkehrs und die Handelskammer entscheidend, daß man versuchen soll – und das ist wirklich bisher nicht geschehen –, die Linien privater Personenbeförderungsunternehmen mit den öffentlichen Verkehrsträgern abzustimmen, und zwar im Bezirk Graz-Umgebung und in weiterer Folge mit den anderen Bezirken und der Stadt Graz.

Es stellt sich immer wieder heraus, daß die Gemeinden, die hier um Graz herum bestehen, bestimmte Linien haben, die teilweise nicht benutzt werden, und dann gibt es wieder bessere Linien. Aber eine Koordination und auch eine Koordination des Tarifes müßte so schnell wie möglich stattfinden, um bei Eintritt eines Smogalarms die Mitwirkung besser gestalten zu können. Ich weiß schon, daß es finanzielle Mittel in dem Ausmaß im Moment nicht gibt, aber die Koordination zwischen privaten Personenbeförderungsunternehmen allein müßte so schnell wie möglich vor sich gehen, denn dann wäre es einmal vorerst möglich, diese Verkehrssituation im Ernstfall wirklich besser zu koordinieren. Das Problem wird auch bei der Handelskammer liegen – nehme ich an –, mit ihren eigenen zu vertretenden Unternehmen diese Koordination herbeizuführen. Aber im Sinne dieser meiner Ansicht würde ich ersuchen, das so schnell wie möglich voranzutreiben.

Ein weiteres Problem, das ich im Zuge eines Antrages mit meinen Kollegen aus Graz vor kurzem angeschnitten habe, betrifft im Interesse und im Sinne von Abwicklungsproblemlösungen für den Verbund die Verlängerung der sogenannten S 39, die Verbindung von Graz zur Autobahn. Hier ist es eigentlich auch nicht einzusehen, daß zum Beispiel die Arbeiter der Puchwerke und alle aus dem unteren oder südlichen

Bereich kommenden Beschäftigten sich vorerst über die Liebenauer Hauptstraße in das Stadtgebiet hereinbewegen müssen und dann erst die Einfahrt in das Werk möglich ist. Es gäbe eine Möglichkeit, die in diesem Antrag begründet ist, die derzeitige Autobahnmeistereiabfahrt und -auffahrt unmittelbar dazu zu benützen. Das heißt, es ergäbe sich die Möglichkeit, die Entlastung der Liebenauer Hauptstraße zu erreichen und für die Beschäftigten – das sind im Moment, glaube ich, über 4000 Personen, die sich in Zukunft auf 5000 erweitern werden – auch im Interesse des Betriebes über die Verkehrscoordination so schnell wie möglich diese Autobahnmeisterei für den öffentlichen Verkehr – in dem Fall für die Parkplatzbenützer und Beschäftigten der Puchwerke – zu öffnen. Damit ergäbe sich schon wieder eine Entflechtung des innerstädtischen Verkehrs in Graz.

In weiterer Folge habe ich dort auch beantragt, daß die S 39 in den Süden, und zwar von Graz Richtung Hausmannstätten, Umfahrung Hausmannstätten, verlängert wird. Auch hier würde sich schon weit vor dem Stadtgebiet von Graz die Entflechtung ergeben, denn auch hier ist es im Moment so, daß die Liebenauer Hauptstraße durch diese Einpendelung sehr stark befahren wird, und im gemeinsamen Interesse mit der Stadt Graz war es das Anliegen, hier so schnell wie möglich eine Möglichkeit zu schaffen, diese Entflechtung zu erreichen. Ich weiß schon, daß das auch eine Sache des Bundes ist, aber am wenigsten würde sicher vorerst die Öffnung der Autobahnmeisterei für die Puchwerkbeschäftigten kosten.

In diesem Sinne, glaube ich, würde das wiederum ein Beitrag sein, im Ernstfall eines Smogalarmplanes die Koordination und die Entflechtung des Verkehrs zu beschleunigen. Ich ersuche hier, diesen Antrag in Zukunft auch positiv zu unterstützen, und ersuche vor allem noch einmal im nachhinein die Handelskammer und den dafür zuständigen Landesrat, mit den privaten Personenbeförderungsunternehmen so schnell wie möglich eine Linien- und Haltestellenkoordination vorzunehmen und damit auch einen gemeinsamen Tarif zu erreichen, der natürlich ausgleichend für jene sein muß, die bisher eine schlechtere Linie befahren haben.

In dem Sinn hoffe ich auf eine notwendige Unterstützung für die Zukunft. Danke. (Beifall bei der SPÖ. – 9.33 Uhr.)

Präsident Meyer: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Buchberger.

Abg. Buchberger (9.33 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Meine geschätzten Vorredner haben schon sehr ausführlich die gesamtbauwirtschaftlichen Fragen und Zusammenhänge und auch einige regionale Wünsche beleuchtet und vorgetragen. Darf ich ein weiteres regionales Wunschprogramm oder einige regionale Wünsche hinzufügen betreffs der verkehrstechnischen Situation im Bezirk Weiz. Der Bezirk Weiz ist an und für sich von der geographischen Sicht her gesehen auch ein Bezirk besonderer Art, vor allem deshalb, weil der Bezirk Weiz, wer ihn näher kennt, eine besondere geographische Situation ausweist, eine Länge von zirka 120 Kilometer von Sankt Margarethen an der Raab bis nach Feistritz-Wald, und ich darf in dem

Zusammenhang hinzufügen, daß die wirtschaftspolitische Entwicklung als sehr positiv zu bezeichnen ist. Wir haben die gewerblichen und industriellen Betriebe, die als mustergültig zu bezeichnen sind. Das waren auch schon die ansässigen. Wir haben nur nach wie vor Schwierigkeiten mit dem Werk Elin, Weiz. Ich bin sehr in Sorge um diese Gesamtproblematik in der Elin. Wir sind auch sehr froh darüber, daß es in letzter Zeit möglich gewesen war, fremde, andere Betriebe in der Weizer Region anzusiedeln. Ein Hauptproblem in dem Zusammenhang ist aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß gewisse Fragen der Infrastruktur in keiner Weise gelöst sind. Wir haben die Südautobahn im mittleren oder südlichen Bereich des Bezirkes und haben bis zur gegenwärtigen Zeit die größten Schwierigkeiten, um auch diese Südautobahn verkehrstechnisch zu erreichen. Ich darf in dem Zusammenhang sagen, daß auf der B 72 oder auf der B 64 quer durch den Bezirk Weiz in Richtung Reiberg, zwischen Weiz und Gleisdorf die Industrieregion dieses Bezirkes, täglich auf dieser B 64 von Weiz bis Gleisdorf 7000 Fahrzeuge verkehren. Es müssen drei Ortschaften durchfahren werden, und es wird seit längerer Zeit versucht, eine Umfahrung an und für sich mit gewissen Schwierigkeiten seitens der Bevölkerung zu erreichen. Nun scheint es so zu sein, daß diese Widerstände nicht mehr da sind. Ich darf in dem Zusammenhang ersuchen, daß in nächster Zeit alles getan wird, um die notwendigen Vorbereitungen zu treffen. Ich höre, daß die Planarbeiten gewissermaßen abgeschlossen seien und daß in nächster Zeit mit dem notwendigen Bau dieser Umfahrungen begonnen werden muß. Ich darf also diese Forderung und diesen Wunsch mit aller Deutlichkeit anmelden.

Ich darf ein weiteres hinzufügen, auch was die B 72 betrifft. Daß ist Graz–Mariatrost–Weiz–Birkfeld über den Pfaffensattel. Hier gibt es ebenfalls die größten Kalamitäten und verkehrstechnischen Schwierigkeiten. Wenn ich an die Ausfahrt von Graz über Mariatrost nach Weiz denke, verstehe ich eines nicht, daß sich die Stadt Graz gegen eine Begradigung der gegenwärtigen Kurven in diesem Bereich ausgesprochen hat. Es hat diesbezüglich direkte Verhandlungen gegeben. Aber mir ist es nach wie vor unklar, daß Graz sich gegen eine solche Begradigung ausspricht. Wir werden diese Frage weiterhin behandeln. Ein weiteres, was uns am ärgsten betrifft – Herr Landesrat, du kennst die Situation genauso gut wie ich, wir sind beide aus dem Bezirk Weiz –, das betrifft die Verbindung Weiz–Birkfeld. Ich sage Ihnen eines, da oben wohnt ein sehr geduldiges Volk. Wir können also Weiz–Birkfeld, diese Route, nur über eine Ampelregelung nun schon seit Monaten einspurig befahren. Und man muß bedenken, was das für die Pendler bedeutet, was das für die gesamte Wirtschaft bedeutet. Ich weiß schon, daß es wasserrechtliche Schwierigkeiten gegeben hat. Diese sind auch gelöst. Ich höre jetzt, und ich bin sehr dankbar dafür – Hofrat Theußl war diesbezüglich in Weiz, und wir haben Gespräche mit den Bürgermeistern dieser Region geführt, über alle Parteien hinweg, das machen wir immer so in all diesen Fragen, und es ist uns zugesagt worden, im November rollen die Baumaschinen an. Ich habe mich am letzten November noch einmal gekümmert und umgesehen, ich habe weit und breit keine Baumaschine gesehen. Wir erwarten daher, daß das in nächster Zeit passieren

wird. Sollte es nicht so sein, meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Landesrat, ich muß das auch in dem Zusammenhang ankündigen, dann werden wir uns auch etwas überlegen müssen, um andere Maßnahmen zu setzen. Ich solidarisiere mich mit der Bevölkerung dieser Region, weil es auch schon unanständig ist, diese Leute in diesen Bereichen diesbezüglich so zu belasten. Ich darf also bitten, daß diese Baumaßnahmen kurzfristig nun in nächster Zeit begonnen werden. Darf ich noch in dem Zusammenhang anmerken, daß die Landesstraßen in dieser Region als mustergültig zu bezeichnen sind, nur die B 72 in diesem Bereich und von Nord-Süd die B 64 lassen noch diese von mir gesagten Wünsche offen. Ich darf bitten, Herr Landesrat, über den Herrn Landeshauptmann, er weiß auch bestens Bescheid, hat uns auch bestens unterstützt, diese Baumaßnahmen kurzfristig nun einzusetzen. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 9.40 Uhr.)

Präsident Meyer: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Erhart das Wort.

Abg. Erhart (9.40 Uhr): Sehr verehrte Damen und Herren! Hoher Landtag!

Als ehemaliger Eisenbahner oder genauer gesagt, sogar als gelernter, weil ich bei der Bundesbahn den Schlosserberuf erlernt habe, also als gelernter Eisenbahner muß ich natürlich zu dem Thema insofern Stellung nehmen, als es mich auch von der Region her besonders interessiert. Der Kollege Dr. Dorfer hat hier den Ausbau angeschnitten, er hat in bezug auf die Straßen dann etwas gesagt, was ich sehr begrüße, nämlich die Fortführung der Schnellstraße im Murtal hinauf bis zur Tauernautobahn und so weiter. Er hat dann nur, wenn er von dieser Region schon gesprochen hat, dort allerdings vergessen, auch in punkto Eisenbahn etwas zu sagen, und das möchte ich hier nachholen. Wir haben in diesem Hause im heurigen Jahr einen Antrag im Zusammenhang mit dem Hochleistungsstreckengesetz gestellt. Die Abgeordneten, die das mitunterzeichnet haben, vor allem obersteirische Abgeordnete, haben hier in diesem Antrag gemeint, daß die Steiermark bei dem geplanten Ausbau im Zuge der Neuen Bahn eigentlich vergessen wurde, das heißt, nicht in diesem Ausmaß in das Konzept hineingenommen worden ist. Und bei erster Betrachtung muß man wirklich zu dieser Meinung kommen, denn wer die Landkarte anschaut, wer die Hochleistungsstrecken, die in dieser Verordnung aufgezählt werden, ansieht, der merkt, daß in der Steiermark das ganze insofern aufhört, als wohl über Semmering-Bruck-Graz-Spielfeld eine Strecke genannt ist, sehr wohl die Nord-Süd-Verbindung, die wir sehr begrüßen und dringend brauchen, auch hinauf dann von Sankt Michael bis in den Salzburger Raum, aber daß in Richtung Westen das Konzept praktisch aufhört. Daß es hier keine Verbindung gibt, weder im Sinne des Ausbaues der Hochleistungsstrecken, weder durch das Murtal über den Raum Kärnten, wie die heutige Strecke führt, noch das Projekt Graz Verbindung Weststeiermark, Koralm-tunnel nach Klagenfurt. Beides ist nicht vorgesehen in diesem Plan, und es hat in unserem Antrag dazu geführt, vor allem wir Obersteirer haben uns hier ebenso wie die Grazer und die West- und Südsteirer auch dafür ausgesprochen, die Steiermark da hinein-

zunehmen, weil es einfach nicht verständlich ist, daß in einer Zeit, wo es in ganz Europa eine Renaissance des Eisenbahnwesens gibt, wo es zu einem engmaschigeren Verkehrskonzept kommen muß, wo wir wissen, wie wirtschaftlich notwendig auch gerade für die Steiermark dieser Anschluß im besonderen an die norditalienischen Adria Häfen ist, daß in diesem Konzept die Steiermark weder in der einen Variante, also der heutigen bestehenden Linie, vorkommt, noch wie gesagt im Konzept Rießberger, also diese Idee der Verbindung Großraum Graz oder überhaupt die jetzt schon wieder aktuell gewordene Idee Budapest über Burgenland, Steiermark hinein nach Kärnten.

Nun hat die Steiermärkische Landesregierung prompt reagiert. Es wurde sehr wohl der Protest der Landesregierung gegen diese Verordnung in Wien deponiert. Es ist zunächst einmal das eine Projekt hier abgehandelt, dann im Sinne der Antragsteller auch unsere Forderung punkto eines bevorzugten Ausbaues der Verbindung über das Murtal nach Kärnten hineingenommen worden, und wir hoffen auch, daß es in dieser Richtung weitergeht.

Ich möchte hier einmal ganz klar darstellen und für meine Murtaler Freunde sprechen, und zwar ist hier über alle Fraktionen hinweg das gleiche Anliegen gegeben. Es hat also ebenfalls einen Antrag der Murtaler ÖVP-Abgeordneten zu diesem Thema mit der gleichen Forderung gegeben, und ich kenne vom Herrn Weilharter auch eine ähnliche Forderung: Hier sind wir uns also im klaren, und ich möchte in diesem Hause hier einmal klarstellen, daß man das nicht so sehen darf, daß die einen hier dagegen sind, daß das andere geschehen soll – im Gegenteil. Ich gehe von einem Standpunkt aus: Wir haben derzeit eine zweigleisige Strecke in den italienischen Raum über die bekannte Mürz- und Murfurchen nach Kärnten, die für die nächsten Jahre die einzig logische Verbindung dorthin sein wird. Wir dürfen uns doch nicht der Illusion hingeben, bei allem guten Willen – wir wissen ja, wie schwierig heute so etwas ist –, um die Jahrtausendwende diesen Koralm-tunnel zu realisieren. Das wird nicht möglich sein. So etwas in der heutigen Zeit durchzusetzen, von der Raumplanung her angefangen bis überhaupt zur Planung und schließlich zur Finanzierung, wird Jahrzehnte dauern.

Ich möchte also für uns Obersteirer sagen, daß wir grundsätzlich dafür größtes Verständnis haben, daß eine solche Verbindung einmal selbstverständlich auch da sein muß, aber wir wollen betonen, daß man dabei nicht vergessen darf – da könnten wir Steirer nämlich übrigbleiben –, die bestehende Bahn auszubauen. Wenn wir schon in diesem Hochleistungskonzept noch nicht drinnen sind, so wollen wir zumindest einen raschen, einen zügigen Ausbau. Da geht es darum, daß man Kurven begradigt. Es gibt ja schon Ansätze, daß der Tunnel in Leoben so gebaut werden wird, der hier zwischen Leoben und Sankt Michael eine große Verbesserung bringen wird. Ich weiß auch, daß die Bundesbahn vor hat, die derzeit noch eingleisige Strecke von Sankt Veit bis Klagenfurt zu einer zweigleisigen zu machen. Es gibt also viele Dinge, die man jetzt schon machen kann, das bei weitem nicht so viel kostet und uns dann nicht in die Schwierigkeit bringt, daß wir den Anschluß verpassen. Und ich sage gleichzeitig dazu: Neben diesem bevorzugten Ausbau,

den wir für die obersteirische Wirtschaft brauchen, den wir schließlich auch für den gesamten östlichen Bereich Österreichs brauchen, sprich Niederösterreich, Burgenland, vor allem auch Wien – mich wundert es ja, daß die Wiener hier nicht anders reagieren; sonst sind sie ja bei diesen Dingen sehr schnell –, kann man eigentlich, langfristig gesehen – und da rede ich allen das Wort –, eine Planung beginnen, kann man jetzt schon die Weichen für ein solches Zukunftsprojekt stellen, das sicherlich einmal hergehört – das ist überhaupt keine Frage.

Denn – und das ist der Schluß meiner Aussage in dem Zusammenhang – wenn wir wollen, daß der Güterverkehr sich wieder bevorzugt auf der Schiene abwickelt, und zwar gar nicht so sehr, daß man den Laster da hinaufstellt, sondern vielmehr den Container (Landesrat Klasnic: „Genau!“) – das wissen wir ja alles –, wenn das alles kommen soll, dann wird es eine derartige Auslastung geben, daß wir ohnehin beide Strecken brauchen. Das heißt, man kann die bestehende dann nicht vergessen; die wird genauso notwendig sein wie eine zukünftige neue Trassierung. Und so brauchen wir hier nicht in einer Art Kampfstellung sein, die einen für diese Sache reden und die anderen für diese. Wir werden beides brauchen, und ich glaube, es ist vernünftig, daß man zuerst das ausbaut, was ja schon besteht, weil es ja weniger kostet und mehr Effizienz für die Wirtschaft bringt, und natürlich dabei nicht vergißt, ein anderes großes Vorhaben in Planung zu nehmen. Das wollte ich zu diesem Thema sagen. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 9.49 Uhr.)

Präsident Meyer: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Kanduth das Wort.

Abg. Kanduth (9.49 Uhr): Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Ich freue mich sehr, daß unsere gemeinsame Bemühung mit Erich Tschernitz, Frau Lore Schoiswohl und Hermann Kröll dazu geführt hat, daß in der Frage ennsnahe Trasse endlich weitere Schritte gesetzt werden. So hat vor kurzem die erste Wasserrechtsverhandlung stattgefunden; allerdings nicht sehr erfolgreich, wie ich informiert bin. Aber das ist nicht das Entscheidende. Das Entscheidende ist, daß mit 9. Jänner kommenden Jahres das Anhörungsverfahren in diesem Bereich beginnt. Ich darf Ihnen auch sagen, daß ich in der Zwischenzeit mit Herrn Minister Fischler Verbindung aufgenommen habe, um überprüfen zu lassen, ob es nicht denkbar ist, daß die Bauern, die bei dieser neuen Straße Grund verlieren, von den Bundesforsten Grund erwerben können. Es wird überprüft, ob diese Möglichkeit nicht besteht.

Denn eines sage ich auch ganz offen und sehr deutlich: Das sind die einzigen, für die ich Verständnis habe, wenn sie gegen eine neue Straße in diesem Bereich sind. Für alle anderen Einwendungen habe ich kein Verständnis. Ich sage das in aller Deutlichkeit, vor allem deshalb, weil wir miteinander wissen, wie gefährlich diese Strecke ist und daß in den letzten 10 Jahren über 100 Menschen auf dieser Strecke ihr Leben lassen mußten. Und es ist für einen Abgeordneten überhaupt nicht sehr erfreulich, wenn nach so schweren Unfällen die Anrufe hereinkommen und man gefragt wird, für was man denn überhaupt noch in der

Politik sei, wenn nichts mehr geht, wenn man nichts mehr zusammenbringt. Man weiß dann nicht, was man antworten soll.

Ich meine auch, daß jene, die diese Trasse verhindern, mitschuld an diesen schweren Unfällen in der Vergangenheit sind. Das kann man ihnen nicht abnehmen, und das muß man ihnen oft genug sagen. Und ich bin auch überrascht, daß sich heute die Freiheitliche Partei von dieser ennsnahen Trasse distanziert, denn bis vor einem Jahr hat sie eigentlich mitgetragen und war auch der Auffassung, daß diese notwendig wäre. Aber wir sind das bei dieser Partei ja ein bißchen gewohnt. Wenn es ein bißchen um Opportunismus geht, dann schwenkt man sehr schnell um.

Ich möchte auch eines dazusagen, meine Freunde: Man muß sich einmal vorstellen, was der Ausbau der bestehenden Straße bedeuten würde. Ja wie stellt man sich denn das, bitte, vor? Was glaubt man denn, was man den Menschen, die dort leben, noch alles zumuten kann? Es ist undenkbar! Daher trete ich nach wie vor – und ich weiß mich hier wirklich in bester Gesellschaft mit Erich Tschernitz und mit der Sozialistischen Partei – für den Ausbau der ennsnahen Trasse ein und möchte von dieser Stelle auch noch einmal alle Verantwortlichen aufrufen und auffordern: Helfen Sie, uns dabei, damit wir unseren Bürgern in diesem Teilbereich helfen können! Glück auf! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 9.53 Uhr.)

Präsident Meyer: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kohlhammer.

Abg. Kohlhammer (9.53 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Ich habe im Namen der SPÖ-Fraktion von diesem Pult aus schon oftmals die Forderung nach Erstellung eines Landesverkehrskonzeptes erhoben. Sowohl für das Grenzland als auch für die gesamte Steiermark ist diese wichtige Verkehrsfrage letztlich eine Schlüsselfrage. Wir haben schon jahrelang versucht, die Verantwortlichen in der ÖVP dafür zu gewinnen, einen Beirat einzusetzen, in den alle Parteien eingeladen sind, ihre Vorschläge einzubringen, über Prioritäten zu diskutieren und letztlich – und das scheint mir das Entscheidende dabei zu sein – die Ergebnisse mitzutragen. Dieser Vorschlag, der bisher im Raum stehengeblieben ist, wird immer mehr zur Forderung, ganz einfach, weil die Ergebnisse überfällig sind und weil das gemeinsame Wollen eine ganz wichtige Voraussetzung für die erfolgreiche Umsetzung ist. Es sollte sich herumgesprochen haben, daß die parteipolitischen Einflußgrößen sehr vielschichtig sind, und es sollte sich auch herumgesprochen haben, daß wir für die Steiermark schlagkräftiger sind, wenn wir von der Landesebene aus geschlossen unsere Wünsche und Forderungen zur Bundesebene erheben.

Ich habe in der Gruppe 0 „Raumplanung“ das Thema „Verkehr“ als einen Versäumnisbereich in der überörtlichen Raumplanung bereits angesprochen. Die Steirer wissen noch immer nicht, was sie wollen, was sie konkret wollen. Ich schließe mich da der Kollegin Kammlander voll an. Wir wissen auch nicht, welche Ideen gerade von irgend jemandem zur Forderung erhoben werden. Der lachende Dritte ist der Bund beziehungsweise sind die anderen Bundesländer. Ich

weiß, daß jetzt endlich ein Arbeitsgremium eingesetzt wurde, von vorne beginnt zu arbeiten, ein Ingenieurbüro hilft, das professionell zu machen, lobenswerterweise. Im nächsten Jahr soll ein Landesverkehrskonzept fertig sein. Ich stelle fest: Dann wird der Herr Verkehrskoordinator drei Jahre benötigt haben, dieses drückende Versäumnis nachzuholen. Ich muß für den SPÖ-Klub feststellen, daß wir mit der Form unserer Einbindung nicht zufrieden sein können, weil wir nicht davon abgehen können, daß wir in jene Ebenen eingebunden werden, wo die Entscheidungen getroffen werden beziehungsweise – wenn Sie wollen – wo die Vereinbarungen über das künftige Forderungspaket geschnürt werden. Wenn die ÖVP wirklich interessiert ist, diese Konzeption umzusetzen, dann appelliere ich sehr, daß sie die Sturheit in dieser Frage – anders kann ich es schon nicht mehr bezeichnen – endlich aufgibt. (Beifall bei der SPÖ.)

Frau Landesrat Klasnic, Sie waren im Frühsommer 1988, damals als designierte Landesrätin – soviel ich mich erinnere –, im kleinen Kreis in einem Parteiengespräch dabei, als wir versucht haben, genau diesem Anliegen zu einem Erfolg zu verhelfen, zu besprechen. Ich muß mich leider daran erinnern, daß Herr Hofrat Dipl.-Ing. Theußl eine derartige Form der Zusammenarbeit kategorisch abgelehnt hat. Frau Landesrat, ich frage Sie jetzt, eineinhalb Jahre später, sind Sie noch immer nicht dafür, persönlich, daß wir das in dieser Form versuchen, wie es sich in anderen Bereichen bereits bestens bewährt hat – ich denke an die Raumplanung –, gemeinsam diese Probleme anzupacken, und zwar, das wirklich zu tun, wie Sie am Montagabend im Fernsehen das auch dem Minister Streicher in einer anderen Angelegenheit vorgeschlagen haben? Frau Landesrat Klasnic, weil ich gerade dabei bin, Sie zu fragen, von dieser Stelle aus haben Sie noch als Abgeordnete dieses Hauses dem Huckepackverkehr, der seinerzeit von Minister Lacina eingerichtet wurde, keine Zukunft gegeben. Wir können das im Protokoll nachlesen. (Landesrat Klasnic: „Nicht in der Form!“) Am selben Tag wurden Sie auch tatkräftig vom Kollegen Dr. Dorfer unterstützt, auch so festgehalten. Ich frage Sie jetzt, sind Sie nun als Regierungsmitglied dafür, daß künftig möglichst viel Fracht auf die Bahn kommt oder nicht? Und zum Kollegen Dr. Dorfer möchte ich doch feststellen, daß er heute schon etwas differenzierter zu dieser Frage Stellung genommen hat, wenn er formuliert hat, wenn die Verlagerung von der Straße auf die Schiene funktionieren soll, dann solle man, zum Beispiel in dem Fall, den Semmeringtunnel errichten. (Abg. Dr. Dorfer: „Leider funktioniert die Schiene nicht. Das ist das Problem!“) Herr Kollege Dr. Dorfer, Sie haben ja beide seinerzeit gemeint, das sei überhaupt kein Konzept, und zwar sei nicht nur der Huckepackverkehr kein Konzept, sondern auch allenfalls ein effizienterer Containerverkehr nicht. Die Zukunft gehöre der Straße. (Abg. Dr. Dorfer: „Weil die Bundesbahnen alles verschlafen haben!“) Sie haben nicht appelliert, die Bundesbahn soll aufwachen, sondern Sie haben gesagt, es sei sowieso kein Konzept. Es könne nicht gelingen, entsprechend die Lasten auf die Straße zu bringen (Abg. Dr. Dorfer: „Es gibt kein Konzept. Der Containerverkehr wäre ideal, aber die Bundesbahnen bringen nichts weiter!“), und es freut mich, wenn jetzt die maßgeblichen Kräfte in der ÖVP beginnen, sich dazu zu bekennen. Ich möchte das nur

klarstellen (Abg. Dr. Dorfer: „Der Containerverkehr wäre eine Alternative!“), daß wir einmal rauskommen aus dem Streit, sind wir eigentlich dafür (Abg. Harmtoldt: „Immer dafür gewesen!“) oder sind wir dagegen. Und zum Semmeringtunnel darf ich auch feststellen, Kollege Dr. Dorfer: Ich kenne keinen sozialistischen Politiker auf Bundes- und Landesebene, der sich gegen den Semmeringtunnel ausgesprochen hat. Im Gegenteil, es gibt nach wie vor eindeutige Bekenntnisse aller sozialistischen Mandatsträger zu diesem Projekt. Ob es jetzt allen gefällt oder nicht, sage ich dazu. Ich würde Sie sehr bitten, in Ihren Kreisen, in ÖVP-Kreisen, dafür einzutreten und nicht uns in dieser Frage anzusprechen, wir sind ohnehin Ihre Bündnispartner in dieser Frage. (Abg. Dr. Dorfer: „Bravo!“)

Und weil ich gerade bei diesem Semmeringtunnel beziehungsweise bei der Südbahnstrecke bin, die Sie ja auch angesprochen haben, Kollege Dr. Dorfer, auch Kollege Erhart war zu dieser Frage heraußen, darf ich auch folgendes für mich klarstellen. Ich tue mir ja nicht ganz so leicht wie der Kollege Erhart, weil er ja als Abgeordneter seiner Region sich hier darauf beschränken kann, was er gar nicht tut, aber beschränken könnte, nur seine Region zu sehen, ich muß sagen, in meiner Verantwortung als Sprecher für Verkehrsfragen der sozialistischen Fraktion darf ich nicht nur für den Bezirk Deutschlandsberg denken, und ich sage dazu, ich habe, wenn ich den Koralmtunnel angesprochen habe, nicht nur an den Bezirk Deutschlandsberg gedacht, sondern an den Großraum Graz, an den Wirtschaftsraum Graz, der letztlich alle umliegenden Bezirke bis hin zur Staatsgrenze umfaßt. Ich würde sehr, sehr froh sein, wenn endlich alle maßgeblichen Politiker in Graz auch dieses wichtige Erfordernis insofern erkennen würden, daß sie sich dafür stärker einsetzen. Und zur Terminplanung möchte ich auch sagen, was wir fordern, seit Jahren fordern, ist, daß wir umgehend drangehen, die raumplanerischen Erfordernisse zu erfüllen. Im Sinne der überörtlichen Raumplanung haben die Menschen ein Recht zu wissen, wo einmal die Eisenbahn „drüberfährt“. Und außerdem tun wir gut daran, Konzepte fertig zu haben, wenn wir endlich in der Lage sind, diese Projekte zu finanzieren.

Noch ein Punkt dazu, Herr Dr. Dorfer: Ich würde dich bitten, bei deiner Aussage für diese Südbahnstrecke doch zu differenzieren, nämlich die Idee zu teilen, eine Trasse über das Burgenland nach Graz zu führen und der Vorstellung, Graz direkt mit Klagenfurt zu verbinden, weil das eine bedingt nicht unbedingt das andere. Wir laufen aber Gefahr, wenn wir das zusammenhängen, das tatsächlich auf den Sankt-Nimmerleins-Tag zu verschieben. Das heißt, ich würde doch sehr dringend darum bitten, daß – wenn wir auf einer leistungsfähigen Bahnstrecke durch einen Semmeringtunnel nach Graz kommen können – wir dann Anschluß finden aus diesem Wirtschaftsraum in den Süden. Auch dann, wenn das auch erst nach zehn Jahren finanzierbar ist. Meine Damen und Herren! Ich habe noch eine Frage an die Frau Landesrat Klasnic, die ich gerne klagestellt hätte. (Landesrat Klasnic: „Nur zu!“) Sie ist völlig harmlos, Frau Landesrat! Nur ist es wichtig, daß wir die Dinge einmal klären. Vor Jahren hat Ihr Vorgänger, Herr Landesrat Dr. Heidinger, in einem Parteiengespräch über die Eisenbahnstreckenführung Wien–Burgenland–Oststeiermark–

Graz-Klagenfurt protokollarisch feststellen lassen, daß es dafür keine Zuständigkeit in der Landesregierung gibt. Frau Landesrat, ich frage Sie jetzt, hat sich diese Sache geändert, gibt es eine Zuständigkeit? Sind Sie beispielsweise zuständig für Eisenbahnangelegenheiten, ausgenommen selbstverständlich die Landesbahnen, beziehungsweise ist es der Herr Landeshauptmann persönlich, weil keine Zuständigkeit geklärt ist, oder fühlt sich überhaupt niemand zuständig? Meine Damen und Herren! Diese Grundsatzfragen zum Verkehr, nämlich wie und wann werden die Prioritäten festgestellt und gereiht, in welcher Form versuchen wir hier frühzeitig das Einvernehmen auf der steirischen Ebene herzustellen, und wann können wir ehestmöglich die Bundesregierung und verantwortliche Stellen des Bundes damit befassen, scheint mir die Kernfrage zu sein. Es liegt in Ihren Händen, hier tatsächlich den Schlüssel herumzudrehen und auf Erfolgskurs zu gehen, und zwar, wie wir glauben, mit uns gemeinsam zu gehen. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 10.05 Uhr.)

Präsident Wegart: Hohes Haus! Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, sehe ich mich veranlaßt, Ihnen folgendes mitzuteilen: Gemäß Paragraph 47 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages kann auf Vorschlag des Präsidenten der Landtag bei einzelnen Verhandlungen beschließen, daß die Redezeit eines jeden Redners aus dem Landtag mit Ausnahme des Berichterstatters ein bestimmtes Ausmaß nicht überschreiten darf. Auf weniger als eine halbe Stunde kann jedoch die Redezeit nicht herabgesetzt werden.

Der Beschluß wird ohne Wechselrede gefaßt.

Ich stelle daher den Antrag, eine Redezeitbegrenzung von einer halben Stunde für diese und die folgenden Gruppen festzulegen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Wir setzen nun die Diskussion fort. Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Hammer.

Abg. Hammer (10.06 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

So eine Chance muß man nutzen, wenn man eine halbe Stunde reden darf. Ich habe noch nie so lange reden dürfen, aber ich werde es kürzer machen.

Meine Damen und Herren, die Frau Kollegin Kammlander hat den Nahverkehrsverbund und vor allem auch den Bereich Leoben-Vordernberg erwähnt. Ich kann ihr dazu nur recht geben, nur glaube ich, sollte man die Dinge sehr realistisch betrachten. Eine Wiederinbetriebnahme der Präbichlbahn wird wahrscheinlich nicht mehr möglich sein, weil es dem Zahnradbahnverein Vordernberg gelungen ist, mit Unterstützung des Herrn Ministers Streicher und des Herrn Landesbahndirektors Zauhar, diese Strecke zu pachten und für Ausflugsfahrten in Betrieb zu nehmen. Auch die Frau Landesrat Klasnic hat dieses Vorhaben finanzkräftig unterstützt. Und ich würde Sie sehr gerne einladen, wenn im Frühjahr nächsten Jahres diese erste Ausflugsfahrt auf den Präbichl gemacht wird, daran teilzunehmen und diese wunderschöne Landschaft kennenzulernen.

Meine Damen und Herren, es gibt dazu noch eine sehr große Problematik der Wiederinbetriebnahme der Präbichlbahn, weil sich mindestens drei Viertel dieser Bahnstrecke in einem akuten Lawinengebiet befinden, und gerade der letzte Winter hat uns gezeigt, daß die Bahn über zwei Monate durch Lawinen verschüttet war. Das ist sicherlich mit ein Grund. Aber, meine Damen und Herren, wenn wir vom Verkehrsverbund südlich des Präbichls sprechen, dann möchte ich doch anziehen, daß es für uns Eisenerzer sehr wichtig wäre, aber auch für das Projekt „Steirische Eisenstraße“, um den Tourismus zu verstärken und die Möglichkeiten dort besser nutzen zu können, wäre es sehr notwendig, wenn eine direkte Eisenbahnverbindung von Eisenerz in den oberösterreichischen Raum, sprich bis nach Linz, mit Direktverbindungen hergestellt werden würde, so daß Eisenerz so eine Art Kopfbahnhof für diesen Verkehr sein würde, der, glaube ich, sehr, sehr wichtig in Richtung Fremdenverkehr, Arbeitsplätze wäre, aber auch schulische Möglichkeiten, die es im oberösterreichischen Raum gibt, werden von der Bevölkerung von Eisenerz und des unteren Ennstales hier benützt, und würde das eine wesentliche Erleichterung für diese darstellen.

Meine Damen und Herren, das wäre ein großer Wunsch für uns Eisenerzer, und wir haben auf der B 115, der Eisenbundesstraße, bereits vieles an Ausbau erreicht. Aber es ist noch Gewaltiges zu tun, und ich glaube, daß die begonnenen Ausbaurbeiten auch in der Zukunft weitergeführt werden müssen, denn zur Belebung des Tourismus, wie gesagt, braucht es auch eine verkehrsmäßige Erschließung. Nur einen Wunsch habe ich an die verantwortlichen Planer, nämlich daß die Organisation dieser Baustellen besser koordiniert wird, daß es nicht so ist wie im heurigen Sommer, daß eine Baustelle über drei Kilometer lang ist und man eineinhalb Stunden Wartezeit in Kauf nehmen muß, noch dazu im Zeitraum des Schichtwechsels am steirischen Erzberg, daß die Personen, die ohnehin schon lange unterwegs sind zum Arbeitsplatz und vom Arbeitsplatz weg dann noch länger warten müssen. Das wären meine Wünsche für die Region Eisenerz. Ich danke Ihnen. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 10.10 Uhr.)

Präsident Meyer: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Korber das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (10.10 Uhr): Ich gebe die Uhr da her, daß sie jeder sehen kann. Ich habe gestern leider keine Uhr mitgebracht, Frau Präsidentin.

Sehr geehrte Frau Präsidentin – das ist die übliche Antrittsflöskel –, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte zum Thema Verkehr versuchen, diese halbe Stunde einzuhalten, damit es nicht wieder einen Wirbel gibt. Ich werde vielleicht sogar kürzer werden, wenn ihr mich nicht ständig unterbrecht. Vor allem, wenn du deine Uhr öfter zeigt, werde ich vielleicht kürzer werden.

Kurz, Vorrang für den öffentlichen Verkehr steht ja zweifelsfrei fest (Abg. Kammlander: „Sie sollen sich auf ein Thema konzentrieren, Herr Kollege.“) Vorrang für Güterverkehr auf der Schiene steht auch zweifelsfrei fest – das ist in aller Munde –, Stopp für unsinnige

gen Straßenbau, Straßenbauprojekte – darin sehen wir vor allem den Ausbau, die Zerschneidung des Ennstales; das steht auch fest, das haben wir, glaube ich, schon grundsätzlich und ganz klar festgestellt, daß uns das nicht paßt – Schutz des inneralpinen Inversionsgebietes – das steht auch fest; wir haben in der Steiermark genau die gleichen Probleme wie Tirol, und ich kann den politischen Parteien der Steiermark nur raten, nicht die gleichen Fehler wie in Tirol zu machen – Schutz des Grazer Talkessels, eines ganz exklusiven Inversionskessels, wo der Luftausgleich in der Inversionszeit gegen Null geht. Wir wissen, daß die Stickoxidbelastung und damit sekundär die Ozonbelastung zu rund 70 Prozent vom Verkehr stammt, davon wieder – nach deutschen Untersuchungen – 90 Prozent Anteil durch den Schwerst-Lkw-Verkehr. Daher ist für uns in der Smogsituation der Tunnel zwar ein Flüstertunnel für Graz, aber er ist nicht in der Lage, die Luftsituation grundsätzlich zu ändern, da durch dichte Strömungen und Hangwinde diese Auspuffgase des Plabutschunnels in das dicht verbaute Gebiet Graz-West, also Eggenberg, Wetzelsdorf, Gösting, hinableiten und sich in dieser westlichen Bucht von Graz fangen und zu rotieren anfangen, und zwar so, daß die Meßgeräte immer höher hinaufgleiten und diese Meßstellen im Bereich Eggenberg und Straßgang, Gablenz und beim Sportplatz fast ident gleiche Werte zeigen.

Wir wissen, daß durch diese Auspuffgase Beton in Eggenberg durch die salpetrige Säure zu schäumen anfängt. Wir haben nichts dagegen, wenn der Beton schäumt, aber es ist ein Zeichen, daß sich die Lungen der Menschen, speziell der Kinder dort, gegen das Einatmen in dieser Zeit wehren.

Wir sind für eine Hochleistungsbahn, eine Transitbahn, durch die Steiermark. Wir unterstützen voll das Projekt des Koralmtunnels, nur, wir sehen in der jetzigen Zeit einfach keine Priorität für den Semmeringtunnel. Wir wissen, daß auch die ÖBB in ihren Mitteln beschränkt ist, und auch, wenn der Herr Minister soundso seitens der SPÖ sagt, die ÖBB hat in Zeiten wie diesen noch monarchistische Gepflogenheiten, so wäre es gerade beim Herrn Minister Streicher oder beim Herrn Minister Übleis gewesen, uns nicht üble Eistrassen durchs inneralpine Gebiet zu verpassen, wie zum Beispiel die Ennstal-S-8-Strecke, sondern diese Transitstrecke rasch und unkonventionell auszubauen. Wir wissen, daß die Bewilligungen für den zweigleisigen Ausbau vom Ostbahnhof zur Grenze vorhanden sind. Sie sind vorhanden, sie waren vorhanden. Man hatte das Gleis nur weggerissen, weil man geglaubt hat, wir sind sozusagen wirklich das Grenzland Europas. Und es ist überhaupt kein Problem, in Zeiten wie diesen mit vollem technischen Einsatz – und hier befürworte ich voll die Technik als Umwelttechniker – den Schoberpaß zweigleisig auszubauen. Ich kann auch ruhig sagen zweispurig, denn die Straße der Zukunft ist für uns zweifelsfrei im Transitverkehr und im inneralpinen Gebiet die Schiene. Wir wissen auch, daß die ÖBB Schwierigkeiten hat, die Transitwaggons zur Verfügung zu stellen. Wir sind empört, daß die Transitwaggons nach Tirol abgezogen werden, um uns auf der Transitstrecke den internationalen beziehungsweise nationalen Müll auch in die Grenzlandregion Halbenrain zu verpassen. Wir sehen aber auch auf der Straße noch eine andere Gefahr auf uns

zukommen. Wir haben vor kurzem, am 31. Oktober 1989, eine Verordnung des Landeshauptmannes bekommen für die Steiermärkische Landesregierung, und zwar Verordnung für ein Entwicklungsprogramm in der Wasserwirtschaft, und mußten feststellen, daß hier eine Vorrangigkeit eingeräumt wird dem Kanal auf der Straße. Was heißt das? Unsere Straßen sind ohnedies mit Schwerst-Lkw-Verkehr überlastet, und da kommen sinnige Leute auf die Idee, einen sogenannten Grubendienst einzurichten, um auf der Straße – darum heißt es ja auch „der Kanal auf der Straße“ – zu kommunalen Kläranlagen zu fahren und dort durch Übernahmestationen diese sogenannten häuslichen, harmlosen Abwässer – ich kann gar nicht mehr Schmutzwässer dazu sagen, weil sie in der Landwirtschaft sinnvoll verwertet werden können – in diese zentralen Großkläranlagen einzulassen, einzuleiten, die Leistung der Kläranlagen zu gefährden, das bisher unbewältigte Klärschlammproblem zu vergrößern, über diese dezentrale Wahnsinnslösung den Verkehr auf der Straße zu forcieren. Ich möchte bitte alle, die umweltpolitisch nur einen Funken eines Anstandes und einer Gehirnenergie haben, warnen, diesen Kanal auf der Straße weiter zu forcieren. Gußmark wegen, Erika Götze wegen, und wie sie alle heißen, schauen Sie einmal auf der Straße, wie die heute wie die Schwammerln zunehmen als Folge solcher unsinniger Verordnungen.

Daher erlauben Sie mir, kurz noch etwas zur Entsorgung im Abwassersektor zu sagen: Es gibt für uns im ländlichen Raum – und es leben 50 Prozent der Steirer im ländlichen Raum – nur eine dezentrale Entsorgung. Es gibt nur eine Entsorgung, die auch das Klärschlammproblem dezentral löst. Und solange es gelingt, häusliche Abwässer von Gewerbe und Industrie zu trennen, ist dieser Klärschlamm anstandslos und schadlos in der Landwirtschaft in Biomasse umzusetzen. Die Phosphate und die Stickstoffverbindungen sind wertvoller Dünger. Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller, ich ersuche Sie, das, was hier der Herr Landeshauptmann Dr. Krainer für die Landesregierung gemacht hat, wieder einzubremsen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schaller: „Es waren die Fachleute. Die werden schon wissen warum!“) Der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller sagt, das waren die Fachleute, die werden schon wissen warum. Ja bitte, das sind ja genau diese Zentralisierer, die uns diese ganzen Großkläranlagen hingestellt haben, diese kilometerlangen Kanäle, das bisher unbewältigte Klärschlammproblem. Und, Herr Landesrat, ich habe gestern über Sie ein paar positive Dinge gesagt, aber wenn Sie sich blind auf Ihre Fachleute verlassen und selbst ausgebildeter Kulturtechniker sind und die Landwirtschaft hier in der Steiermark betreuen und heute sogar zwingen, daß Landwirte an diesen Kanal angeschlossen werden müssen und nicht einmal die eigenen Häusfäkal-sachen landwirtschaftlich verwerten können mit so einer Verordnung. Eine Verordnung hat ja Gesetzescharakter. Du nickst mir zu! Ihr werdet noch sehen, was ihr für Probleme bekommt, was die Landwirte hier mitmachen. 40.000, 50.000 Schilling Anschlußkosten, dann wird das so geregelt, das ist ja genau das, was die Fachleute wissen, daß genauso wie bei der Abfallgebühr, bei der Müllgebühr das pauschaliert wird. Du bezahlst eine Anschlußgebühr für den Kanal, ob du jetzt angeschlossen bist oder nicht, weil es kommt dann

alle 14 Tage vom Verband der Güllewagen, und wenn du sagst „Fahre ab, ich verwende es selbst für die Landwirtschaft“, du wirst zahlen wie bei der Müllgebühr. Und das ist das Unseriöse. Das ist, wenn man die EG weiterverfolgt von der ÖVP und wenn man das forciert, der Tod für viele Landwirtschaften. Den eigenen wertvollen Dünger über den Kanal auf der Straße über 20 Kilometer irgendwo zu einer Zentralkläranlage zu leiten. Du verstehst mich, was ich meine. Und auch der Kollege von der ÖVP weiß, was ich meine. Und er und du, ihr seid die einzigen, die für mich noch hier sozusagen einen Wert haben, weil ihr die Landwirtschaft kennt. Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller, ich muß wirklich jetzt einen Teil meiner Meinung zurücknehmen, wenn Sie hier sagen „die Fachleute“. Wissen Sie, wer diese Fachleute jahrelang waren? Das waren die, die geschaut haben, daß die Planer Großkläranlagen planen, und uns dieses ganze Problem aufgehalst haben. Und die ÖDK müssen dann ihr ungelöstes Klärschlammproblem in Zeltweg oder in Voitsberg lösen, und der Landeshauptmann macht dort Gewerberechtsverhandlungen, Verbrennen von Klärschlamm, Schwermetalle, Dioxine, Wiederbelastung des ökologischen Kreislaufes der Landwirtschaft, weil schließlich die Bauern müssen eine gesunde Nahrung produzieren. Und wenn dann Dioxine drinnen sind und Schwermetalle, wer kauft denn das dann? Das ist genauso wie mit den Spritzmitteln, wie mit den Kürbiskernen damals. Ich habe mir eigentlich von Ihrer Aussage erwartet, daß Sie sagen, über das können wir reden. Ich bin eigentlich restlos enttäuscht und bitte den Bauernvertreter der SPÖ und den Bauernvertreter der ÖVP, daß wir uns doch einmal zusammensetzen und dieses Problem „Kanal auf der Straße“ auf eine sinnvolle Art lösen, denn es gibt dezentrale Entsorgungssysteme, es gibt dezentrale Kläranlagen. Es gibt heute Entsorgungssysteme, wo Teichwasserqualität herauskommt. Es gibt heute die Möglichkeit, auch über das Chemikaliengesetz, die häuslichen Abwässer so aufzubereiten, daß sie in der Landwirtschaft jederzeit und sorglos entsorgt werden können und nicht, wie es bei den zweistufigen Großkläranlagen ist, daß 70 Prozent – sage und schreibe – der Chemie, wobei für die Chemie natürlich das Phosphat, Stickstoff, die ganze Haushaltschemie dazukommen, in die Vorfluter gelangen. Und die Meere sind der Mistkübel der Flüsse. Es ist die Adria überdüngt, die Adria der Algenpest ausgesetzt. Ich habe einen russischen Gast hier gehabt, einen Professor aus Minsk, es ist das Schwarze Meer der Algenpest ausgesetzt, das Kaspische Meer, und wenn wir weiter forcieren, daß wir wertvolle Düngestoffe, wie Phosphorverbindungen und Stickstoffverbindungen, in die Flüsse, flüssige Müllabfuhr, aus den Augen, aus dem Sinn, weiterforcieren, dann werden wir nicht nur vergiftetes Grundwasser haben. Ich sage auch hier nur eines, es sind nicht die Bauern alleine schuld in Leibnitz. Die Bauern sind der geringste Anteil an der Nitratverseuchung. Es sind a) undichte Kanäle und b) es sind die Vorfluter, die mit Nitrat und Phosphat bereits derart vorbelastet sind. Es weiß doch ein jedes Kind, daß zwischen Flußlauf und Grundwasser eine ständige Kommunikation herrscht, daher gelangen diese Stoffe ins Grundwasser. Dort fehlen die Mikroben, und diese Stickstoffverbindungen, Nitratverbindungen summieren sich auf, und wir dürfen uns nicht wundern, wenn es heißt,

in der Region Leibnitz haben wir die höchste Krebswahrscheinlichkeit, was das Wasser betrifft, vor allem bei Kindern und Säuglingen. Und der Herr Kollege Trampusch, der Franz, weiß genau, vor zehn Jahren haben sie schon angefangen, mit Mineral- oder eigenem Tafelwasser im Spital Wagna zu hantieren, und daher muß man dieses Problem von der Straße wegbringen, von den Flüssen wegbringen, und dort, wo es die Landwirtschaft immer seit Generationen richtig gemacht hat, diesen Dünger in Biomasse umzusetzen, dem muß man das Handwerk legen. Und dieses Gesetzblatt vom 31. Oktober 1989 mit der Verordnung der Landesregierung 1985 ist meiner Meinung nach ökologisch gesehen das größte Verbrechen, was in der letzten Zeit passiert ist.

Ich möchte darauf hinweisen – Herr Präsident, wie viele Minuten habe ich noch? Ich glaube, zehn Minuten. Zehn Minuten habe ich noch –, daß mit wunderschönen Broschüren „Plabutschunnel – Entlastung einer Stadt“ diese ganze Pyhrnstrecke präsentiert wurde. Wir müssen aber auch darin lesen, daß bis zum Jahre 2000 eine Zunahme des Transitverkehrs – es heißt wortwörtlich „des Transitschwerlastverkehrs“ – von derzeit 200.000 auf 500.000 zu erwarten ist. Das ist kein Zeichen einer Verkehrsplanung. Ich bin froh, daß es heute anders ist, daß der Streicher einmal mit dem Nachfahrverbot den Stein ins Rollen gebracht hat, daß die Frau Landesrat Klasnic den Streicher streicheln wird, entweder streicheln oder mit einer steirischen „Grazbürste“ – habe ich gestern gesagt – behandeln wird, verarztet wird, daß er endlich einmal die Bahn ausbaut. Das ist, bitte, nicht zweideutig gemeint, sondern es gibt eine ganz gute „Grazbürste“. (Landesrat Klasnic: „Ich bekenne mich zur Grazbürste!“) Sie bekennen sich zur „Grazbürste“. Sehen Sie, das ist sogar noch Humor an der richtigen Stelle. Und wir werden diesen Schwerlastverkehr, diesen Transitverkehr, wie er hier vorgesehen ist – 500.000 bitte jährlich auf der Straße –, herunterdrücken, daß man wirklich sagt, es ist nur der Quell- und Zielverkehr notwendig, aber der Transitverkehr ist gesetzlich geregelt, daß er nicht durch dieses Land durchrollen darf und die Bewohnbarkeit der Alpentäler gefährdet, und zwar durch NOX, durch Waldsterben, durch eine Aussiedlungsgefahr der Gebiete. Denn eines muß man sagen: Wo der Wald stirbt, stirbt auch der Kreislauf. Es kommt zu einer Verkarstung, es kommt damit zu einer Aussiedlung der inneralpinen Gebiete, und man kann nicht oft genug sagen: Schaut hinunter nach Dalmatien, was die paar Venezianer mit den Bäumen gemacht haben. Auch im heutigen technischen Zeitalter haben es die Jugoslawen noch nicht ermöglicht, das wieder aufzuforsten und wieder zu kultivieren. Daher ist unsere Forderung entgegen dieser wunderschönen Hochglanzbroschüre – der Herr Hofrat Theussl ist drinnen mit seinem Freund, dem Herrn Landeshauptmann Dr. Krainer. Ich bin auch Bautechniker, ich habe auch ganz gerne Tunnel in der Steiermark, zum Beispiel, Herr Hofrat, einen Tunnel nördlich von Stainach. Sie würden uns den größten Gefallen machen, und Sie würden von uns den „Grünen Lorbeerkrantz“ oder den „Grünen Schnittlauchtopf“ bekommen, wenn Sie das zusammenbringen. Also, versuchen wir das noch einmal! Denn eines – ich habe es gestern schon gesagt –: Mit der Ennstalstraße, mit 98 Prozent Wasser, wird Ihre Planung sozusagen im Moor des Ennstales versinken,

da werden die Millionen versinken. Wir werden Sie noch in der Pension haftbar machen, warum jedes zweite Jahr diese Straße neu saniert werden muß, warum bei dieser Waschrumpel in Selzthal nicht die Erkenntnis war, daß die alten Römer schon gewußt haben, warum sie nicht durchs Moor gehen. Es legt sich keiner mit 98 Prozent Wasser Baugrund an. Herr Hofrat, ich habe das gestern schon gesagt, da wird auch Ihr Chef, der Joschi, aufs „Goschi“ fallen, weil da oben werden wir dann eine Blockade machen.

In diesem Sinne habe ich, glaube ich, meine Zeit bestmöglich unter Dach und Fach gebracht – der Herr Präsident lacht schon – und möchte seiner Redezeitbeschränkung auf 30 Minuten, obwohl ich nicht mitgestimmt habe, doch Folge leisten. Danke. (Beifall bei der ÖVP. – 10.28 Uhr.)

Präsident Wegart: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Purr.

Abg. Purr (10.28 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wenn man die Ausführungen der Vorredner genauer betrachtet, muß man sagen – abgesehen von der einen oder anderen Ausnahme –, daß es wirklich um ein gesamtsteirisches Anliegen geht, nämlich Verkehrsverbesserungen zu erreichen. Besonders die letzten Jahre waren dadurch gekennzeichnet, daß es außerordentliche Kraftanstrengungen für eine forcierte und koordinierte Verkehrspolitik in der Steiermark gegeben hat. Es gilt als Zielsetzung dafür, die verkehrsgeographische Benachteiligung unseres Bundeslandes auszugleichen. Im Straßenbau war es möglich, wirklich Verbesserungen zu erreichen, auch in der Lärmsituation und vor allem auch im Hinblick auf die Umweltgefährdung. Die Lebensqualität konnte in vielen Bereichen gesteigert werden, und vor allem wurde die Sicherheit dabei auch erhöht. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an neue Ortsumfahrungen und vor allem aber auch an den Bau der Autobahnen und an den Tunnelbau.

Grundsätzlich ein Wort nur zum Thema „Nachfahrverbot“ – ich möchte mich damit aber jetzt nicht auseinandersetzen; das ist reichlich der Fall gewesen –: Das ist zweifellos eine sehr wirksame Sofortmaßnahme – keine Frage –, aber sicherlich keine langfristige Lösung.

Die Steiermärkische Landesregierung hat in ihrer Resolution an die Bundesregierung ein umweltfreundliches und österreichweites Gesamtkonzept gefordert. Zum Inhalt hatte diese steirische Forderung die Verwirklichung des Konzeptes „Neue Bahn“. Es ist erfreulich, daß der Ausbau im Palten-Liesingtal, sprich der Schoberpaßstrecke, voranschreitet, aber der Neubau mit dem Semmeringbasistunnel ist einigermaßen in Verzug geraten, denn es ist erst 1991 damit zu rechnen, daß es eine Trassenverordnung dafür geben wird (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Wofür bauen wir einen Semmeringtunnel?“), und dabei erscheint es mir schon wichtig, darauf hinzuweisen, daß die Bahn nur dann attraktiv sein wird, auch für die Zukunft, wenn sie entsprechend kurze Fahrzeiten anbieten kann, weil es derzeit – und das sei keine Kritik, sondern eine Feststellung – undenkbar ist, daß man für Graz–Wien, etwa 220 Kilometer, zwei Stunden 35 Minuten benö-

tigt. Vor allem muß es auch unser gemeinsames Anliegen sein, daß ein Güterterminal im Großraum von Graz gebaut wird.

Bei all diesen Forderungen und Feststellungen sieht es sehr oft so aus, als wollte man sagen: „Ja, die Bundesbahn hat das eine oder das andere vergessen“, oder man sucht hier einen Sündenbock dafür, daß es zu diesen Rückständen gekommen ist. Das ist wirklich nicht der Fall. Kritik ist berechtigt, andererseits dürfen wir dabei nicht übersehen, daß die Österreichischen Bundesbahnen auch für die österreichische Wirtschaft große Auftraggeber sind. Man hat errechnet, daß damit etwa auf Umwegen rund 20.000 Leute in Österreich beschäftigt werden. Dennoch, bitte, ist es ein Hauptanliegen, die Verlagerung des Gütertransportes auf die Schiene zu erreichen. Wir brauchen beides, meine Damen und Herren, die Straßen einerseits, die Schiene andererseits, aber hier ist die Bundesbahn bei aller Wertschätzung in Verzug geraten und hat jahrzehntelang – das kann man auch überprüfen – agiert wie ein Staat im Staat, ohne Rücksichtnahme auf die einzelnen Bundesländerwünsche. Und es zeichnet sich auch heute deutlich ab – (Abg. Zellnig: „Boykottiert wird es von der Wirtschaft!“ – Abg. Erhart: „Wissen Sie, wer jahrzehntelang der Verhinderer war?“) Lieber Kollege Erhart, ich höre das sehr gerne, bin aber felsenfest davon überzeugt, daß es schwierig ist, mit der Bundesbahn zu reden, und jahrzehntelang war es bitte so, lieber Freund Erhart, daß die Verantwortlichen der Bundesbahn zu deiner Partei eigentlich die beste Gesprächsbasis gehabt haben und den Weg scheinbar innerhalb ein und derselben Partei nicht gefunden haben.

In diesem Zusammenhang sei auch eines erwähnt (Abg. Erhart: „Ihr habt gegen das Hochleistungskonzept gestimmt!): Wir können allen Neuerungen, allen Modernisierungen nur positiv gegenüberstehen, auch wenn es darum geht, den Hauptbahnhof Graz (Abg. Erhart: „Ihr wart immer dagegen!“) etwa um einen Betrag von 70 Millionen Schilling auszubauen. Es ist vorstellbar, daß das notwendig ist, es ist vorstellbar, daß man für die rund 26.000 täglich Bahnreisenden auf diesem Hauptbahnhof eben Modernisierungen vornehmen muß, aber nur glaube ich (Abg. Erhart: „Sie sind ein Wirtschaftsfachmann!“), unser wichtigstes Anliegen neben all dem muß auch sein, endlich die exakte Planung dieser Koralmbahn, die heute schon mehrmals erwähnt wurde, in Angriff zu nehmen.

Dabei eines noch ganz deutlich: Es ist nicht Voraussetzung für den Koralmtunnelbau, daß man von Wien über das Burgenland, also sprich die Südostspange, zuerst baut, sondern wichtig ist überhaupt, daß der Großraum Graz mit dem Kärntner Raum einerseits, aber auch in weiterer Folge eine Direktverbindung mit dem oberitalienischen Raum als zweitgrößtem Wirtschaftsraum in Europa Anschluß bekommt.

Erfreulich auch in diesem Zusammenhang, während vor fünf Jahren man in Graz dafür keine Anzeichen gesehen hat, die Stadt Graz überhaupt nicht reagiert hat auf dieses Projekt Koralmbahn, ist es doch so weit, daß sie es jetzt befürwortet, daß man das Gefühl hat, daß sie auch dazu steht. Es liegt aber leider bis dato nur eine Studie vor, von Planung ist keine Rede. Und, meine Damen und Herren, wenn wir uns extra hier Zeit lassen sollten, wenn hier nicht entsprechend Gas gege-

ben wird, dann werden uns andere in diesem Zusammenhang zuvorkommen, ohne daß es eine Neue Bahn im österreichischen Raum geben wird, nämlich die Ungarn, die sich derzeit damit beschäftigen, eine neue Trasse entlang des Plattensees Richtung Slowenien zu führen. Ich konnte auch derartige Bemühungen im Rahmen einer Tagung erfahren, die von der ARGE Alpen-Adria veranstaltet wurde. Unterlagen darüber gibt es. Es gibt aber für den Eisenbahnbau in Europa großartige Beispiele, nämlich in der Bundesrepublik Deutschland und nicht zuletzt in Frankreich. Wir müssen darauf drücken, daß es zu einer Modernisierung, zu einer Verschnellerung der Bahnverbindungen kommt. Denken wir nur an die Strecken Paris–Marseille, an die Strecke Paris–Le Main, wo man mit einer Stundengeschwindigkeit von 300 Kilometer bereits fährt. Wir fordern als Steirer selbstverständlich neben dem Schoberpaß und dem Semmeringbasistunnel – wie gesagt, 3 Milliarden soll das angeblich kosten – den Ausbau der Strecke Salzburg–Graz in diesem Sinne und Wien–Graz und auch natürlich klarerweise diesen Koralmahnbau. Ob es mit diesem neuen Pendolino für die Zukunft getan sein wird, da habe ich echte Zweifel daran. Experten sagen, daß man damit bestenfalls eine Fahrzeitverkürzung von einem Fünftel erreichen kann, also rund 20 Prozent. Gemeinsames Anliegen muß aber die Erweiterung der rollenden Landstraße sein, denn wenn man hier über die Grenzen blickt, sieht es etwa so aus, daß die Schweiz im Jahr 14,5 Millionen Tonnen auf der Schiene transportiert und auf der Straße 3,5 Millionen Tonnen, und in Österreich sieht das fast verkehrt aus, verkehrte Relation. Es sind rund 4,4 Millionen Jahrestonnen auf der Schiene und 16 Millionen Jahrestonnen auf der Straße.

Lassen Sie mich aber in diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, auch den Nahverkehr hier erwähnen, der deutliche Konturen zeigt. Vor allem erstmalig ganz deutliche Konturen dadurch zeigt, daß dank der Initiative unseres Landesrates Dipl.-Ing. Schaller es zur Erstellung dieses sogenannten Smogalarmplanes kam. Denn im großen und ganzen spielt das auch neben der Bedeutung des Smogs eine ganz wichtige Rolle für diesen Großraum Graz als Verkehrsraum, wo nunmehr regionale Umsteigmöglichkeiten angeboten werden. Denn ich nenne hier eine exakte Zahl, es sind täglich etwa 36.000 Menschen, die per Pkw unsere Landeshauptstadt erreichen, die hier einpendeln, und damit kann das aber auch durch das Aufzeigen des Bustaktverkehrs ein Gedankenanstoß sein für die Zukunft. Es ist sicher nicht für jeden angenehm, im Nu zwar über die Autobahnen und andere gute steirische Straßen den Großraum Graz zu erreichen und dann die restliche dreiviertel Stunde wartend sich in die Stadt hineinzuzwingen. Verkehrsverbund lautet die Forderung, Beispiele, sagt man, gibt es. Man darf nur eines in dem Zusammenhang nicht übersehen, Vorarlberg ist hier vorbildlich, aber Vorarlberg ist im Vergleich zur Steiermark auch ein kleines Bundesland, liegt verkehrsgeographisch natürlich um vieles günstiger, und überhaupt war es dort möglich, eben auf Grund dieses Umstandes rascher zum Ziele zu kommen. Aber man kann auch den Wienern – man muß das unserer Bundeshauptstadt lassen – hier in diesem Zusammenhang wirklich einiges abgewinnen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir brauchen die Straße genauso wie die rollende Landstraße und damit die Schiene. Wir brauchen aber auch natürlich einen entsprechenden Luftverkehrsanschluß. Ich möchte nur eine Zahl im Zusammenhang mit der rollenden Landstraße nennen: 1988 wurden auf der Strecke Regensburg–Graz auf dieser Landstraße 32.000 Lkws befördert. Das sind eben 3,8 Prozent des Lkw-Verkehrs, gezählt am Querschnitt, am Schoberpaß. Und damit ist eigentlich aufgezeigt, wie gering noch von der rollenden Landstraße Gebrauch gemacht werden kann und wie dringend notwendig wir die Erweiterung dieses Angebotes „Rollende Landstraße“ brauchen. Vor allem zum Verkehrsverbund darf ich hinzufügen, das muß eine Einladung an alle Leute sein, die bisher es vorgezogen haben, mit dem Pkw in das Stadtzentrum zu fahren und hier nach Parkplätzen zu suchen und hier natürlich auch in der Konzentration auf die Umwelt negativ einzuwirken. Es besteht ein Zeitkartentarifverbund im Großraum Graz, aber das kann nur ein Anfang sein. Das kann auch nur ein Anfang selbst dann sein, wenn die Österreichischen Bundesbahnen in einer monatlichen Ausgabe mit Stolz darauf verweisen, daß das Thema „Verkehrsverbund Graz“ scheinbar schon gelöst werde. In diesem Sinne darf ich, meine sehr geehrten Damen und Herren, der Hoffnung Ausdruck geben, daß es Dank der gemeinsamen Arbeit, die wir auf diesem Gebiet leisten, es uns sicher gelingen wird, im Rahmen eines steirischen Gesamtverkehrsprogrammes im Interesse aller Betroffenen Erfolg zu zeitigen. Danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP. – 10.41 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Landesrat Klasnic. Ich erteile es ihr.

Landesrat Klasnic (10.41 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Präsident!

Wenn man dieser Diskussion aufmerksam gefolgt ist, dann hat man gespürt, daß in weiten Bereichen Übereinstimmung herrscht. In weiten Bereichen herrscht Gemeinsamkeit mit einem Ziel: Die steirische Verkehrspolitik hat Anliegen, wir sind aufgerufen, diese umzusetzen. Ich werde die einzelnen Fragen der Kollegen im Bereiche dieser Debatte gerne beantworten. Aber ich glaube, Herr Kollege Kohlhammer, Sie werden sich bei einigem angesprochen fühlen, was ich hier aussage. Wenn es ein Gesamtverkehrskonzept gibt, und die Unterlagen werden seit 1989 auf breiter Ebene diskutiert, ich habe die Unterlage vom Landesverkehrskordinator, der auch die Leitung für dieses Gesamtverkehrsprogramm hat, übernommen, da steht genau drinnen, daß an diesem Konzept alle arbeiten, die interessierten Institutionen, die zuständigen Stellen des Bundes, die Fraktionen im steirischen Landtag. Das heißt, es sind alle eingebunden, und ich glaube, daß dies der richtige Weg ist. Der richtige Weg für Straße, Schiene und Luft. (Abg. Kohlhammer: „Die Ideenachwirkung, Frau Landesrat – mehr nicht!“) Und weil wir von einem Gesamtverkehrskonzept Steiermark sprechen, dann sollten wir auch ein bißchen über die Grenzen unserer Bundesländer schauen, weil nur in der Steiermark wird es zu wenig sein. Wir brauchen ein Gesamtverkehrskonzept für Österreich und darüber hinaus, weil wir sind zu klein. Wir haben das in anderen Bereichen in diesen Tagen erlebt. Und wie

schaute es in Österreich aus? Vorarlberg hat verkehrspolitische Leitbilder, Tirol hat ein Verkehrskonzept seit 1985 fertig, in Wien gibt es mehrere Arbeiten, in Oberösterreich ist ein Entwurf fertig. Und jetzt komme ich zu den restlichen Bundesländern. Salzburg und Niederösterreich haben keines, Kärnten und Burgenland haben auch keines. Ich möchte das nur hier sagen, weil es so aussieht, als würde die Steiermark irgendwo sein. Die Steiermark ist gut im Rennen, und ich möchte schon für unser Land sagen, daß sich die Verantwortlichen sehr, sehr bemühen. Herr Kollege Kohlhammer, wenn Sie sagen, der Herr Verkehrskordinator hat drei Jahre dazu benötigt, ich sage dazu, seit ich von Straßen und Verkehrspolitik in diesem Lande etwas höre, war es immer mit dem Namen Theussl verbunden. Er ist jetzt mit diesem besonderen Programm beauftragt (Abg. Kohlhammer: „Ich habe nur von der Straße gesprochen!“), ich sage bewußt, er ist jetzt mit diesem besonderen Programm beauftragt, um seine Erfahrungen von der Straße auch für die Schiene einzubringen. (Abg. Kohlhammer: „Es geht zu langsam!“) Das gilt für ihn, und das gilt für dieses Team. Natürlich brauchen wir auch die Unterstützung der – und das ist angesprochen worden – Institutionen, sprich ganz besonders der Österreichischen Bundesbahn.

Und weil Sie mir gesagt haben, ich hätte als Abgeordnete dem Huckepackverkehr das Wort abgesprochen: Ich stehe heute noch dazu, daß der Huckepackverkehr in der jetzigen Form nicht die intelligenteste Lösung ist. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Kohlhammer: „Das wissen wir alle!“) Und der Kollege Erhart sagt das auch. Weil es nicht der Sinn ist, Fahrzeug plus Container spazieren zu führen. Wir würden viele Transportwege abkürzen. Ich befinde mich auch in bester Gesellschaft (Abg. Kohlhammer: „Damit schon!“): Der Mitarbeiter und ehemalige Sekretär des Verkehrsministers Lausecker, Dr. Hammerschmied, hat dasselbe auch vor zwei Monaten bei der Industrie gesagt, daß wir den kombinierten Verkehr ändern müssen.

Es wurde die Nahverkehrsmilliarde angesprochen. Ich möchte hier an dieser Stelle feststellen, daß der Großteil dieser Mittel auf Investitionsvorhaben im Rahmen des Projektes „Neue Bahn“ eingesetzt und umgeschichtet wird. Ich glaube daß wir hier auch zu diesen Projekten einiges sagen sollten, vor allem für jene, die hier angesprochen wurden: Die Schoberpaßbahn: Der Herr Kollege Dr. Korber hat das vor zwei Tagen gesagt, sagt das heute wieder. Ich habe hier eine lange Liste, und ich würde Sie ersuchen, daß Sie mit dem Hofrat Theussl darüber reden. Ich möchte sie jetzt nicht vortragen, aber es ist gerade in diesem Bereich schon sehr, sehr viel geschehen und auch viel an Arbeit. Es gibt auch vom Landtag her, von unseren Fraktionen – ich sage bewußt „Fraktionen“, weil es ein gemeinsamer Antrag ist –, auch den Hinweis, gerade im Sinne der Debatte der letzten Tage, für Auffahrmöglichkeiten, „rollende Landstraße“, in der Obersteiermark zu sorgen. Das ist ein Wunsch der Wirtschaft, ist aber nicht erst vor drei Tagen entstanden; diese Verhandlungen gibt es schon seit langer Zeit.

Es ist der Semmeringbasistunnel angesprochen worden: Ich bin froh gewesen, daß der Herr Kollege Dr. Dorfer so konkret die Meinung der Fraktion der Volkspartei ausgesprochen hat, weil es manchmal den

Anschein hat, daß Sie uns unterstellen wollen, wir würden dieses Projekt nicht unterstützen. Wir stehen zu allem, was diesem Lande dient, was dieses Land öffnet. Und der Herr Landeshauptmann hat es hier an dieser Stelle gesagt: Hätte er damals nicht für die Pyhrn- und für die Südautobahn gekämpft, dann hätten wir nicht beides erreicht. Dasselbe müssen wir auch im Eisenbahnbereich tun. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich sage als Fremdenverkehrsreferent noch dazu: Auch im Hinblick auf eine kommende Weltausstellung haben beide Bahnprojekte bei uns einen besonderen Stellenwert, und wir haben natürlich auch zu sorgen, daß die Semmeringbahn in der bisherigen Form vor allem als touristische Einsatzmöglichkeit, so wie es in Vordernberg–Eisenerz geschieht, erhalten bleibt. Das ist ein Auftrag, und wir werden versuchen, dem nachzukommen.

Und Sie haben mich gefragt, Herr Kollege Kohlhammer, ob ich oder wer zuständig ist, um überhaupt über den Koralmtunnel oder über diese Oststrecke zu reden. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Zuständig oder sich mitverantwortlich fühlen, wir haben dazu etwas zu sagen (Abg. Kohlhammer: „Wer ist zuständig?“), und wir haben dazu etwas getan. Ich gebe Ihnen gleich die Antwort: Die Österreichische Bundesbahn will im Einvernehmen mit dem Land Steiermark, und der Vertreter des Landes Steiermark ist der Herr Landeshauptmann, eine Machbarkeitsstudie mit dem Herrn Professor Rießberger in Auftrag geben. Aus diesem Grunde wird der Herr Hofrat Theussl im Auftrag des Landes Steiermark, sprich im Auftrag des Landeshauptmannes, am 18. Dezember bei dieser Besprechung teilnehmen, und wir werden versuchen, daß diese Machbarkeitsstudie – und das heißt ja was: Wien–Graz–Klagenfurt, das heißt ja besonders für unser Bundesland sehr viel; Sie selbst sind ein Verfechter dieser Linie –, wenn sie da ist, nicht nur für die Schublade ist, sondern nach Möglichkeit umgesetzt wird. (Abg. Kohlhammer: „Darf ich noch einmal die Bitte wiederholen, daß er Einfluß nehmen möge, daß man die Machbarkeitsstudie in zwei Bereiche teilt. Eine Gesamtstreckenstudie, die an Graz vorbeiführt, kann langfristig gesehen werden. Es wäre zu teilen in einen Streckenteil bis und in einen von Graz!“) Herr Kollege, praktischer Vorschlag: Ich werde das gerne weitergeben, aber ich würde empfehlen, der Herr Hofrat sitzt da rückwärts, er ist der Verhandler dabei, sagen Sie es ihm selbst auch noch einmal, er wird gerne mit Ihnen über diesen Vorschlag diskutieren.

Eines ist heute nicht angesprochen worden – die Ostbahn. Da gibt es einen gemeinsamen Antrag beider Fraktionen zur Elektrifizierung. Ich habe es schon einmal gesagt: Generaldirektor Übleis war am 12. Oktober in Fehring, hat dort sehr ehrlich gesagt, daß die Elektrifizierung 1,3 Milliarden Schilling kostet. Das wird nicht möglich sein, zumindest nicht in absehbarer Zeit. Ich glaube, man soll auch den Dingen ins Auge schauen. Er hat uns aber dort versprochen, daß ein Sicherungsprogramm für die Gemeindestraßen, verbunden mit den einzelnen Kreuzungen, gemacht wird. Dieses Sicherungsprogramm wird 350 Millionen Schilling kosten. Kreuzungssicherungsprogramm für die Oststeiermark, gerade in der Entwicklung der letzten Monate ein ganz besonders wichtiges Unternehmen in unserem Land, und ich glaube daran,

daß wir es umsetzen können. Von Zeit wurde zwar gesprochen – Dreijahresprogramm –; ich hoffe, daß wir das einhalten können. Wir werden diesen Diskussionspunkt sicher noch öfter haben.

Und jetzt gestatten Sie mir, daß ich einmal ganz etwas anderes sage: Wenn wir in der Zeitung lesen oder wenn in den Medien geschrieben wird: „70 Millionen Schilling soll ein Umbau des Grazer Hauptbahnhofes kosten“, dann schreckt man ein bißchen zusammen oder man hat das Gefühl, die Darstellung ist so: „Ja, 70 Millionen Schilling für den Grazer Hauptbahnhof!“ Wo bleibt eigentlich unser Selbstbewußtsein, und mit welcher Selbstverständlichkeit werden Hunderte Millionen, ja Milliarden an anderen Bahnhöfen, wie zum Beispiel in der Bundeshauptstadt, eingesetzt? Ja selbstverständlich werden wir diese 70 Millionen Schilling und noch viel mehr fordern. Wir haben das Recht darauf! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Und nur, daß ich für das Land eine Aussage treffe – Sie merken, ich habe ein großes Paket an Unterlagen; ich habe immer einen Satz herausgenommen, der mir wichtig erschien, aber vieles wäre für Sie auch sehr interessant –: Das Land Steiermark hat dem auch schon Rechnung getragen – Graz-Hauptbahnhof – und hat eine Vorleistung erbracht, indem die Stölzle-Gründe mit dem 20prozentigen Nahverkehrsbeitrag von 7,5 Millionen Schilling, auch mit Beteiligung des Landes, gekauft wurden. Das heißt, das Land Steiermark bekennt sich auch zum Projekt „Hauptbahnhof“.

Der Kollege Dr. Dorfer hat ein Thema angesprochen, auch ein Thema der Woche oder ein Thema der Tage: Containerterminal im Süden von Graz. Viele, die hier in diesem Hause jetzt sitzen, kennen die Geschichte und möchten wissen, wie es weitergeht. Ich sage Ihnen: Wir müssen schauen, daß es weitergeht, wir müssen zu einem Ende kommen, wir brauchen diesen Terminal, und die Standortfragen sollen auf schnellstem Wege geklärt werden. Das ist auch eine Forderung von meiner Seite, weil wir das Verladegebiet, so wie es jetzt am Ostbahnhof stattfindet, auf Dauer auch den Bewohnern im Süden von Graz nicht zumuten können. Das wollen wir nicht! Und gerade die letzten Tage haben uns gezeigt, daß eine Ordnung einkehren muß. Containerterminal, ein Wunsch unserer Fraktion, zu dem ich mich voll und ganz bekenne, aber ich habe auch gemerkt, daß Sie diesen mittragen und mitunterstützen. (Abg. Kohlhammer: „Es gibt einen Antrag von uns!“)

Einen Satz hätte ich noch gerne gesagt, nur daß Sie wissen, wo die Anliegen und die Probleme sind, und zwar zum Taktfahrplan der Österreichischen Bundesbahn IT 91: Die vorgelegte Variante der Bundesbahn ist eigentlich eher eine Verschlechterung im Fahrplanangebot. Ich könnte Ihnen das jetzt auch auf vielen Seiten erläutern. Wir bemühen uns mit der Bundesbahn gemeinsam, mit dem Generaldirektor Kontakte aufzunehmen, um diese Benachteiligungen, die kommen würden, abzuwenden und zu verändern.

Das Wort „Grazer Verkehrsverbund“ wurde auch einige Male angesprochen. Aber ich möchte hier schon etwas ansprechen – ich sehe ihn jetzt nicht, aber er ist sehr oft hier, der Herr Dr. Schachner –: In keinem anderen österreichischen Verkehrsverbund ist die Verbundzeitkarte an ein monatliches Höchst Einkommen gebunden. Ich sage sehr ehrlich etwas: Wenn wir

wollen, daß die Menschen sich in das öffentliche Verkehrsmittel hineinsetzen, dann soll zum Bezug einer solchen Verbundkarte nicht das Einkommen herangezogen werden, sondern da soll man es benutzen: Jener, der mehr verdient, und jener, der weniger verdient. Ich hätte viele andere Vorschläge, wo man jenen, die ohnehin schon gut verdienen, sagen könnte: „In diesem Fall bist du nicht bezugsberechtigt.“ Aber wenn wir den Verkehrsverbund haben wollen und daß er angenommen wird, dann muß man darüber reden und sagen, das kann man nicht nach Einkommen beschränken. (Beifall bei der ÖVP.) Es gibt eine weitere Verzögerung in den Verhandlungen betreffs Verkehrsverbund. Der Herr Bürgermeister Stingl hat in einem Schreiben vom 2. September 1989 festgestellt, daß eine 30prozentige Beteiligung seinen Wünschen und den Vorstellungen der Landeshauptstadt Graz nicht entspricht. Momentan wird über eine neue Aufteilung, sprich in der Höhe 50 Prozent auf der einen und auf der anderen Seite, verhandelt. Das heißt, wir sind am Verhandlungstisch, es wird weiter darüber gesprochen.

Ich komme auch schon zum Schluß und möchte, nachdem wir es in diesem Budget haben und es sicher noch einmal angesprochen wird am heutigen Tage, feststellen, daß der Herr Landeshauptmann, mit dem wir gemeinsam diese Budgetdebatte und auch die Unterlagen vorbesprochen haben, dafür gesorgt hat, daß die Pendlerbeihilfe des Landes um 10 Millionen Schilling aufgestockt wird. Es ist dies eine Aufgabe, die an sich – und wir wissen das aus vielen Diskussionen, und ich erinnere mich an unseren Landwirtschaftskammerpräsidenten heute, Erich Pörtl, der immer für die Pendler gesprochen hat, es ist dies eine Aufgabe, die ganz besonders auch eine Aufgabe des Bundes wäre, das Land erbringt hier enorme Vorleistungen. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich möchte es auch nicht versäumen, nachdem ich zu diesem Thema hier spreche und rede, über die Verkehrssicherheit einen Satz zu sagen. Sie wird in diesem Land tatkräftigst, ich sage bewußt tatkräftigst, vom Kuratorium für Verkehrssicherheit, von den einzelnen Autofahrerklubs, von den Medien, von der Abteilung im Lande und von vielen unterstützt. Ich möchte mich hierfür – es ist viel Arbeit – sehr, sehr bedanken. Es gibt auch Konzepte, und ich glaube, daß es uns gemeinsam gelingen soll, in den nächsten Jahren einiges abzuwenden, weil, wenn man die Statistiken der Unfälle liest, dann hat man manchmal das Gefühl, könnte ich nicht da und dort etwas besser machen. Ich möchte allen damit befaßten Mitarbeitern für das Bisherige danken. Ich ersuche aber auch, Konzepte und Ideen, daß wir gemeinsam darüber reden, vielleicht können wir das eine oder andere zum Wohle jener, die die Straße benutzen, umsetzen. Ich möchte mich an dieser Stelle aber auch stellvertretend für alle beim Landesverkehrsorganisator Hofrat Theussl und seinem Team bedanken. Wir haben schon darüber gesprochen, Herr Hofrat, es ist nicht nur die Straße, es ist auch die Schiene, die Ihnen sozusagen als Aufgabe übertragen wurde. Wir hoffen, daß wir in absehbarer Zeit und auch in den kommenden Monaten und Jahren sehr, sehr viel noch über dieses Thema reden und von dieser Stelle auch einige Erfolge weitergegeben werden können. Ich bin in diesen Tagen im Bereich der

Verkehrswirtschaft und der Straße von vielem beeindruckt. Ich war am Barbaratag beim ersten Tunnelanschlag beim Scheiflinger Ofen, habe dort erlebt – und da muß ich beim Kollegen Heibl anschließen –, welche Leistungen – ich rede nicht nur von denen, die die Verantwortung für Planung und Koordination haben –, sondern welche Leistungen Bauarbeiter, Mineure, wer immer in diesen Tunnel hineingeht, erbringen. Habe mit denen sehr, sehr lange gesprochen und möchte Ihnen auch zu dieser Rede gratulieren, weil sie abgewogen, ausgewogen war und weil man einfach sagen muß, wenn wir so miteinander reden, werden wir viel miteinander erreichen. Daß wir Anliegen haben, wie zum Beispiel ein Smogproblem, das bietet mir die Überleitung, weil ich weiß, daß mein Nachredner der Kollege Dipl.-Ing. Schaller ist und ich zu diesem Thema ihm das ganze Wort übriggelassen habe. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und VGÖ/AL. – 10.59 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller. Ich erteile es ihm.

Landesrat Dipl.-Ing. Schaller (10.59 Uhr): Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

In Vertretung des Herrn Landeshauptmannes möchte ich auf die einzelnen und an ihn gerichteten Fragen kurz eingehen und sie zu beantworten versuchen. Ich beginne bei Herrn Abgeordneten Weilharter, der mich angesprochen hat im Hinblick auf den Ausbau der B 96 und B 83. Wir kennen das Thema, ich war lange genug im Naturschutzbeirat auch mit diesem Problem konfrontiert. Der Herr Abgeordnete Ofner weiß das auch. Ich glaube, daß insoweit der Durchbruch gelungen ist, als der Stollen angeschlagen werden konnte, der Tunnel also nun im Bau ist. Was nun das von Ihnen angeschnittene Thema betrifft, darf ich Ihnen mitteilen, daß der Herr Landeshauptmann die Landesbaudirektion beauftragt hat, ein Ausbaukonzept zu erstellen, das als zweite Ausbaustufe den durchgehenden vierspurigen Straßenquerschnitt für den Abschnitt Thalheim–Scheifling mit einer für die Verkehrssicherheit entscheidend wichtigen Fahrbahntrennung vorsieht. In einer ersten Ausbaustufe sollen dem Konzept zufolge jene Bereiche rasch zweispurig ausgebaut werden, die zu großen Verkehrsbehinderungen führen. Für die Abschnitte der B 96 zwischen Judenburg und Scheifling wird zur Zeit an einem neuen Konzept gearbeitet. Hierbei ist davon auszugehen, daß in einer ersten und mittelfristigen Ausbaustufe eine Verkehrsflußverbesserung und eine einheitliche Gestaltung im gesamten Abschnitt zwischen Judenburg und Scheifling anzustellen sein wird. Es sollen jene Bereiche vorrangig ausgebaut werden, die jetzt bei Verkehrsspitzen und auf Grund von sehr hohen Güterverkehrsbelastungen zu Verkehrsbehinderungen führen. Die zweite Ausbaustufe soll zum Zeitpunkt der Vollmotorisierung, also um die Jahrtausendwende, den durchgehenden vierspurigen Straßenquerschnitt mit baulicher Mittel trennung zum Ziel haben. In diesem Sinne wurden über Auftrag des Herrn Landeshauptmannes im Bundesstraßenbauprogramm 1990, also im steirischen Antrag zu diesem Bauprogramm die Abschnitte Rotenthurm–St. Peter, St. Peter–Pichl, Pichl–Schütt–Wöll, Edling, St. Geor-

gen, Klarapichl–Unzmarkt und Unzmarkt–Scheiflinger Ofen aufgenommen. Eine Realisierung der vorrangigsten Abschnitte St. Peter–Pichl und Pichl–Schütt wird für 1990 angestellt. Ich werde natürlich die mir überreichten Unterschriften dem Herrn Landeshauptmann weiterleiten.

Zum Problem des Herrn Abgeordneten Reicher: Du hast reklamiert, daß die 6,3 Millionen Schilling zu wenig seien. Dazu muß ich folgendes kurz berichten. Du wirst einfach deswegen nicht alles wissen, weil du nicht unmittelbar damit konfrontiert bist. Ich habe im Zusammenhang mit der Smogsituation im kommenden Winter und in Absprache mit der Landeshauptstadt – das war einer der wichtigen Punkte meines Vorschlages – zugesagt, für den kommenden Winter Vorsorge insoweit zu treffen, daß wir den Berufsempendlerverkehr nach Graz möglichst draußen abzufangen in der Lage sind. Auf Grund dieser Zusage habe ich die Landesbaudirektion ersucht, die entsprechenden Vorarbeiten einzuleiten, und es sind in einer erstaunlich kurzen Zeit – das waren Arbeiten, die über wenige Monate sich nur erstreckt haben – alle Grundlagen für ein Smogbedarfsverkehrssystem geschaffen worden. Und zwar in zwei Etappen. Die erste Etappe war eine sehr umfassende Erhebung jenes Parkraum potentials, das nicht nur in Graz, sondern auch im Einzugsbereich der Landeshauptstadt verfügbar ist. Das war eine Arbeit, die von Herrn Dipl.-Ing. Zintauer im Auftrag der Fachabteilung II a erarbeitet worden ist. Eine ganz ausgezeichnete Arbeit, die – ich glaube – 120 Gemeinden nicht nur im Hinblick auf das Parkraumpotential erfaßt hat, sondern auch detailliert aufgenommen hat – und zwar entlang der großen Verkehrslinie, vor allem der Bahn, welche Kapazitäten jetzt noch vorhanden sind, welche kurzfristig aktiviert werden können und welche durch einige Maßnahmen auch neu geschaffen werden können. Auf Grund dieser Arbeit können wir jetzt im Rahmen unserer Smogvorsorge praktisch 13.500 Parkplätze den Berufspendlern im Großraum Graz sehr konkret anbieten. Das ist auch die Grundlage dieser Ihnen sicher bekannten Pendlerinformation, die korridorweise für alle vier Korridore des Raumes Graz, also Ost, Süd, West und Nord, jeweils sehr konkret die Verkehrsmöglichkeiten anbietet. Die 13.420 Parkplätze sind jetzt schon verfügbar, und darüber hinaus wurde festgestellt, daß es möglich ist, mit einem relativ geringen Aufwand 2200 weitere Parkplätze zu aktivieren. Für diese 2200 Parkplätze, die zum Teil auch gemeinsam mit der Bundesbahn geschaffen werden, die in dieser Frage übrigens sehr kooperativ war und großes Interesse gezeigt hat, sind diese 6,3 Millionen Schilling notwendig, und damit kommen wir aus.

Was ich damit sagen möchte, ist, daß wir mit dieser Arbeit auch eine entscheidende Vorarbeit für den sogenannten Verkehrsverbund geleistet haben, weil wir sehr genau wissen, welche Potentiale verfügbar sind oder nicht. Im zweiten Teil – der ist jetzt mindestens ebenso wichtig – wurde dann auf Grund dieser Grundlage und einer weiteren Erhebung, die von der Baudirektion selbst durchgeführt worden ist, das gesamte jetzt bestehende Liniensystem mit den Fahrplänen und den Unternehmen detailliert untersucht, geprüft, wie weit es möglich ist, zusätzliche Belastungen im Smogfall zu verkraften, und darüber hinaus

dann jenes Smogbedarfsverkehrssystem vorbereitet, das neben den bereits bestehenden öffentlichen Verkehrsmitteln auch noch eine Reihe von Taktverkehrsverbindungen für den Fall anbietet, daß es zu einer Smogsituation kommt. Da wollte ich dir berichten, daß hier, und zwar in jedem Fall, bereits die Verträge mit den Verkehrsunternehmungen detailliert abgeschlossen worden sind. Das heißt, es sind über den Sommer intensivste Verhandlungen vom Herrn Oberbaurat Dipl.-Ing. Lueckler mit zwölf öffentlichen und sieben privaten Verkehrsträgern geführt worden, die alle mehr oder minder auf Knopfdruck in der Lage sind, dieses Verkehrssystem zu bedienen. Dieses Verkehrssystem ist vertraglich fixiert. Das heißt, wir haben eine Ausfallhaftung für den Fall übernommen beziehungsweise einen Beitrag bereitgestellt, wenn diese Verbindungen nicht entsprechend angenommen werden sollten.

Damit ist klargestellt, daß dieses System perfekt vorbereitet ist und dann auch – und das ist vielleicht auch neu – bis sieben Uhr abends von uns ausgelöst werden kann, wobei es der Unternehmer Heribert Matzer übernimmt, die Koordination mit den übrigen privaten Verkehrsträgern herzustellen.

Aber eines hat sich in diesem Zusammenhang auch gezeigt: Es gibt eine Fülle von Problemen, die im voraus gelöst werden müssen, um zu einem Verkehrsverbund zu kommen. Der Tarifverbund ist vielleicht einmal ein erster Schritt. Aber es gibt zum Beispiel vertragliche Verkehrsrechte, die wir ja nicht über den Haufen werfen können. Wir müssen ja davon ausgehen, daß die Unternehmungen auf Grund von Bescheiden Linien führen und führen dürfen, die wir ja nicht einfach außer Kraft setzen können. (Abg. Reicher: „Koordination ist notwendig!“) Kollege Reicher, natürlich braucht es sehr viel Koordination. Ich darf noch ein zweites Thema anführen, das nicht sehr einfach ist: Es gibt in Graz das sogenannte Bedienungsverbot. In Graz dürfen die privaten Unternehmungen, die von außen nach Graz fahren, niemand mehr zusteigen lassen. Das ist natürlich in einem Verkehrsverbund nicht tragbar, müßte beseitigt werden. Die Grazer Stadtwerke waren Gott sei Dank dann schlussendlich doch bereit, für den Smogfall wenigstens das Bedienungsverbot aufzuheben. Ich wollte damit eigentlich nur zum Ausdruck bringen, daß ein Smogfall – ich wünsche mir zwar keinen Smog, aber falls es einen gäbe –, vielleicht eine gute Generalprobe für einen Verkehrsverbund für den Großraum Graz wäre. Ich möchte mich bei dieser Gelegenheit vor allem auch bei den beiden Herren Oberbaurat Dipl.-Ing. Jauk und Oberbaurat Dipl.-Ing. Lueckler sehr bedanken, die eine exquisite Arbeit in einer sehr kurzen Zeit geleistet haben.

Nun, zu den Fragen, die der Herr Abgeordnete Buchberger angeschnitten hat: Lieber Bertl, wir sind da beide leidtragend, weil wir immer wieder angesprochen werden. Hier darf ich dir kurz berichten: Was den Ausbau der B 64 Gleisdorf–Weiz betrifft, sind vom Land beim Bund drei Projekte beantragt worden: die Umfahrung Albersdorf, die Umfahrung Unterfladnitz und die Durchfahrt Weiz. Die Ortsdurchfahrt Weiz mit 25 Millionen Schilling und die Umfahrung Unterfladnitz mit 24 Millionen Schilling haben gute Aussicht, im kommenden Jahr realisiert zu werden. Ob die Umfah-

rung Wollsdorf–Albersdorf mit 80 Millionen Schilling jetzt schon drankommt, ist eher ungewiß. Der erste Schritt wird also im kommenden Jahr gesetzt werden können.

Was den Streckenabschnitt B 72, Weiz–Birkfeld, betrifft, wird derzeit mit Kosten von 36 Millionen Schilling die Kreuzung der B 72 mit der L 360, also die Kuppe Andreitz, bereits gebaut, und zwar im unmittelbaren Anschluß an die Umfahrung von Weiz. Hier ist der Baubeginn – die Vergabe für die Kuppe befindet sich bereits im Wirtschaftsministerium – fürs Frühjahr vorgesehen.

Das Bauvorhaben Birkfeld–Griemlhofbrücke ist bereits abgeschlossen.

Und jetzt kommt das Thema Ampelregelung in Roslegg, die wirklich ärgerlich ist bis zum Geht-nicht-mehr. Ich kann nur sagen, was da alles danebengegangen ist! Aber es zeigt sich halt einmal mehr, daß es bei bestem Willen, wenn es ein Anrainer nicht will, Monate kosten kann, bis man zu einer Lösung kommt, die einfach wirklich notwendig ist. Hier ist es so, daß dieser Bauabschnitt nunmehr gesichert ist. Nicht zuletzt durch die Bemühungen des Landes konnte das Bauvorhaben nunmehr trotzdem in das Bundesstraßenbauprogramm aufgenommen werden. Die Grundabläseverhandlungen beginnen nächste Woche. Mit dem Baubeginn ist mit dem Frühjahr 1990 zu rechnen. Die Finanzierung ist sichergestellt.

Im Bauprogramm ist ebenso die Abzweigung nach Strallegg enthalten. Die Realisierung mit 5 Millionen Schilling erfolgt im kommenden Jahr.

Dann vielleicht noch abschließend: Es wird auch versucht werden, die Kriechspur Hart, die allerdings relativ viel kostet, in das Bauprogramm hineinzubekommen.

Ich hoffe, daß ich damit deine Fragen beantwortet habe.

Ich komme schon zum Schluß: Ich möchte mich, meine Damen und Herren – die übrigen Fragen haben nicht mich, sondern die Frau Landesrat betroffen –, auch herzlich bei Herrn Landesbaudirektor und allen seinen Mitarbeitern für den sehr engagierten Einsatz bedanken. Nachdem in dieser Gruppe auch der Wasserbau enthalten ist – er ist offensichtlich bereits außer Streit gestellt, und die Diskussionen sind nicht mehr im Gang, was erfreulich ist –, möchte ich mich auch bei Hofrat Dipl.-Ing. Saurer herzlich bedanken, der mit Beginn dieses Jahres nicht nur die Abteilung III a übernommen hat, sondern auch die Koordination des gesamten Wasserbaues. Er ist eine große Bereicherung im Spektrum der Abteilungsvorstände. Ich möchte mich auch bei ihm bedanken, wie auch bei Herrn Hofrat Dipl.-Ing. Holzer, dem Vorstand der Fachabteilung III b, und den Mitarbeitern dieser Abteilungen.

Ebenso möchte ich mich, weil ich in der Gruppe 0 nicht zu Worte gekommen bin, selbstverständlich auch bei den übrigen Abteilungsvorständen und vor allem auch bei Hofrat Dipl.-Ing. Hasewend und den Mitarbeitern jetzt schon herzlich bedanken. (Allgemeiner Beifall. – 11.14 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Es liegt keine weitere Wortmeldung zur Gruppe 6 vor. Ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Abg. Grillitsch (11.14 Uhr): Meine Damen und Herren!

Ich verzichte auf das Schlußwort und bitte, die Gruppe 6 zur Abstimmung zu bringen. (11.14 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung. Wer mit den Ansätzen und Posten der Gruppe 6 einverstanden ist, möge zum Zeichen der Annahme die Hand erheben.

Die Gruppe 6 ist somit mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen zur Gruppe 7, Wirtschaftsförderung. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Richard Kanduth. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kanduth (11.15 Uhr): Frau Präsident! Meine Damen und Herren!

Die Gruppe 7 umfaßt die Wirtschaftsförderung. Es werden in diesem Kapitel 119,454.000 Schilling als Einnahmen ausgewiesen, Ausgaben scheinen auf von 618,256.000 Schilling. Das heißt, daß rund 500 Millionen dieser Wirtschaftsförderung zufließen. Ich bitte, die Debatte darüber zu eröffnen. (11.15 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Meine Damen und Herren, im Einvernehmen mit den Obmännern der in diesem Haus vertretenen Parteien schlage ich vor, die Spezialdebatte der Gruppe 7 zu teilen, und zwar als ersten Teil die Landwirtschaft, als zweiten Teil den Fremdenverkehr und als dritten Teil die Wirtschaftsförderung.

Wird gegen diesen Vorschlag ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Wir beginnen mit dem ersten Teil der Gruppe 7, Landwirtschaft. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Pörtl.

Abg. Pörtl (11.15 Uhr): Frau Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Traditionsgemäß haben wir auch heute bereits am Morgen ein Geschenk der steirischen Bauern überreicht. Ich habe bereits wahrgenommen, daß diese frisch-saftigen und steirischen Äpfel ganz schön knacken und gut sind und in Wahrheit ein Spiegelbild der südost- und weststeirischen Landschaft präsentieren. (Abg. Erhart: „Sie sind aber zu groß!“) Zum Schluß gibt es hier geheime Vereinbarungen mit den Dentisten und Zahnärzten. Wer nicht gute Zähne hat, der schafft es nicht.

Verehrte Damen und Herren! Ich bin seit 110 Tagen in der Verantwortung für die steirischen Bauern in der Steiermark unterwegs, und ich habe in diesen vier Monaten erlebt, welche Dynamik und vor allem welche vitale Vielfalt in der steirischen Land- und Forstwirtschaft gegeben sind. Gleich am ersten Tag eine Direktkontaktsendung im ORF, wo ersichtlich war, daß nicht nur die Bauern, sondern vor allem auch die Konsumenten, die besorgten Menschen um gesunde Lebensmittel und um eine gesunde Landschaft sich sehr darum kümmern, wie es mit der Landwirtschaft weitergeht. Ich war darauf in Leibnitz bei der Eröffnung der steirischen Weinwoche und oben in Schöder beim Roßmarkt, in der West- und Oststeiermark bei den Viehmärkten und habe wahrgenommen, daß es in diesem kurzen Zeitabschnitt nicht nur um die großen Fragen, wie es bei diesen vielen Gesprächen war, um

die Zukunft aus der Sicht der EG, sondern vor allem auch um die gesamten Rahmenbedingungen um die steirischen Bauern geht. Ich möchte global feststellen, daß ich in diesen Bergbauerngebieten, in diesen Grenzland- und Hügellandregionen erlebt habe, daß sie nicht von der Armut geprägt sind, sondern von den steirischen Bauern. Das möchte ich einleitend sehr klar feststellen. (Beifall bei der ÖVP.)

Wir haben aber auch im vergangenen Jahr ein Jahr der Jubiläen gehabt, und im heurigen Jahr ganz besonders für die Bauern. Wir haben erlebt, daß zur gleichen Zeit, wo 100.000 Menschen für Freiheit, für eine freie Marktwirtschaft demonstriert haben, wir als Bauern die 60 Jahre Landwirtschaftskammer gefeiert haben, kurz vorher 90 Jahre Bauernbund und auch vorher 40 Jahre Bund steirischer Landjugend. Und bei diesen Veranstaltungen ist Rückblick und Ausblick gehalten worden; global gesagt kann man fast feststellen: je mehr sich die Gesellschaft zurückzieht und von den Bauern entfernt und entfernt hat, desto mehr ist eigentlich diese Sehnsucht nach bäuerlichen Werten sichtbar und greifbar. Ich möchte sehr klar festhalten, daß wir als Bauern nach wie vor über 80 Prozent unserer Flächen bewirtschaften und kultivieren, daß wir nach wie vor die Versorgung von gesunden und frischen Nahrungsmitteln nicht nur in der Steiermark, sondern auch nach Westösterreich und in die Bundeshauptstadt mit besten Produkten leisten und daß wir vor allem für den ländlichen Lebensraum der Mittelpunkt der Gestaltungskraft sind, wo mehr als die Hälfte der Menschen unseres Landes leben. Wir spüren aber auch die Verpflichtung für die nachhaltige Bewirtschaftung unserer Höfe, unserer Felder, Wiesen und Wälder, weil das eine jahrhundertelange Tradition ist und weil das vor allem in der bewegten Geschichte – ich fürchte auch – in der Zukunft immer mehr eine zentrale Frage sein wird. Blicken wir etwas zurück, 60 Jahre, wie war damals die Situation in der Landwirtschaft? Billigstes Getreide aus Amerika hat die Preise ins Bodenlose rasseln lassen. Die Holzpreise haben kaum die Arbeit und die Abfuhr ergeben. In Wien, in St. Marx, waren 190.000 österreichische Säue und über eine Million aus Osteuropa. Ich sage das sehr bewußt, weil sich manche sehr locker und frei über die totale Liberalisierung äußern. Damals war aber vor allem die Leistung der Landwirtschaft sehr, sehr gering. 1700 Kilogramm pro Hektar beim Getreide und 1000 Liter Milch pro Kuh, das war damals die erste sehr konkrete Arbeit und Aufgabe, für eine Marktwirtschaft und für eine Marktordnung einzutreten und diese durchzusetzen und für einen verbesserten Importschutz einzutreten. In dieser stürmischen Zeit, die ich zum großen Teil erlebt habe, hat sich auch ein gewaltiger Strukturwandel in der Landwirtschaft vollzogen. In den fünfziger Jahren waren noch eine Million Menschen in der Landwirtschaft beschäftigt. Heute sind es 260.000 und über 60, zum Teil 70, 80 Prozent zusätzlich im Nebenerwerb. Ich sage das deshalb sehr bewußt, weil das wahrscheinlich das Geheimnis ist, daß wir diese flächendeckende Landwirtschaft einerseits haben, und weil vor allem der unternehmerische und der gewaltige Bezug zum Eigentum, zu seinem Hof, damit unterstrichen ist. Wir Bauern waren früher für eine ausreichende Versorgung sehr massiv angesprochen und heute für gesunde Nahrungsmittel. Wir beraten in diesem Parlament unseres Landes die Schwerpunkte,

damit wir für die Schulen, für das Wissen und für die Beratung die notwendigen Budgetansätze haben, denn das ist der tiefe Grund dieser fortschrittlichen Entwicklung in der Landwirtschaft. Und den werden wir immer mehr brauchen für diese Neuorientierung, die uns selbstverständlich nach wie vor in der Zukunft immer mehr bevorsteht. Wir müssen die Voraussetzungen schaffen in unserem Budget, Preis und Absatz zu sichern, wie es in den letzten Jahrzehnten passiert ist und auch in diesem Budget gegeben ist. Wir müssen für die Direkt- und Ausgleichszahlungen in den Berg-, Hügel- und Grenzlandgebieten die Voraussetzungen schaffen und vor allem auch die Förderungen für die regionalen Infrastrukturmaßnahmen und insbesondere für die Innovationen und für die Erneuerung mit dem Blickwinkel, beobachten wir diesen Weg sehr oft. Neue Wege auf alten Spuren, meine sehr verehrten Damen und Herren! (Abg. Kammländer: „Lieber Erich, du asphaltierst die Wege nicht!“) Das würde dir so passen! Dann mußt halt du ganz locker – du willst auf dem Asphaltweg herumrauschen, und wir sollen sozusagen – (Abg. Kammländer: „Das wollen wir!“) Nein, nein, die Asphaltstraßen lassen wir uns von dir nicht ausreden, das muß man einmal ganz life wissen, damit ist ja ein Spezialkapitel verbunden. Wir bauen mit hohen Eigenleistungen diese Wege, und ihr wollt herumspazieren, und dann wollt ihr uns auch noch vorschreiben, wie wir sie bauen sollen.

Wir müssen gerade auf diesem Weg immer mehr die Forderung an die Gesellschaft stellen, uns in dieser Gesamtverantwortung gerade in der Infrastruktur in verstärktem Ausmaß unter die Arme zu greifen. Solche Länder gibt es bereits.

Verehrte Damen und Herren, liebe Freunde, was umgibt uns denn eigentlich, welche Themen sind derzeit ganz massiv an der Oberfläche sichtbar? Wir haben die Entwicklung, wirtschaftlich und landwirtschaftlich-agrarisch, in der EG, und wir wissen ganz genau, daß wir einen Antrag um Verhandlungen gestellt haben, daß aber vor allem ganz interessanterweise gerade in letzter Zeit Regionalisierungen in der EG sichtbar sind und in Wahrheit auf weiten Strecken dieser ökosoziale Weg in der Agrarpolitik mit Ausnahme von einigen Ländern noch nicht ganz begriffen wurde. Ich nenne hier Holland, ein Land, das noch nicht begriffen hat, daß bodengebundene Landwirtschaft in der Zukunft die entscheidende Voraussetzung sein wird. Wir werden also in dieser Frage sehr hart und konsequent in Brüssel verhandeln müssen, und wir werden auch sehr klar unseren Standpunkt in dieser Entscheidung aus der Sicht der Erhaltung einer bäuerlichen flächendeckenden Landwirtschaft deponieren. (Unverständlicher Zwischenruf.) Was paßt nicht? Wieso schwarzäugig? Du mußt mir schnell die Antwort geben. Ich weiß eh, ich soll sagen, ich bin grundsätzlich gegen den EG-Beitritt. (Abg. Kammländer: „Das stimmt!“) Dann stelle ich dir die Frage, was du mit 320.000 Viecher machst, was du mit dem Holz machst, denn wir können unser Grünland ja nicht sozusagen zuasphaltieren. Das würde auch wieder nicht passen. Das sind natürliche Gegebenheiten. Ich glaube vor allem, das sind ja traditionsgemäße Märkte, die wir durch diesen Binnenmarktbeschuß im Grunde nicht verlieren dürfen, daher habe ich auch gesagt: Wir brauchen eine sehr gute und vor allem unserer Situation entsprechende Verhandlungsstrategie.

Wir haben also die Entwicklung in Osteuropa, verehrte Damen und Herren, und wir sind sehr froh, daß diese Demokratisierung, diese Freiheit, vor allem auch für die bäuerlichen Menschen – leider nur in einem Land – und in anderen Ländern für die ländlichen Menschen gegeben ist. Und ich bin bei der Generalrede vom Herrn Kollegen Mag. Rader angesprochen worden, daß ich einer sei, der so quasi wieder dicht machen wollte. Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freunde, was ist denn ganz konkret das Faktum? Wer macht denn gegenwärtig an dieser Grenze im agrarischen Bereich dicht? Das ist ja fast eine Schande! Die Ungarn müssen dicht machen, daß die hungernden Menschen aus Österreich dort am Wochenende die Läden nicht ausräumen und die subventionierten Nahrungsmittel billigst nach Österreich bringen. Ich glaube also, daß wir, wenn solche Radikalliberalisierungen vertreten werden, selbstverständlich bereit sind. Aber dem Kollegen Mag. Rader würde ich dann auch empfehlen, auch zu überdenken, daß wir nachher auch einen Magistratsbeamten um 4000 bis 5000 Schilling ebenfalls hereinlassen müssen, wenn man gleich ganz locker alles frei und aufmacht. Wenn Liberalisierungen, dann mit allen Konsequenzen. Es ist auch die Frage zu diskutieren, ob es einem gelingt, Landschaft zu importieren. Das wird niemandem gelingen. Daher gibt es Gott sei Dank eine so breite öffentliche Meinung für einen gesunden Bauernstand, der eine naturbezogene Produktion von Lebensmitteln in den Mittelpunkt stellt.

Verehrte Damen und Herren, liebe Freunde, die dritte Bedrohung und das dritte Faktum sind vor allem die Entwicklungen von Liberalisierungstendenzen im Kampf um die Agrarmärkte in den westeuropäischen Industrieländern. Und da sind das die GATT-Bestrebungen, wo Länder ökologisch und aus der sozialen Perspektive brutal diese zwei Fakten ignorieren: das sind Süd- und Nordamerika und Australien. Ich glaube, wir müssen in dieser Frage der Liberalisierung vehement dagegen auftreten, weil es kein Land gibt, wo es keine Stützungen für die Landwirtschaft gibt. Wir würden die Preisstützungen verlieren, die Exportstützungen im Viehbereich. Wir würden vor allem auch die Schutzmechanismen für die österreichische landwirtschaftliche Produktion verlieren.

Und ich habe hier eine Graphik: Die USA, das Land der Freiheit, stützen pro landwirtschaftliche Arbeitskraft im Jahr mit 18.410 Dollar, die EG mit 9000 Dollar pro landwirtschaftliche Arbeitskraft, Kanada mit 8800 Dollar, Japan mit 8500 Dollar, Neuseeland mit 3100 Dollar, Australien ebenfalls mit fast 3000 Dollar und Österreich mit 5640 Dollar. Ich glaube, das ist eine sehr entscheidende Grundlage, daß wir im Rahmen der EFTA-Länder versuchen müssen, uns gegen solche Liberalisierungstendenzen massiv zur Wehr zu setzen. Ich sage dies deshalb ganz bewußt, weil unser ökosozialer Weg einen Schutz vor solchen Entwicklungen braucht. Und wir haben ja in der vergangenen Zeit in der Agraraußenhandelsbilanz erlebt, daß sich seit dem Jahr 1972 diese Importentwicklungen vervierzehnfacht haben. Erst im letzten Berichtsjahr haben wir erlebt, daß ein Rückgang von 1987 auf 1988 von 3,7 Prozent eingetreten ist. Das ist bereits ein Zeichen für eine vernünftige Agrarpolitik. (Abg. Weilharter: „Die Bilanz ist negativ!“) Die Bilanz ist selbstverständ-

lich noch negativ, das ist ja ganz klar! Aber da habt ihr euch auch beteiligt. Euer Muhrer hat da auch die Welt nicht aus den Angeln gerissen. (Abg. Sponer: „Deine halbe Stunde ist bald um!“) Nein, ich habe vorher auf die Uhr geschaut. Ich habe noch 10 bis 15 Minuten. Stört es dich vielleicht, weil ich rede? (Abg. Sponer: „Nein, ich meine nur!“) Ich lasse mich aber trotzdem nicht aufhalten! Ich stelle nur fest, unser Weg, seit wir in diese Sanierungspartnerschaft eingetreten sind, hat sich bereits in der Preis- und Absatzentwicklung sehr klar niedergeschlagen. Gute Preise, bessere Preise, zufriedenstellende Preise in den Haupteinkommensgebieten, weil es eine vernünftige Politik gegeben hat und sich sicherlich auch die Rahmenbedingungen geändert haben. Denken wir an die EG, wo man vier Millionen Kühe „niedergehaut“ hat.

Verehrte Damen und Herren, interessant ist aber vor allem, daß so manche Kritik über Dinge massiv betrieben wird, die vorher gemeinsam beschlossen worden sind. Der Kollege Zellnig ist ein Mitglied der Sozialistischen Partei, die in der Bundesregierung ist (Abg. Zellnig: „Ich nicht!“), und jetzt werden verschiedene – du selber nicht – die Sozialistische Partei! – Beschlüsse, die damals mit Mehrheit gefaßt worden sind, massiv kritisiert. Stellen wir also jetzt das Faktum fest: Im Jahr 1968 haben wir zum Beispiel bei der Milch eine Anlieferung bis zu 130 Prozent gehabt, einen Absatzförderungsbeitrag von 30 bis 60 Groschen. Heute haben wir 120 bis 121 Prozent Anlieferung, einen Absatzförderungsbeitrag von 20 Groschen und genauso die ganze Ab-Hof-Regelung. (Abg. Weilharter: „Lieber Kollege Pötl, bist du für oder gegen den Kontingentrückgang?“) Alles kann man sich wünschen und in den Raum stellen. (Abg. Zellnig: „Das war unsere Leistung, weil wir gesagt haben: Weniger ist mehr!“) Ja, das weiß ich noch gut, wie du gesagt hast: „Weniger ist mehr!“ Ohne Rücksicht auf Beweglichkeit warst du für die starre Zementierung. Wer hat, hat, und wer nicht hat, hat eben nicht! Das ist einfach im Rahmen der Freiheit, der freien Entscheidung der Bauern, passiert, und nicht mit sehr brutalen Verordnungen und Normbestimmungen, die in dem Fall vorgeschlagen worden sind. (Abg. Günther Ofner: „Das hat der Abgeordnete Zellnig immer gemeint!“) Er wollte die starre Regelung. Wir haben die Handelbarkeit in den Mittelpunkt gestellt, das freie Entscheiden der Bauern, wo sie ihren Schwerpunkt legen, und zwar mit der breiten Palette der gesamten Angebote, von Mutterkuhhaltung bis zur ganzen Palette der Alternativen. (Abg. Zellnig: „Die extensiven Betriebsformen sind von uns ausgegangen!“) Also, das ist ja das Allerneueste. Das ist das Trittbrettfahren, das du uns einreden willst, lieber Freund Zellnig! Wir haben ja auch dasselbe Problem, daß wir momentan eine sehr schwierige Diskussion in unseren Einrichtungen haben. Wir wissen sehr genau, daß in den Fonds – derzeit sehr aktuell – eine sehr klare Entflechtung passieren muß. Nur, dieser Milchwirtschaftsfonds ist keine Einrichtung des Bauernstandes, der Bauernvertretung, sondern der Sozialpartnerschaft, wo die Gewerkschaft, wo die Arbeiterkammer, wo die Bundeswirtschaftskammer und die Präsidentenkonferenz gemeinsam diese Beschlüsse gefaßt haben. Wo das Finanzministerium kontrolliert hat (Abg. Weilharter: „Landwirtschaftsministerium!“), wo auch das Landwirtschaftsministerium kontrolliert hat. Ich sage das ja

ganz offen, gerade in euren Zeiten ist da allerhand gewesen. Und bei der MOG-Novelle hat erstmals Dipl.-Ing. Riegler diese Strukturen aufgebrochen und den Fonds geschwächt in seiner zentralistischen Form. Das volle Hineinregieren in weite Bereiche. Es war eine Entflechtung notwendig. (Abg. Zellnig: „Ist dir auch bekannt, daß die Informationen vom Milchwirtschaftsfonds zum Landwirtschaftsministerium nicht gestimmt haben? Das kommt jetzt!“) Daher haben wir gesagt, wir sind für diesen Untersuchungsausschuß. Wir haben überhaupt nichts zu verdecken. Ich kenne da andere Entscheidungen aus eurer Firma, der nicht in diesem Sinne wären. (Abg. Grillitsch: „Das hat der Haider nicht überrissen!“) Im Getreidebereich, ganz dasselbe bei den Alternativen. 25.000 Hektar damals im Jahr 1986. Im Jahre 1990 200.000 Hektar Alternativen und die gesamte Palette von Soja, von den Öko-Flächen, vom Flachs-anbau bis zum Diesel, bis zum Biodiesel. Das letzte Aufflackern einer gestrigen Politik war die Besteuerung von Raps-, Methyl-, Esterprodukten, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich kann mir schon vorstellen, daß dir das nicht paßt, aber das sind alles Fakten. In der Getreidewirtschaft ganz dasselbe. Die Mengen für den Getreideexport werden Gott sei Dank geringer. Für diesen geringeren Aufwand sind wir eingetreten, daß die Maissaatgutabgabe in der Zukunft bei den nächsten Verhandlungen nicht mehr sein muß. Aber vor allem ganz interessant ist die Düngemittelabgabe, bereits in einigen Vorlagen diskutiert, wird von dir mit Anträgen so quasi abgeschafft und relativiert. (Abg. Zellnig: „Richtig!“) Aber deine Kollegen verlangen eine Verdoppelung dieser Düngemittelabgabe drinnen im Parlament, wo verhandelt wird, verehrte Damen und Herren! Wir sind sehr für eine sachliche Diskussion und sagen, daß dieser Vorschlag, der im Raum gestanden ist, daß das stickstoffmäßig verstärkt wird. Für eine solche Diskussion sind wir jederzeit im Grunde zu haben.

Verehrte Damen und Herren! Nicht nur die Marktpolitik, sondern vor allem auch die Förderungspolitik, die Direktbezahlung hat im Grunde neue Signale gesetzt. Wir wissen, daß es enorme Aufstockungen gegeben hat, zum Beispiel 1986 von 450 Millionen auf 650 Millionen Schilling. Wir haben in der Steiermark, in einem Land, wo immer Pionierarbeit geleistet wurde, in der Bergbauernpolitik und vor allem in der Grenzlandpolitik erstmals diese Direktbezahlungen, wo wir vor allem damit auch für die dynamische Weiterentwicklung eine Grundlage schaffen. Und, verehrte Damen und Herren, denken wir an weite Regionen, an das Schilcherland, an die südsteirischen Weinregionen, an die Thermenregion, an die Nutzung unserer fruchtbaren Ebenen in der Schweineerzeugung und Schweineproduktion mit dem Qualitätsprodukt „Porky“, an die Geflügelwirtschaft. Ich glaube vor allem, daß wir mit dieser Dynamik einfach bewiesen haben, daß wir unternehmerische Bauern wollen, die ökologischer in der Zukunft in verstärktem Ausmaß wirtschaften, aber die vor allem auf zwei Schienen fahren. Auf einer Schiene, wo es uns gelingt, die Einkommensverbesserungen zu erreichen. Und wir kennen den „Grünen Bericht“, wo es eine Durchschnittszahl plus 9 Prozent gibt. Wir wissen, daß das Minus von 7 Prozent im südöstlichen Flach- und Hügel-land durch die niedrigen Schweinepreise und durch die Obstpreise ausgelöst worden ist. Wir haben diese

Sache mit Exporten bereinigt, und die Bauern sind mitgegangen mit der Anpassung ihrer Produktion auf dem Markt. Das war der richtige Weg, und jetzt stimmen die Preise wieder einigermaßen. Wir haben vorbereitet, daß wir vor dem nächsten Berg vorbereitende Maßnahmen treffen.

Verehrte Damen und Herren! Die Preispolitik wird trotz der Bedeutung der Direktförderung und Ausgleichszahlung in Zukunft Schwerpunkt sein müssen. Und wir können im Volkseinkommen im landwirtschaftlichen Bereich – wir haben im Jahr 1988 37 Milliarden Schilling gehabt – eine Milliarde haben die Direkt- und Ausgleichszahlungen ausgemacht. Das muß uns klar sein, daß in Zukunft ganz entscheidend diese Einkommensanpassung im Grunde gelingen muß. Ich habe bereits den Begriff „Neue Wege auf alten Spuren“ in den Raum gestellt. Verehrte Damen und Herren! Die Signale sind ganz klar. Wir kennen alle die Schlagworte Waldsterben, Ozonloch, Algenpest, Klimaveränderung, Wasserverschmutzung. Wir haben diese neuen Wege mit einer sehr starken Entwicklung im Bereich der Bioenergie – 35 Anlagen sind in der Steiermark. Wir haben in Mureck bereits die Genehmigung für eine Raps-Methyl-Veresterungsanlage. Wir haben das Flachsprojekt umgesetzt. Wir haben eine starke Entwicklung im biologischen Landbau im heurigen Jahr, 70 Anmeldungen. Das ist der Weg in die richtige Richtung, aber es muß vor allem auch im Einkommen, begleitend dazugesagt, passen. Ich möchte in den Raum stellen, wir fordern daher aus der Sicht der Landwirtschaft, daß in Zukunft die Nationalökonomien die Landschaftsgestaltung, die natürlichen und lebenswichtigen Naturressourcen, das sind Boden, Wasser und Wald, in diese Volkseinkommensrechnungen miteinbinden. Wir werden dort überall mit Null ausgewiesen. Ich glaube daher, daß wir es mit diesen Prozentrechnungen in der Zukunft nicht schaffen, auch entscheidende Steuerungsmechanismen zu erreichen. Die Ökosteuer – (Abg. Zellnig: „Wir haben 100 Millionen Schilling im Budget!“) das ist nichts Neues –, die ökologisch orientierte Steuer, wo wir Energie belasten und Arbeitskraft entlasten, wenn wir die ökosoziale Marktwirtschaft in der Zukunft als Vision ganz konkret umsetzen, werden wir die Voraussetzungen für den bäuerlichen Familienbetrieb schaffen.

Und abschließend noch einige Feststellungen. (Präsident Dr. Kalnoky: „Ich muß dem Präsidenten Pörtl sagen, daß in drei Minuten seine Redezeit aus ist!“) Ich danke, ich bin gerade im Finale. Wir haben in letzter Zeit auch erlebt, daß im sozialen Bereich für die bäuerlichen Menschen der Weg in die richtige Richtung geht. Die Erhöhung unserer Pensionen für die Bäuerinnen und Bauern mit einer verminderten Anrechnung des Ausgedingtes ist eine entscheidende Leistung seit der Schaffung des bäuerlichen Sozialnetzes, verehrte Damen und Herren! Die dynamische Entwicklung in der Familienpolitik trifft schwerpunktmäßig gerade die bäuerlichen Familien und unterstreicht vor allem diesen soliden Weg der Großfamilie und der Familien mit mehr Kindern. Wir haben aber auch in unseren Gebieten eine kritische, zukunftsorientierte und vor allem zeitgemäße Landjugend, wie wir es draußen in unseren Gemeinden erleben. Verehrte Damen und Herren, ich glaube vor

allem, daß wir diese neuen Partnerschaften nach dem Motto „Gesunde Landwirtschaft und gesunde Menschen“ bei der Grazer Messe erlebt haben. Ich lade daher alle ein aus dem Bereich des Naturschutzes, alle, die sich um die Umwelt Sorgen machen, vor allem auch die Medien, die Lehrer, die Schulen, die kritischen Konsumenten, daß die Bauern in Zukunft in dieser neuen entscheidenden Aufgabe für eine ökologischere Bewirtschaftung, für eine breite Basis, für eine gesunde Lebensmittelerzeugung mehr Partner finden.

Verehrte Damen und Herren! Ich habe vor kurzem – und das zum Schluß – bei einer Diskussion erlebt, daß man dort behauptet hat, der Bauer könnte auch Ernährungs- und Lebensberater sein. In der gesellschaftlichen Entwicklung sind wir bereits Vorbild. Ich glaube, daß wir diese Chancen auf breiter Ebene gemeinsam nützen müssen. Ich lade alle Fraktionen, alle Damen und Herren dieses Hauses und darüber hinaus die Menschen unseres Landes ein, mit dieser Landwirtschaft weiter diesen Weg einer natürlichen Bewirtschaftung und einer lebensfähigen Landwirtschaft zu gehen. (Beifall bei der ÖVP. – 11.44 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Zellnig. Ich erteile es ihm.

Abg. Zellnig (11.44 Uhr): Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren!

Nur keine Befürchtung, ich mache hier keine Lesung. Wenn ich da eine Lesung mache, sind wir um 16 Uhr auch noch zusammen.

Ich möchte zu den Ausführungen des Herrn Präsidenten Pörtl vielleicht eingangs, bevor ich zu meiner Aussage komme, auf etwas hinweisen: Der Herr Präsident Pörtl hat mit einem gewissen Stolz – und das verstehe ich auch – auf die 90-Jahr-Feier des Bauernbundes und auf die 60-Jahr-Feier der Kammer hingewiesen. Und das ist für eine Organisation auch etwas. Ich erlaube mir nur, als Sozialdemokrat vielleicht in diesem Zusammenhang einen Vergleich zu stellen. 90 Jahre Bauernbund und dessen Auswirkungen und 100 Jahre SPÖ-Sozialdemokratie und deren Auswirkungen:

Vor 90 Jahren hat es noch freie Bauern gegeben (Abg. Buchberger: „Mit dem Karl Marx kommst du!“), da hat ein jeder selber entscheiden können. Nach 90 Jahren ist es so, daß die Bauern von damals fast 60 Prozent heute auf 7 Prozent abgesunken sind und heute nur mehr darauf angewiesen sind, daß sie verwaltet werden. Wir haben die Freiheit verloren. Wenn ich jetzt aber 100 Jahre Sozialdemokratie hernehme, vor 100 Jahren haben die Wienerberger Ziegelerbeiter im Ziegelofen drinnen geschlafen, auch ihre Kinder sind in diesem zur Welt gekommen, sie haben in diesem Staat überhaupt kein Recht gehabt, und heute sind sie durch das Wirken der 100 Jahre Sozialdemokratie freie Bürger, staatstragendes Element geworden. (Beifall bei der SPÖ.) Ja, eine positive Entwicklung gegenüber 90 Jahre Bauernbund und 60 Jahre LW-Kammer, und so soll man nach meiner Meinung die Jubiläen interpretieren, sehr geehrte Damen und Herren!

Und jetzt möchte ich vielleicht darauf zurückkommen, was ich heute wirklich zur Landwirtschaft sagen möchte: (Abg. Grillitsch: „Hast du das nicht sagen wollen, was du jetzt gesagt hast?“)

Zur Landwirtschaft: Sehr geehrte Damen und Herren, ich habe euch da einen Haufen Schriften mitgebracht, hier am Tisch. Ich muß meine Uhr herlegen: Frau Präsident, darf ich Sie bitten, bevor meine Zeit abläuft, zwei Minuten vorher zu läuten, damit ich zeitgerecht zu einem Schluß komme. Ich will nicht überziehen.

Sehr geehrte Damen und Herren, der Herr Präsident Pörtl hat ja darauf hingewiesen, was für die Landwirtschaft eigentlich alles gemacht worden ist. Ja, und nur ein Dummkopf könnte da heute behaupten, daß für die Landwirtschaft nichts gemacht worden ist. Natürlich ist für die Landwirtschaft viel geschehen und sind gewaltige Leistungen von der Öffentlichkeit und ganz gewaltige Leistungen von der Bauernschaft erbracht worden. (Beifall bei der SPÖ.)

Aber schaut, alle Jahre kommen für die Landwirtschaft Berichte heraus, und jetzt werde ich sie euch aufzählen: Der „Grüne Bericht“ hat 224 Seiten in einem Format 20 mal 30 und ist über einen Zentimeter hoch. Dann kommt im gleichen Jahr ein Bericht über die Tätigkeit der Landwirtschaft vom Bundesministerium heraus, der 89 Seiten hat und auch einen Zentimeter hoch ist. Dann ist der Tätigkeitsbericht vom Milchwirtschaftsfonds – den habe ich auch da –, der jetzt nicht mehr 80 Seiten hat, sondern 562 Seiten und zweieinhalb Zentimeter hoch ist. Der nächste Bericht ist vom Getreidewirtschaftsfonds und hat 500 Seiten und ist zweieinhalb Zentimeter hoch. Dann ist der nächste Bericht von der Fleisch- und Viehkommission mit 352 Seiten und zwei Zentimeter hoch. Also, auf Bundesebene, sehr geehrte Damen und Herren, wird jährlich – (Abg. Pörtl: „Das ist alles?“) na ja, gut, laß mich jetzt ausreden – ein Bericht über die Landwirtschaft verfaßt mit 1727 Seiten und neun Zentimeter hoch. Das ist aber noch zu wenig. Dann haben wir noch den „Grünen Bericht“ in der Steiermark (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Das wird verlangt!“), der 352 Seiten hat und zwei Zentimeter hoch ist.

Was will ich damit sagen, sehr geehrte Damen und Herren? Das Geld für die Landwirtschaft, das aufgewendet wird, hat sich in den zehn Jahren mehr als verdoppelt. Wir haben im Jahr 1990 damit zu rechnen, daß wir insgesamt, Länder- und Bundesmittel, abgezogen die Mittel für Wildbach- und Lawinenverbauung, weil das ja nicht nur für die Bauern ist – das habe ich abgezogen –, 15.700 Millionen Schilling zur Verfügung haben.

Und, sehr geehrte Damen und Herren, das Ergebnis der ganzen Entwicklung ist, daß wir seit 1970 von 336.000 Betrieben auf 278.000 Betriebe abgesunken sind. Wir haben 58.000 Betriebe verloren. Bei der Beschäftigungszahl sind wir von 314.000 auf 248.000 abgesunken. Damals noch fast 10 Prozent und heute 7 Prozent. Was will ich damit sagen? Lassen wir in den nächsten 10, 20 Jahren die Berichte noch einmal so stark werden, verdoppeln wir die Mittel noch einmal, dann haben wir die Bauern totberichtet. Wir haben dann keine Bauern mehr, aber wir haben einen Haufen Geld, sehr geehrte Damen und Herren! (Beifall bei der SPÖ und VGÖ/AL.) Das ist keine Abwertung, sondern das ist einfach die Realität, ohne Vorwürfe nach rechts zu machen, sondern das haben wir gemeinsam innerhalb der Sozialpartnerschaft geschafft.

Aber jetzt, liebe Freunde, um was geht es da drinnen? Schuld an dieser Entwicklung – (Abg. Buchberger: „In meiner Wortmeldung werde ich dazu etwas sagen!“) Du, ich brauche keinen Vaterschaftsprozess, ich brauche nicht zurückschauen. Frau Präsident, darf ich um etwas bitten? Frau Präsident (Glockenzeichen der Frau Präsident.), ich hätte eine Bitte an Sie:

Das, was mir meine Freunde von rechts unterbinden, soll nicht in meine Redezeit eingerechnet werden. Denn dann schreien sie so lange, und ich kann gar nichts mehr sagen. Das ist ja von dieser Seite her eine Taktik. (Beifall bei der SPÖ. – Präsident Dr. Kalnoky: „Ich glaube, in 30 Minuten hat man genug Zeit, auch den Zwischenrufen zu widersprechen.“) Ja, aber wenn ich unterbrochen werde, das ist nicht meine Redezeit. Darf ich bitten! (Abg. Schrammel: „Hoffentlich bist du mit deiner Polemik fertig!“)

Sehr geehrte Damen und Herren, was ist schuld an dieser Entwicklung? An dieser Entwicklung ist das Agrarsystem, das Sie entwickelt haben, schuld. An dem Agrarsystem halten Sie fest und kommen nicht los davon, und es ist für mich als SPÖ-Bauer klar, weil ihr halt drinnen verbandelt seid, und zwar nicht nur als Bauernvertreter, sondern als Genossenschaftsfunktionäre. Ihr müßt ja als Genossenschaftsfunktionäre immer viel Rohstoff haben, und da braucht ihr die Bauern, daß die Rohstoffe billig geliefert werden, und dadurch kommen wir aus dem System nicht heraus.

Und ich werde euch jetzt ein Beispiel sagen, wie es ohne dieses System gehen würde. Das Beispiel ist die Forstwirtschaft:

Seit Bestand der Forstwirtschaft haben wir nie eine Marktordnung gehabt. Wir haben uns in der Forstwirtschaft immer mit Weltmarktpreisen auseinandersetzen müssen. Natürlich haben wir die Aufforstung gefördert, aber die Produktion haben wir nie gefördert. Und, sehr geehrte Damen und Herren, die Forstwirtschaft ist in diesem Bericht nur mit zwei, drei Blättern drinnen. Das andere ist alles Landwirtschaft, und das ist für mich ein Beweis dafür, daß es anders auch geht. Ich sage euch ganz offen, meine Meinung ist: Jagen wir dieses Agrarsystem zum Teufel, dann wird es meiner Meinung nach auch in der Landwirtschaft wieder einmal ein bißchen vorwärts gehen! (Beifall bei der SPÖ und VGÖ/AL.) Und jetzt zu der ökosozialen Agrarpolitik: Ich lasse mich von euch nicht mehr unterbrechen, weil das eine Taktik ist! Wißt ihr, wie die ökosoziale Agrarpolitik aussieht? Und jetzt, Herr Präsident, sofort einen Zwischenruf, wenn es nicht stimmt, was ich sage. (Abg. Buchberger: „Es hat mich gewundert, daß die Sozialpartner nicht aufgeheult haben!“) Die ökosoziale Agrarpolitik ist, daß wir eine Politik machen, wo wir die Bauern für die Bauern zahlen lassen. Die armen, kleinen Bauern müssen für die reichen Bauern zahlen. (Abg. Pörtl: „Das stimmt ja nicht. Das ist in die Direktförderung hineingegangen!“) Beispiel: Der allgemeine Absatzförderungsbeitrag bei der Milch hätte keine 20 Groschen, wenn man nur für den notwendigen Milchexportabsatz einsetzen würde, sondern der allgemeine Absatzförderungsbeitrag ist so hoch, weil der kleine Bauer, der vom Lieferrn nicht aufhören kann, die Prämie für den großen Bauern, der die Lieferung zurücknehmen kann, zahlen muß über den allgemeinen Absatzförderungsbeitrag.

Als nächstes Beispiel die Rückerstattung vom allgemeinen Absatzförderungsbeitrag, was der sogenannte Buhmann der Landwirtschaft, der Minister Haiden, eingeführt hat, wo er gesagt hat, die armen Bauern in der Zone 3 und 4, die sollen den allgemeinen Absatzförderungsbeitrag von Steuermitteln zurückerstattet bekommen, ist der Einführer der ökosozialen Agrarpolitik, der derzeitige Vizekanzler Dipl.-Ing. Riegler, darangegangen und hat gesagt, nicht mehr das ganze, nur mehr 20 Groschen werden zurückerstattet, hat sich dadurch 100 Millionen Schilling erspart, die er den Bergbauern in der Zone 3 und 4 weggenommen hat und auf die anderen Bergbauern aufgeteilt hat.

Bauern bezahlen für Bauern, Herr Präsident! Als nächstes Beispiel, das ich anführen möchte – (Abg. Pörtl: „Das ist ein großer Blödsinn!“) Meine Freunde sind nervös! Die Realität, das ist immer ein Blödsinn gewesen, was ich gesagt habe. Ich werde euch aber beweisen, daß dieser Blödsinn nach drei, vier, fünf Jahren von euch anerkannt worden ist und realisiert worden ist, der Blödsinn! (Abg. Pörtl: „So lächerlich darf man die Agrarpolitik nicht machen!“) Nächstes Beispiel: Das habe ich letztes Mal im Landtag schon gebracht, daß die Düngemittelsteuer keine Steuer der Ökologie ist, sondern eine Geldbeschaffungsgebühr, indem daß das arme südwestliche Hügelland einfach 98 Millionen Schilling zahlt, damit das nordöstliche Flach- und Hügelland die großen Einkommenszuwächse verzeichnen kann. Das ist die Realität der sogenannten Düngemittelsteuer. (Abg. Pörtl: „Wieso habt ihr im Parlament mitgestimmt? Bist du nicht der Bundesobmann der SPÖ-Bauern? Hast du keinen Einfluß?“) Es würde für die Bauernschaft so besser sein, wenn die Präsidentenkonferenz nicht monocolor zusammengesetzt sein würde, wenn die SPÖ-Bauern in der Präsidentenkonferenz vertreten wären, dann würde es für die Bauern, insbesondere für die kleinen und für die mittelgroßen Bauern, besser sein. (Abg. Pörtl: „Demokratisch gewählt!“) Aber dort seid ihr ja alleine, die das Sagen für das Großbauerntum haben. (Abg. Pörtl: „Hör auf, ist schon gut!“) Die halbe Zeit kann ich nicht reden, weil immer die anderen für mich reden!

Und jetzt einige Gedanken zum Grenzland. Bei der Grenzlanddiskussion gibt es zwei Gruppen nach meiner Feststellung. Auf der einen Seite die ÖVP, die den Grenzlandbewohnern die Milliarden verrechnet, die sie als Hilfe von Bund und Land bekommen. Es ist richtig. Es fließt Geld in das Grenzland. Auf der anderen Seite die SPÖ, die sagt, jawohl, da sind Leistungen erbracht worden, die Leistungen werden anerkannt. Aber, sehr geehrte Damen und Herren, wie erklären wir uns, daß das ganze Grenzland das schlechteste Einkommen hat? Trotz diesen Leistungen, die wir anerkennen, und ich bin der Meinung, diese Leistungen sind eben noch zu wenig, die müssen noch verstärkt werden (Beifall bei der SPÖ.), indem die Grenzlandbewohner die Armen, die Bettler der Nation sind. Und ich möchte noch etwas sagen, wenn ich hier für das Grenzland rede, rede ich natürlich nur für den bäuerlichen Bereich. Das sind ungefähr 20 Prozent. 80 Prozent der Grenzlandbewohner gehören anderen Berufsgruppen an. (Abg. Schrammel: „Warum tut denn der Landesrat Dr. Klauser so wenig für das

Grenzland?“) Für diesen bäuerlichen Bereich, sehr geehrte Damen und Herren, möchte ich zu einigen Feststellungen kommen, und vielleicht könnt ihr mir zuhören. Wir brauchen im Grenzland nach meiner Meinung bei den Bauern eine andere Produktionspalette. Das Positive im Grenzland ist die Thermenlinie, somit die Thermenregion. Da sollen wir die Bauern miteinbinden. (Abg. Kammlander: „Hört, hört!“) Ich könnte mir vorstellen, daß man in die Thermenregion – als Bauernland mit Naturkost – miteinbindet die Produktionspalette, soll auch Produktionsalternativen miteinbinden, wie Biogemüse, Erdäpfel, Sojaprodukte und unter Umständen auch die Wildhendel. (Abg. Kammlander: „Sind das die Worte zur Grenzlandförderung?“) Das nächste, sehr geehrte Damen und Herren, ist die Direktvermarktung in dieser Region. Wenn wir das ehrlich meinen, Herr Präsident Pörtl, dann müssen wir uns ein bißchen zusammenschließen. Ich habe als SPÖler keine Schwierigkeiten. Und wenn wir die Direktvermarktung ernst nehmen, müssen wir uns auffaffen, daß wir die Gewerbeordnung novellieren. Es ist doch nicht sinnvoll in der Direktvermarktung, wenn ein Bauer hergeht und seine Wurst einfüllt, gleich wie ein Fleischhacker. Und daß der Fleischhacker ihn dann anzeigt wegen Geschäftsstörung. Oder daß er sein Hausgebäck so formt wie der Bäcker, dann wird er auch wegen Geschäftsstörung eingeklagt. Das ist unverständlich, sehr geehrte Damen und Herren, im Buschenschankbereich wird dem Buschenschänker das warme Würstel auf Grund dieser Gewerbeordnung nicht genehmigt. (Abg. Schrammel: „Das stimmt nicht!“) Das muß er zuerst kochen, dann muß er es in den Kühlschrank hineingeben, muß es abkühlen, und dann darf er es erst dem Gast geben. Solche Hemmnisse können wir nicht brauchen, und daher die Bitte an die Bauernbundfunktionäre, arbeitet mit, die Gewerbeordnung im Interesse der Direktvermarkter zu novellieren.

Ich muß aber auch eine Erfolgsmeldung einbringen. Und das ist jetzt wieder das Beispiel, was mein Kollege Schrammel gesagt hat, das stimmt nicht, und das ist dumm, was der Zellnig sagt. (Abg. Schrammel: „Das habe ich nicht gesagt!“) Wir haben am 18. Oktober 1988 einen Antrag gestellt, der in dieser Sitzung behandelt wird. Wir haben einen zweiten Antrag am 9. Mai 1989 gestellt, wo wir, die SPÖ in diesem Haus, verlangen, daß das fiktive Einkommen bei den 19 Grenzgemeinden von 200.000 Schilling auf 350.000 Schilling angehoben werden soll. Wir haben in diesem Antrag verlangt, daß die Antragstellung nicht mehr bei der Bezirksbauernkammer, wo die Bauern 20, 30 Kilometer fahren müssen, sondern daß der Antrag auf der Gemeinde gestellt wird. Das Dumme hat die SPÖ hier im Landtag gefordert, und dieses Dumme ist in den neuen Richtlinien berücksichtigt worden. (Abg. Kammlander: „Die Kammer muß das begutachten!“) Dann kann es eigentlich nicht so dumm gewesen sein, wie ihr es darstellt, sondern es ist eine sehr positive Maßnahme gewesen. Wir Sozialisten sind die Vordenker in der Agrarpolitik, wir haben über ein Jahr gebraucht, bis wir auch euch von einer solchen positiven Veränderung überzeugen konnten. Jetzt ist es gegangen. (Abg. Buchberger: „Das hat man vorher in der Kammer mit deiner Zustimmung beschlossen, und dann hast du im Landtag den Antrag gestellt!“) Nein,

nein, da haben wir nichts beschlossen, Herr Präsident Pörtl! Herr Präsident, da haben wir nichts beschlossen! Das nächste Beispiel – und da lade ich Sie recht herzlich ein. Es wird ja soviel geredet von den Nebenerwerbsbauern. Die Nebenerwerbsbauern, das sind die wichtigsten innerhalb der Bauernschaft. Ein Beispiel: Sehr geehrte Damen und Herren! Was kann ein Dirndl dafür, das sich in einen Eisenbahner verliebt und sie einen Betrieb hat, weil sie nicht den Nachbarbuben heiratet? Heiratet sie den Eisenbahner, dann ist sie eine Nebenerwerbsbäuerin. Was kann ein Bauernsohn dafür, der sich in eine Lehrerin verliebt, und sobald er seine Lehrerin geheiratet hat, ist er ein Nebenerwerbsbauer. Ja, mit allen Nachteilen. Dann ist der fiktive Einheitswert da, dann schmeißen wir ihn von der Förderung hinaus. Das ist doch die ökosoziale Agrarpolitik. Ich bin ein Anhänger, sehr geehrte Damen und Herren, daß wir im landwirtschaftlichen Bereich, in der landwirtschaftlichen Familie genauso wie in der anderen Familie, daß man hier in der Landwirtschaft auf die zwei beruflichen Tätigkeiten als solche anerkennen (Abg. Kammlander: „Bravo!“), und daß man von der Bezeichnung „Nebenerwerbsbauer“ wekommt. (Abg. Erhart: „Blumentopfbauern haben sie früher gesagt!“) Ich sage noch ein Beispiel: Ich habe noch nie gehört, wenn ein Professor eine Professorin geheiratet hat, haben sie zwei Einkommen in einer Familie, dadurch ist er ein Nebenerwerbsprofessor geworden. (Abg. Pörtl: „Alte Hüte!“ – Beifall bei der SPÖ.) Ich habe eigentlich noch nie gehört, wenn ein Schlosser eine Friseurin geheiratet hat, daß er dann ein Nebenerwerbsschlosser geworden ist.

Sehr geehrte Damen und Herren! Benachteiligt wird der Nebenerwerbsbauer nur in der Landwirtschaftskammer. Sobald der Bauer in einen Betrieb arbeitet geht, ist er im Arbeitsrecht, Sozialrecht, Urlaubsrecht gleichgestellt mit den anderen Arbeitnehmern. Die Arbeiterkammer benachteiligt den Nebenerwerbsbauern in keiner Weise. In der Landwirtschaftskammer wird der Nebenerwerbsbauer von der Förderung ausgeschlossen, muß aber weiterhin die Kammerumlage bezahlen. Dieser Mißstand muß geändert werden. Das haben wir nicht im Hauptausschuß beschlossen, sondern das habe ich ein paarmal diskutiert. Ich habe mich gefreut, daß der Herr Präsident Pörtl bei einer letzten Veranstaltung im Grenzland – das hat nichts mit Vaterschaftsprozeß zu tun – genau die Abschaffung der Bezeichnung „Nebenerwerbsbauer“ gefordert hat, was ich vorher in der Vollversammlung zur Diskussion gestellt habe. (Abg. Pörtl: „Ich war in den siebziger Jahren für die Nebenerwerbsbauern. Da habe ich kein Problem!“) Das ist wieder ein Beweis dafür, daß wir die Vordenker sind. (Beifall bei der SPÖ.)

Ja, sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte jetzt auch zu den offenen Grenzen im Osten etwas sagen. Das deckt sich natürlich weitgehend auch mit meinem Präsidenten Pörtl. Ich bin der Meinung, daß das Grenzlandproblem, wenn wir wirklich offene Grenzen bekommen, eigentlich automatisch aufhören wird, weil es dann kein Grenzland in der jetzigen Form mehr gibt, wenn sich an der Grenze alles liberalisiert hat. Ich war vor einiger Zeit in Ungarn und habe Gelegenheit gefunden, ungarische Betriebe zu besichtigen; nicht nur die Kombinate, sondern auch die „kleinen Hauswirtschaften“. Wißt ihr, ich bin davon überzeugt, daß in

Ungarn auf Zeit gesehen das kleinbäuerliche Bauerntum überhaupt nicht möglich sein wird. Das geht nicht da unten! Die Maschinen sind nicht da, die Betriebsgebäude sind nicht da, es ist einfach nichts vorhanden. Und wenn die Privatisierung kommt, sind meine großen Befürchtungen, daß die derzeitigen Kombinate, wo 6000 Hektar Weingarten zu Kapitalgesellschaften umgewandelt werden, und dann haben wir mit den Ungarn, mit diesen Großbetrieben, Herr Präsident, das gleiche Problem wie mit den Großbetrieben in Holland. Aber ich glaube, daß sich in der Form etwas ändern wird, daß sich unter Umständen die finanziellen Löhne anpassen werden und daß es da dann das sogenannte Billigprodukt nicht geben wird.

Ja, der Herr Präsident Pörtl – und das beweist seine Lernfähigkeit – hat auf Grund meines letzten Interviews, auch der Bauernbund wurde dadurch aufgeschreckt, gesagt: „Nicht nur EG, sondern auch GATT bringt große Probleme für die Landwirtschaft.“ Und ich muß sagen, ich habe die Äußerung von eurem Bauernbundpräsidenten Nationalrat Schwarzenberger nicht verstanden – Kollege Pörtl, du bist ja sein Stellvertreter –, daß ihr durch ganz Österreich zieht und sagt: „Europavertrag, EG-Anschluß, Marktordnung, Kollektivvertrag.“ Ich vertrete die Meinung, ihr lullert die Bauern damit ein. Es ist notwendig, daß die Bauernschaft mit der Veränderung im internationalen Zoll- und GATT-Übereinkommen aufgeklärt werden muß. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Kammlander: „Bravo!“)

Ich bin der Meinung, sehr geehrte Damen und Herren, der Landwirtschaftsminister muß sich bei diesen Verhandlungen einschalten. Es geht um sehr vieles. Uns muß es gelingen klarzumachen, daß unsere produktionsungebundenen Direktzahlungen als solche auch anerkannt werden. Es geht darum, daß unsere Vorleistungen durch Rücknahme von der Produktion bei diesen Verhandlungen eingehen, und es geht darum, sehr geehrte Damen und Herren, wenn mit 1. Jänner 1991 dieser veränderte Vertrag in Kraft tritt, daß der österreichischen Landwirtschaft lange Übergangszeiten für die Anpassung der neuen Bedingungen gewährt werden. (Abg. Pörtl: „Glaubst du nicht, daß die Bundesregierung da hineinspringt? Sie wird den Landwirtschaftsminister vorschicken!“) Der Landwirtschaftsminister hat bis jetzt überhaupt nichts gemacht und die Landwirtschaftskammer auch nicht. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Schrammel: „Da gibt es ein Koalitionsübereinkommen!“ – Präsident Dr. Kalnoky: „23 Minuten!“)

Sehr geehrte Damen und Herren, ich habe schon zuerst gesagt, daß die SPÖ und insbesondere die SPÖ-Bauern – und auf das bin ich schon ein bißchen stolz – die sogenannte Vordenkerrolle in der Agrarpolitik haben. (Beifall bei der SPÖ. – Allgemeine Heiterkeit.) Jetzt nicht nervös sein! (Abg. Buchberger: „Da lacht der Zellnig auch!“) Sehr geehrte Damen und Herren, man kann nicht etwas in den Raum stellen, wenn man nicht in der Lage ist, das zu beweisen, dann ginge es mir so wie dem Abgeordneten Dr. Lopatka gestern oder vorgestern. Ich beweise Ihnen und fordere Sie auf, mich zu berichtigen, wenn es nicht stimmt:

Wir haben im Jahr 1972 die Direktzahlung in Österreich unter einer sozialistischen Alleinregierung eingeführt. Eure Argumente sind gewesen: Tabakgeld.

Diese Direktzahlung ist heute nicht österreichische, sondern internationale Agrarpolitik; die Vordenkerrolle der SPÖ-Bauern, wo ihr über 16 Jahre gebraucht habt, das zu erkennen. (Beifall bei der SPÖ.)

Herr Präsident Buchberger, jetzt muß ich dich als Kollegen ansprechen. Vor fünf Jahren – das ist nachlesbar, auch in diesem Haus – habe ich den Ausdruck geprägt: „Weniger ist mehr!“ (Abg. Buchberger: „Das war für mich seit Jahrzehnten ein Grundsatz. Für einen normal denkenden Menschen ist das normal!“) Das war für dich ein Schock! (Abg. Schrammel: „Weniger sozialistisch ist immer mehr!“) Und heute ist es das Schlagwort des ganzen Bauernbundes, was vor fünf Jahren die Sozialdemokraten in diesem Haus, die Sozialisten und die SPÖ-Bauern, als Vordenker der Agrarpolitik eingebracht haben.

Nächstes Beispiel (Abg. Grillitsch: „Vor fünf Jahren warst du noch Sozialist!“ – Abg. Trampusch: „Er ist es immer noch!“) als Vordenker in der Agrarpolitik: (Abg. Schrammel: „Heute ist er Sozialdemokrat!“) Wir fordern, sehr geehrte Damen und Herren, die Abschaffung der Produktivitätsförderung, und daß dieses Geld als Direktförderung für die Betriebe umgeschichtet wird. Da streiten wir noch miteinander, aber wir haben recht. (Abg. Pörtl: „Gerade vorher hast du das Gegenteil gesagt!“) Sei nicht so nervös!

Wir fordern als Vordenker – und da werde ich nicht mehr im Haus sein, da werdet ihr es dann diskutieren –, daß die Entscheidung in der Landwirtschaft wieder zurück zu den Bauern kommen muß, daß wir von der Bauernverwaltung wegkommen. Und da habe ich schon einen festen Mitstreiter: Der Landwirtschaftsminister Fischler hat am Parteitag gesagt, er braucht auf Zeit gesehen findige Bauern. (Abg. Pinegger: „Sehr richtig!“) Zum Schluß hat er gemeint, daß er fündige Genossenschaften braucht. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Buchberger: „Du mußt nicht Mitglied einer Genossenschaft sein. Mußt ja nicht!“)

Sehr geehrte Damen und Herren, jetzt komme ich schon zum Schluß: Wir brauchen in der Landwirtschaft (Abg. Buchberger: „Jeder kann, keiner muß!“) standespolitische Vertreter. (Abg. Schrammel: „Bist du mehr Bauer oder Eisenbahner?“) Ja, ich bin ein Nebenerwerbsbauer. Ich bin jener Vertreter von fast 70 Prozent der Bauern, die ihr nur bei der Wahl braucht und unter der Zeit gar nicht zur Kenntnis nehmen wollt. Das bin ich. (Beifall bei der SPÖ.)

Sehr geehrte Damen und Herren, wir brauchen, – (Abg. Pörtl: „Das glaubst du wirklich selber nicht!“) Kollege Schrammel hat es ja gesagt, nicht ich. Halt dich nicht auf! Rede mit ihm! – in Zukunft standespolitische Vertreter, die nicht die Doppelfunktion haben, unter Tags für den Be- und Verarbeitungsbetrieb, die Genossenschaften, zu reden (Abg. Buchberger: „Das ist ein alter Schmah von dir, den kennt jeder!“), von denen sie gut bezahlt werden, und am Abend dann zu den Bauern hinauszugehen und zu versuchen, die Bauern einzulullern. Diese Funktionen müssen auf Zeit getrennt werden. Und, sehr geehrte Damen und Herren, ich habe nur ein Exemplar für Präsident Landtagsabgeordneten Pörtl da. (Präsident Dr. Kalnoky: „Herr Abgeordneter Zellnig, Sie haben noch zwei Minuten Zeit!“) Der letzte Satz.

Wir, die SPÖ-Bauern im Schoß der Sozialistischen Partei in Österreich, wie du es gerne hast, Grillitsch, haben ein Konzept erarbeitet: „Die neue Landwirtschaft im Jahr 2000.“ Es ist nachlesbar. Jeder, der es haben will, kann es haben. Für dich, Herr Präsident, habe ich ein Exemplar mitgenommen. (Abg. Pörtl: „Habe ich schon!“) Und jetzt ganz zum Schluß – (Abg. Schrammel: „Noch einen Zentimeter!“) Ich habe mich in diesem Haus schon ein paarmal bemüht, Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller, es mag schon sein, daß das, was ich sage, nicht unbedingt in das Konzept des ÖVP-Bauernbundes hineinpaßt. Aber glaube mir, Herr Landesrat, ich habe aus innerer Überzeugung und innerer Überlegung mich bemüht, Probleme aufzuzeigen. Mir hat es das letzte Mal schon ganz fürchterlich weh getan, wie du argumentiert hast, der Zellnig ist polemisch, weil ich mit den Zahlen vom „Grünen Bericht“ mein Referat aufgebaut habe. Meine Gegenfrage ist: Bin ich polemisch oder der gesamte „Grüne Bericht“? Vielleicht ist es heute auch wieder so weit, daß gesagt wird, der Zellnig ist polemisch. Ich habe ehrlich versucht, die Agrarpolitik aus der Sicht der Bergbauern darzustellen. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 12.15 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Kammlander. Ich erteile es ihr.

Abg. Kammlander (12.15 Uhr): Frau Präsident! Meine Damen und Herren!

Zum Milchwirtschaftsfonds und zur Marktordnung möchte ich nur ganz kurz etwas sagen. Wir wissen, daß die Marktordnung notwendig ist und daß der Milchwirtschaftsfonds erneuerungsbedürftig ist. Ich hoffe, daß dieser Untersuchungsausschuß im Parlament, in dem auch mein grüner Kollege Andreas Wabl sitzt, nicht nur zur wechselseitigen Vergangenheitsbewältigung dient, sondern daß auch Grundlinien für eine neue Marktordnung dabei herauskommen.

Zur eigentlichen Landwirtschaft: Vorerst ein Blick über unsere steirischen Grenzen hinaus. Der Herr Kollege Zellnig hat schon darauf hingewiesen. Mit dem Jahr 1990 steht den österreichischen Bauern ein Jahr weitreichender Entscheidungen auf internationaler Ebene bevor. Und innerhalb des GATT scheinen sich jetzt diejenigen Länder durchzusetzen, und vor allem die USA, Argentinien und Australien, die jegliche Agrarpreisstützungen ablehnen, und für Lebensmittel sollen alle Zollschranken fallen. Und hinter dieser sogenannten Handelsfreiheit, hinter diesem Verbot jeglichen Agrarprotektionismus versteckt sich natürlich der Wunsch nach dem ungehinderten Zugang oder Zutritt zu den europäischen Lebensmittelmärkten. Und Österreich als GATT-Mitglied wäre um eine Freiheit ärmer, und die Durchsetzung von ökosozialen Standards, von dem wir jetzt dauernd reden, in der österreichischen Agrar- und Ernährungsmittelproduktion erscheint dann unter diesem Druck der GATT-Freiheiten fast unmöglich. Mit dem Etikett „ökosozial“ wurde ja auch der Brief nach Brüssel geschickt. Und trotz der Ablehnung seitens einer Mehrheit der Bäuerinnen und Bauern, die angesichts dieser „Wachsen-oder-weichen“-Agrarpolitik der Europäischen Gemeinschaft um ihre Existenz bangen müssen. Und auch hier wird ein Restposten

„Politik“ von den Agrarverantwortlichen zweiter Qualität wahrheitswidrig als ökosozial angeboten, und ein Vergleich sei mir in diesem Zusammenhang erlaubt. Ein Lebensmittelhändler würde Äpfel zweiter Qualität als Bioäpfel zum Verkauf anpreisen, und dann würde er auch dementsprechend angezeigt werden. Wie gesagt, im Jahr 1990 werden sowohl die Bauernvertreter in Österreich als auch in der EG die Möglichkeit erhalten, zu beweisen, ob sie jetzt die Interessen der Bäuerinnen und Bauern in Österreich europaweit vertreten oder diese verteidigen und so den Anspruch dann auch auf eine eigene ökosoziale Agrarpolitik wahren können. Und ob sie den Anspruch auf gesunde Lebensmittel und auf gesundes Trinkwasser, auf nachhaltige Bewirtschaftung der Böden und den Anspruch derer, die dann dieses Land bearbeiten, auf angemessenen Lohn für ihre Arbeit, den Banken und der Industrie quasi als Wechselgeld in den GATT-Verhandlungen opfern. Und gibt es jetzt eine Änderung im steirischen Agrarbudget gegenüber dem Vorjahr? Wenn wir die Einkommensstatistik für die steirischen Bäuerinnen und Bauern anschauen, so ergibt sich laut „Grünem Bericht 1988“ ein schon gewohntes Bild: Das Gros der in der Steiermark wirtschaftenden Bäuerinnen und Bauern erwirtschaftet ein landwirtschaftliches Einkommen pro Arbeitskraft, das unter dem Bundesmittel liegt. Ausnahmen sind flächenstarke Ackerbaubetriebe im südöstlichen Flach- und Hügelland und walddreiche Betriebstypen in den Bergregionen, die überschreiten dann diese Werte. Und das vor allem bei flächenschwachen Betrieben in der Südoststeiermark und Weststeiermark, aber auch in den Bergregionen, manche schon an der Armutsgrenze liegend. Es darf auch nicht vergessen werden, daß gerade diese Statistiken im „Grünen Bericht“ so manches Einzelschicksal überhaupt gnädig hinter den Durchschnittswerten verstecken. Die Aufstockung der Mittel für Direktzuschüsse bäuerlicher Betriebe im Grenzland und für Kleinbauern auf 13 Millionen Schilling aus dem Landesopf plus 13 Millionen Schilling aus dem Bundesbudget ist im Lichte dieser Entwicklung ja wirklich eine Notwendigkeit. Und sozial bedeutet auch für uns, jenen, die schwer arbeiten aber eben unter Bedingungen, wie etwa kleine Betriebsgröße und ungünstiges Gelände, über Direktzahlungen zu einem angemessenen Lebensstandard zu verhelfen. Und wenn man der Statistik dieses „Grünen Berichtes“ auch glauben darf, hat das Familieneinkommen pro Arbeitskraft bei kleinen Weinbauern in der Südsteiermark 5417 Schilling im Monat betragen. Und durch den Direktzuschuß des Landes von – nehmen wir jetzt an – 6000 Schilling im Jahr erhöht sich dann das monatliche Einkommen um maximal 500 Schilling. Und um diese 500 Schilling Monatszubüße – müssen sich die Empfänger denken –, für das erhalten sie die Kulturlandschaft und bieten auch neuerdings ein Ambiente für Filmaufnahmen. Und ebenso erhält es sich mit der ökologischen Orientierung des Direktzahlungsprogrammes. Das Ziel soll sein – darunter verstehen wir Grün-Alternative – der ökonomische Anreiz und daß das naturgemäße Wirtschaften attraktiver gemacht wird. Und die Landwirtschaft nach industriellem Muster soll da überhaupt nicht unterstützt werden. Wir meinen, daß die Grünlandprämie von 800 Schilling pro Hektar derzeit noch keinen Kleinbauern davon abhalten wird, auf einer erosionsgefährdeten, aber gerade noch mit Maschinen

zu bearbeitenden Fläche von Ackerland auf Grünland umzusteigen. Dazu ist der Betrag in jedem Fall zu gering, um den Deckungsbeitragsunterschied auszugleichen. Und es ist schon eher die Einsicht der einzelnen bäuerlichen Menschen, der wir es zu verdanken haben, daß noch nicht die letzten Leuten umgepflügt sind. Und in diesem Sinne beurteilen wir auch die Direktförderung für biologisch wirtschaftende Betriebe. Betriebe, die nach den Codexrichtlinien für biologische Produkte wirtschaften, sehen sich – und das ist fast einzigartig – damit konfrontiert, daß sie die Nachfrage der Konsumenten nicht befriedigen können. Und sie belasten weder Boden noch Grundwasser mit Agrarchemikalien. Schaffen also durch ihre Wirtschaftsweise keine externen Kosten. Und was liegt dann näher, als diese Bauern auch dementsprechend zu fördern und ihren Umstieg auf diese biologische Wirtschaftsweise zu unterstützen? Und wir meinen, daß die Mittel gerade in diesem Bereich konzentriert werden müssen und daß offensiv auch neue Mittel lockergemacht werden müssen. Wir haben anlässlich einer Herbstpressekonferenz bereits unsere Vorstellungen präsentiert. Unser konkreter Vorschlag lautet: Für Betriebe, die sich verpflichten, biologisch anzubauen, für das erste bis vierte Hektar gestaffelt 5000 Schilling pro Hektar, aber das nur vier Jahre lang. Für einen größeren Betrieb zwischen vier und zehn Hektar 2500 Schilling pro Hektar, aber drei Jahre lang.

An diese Förderung ist die Bedingung geknüpft, sich zehn Jahre an die Bestimmungen, die das österreichische Lebensmittelrecht für Produkte aus Biolandbau vorsieht, zu halten.

Vor einigen Wochen fand auf der Grazer Universität eine Diskussion unter dem Titel „Wie grün sind die Bauern?“ statt. Dort wurde auch einiges aus dem steirischen ökosozialen Weg dargestellt. Um sich nicht allzusehr der genauen Analyse auszusetzen, wurden nur jene Beispiele angeführt, wo es in der Steiermark gelungen ist, schon modellhaft etwas zu verändern oder modellhaft umzusteigen. Wir kennen die Modellbeispiele vor allem im bäuerlichen Familienbetrieb oder auch „Porki“ und „Almfleisch“ und das „Wildhendl“ und Kräuter und Gemüse. Aber ich behaupte hier, im Verhältnis zur Gesamtproduktion sind wir noch sehr weit von dieser sogenannten „grünen Landwirtschaft“ entfernt. Das wird meinen Kollegen Pörtl etwas ärgern, wenn ich behaupte, die Frage „Wie grün sind die Bauern?“ würde ich so beantworten: Sie sind im Moment noch sehr schwarzgrün und von saftiggrün noch weit entfernt.

Ich weiß nicht, wieviel Zeit ich noch habe. (Abg. Buchberger: „Es gibt viele Bauern bei uns im Land, die waren schon immer viel grüner als Sie. Auch in der Praxis und Realität, nicht nur von den Sprüchen her!“) Das glaube ich kaum! (Abg. Buchberger: „Immer schön bei der Wahrheit bleiben!“) Ich glaube, zwischen grün und grün gibt es wirklich ein breites Spektrum, und ich gestehe Ihnen schon zu, daß es einige gibt (Abg. Schrammel: „Und tun Sie nicht schwarzmalen!“), die sich von der Düngemittelberatung oder von sonstwelchen Institutionen nicht beeinflussen haben lassen.

Ich möchte noch kurz auf eine Exkursion, die ich im September nach Friaul gemacht habe, hinweisen. Hier versucht wirklich eine ganze Region – und mein

Kollege Zellnig war ja vor einer Woche beim zehnjährigen Jubiläum dieser Genossenschaft auch mit in Gemona; er kann das vielleicht bestätigen –, und zwar seit dem Erdbeben 1976, auf biologischen Landbau umzustellen. Und nicht nur Bäuerinnen und Bauern, sondern auch engagierte Bürger in diesem Bereich haben damals versucht, den Gemüse- und Getreideanbau umzustellen und in letzter Zeit auch die Fleischproduktion. Die Mitgliedsbetriebe dieser Genossenschaft sind darüber hinaus auch äußerst effektiv bei der Verwertung und Vermarktung ihrer Produkte, und es gehört für diese Kooperative zur Selbstverständlichkeit, daß die Bauern auf Märkten, in Geschäften und in Supermärkten mit ihren frischen Waren vertreten sind. Auch Pflanzen aus eigener Anzucht werden an die Mitgliedsbetriebe in der ganzen Region Friaul angeboten und auch an private Gartenbesitzer verkauft. Es geht hier um Rückzüchtungen auf alte Pflanzensorten, die ja besonders für die Region gedacht sind. Die Region Friaul ist ja schon alpin, auf der anderen Seite kommt aber der Wind noch vom Meer. Sie haben 2000 Millimeter Niederschlag. Man muß sich das vorstellen, das ist eine ganz besondere Region.

Diese Kooperative – angeschlossen sind 300 Bauern und 120 echte Mitglieder – garantiert gesunde und widerstandsfähige Ernteprodukte ohne den Einsatz „chemischer Keulen“.

Und wie die Region Friaul als autonome Region in Italien auch mit ihren Biobauern umgeht, auf das möchte ich noch kurz hinweisen: Es gibt neue Vorschläge, eine gesetzliche Regelung in Friaul zu beschließen, die die Qualitätskriterien regional für landwirtschaftliche Produkte festlegt. Ich weiß, in Österreich wird das über das Lebensmittelgesetz geregelt, aber hier versucht auch die Region, ihren Bauern entgegenzukommen. Die Förderung wird genau auf diese Qualitätskriterien abgestimmt, es gibt also eine Hektarförderung, und diese Richtlinien für die Förderung beginnen schon bei der Pflanzenanzucht und enden bei der Verpackung. Das heißt, in Friaul ist es entscheidend, wie und auf welchen Böden angebaut wird, wie die Pflanzen und Lebensmittel behandelt werden, wie sie geerntet werden – das ist ganz wichtig auch beim Wein –, wie sie weiterverarbeitet werden, wie der Fruchtanteil im Endprodukt zum Beispiel ist, wie verpackt wird. Es wird sogar alles mehrsprachig etikettiert, damit auch die Möglichkeit in der Region besteht, diese Waren an Fremdenverkehrsbetriebe und an Touristen zu verkaufen. Das Geschäft in Udine hat alle Waren in deutsch und italienisch angeschrieben, um auch den Gästen, die dort hinkommen, die Waren anzubieten. Dafür gibt es dann ein regionales Diplom, und die Betriebe sind natürlich dann auch von Landesseite dementsprechend qualifiziert.

Damit entsteht hier in der ganzen Region ein sehr starkes Produkt- und Qualitätsbewußtsein innerhalb der heimischen Bevölkerung, und ich glaube, das ist es, was wir in der Steiermark auch brauchen. Wir können nicht nur – es wird immer lauter – einzelne Bauern immer modellhaft herausheben und sagen: Der und dort und in Sankt Marein und dort gibt es einen. In Wirklichkeit ist das so auf die ganze Region verstreut, daß wir uns eigentlich noch nicht durchgerungen haben, zum Beispiel das Leibnitzer Feld in eine solche Region umzubauen. (Glockenzeichen der Frau Präsi-

dent Dr. Kalnoky: „Ich bitte um etwas Ruhe!“) Obwohl wir die großen Probleme im Leibnitzer Feld mit dem Grundwasser haben, wird hier jetzt auch von den Vertretern innerhalb der Kammer noch nicht versucht – die Kammer als riesiger personalintensiver Komplex – (Abg. Buchberger: „Wir haben nur so viele Leute, wie wir unbedingt brauchen. Wir haben Konsulenten, die die biologischen Bauern betreuen!“) Herr Kollege Buchberger, ich hätte gerne einmal gewußt, wie das Verhältnis ist, wer normal oder konventionell anbaut und wie viele biologisch anbauen und wie diese beraten werden. Inzwischen ist der Halbtagsposten auf einen Ganztagsposten erweitert worden. Wie viele Beschäftigte haben Sie? 300, 400, 500? (Abg. Buchberger: „Ich kann das momentan nicht aus dem Ärmel beuteln, aber Präsident Pörtl kann Ihnen am Nachmittag die Zahlen zur Verfügung stellen!“) Gehen wir einmal davon aus, daß die Zahl zwischen 300 und 500 irgendwo stimmt. Ich habe sie letztesmal wo nachgelesen, aber ich habe sie jetzt im Moment nicht im Kopf. Auf jeden Fall sind es mehrere hundert Beschäftigte innerhalb der Kammer, und ein Dienstposten ist für die Beratung für biologischen Landbau zuständig. Kann sein, daß es einige Konsulenten auch noch gibt (Abg. Buchberger: „Hauptverantwortlich!“), aber das Verhältnis allein zeigt schon auf, wie ernst Sie genau diese Beratungstätigkeit nehmen. (Abg. Pörtl: „Es gibt keine ökologische Steuer- und Rechtsberatung!“) Aber, lieber Kollege, wenn ihr von ökosozial bei jeder Gelegenheit und Ungelegenheit spricht, dann müßt ihr aber auch die Leute dafür hergeben. (Abg. Pörtl: „Daß der Weg dorthin geht, ist keine Frage!“) Ich bin eh schon fertig. (Glockenzeichen der Frau Präsident.)

Ich behaupte, wir brauchen in Österreich einen neuen Gesellschaftsvertrag zwischen Konsumenten und Produzenten. Wir brauchen damit auch keinen besonderen Schutz vor ausländischen Produkten. Wir brauchen uns nicht so fürchten, wenn sich die Konsumenten und die Produzenten einig sind, welche Qualitätskriterien sie an die Produktionsweise und an das Produkt stellen, dann wird uns in Zukunft am österreichischen Markt für landwirtschaftliche Produkte auch nichts passieren können. Danke. (12.34 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Wir unterbrechen die Sitzung auf eine halbe Stunde. Um ein Uhr nehmen wir die Sitzung wieder auf. (Unterbrechung der Sitzung von 12.43 bis 13.05 Uhr.)

Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Weilharter. Ich erteile es ihm.

Abg. Weilharter (13.05 Uhr): Frau Präsidentin, meine geschätzten Damen und Herren!

Im Vorjahr war die Agrardebatte von der Sorge um die Entwicklung der Landwirtschaft in Richtung europäischem Binnenmarkt gekennzeichnet. Die Budgetredner aller hier vertretenen Parteien zur Gruppe 7, Landwirtschaft, haben sehr deutlich ihre Bedenken formuliert. Jeder hat angekündigt, daß er im Sinne der Bauern und der Landwirtschaft sich bemühen wird, sich einsetzen wird, damit das Bauernsterben nicht weitergehen kann und damit das Bauernsterben nicht in der EG fortgesetzt wird. Es waren sogenannte

Rüttschwüre. Trotzdem stehe ich aber nicht an zu sagen, daß hier im steirischen Landtag man sich sehr wohl in dieser Vorbereitungsphase sehr ernste Gedanken und Sorgen gemacht hat, um unsere steirischen Bauern. Ein Beweis dafür ist das steirische Weinbaugesetz, und da bin ich dem Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Schaller und auch der Mehrheitspartei sehr dankbar, daß man in diesem Bereich Einigkeit erzielt hat und daß wir es gemeinsam beschließen dürfen. Das bestätigt aber einmal mehr für mich, daß von allen Parteien, von allen Agrarsprechern der Wille kundgetan worden ist, und es sollte ein Signal sein für viele Bereiche der Landwirtschaft, die noch reformbedürftig sind in Richtung EG. Und wenn heute der Herr Präsident Pörtl gemeint hat, daß der ökosoziale Weg der Meilenstein im europäischen Agrarsystem sein wird, so kann ich dem noch nicht sehr viel abgewinnen, denn zur Zeit ist dieser ökosoziale Weg nur am Papier vorhanden. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Die meisten verstehen, was das ist!“) Die Sorgen der Bauern, Kollege Dr. Eichinger (Abg. Grillitsch: „Gibt es keine Versicherung dabei!“), die Sorgen der Bauern sind andere. Ich verstehe schon jene Bauern, mit denen du redest. Die werden dir natürlich etwas anderes sagen. Aber wenn du mit den steirischen Bauern redest, wirst du das zur Kenntnis nehmen müssen. Die Sorgen der Bauern sind einmal die Frage der Milchwirtschaft. Die steirische Landwirtschaft wie auch die österreichische Landwirtschaft war bereit, die Überschußproduktion in den Griff zu bekommen, und auf Anraten und Empfehlung des damaligen Landwirtschaftsministers und heutigen Vizekanzlers wurden die Liefermengen freiwillig um rund 10 Prozent zurückgenommen, und gleichzeitig wurde den Bauern die Hoffnung gemacht, daß dafür die allgemeinen Absatzförderungsbeiträge abgeschafft werden. Die Rücknahme ist erfolgt. Das bestätigt mir, daß die Bauern sehr wohl am wirtschaftlichen Überleben interessiert und bemüht sind, aber die Abschaffung dieses Absatzförderungsbeitrages ist nicht erfolgt. (Abg. Buchberger: „Nicht ganz!“) Ist nicht erfolgt! (Abg. Buchberger: „Nicht ganz!“) Weiters, lieber Herr Kollege Buchberger, beschäftigt – (Abg. Buchberger: „Die Rücknahme muß von jemandem bezahlt werden, wie du weißt!“) Richtig, und das muß von jemand bezahlt werden, und ich darf auch den Hinweis geben, wer es bezahlen soll. Weiters beschäftigt unsere Bauern natürlich unsere Fondswirtschaft, und das zu Ende gehende Jahr hat ja bestätigt, daß im österreichischen Milchwirtschaftsfonds eine Milliarde Schilling an Bauerngeld liegen. Daraus könnte man diesen Absatzförderungsbeitrag, diese Rücknahme, leicht finanzieren. Und darüber hinaus war es notwendig, in dieser Causa einen Untersuchungsausschuß einzusetzen, dem Ihre Vertreter auf Bundesebene nicht sehr gerne, nur zögernd, zugestimmt haben. Mag schon sein, daß der 27. September in Wien, die Demonstration vor dem Landwirtschaftsministerium, den Gesinnungswandel bewirkt hat. Ich bin sehr froh darüber, daß auch dieses Pfründertum durchleuchtet wird. (Abg. Grillitsch: „Ich auch!“) Aber jetzt wieder zurück in die Steiermark, lieber Kollege Grillitsch.

Weil der Kollege Pörtl gemeint hat im Grundtenor seiner Ausführungen heute, in der steirischen Landwirtschaft ist alles eitel und Wonne. (Abg. Pörtl: „Das habe ich nie gesagt!“) Ich habe am 28. November von einem steirischen Obstbauern aus dem Bezirk Hart-

berg einen Brief erhalten. Der teilt mir die Sorge mit, daß es im Jahre 1988 im steirischen Obstbau im Wechselgau im Bezirk Hartberg zu folgender Entwicklung gekommen ist. Auf Grund des fruchtbaren und auf Grund der guten Produktion im Apfelbereich waren Überschüsse vorhanden. Diese Überschüsse konnten nicht auf den Markt gebracht werden, da der Bedarf nicht so groß war. Daher mußte eingelagert werden. Diese Einlagerung hat folgendes bewirkt, daß die dortige Verwertungsgenossenschaft sich bereiterklärt hat, die Lagerkapazität angeboten hat, dafür 2 Schilling und 2 Groschen verrechnet hat, den Bauern dann aus dem Erlös 1,90 Schilling refundiert hat. Das heißt, daß 12 Groschen Verlust für diese Einlagerung bezahlt werden mußten, obwohl Bund und auch Land – Land im geringen Anteil, aber Bund 16 Millionen Schilling – für diese Einlagerung zur Verfügung gestellt haben. Ich würde bitten, und es ist nach meinem Dafürhalten diese Entwicklung in diesem Bereich auch etwas aufklärungsbedürftig. (Abg. Fuchs: „Das kommt auf die Qualität an!“) Lieber Kollege Fuchs! Die Qualität ist mir auch bekannt, er schreibt das sehr genau. Das war die Qualität II. Klasse. (Landesrat Dipl.-Ing. Schaller: „Gehört nicht ins Lager!“ – Abg. Fuchs: „Der gehört nicht eingelagert!“) Die gehört nicht eingelagert, das wissen wir alle. Aber die Verwertungsgenossenschaft hat sich bereiterklärt, es zu tun, und auf Kosten der Bauern. Ich sage es deshalb, lieber Herr Kollege Pörtl, ich habe mir das ja erwartet, weil auch unser Agrarsystem und unser steirischer grüner Riese in diesem Bereich sicherlich transparenter arbeiten sollte und ein bißchen durchleuchtet gehört.

Ein weiteres Beispiel: Der Kollege Pörtl hat in seiner Rede heute angeführt, daß es die Aufgabe ist, die Exportförderungen und die Exportstützungen durchzuführen. Auf Grund der wirtschaftlichen Situation ist es zwangsläufig notwendig, würde ich meinen, aber es kann nicht angehen, daß das Land Steiermark mit Agrarbudgetmitteln unsere Kammern finanziert und die Kammer dann als Verteiler dieser Mittel draußen agiert in einer Form, wie sie noch nie dagewesen ist. Dir ist sicher das Beispiel und der Fall bekannt. Die Libyengeschäfte bei den Rinderexporten sind geplatzt, weil die Käufer – die Libyer – nicht mehr gewillt waren, diesen Vertrag einzuhalten. Es ist bedauerenswert. Die zweite Seite, weil dieses Libyengeschäft nicht zustande gekommen ist, hat die Landeskammer für Steiermark, die Bauernkammer, erklärt. Die Landwirtschaftskammer, der Präsident Pörtl erklärt, er wird danach trachten, daß diese Rinder im Inland abgesetzt werden können – durchaus positiv, nur es wurde erstmalig aus deinem Munde eine Zusage einer Inlandsstützung getätigt. Es wurde pro Kilo die Zahl von 2,50 Schilling genannt, was bei diesem einen Exportgeschäft zwischen 500.000 und 600.000 Schilling ausmacht. (Abg. Pörtl: „Ich kann keine Zustimmung gegeben haben. Ich habe dafür kein Geld. Wer hat dir die Räubergeschichte erzählt?“) Nicht wegen der Größenordnung, lieber Herr Präsident, sondern es geht mir um die Gleichheit, um die Gleichstellung und die Chancengleichheit.

Während die inländischen Käufer und Vermarkter keine Stützungen, keine sogenannten Inlandsstützungen bekommen haben – (Abg. Prof. Dr. Eichinger:

„Nach Libyen hat die FPÖ gute Beziehungen!“) Die Inlandsvermarkter, lieber Kollege Eichtinger, haben keine Stützung erfahren, warum? Das liegt vermutlich auch im Ermessen der Bauernkammer, denn die Genossenschaft, die für den Export gestützt werden sollte und nicht exportieren konnte, wird auch im Inlandsmarkt gestützt. Das ist eine grobe Verletzung in Richtung Chancengleichheit. Wir beklagen uns alle, lieber Kollege Pörtl, daß heute der Viehabsatz sehr schwierig ist, daß wir keine privaten Viehhändler haben und daß selbst die Verarbeitungsbetriebe, die privaten Fleischhacker, sehr zu kämpfen haben. (Abg. Pörtl: „Weißt du, wieviel die Händler und wieviel die Fleischer kaufen?“) Ich weiß, daß den wesentlichen Teil oder den Gutteil die Genossenschaften kaufen, aber auch zu anderen Konditionen, weil eben diese Inlandsstützungen passieren.

Ein weiterer Punkt: Mir sticht die Budgetpost sehr deutlich ins Auge, wenn solche Machinationen passieren, daß uns die steirische Bauernkammer sehr wohl sehr viel Geld kostet. Da sind Positionen angeführt für Zuwendungen und Löhne von zirka 133 Millionen Schilling, die Förderung des Viehabsatzes – und da sind wir wieder bei diesem Punkt und bei diesem Beispiel – rund 82 Millionen Schilling, laufende Aufwendungen mit über 9 Millionen Schilling, Investitionsbeiträge mit über 3 Millionen Schilling, Förderung für den Tabakanbau mit über einer Million Schilling und ein Beitrag an den Kontrollverband. In Summe sind das 235 Millionen Schilling. Wunderbar, hört sich sehr gut an. Nur meine ich, wenn diese 235 Millionen Schilling in diese Kanäle fließen, dann tun wir unseren Bauern nichts damit, und wir können nicht sagen (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Kollege Weilharter, das kann ja nicht stimmen!“), daß dies ein Bauernbudget ist, sondern das ist ein Genossenschaftsbudget. Das ist ein reines Genossenschafts- und ein reines Kammerbudget. (Abg. Buchberger: „Was sagst du denn da?“)

Ich würde mich freuen, wenn wir in diesen Budgetansätzen auch die gleiche Entwicklung hätten wie in unserer Landwirtschaft, nämlich daß die Gelder, und wieder Pörtl zu zitieren, sinnvoll und effizient in den Höfen eingesetzt werden. Das kann ich in diesem Fall nicht feststellen, und ich habe auch versucht, das mit einem Beispiel zu belegen. (Abg. Schweighofer: „Weißt du überhaupt, wofür der Landeskontrollverband zuständig ist? Die ganze Landeszucht wäre am Boden, wenn wir das nicht hätten!“) Ich bin auch für eine Kontrolle. Lieber Kollege Schweighofer, eine Kontrolle hat auch ihren Preis, und um diesen Preis ist mir ein Kontrollverband zu teuer. (Abg. Pörtl: „Du weißt nicht Bescheid. Schau bei deiner Zunft nach, was die Versicherungsvertreter verdienen!“) Lieber Kollege Pörtl, da hast du eine leichte Vermengung, aber das ist in Summe dein Problem, mit dem du selbst fertig werden mußt. Ich meine vielmehr: Genau unter diesem Tenor, wie wir im Vorjahr hier in diesem Hause die Agrar- und Landwirtschaftsdebatte abgeführt haben, sollten wir uns gemeinsam um eigene steirische Wege bemühen. Und ich habe das Beispiel, weil ich in meinen Ausführungen fair bin, das steirische Weinbaugesetz zitiert, aber in jenen Bereichen, wo Sie nicht diese Liberalität zeigen, wo Sie nicht wollen – ob das das Genossenschaftssystem ist, das Agrar- oder Kammer-system insgesamt –, ist mir sehr wohl bewußt, daß

ich da auf Widerstand stoße. Wenn Sie aber reformwillig sind und im Sinne unserer Bauern agieren wollen, dann sind Sie auch bereit, in diesem Bereich Reformen einzuleiten, beginnend auf Bundesebene, bei der Durchforstung der Fondswirtschaft, bei der Liberalisierung unserer steirischen Kammern. Denn ich bekenne mich zur Kontrolle des Exportes (Abg. Pörtl: „Lauter Schlagworte!“) statt undurchsichtiger Stützungen. Ich bekenne mich zum freien Markt auch in der Landwirtschaft statt Monopolen und Kontingenten. Die Reduzierung der Importe ist mir wichtiger als Verhößerung inländischer Produkte (Abg. Pörtl: „Du mußt einmal bei einem Viehmarkt dabei sein!“), wo Genossenschaften den Gewinn haben und auf Sicht unsere Bauern auf der Strecke bleiben. (13.20 Uhr.)

Präsident Meyer: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Rainer das Wort.

Abg. Rainer (13.20 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich werde also sehr auf das Harmoniebedürfnis des ÖVP-Klubs Bedacht nehmen. Wenn ihr Chef fehlt, sind sie sehr unruhig. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Überhaupt nicht!“)

Hohes Haus, meine Damen und Herren, ich möchte mich mit der Frage der Genossenschaften beschäftigen. Wir haben heute eindrucksvoll von Franz Zellnig die Rolle des Vordenkers der steirischen und der österreichischen Bauernschaft erleben können. (Abg. Grillitsch: „Unsere Gewerkschafter!“ – Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Vielleicht ein Kleingärtner!“) Und ich möchte das belegen. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Das gibt es nicht. Da gehe ich jede Wette ein, du verlierst alles!“) Das läßt sich belegen, Herr Professor, es ist ganz einfach zu belegen in einem Bereich zum Beispiel: Fast auf den Tag auf eine Zeitspanne von zwei Jahren zurück, im November 1987, haben wir uns mit diesen Fragen der genossenschaftlichen Molkereien beschäftigt. Und zwar ging es damals um die Aufhebung der Rücknahmeverpflichtung für die Milchbauern. Damals hat in seiner Fähigkeit Zellnig bereits erkannt, wo die Probleme in diesem Bereich tatsächlich liegen. Er hat unter anderem die Fragen aufgeworfen, wie er sich zu Wort gemeldet hat: „Wie sieht denn überhaupt die Kapitalausstattung dieser Genossenschaften aus?“ und „Wie wird sie bewerkstelligt?“ und „Was passiert mit dem eingebrachten Kapital?“ Er hat das richtigerweise dargestellt. Es wird also unverzinst zur Verfügung gestellt, und es bleibt in dieser Genossenschaft, arbeitet dort, ohne daß der, der es einbringt, einen nennenswerten Ertrag hat. Das ist die eine Seite der Betrachtung.

Die zweite: Die viel gravierendere Frage ist: Wenn dieses Geld dafür eingesetzt wird, wird ja damit produziert. Und da zeichnet sich jetzt ja nach den jüngsten Berichten ab, daß es hier ein sehr eigenartiges System der Produktion und der Vermarktung gegeben hat und daß dieses System zu Recht verändert wird, weil hier nämlich ganz eindeutig folgendes praktiziert wurde, was etwa im Jahr 1987 im Bereich der verstaatlichten Industrie hier in diesem Haus zu stürmischen Auseinandersetzungen geführt hat, weil man die Meinung vertreten hat, daß im verstaatlichten Bereich, aber

nicht mit diesem günstigen Kapital, in einer Form gewirtschaftet wurde, wie es schlimmer nicht sein konnte – Ihre Darstellung. Daher muß das in allen anderen Bereichen anerkannt werden, daß man ganz anders zu wirtschaften hat. Nur, in Ihrem Bereich der genossenschaftlichen Molkereien war es noch viel schlimmer. Dort hat man mit dem Kapital der Bauern gearbeitet, und dort hat man so gearbeitet, daß die Produzenten, also die Verarbeiter, in ihren Genossenschaften folgendes erleben mußten: nämlich daß die Betriebe überwiegend als sogenannte Grenzbetriebe gehalten wurden, nichts verdient haben, und dann ist natürlich die Frage aufgetaucht, die heute Zellnig beantwortet hat beziehungsweise damals in den Raum gestellt, und die heute klar und offen beantwortet ist: Was geschieht denn mit diesem Mehrertrag? Wo ist denn der hingegangen? (Abg. Grillitsch: „Es wird investiert!“) Und wir wissen nunmehr, wenn man die heutige Zeitung aufschlägt, wohin er gegangen ist. 470 Millionen Schilling gingen an die Verbände ohne Arbeitsleistung – vorher gesetzlich noch gedeckt und jetzt nicht mehr gedeckt. Und das ist, bitte, schlichtweg ein Skandal – das muß man ganz eindeutig sagen –, weil hier tatsächlich jenen, die das Kapital eingebracht haben, keine Verzinsung und auch dem Betrieb keine entsprechenden Kapitalausstattungen zugekommen sind. (Abg. Buchberger: „Du brauchst nur eure Leute wie Weiß fragen. Die sitzen im Milchwirtschaftsfonds!“) Ich weiß schon, ich weiß, daß die dort sitzen. Wir sind Sozialpartner, lieber Bertl. Nur, das ist der falsche Weg gewesen. Und heute stellt sich noch etwas anderes heraus, nämlich daß da auch seit 1983 herauf über eine Milliarde Schilling – mein Vorredner hat es dargestellt, der Kollege Weilharter – angesammelt wurde. Ja, wiederum, bitte, zu Lasten der Volkswirtschaft, zu Lasten der Bauern, also der Produzenten, zu Lasten der verarbeitenden Betriebe, und es ist durchaus legitim, wenn da die Überlegung auftaucht, ob man nicht diese 20 Groschen etwa heute nachsehen könnte und dafür einsetzt und den Konsumentenpreis reguliert. Und das wird ja hoffentlich als eine Maßnahme kommen. Allein das ist Grund genug, daß dieser Ausschuß im Bundesparlament eingesetzt wurde. (Abg. Grillitsch: „Da werdet ihr noch eure Wunder erleben!“)

Ich glaube aber auch, daß man einen anderen Aspekt zu sehen hat. Es ist nämlich sehr interessant: Agrosserta, der Verband der Steirer – und übrigens, die Insider wissen es ja auf Ihrer Seite: Der Generaldirektor der Agrosserta ist der wahre Milchpapst in Österreich. Er bestimmt, wo es in dieser Branche langgeht, und er hat die Sachkompetenz. Das muß man ihm neidlos zugestehen. (Abg. Buchberger: „Stimmt nicht. Der geschäftsführende Ausschuß im Milchwirtschaftsfonds ist dafür zuständig. Schiebe nicht die Schuld zu!“) Ich weiß schon, Bertl, aber das Sagen hat er dort. Und das Sagen wirkt so, daß die Verbände diesen Erfolg gehabt haben, und er hat auch jetzt bereits wieder durch sein jüngstes Mitteilungsblatt auch diesen Erfolg entsprechend abgesichert, indem er alles das darstellt, was im Wege der Neuordnung der Milchwirtschaft zu passieren hat. Und siehe da, die Auflistung bringt genau wieder das gleiche Ergebnis. Der Ertrag – und das sagen wir heute, und wir werden es später untersuchen – wird wieder dort liegen. Er wird wieder beim Verband liegen, und er wird nicht in

den Produktionsbetrieben bleiben, und er wird nicht an die Bauern gehen. Das ist das Erschreckende, und der Konsument wird wieder nicht jene Vorteile haben, die hier zu erwarten sind. Außer man kann das entsprechend kontrollieren, regulieren und entsprechend eingreifen. Und wie sind die Auswirkungen noch? Das ist die eine Seite, die trifft die Bauern, die trifft die Konsumenten. Ich möchte jetzt aber auch die andere Seite sehen, jene der Arbeitnehmer. Sie wissen ja, es gibt von der TU München, von Dr. Heisch, eine Strukturanalyse, die ist zumindest so grauslich wie seinerzeit Booz-Allen oder wie McKinsey, und auch die zeigt, daß – wenn das Wirklichkeit wird, was dort nachlesbar ist, Hohes Haus, mein Damen und Herren – es dann in der Milchwirtschaft in der Steiermark noch wesentlich finsterner aussieht als im Bereich der verstaatlichten Industrie! Nur mit jener Auswirkung, wie wir es bereits einmal in den Raum gebracht haben, daß primär ländliche Gebiete und Grenzgebiete betroffen sein werden. Ich denke an Radkersburg und an viele andere Molkereien, die hier betroffen sind, so sich nicht die Genossenschafter dort auf die Hinterfüße stellen und Entsprechendes unternehmen und ihre Genossenschaften es überleben werden. Sie können jetzt sagen, das stimmt nicht. Leider ist das so, daß der erste Betrieb bereits mit Jahresende geschlossen sein wird. Das ist Leoben. Etwa 45 Arbeiter, 23 Angestellte. (Abg. Buchberger: „Freiwillig!“) Ich weiß, freiwillig. Freiwillig unter dem Zwang, daß die Genossenschaft beschlossen hat, verschwinden dort die Arbeitnehmer! (Abg. Buchberger: „Die Bauern werden wohl selber bestimmen dürfen, ob sie den Betrieb aufrechterhalten oder nicht!“) Und unter diesem Zwang wird es in den Regionen, wo die Standorte sind – wir haben 23 Genossenschaften –, wird es so sein, daß die Arbeitnehmer nur ganz wenige verbleiben. Ich getraue es mir gar nicht zu sagen, wie wenige dort verbleiben. (Abg. Buchberger: „In der Elin waren vor zehn Jahren 3000 Beschäftigte, jetzt sind es 1400!“) Sie werden also ihre Arbeitsplätze verlieren, aber es wird die Absicherung natürlich für den Verband geben. Und da muß man die Aufforderung an die Adresse der Funktionäre, die hier sitzen im Landesparlament, richten, daß sie sich dafür einsetzen, daß dort die Beschäftigung abgesichert wird, daß die Genossenschaften abgesichert werden (Abg. Buchberger: „Der Vorstand und die Mitglieder haben zu entscheiden!“), daß Produktionen dort übernommen werden, die kleinräumig Chancen haben durch die Spezialisierung, daß dort tatsächlich die Existenz der Arbeitsplätze und die Existenz der Bauern abgesichert werden kann. Ich glaube, da können auch Sie nicht dagegen sein, und das fordern wir von Ihnen neben einem Sozialplan für die Beschäftigten, die in diesen Bereichen tätig sind. Es ist so, daß wir das zu Recht fordern. Und bedauerlicherweise muß ich sagen, ich muß es fordern als Sozialdemokrat, weil von den Hauptsprechern hat sich bis jetzt keiner gemeldet. Bitte, mehr als 90 Prozent sind Mitglieder (Abg. Kollmann: „Gott sei Dank hast du dich für Donawitz eingesetzt!“) des ÖAAB, der ÖVP, sind Ihre Klientel, wenn man es politisch sieht. Sie hätten allen Grund, alles für diese Bereiche zu unternehmen, und ich hoffe, daß das passieren wird. Wir haben als Gewerkschaften verlangt, daß da sehr rasch Verhandlungen aufgenommen werden, daß sichergestellt wird, daß in der Steiermark diese Entwicklung nicht Platz greift, die in

diesem Strukturprogramm tatsächlich vorgesehen ist, und daß diese Betriebe erhalten bleiben, weil wir glauben, daß sie im Interesse der Bauern und der Beschäftigten erhalten werden müssen. Ich danke Ihnen. Glück auf! (Beifall bei der SPÖ. – 13.30 Uhr.)

Präsident Meyer: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Präsidenten Buchberger das Wort.

Abg. Buchberger (13.30 Uhr): Liebe Frau Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich bin an das Ordnungsprinzip sehr gewohnt, daher werde ich versuchen, meine Zeit wirklich einzuhalten. Aber darf ich einleitend folgendes sagen: Lieber Freund Franz Zellnig! Wir kennen uns schon längere Zeit oder sehr lange. Du bist ja an und für sich ein Tiefstapler, weil viele von uns im Prinzip gar nicht wissen, welche hohe Funktion du ausübst. Du bist der erste ranghöchste sozialistische Bauer bei uns im Lande, österreichweit. Und die bist logischerweise auch auf Grund deiner Funktion auch im Bundesparteivorstand in der Sozialistischen Partei Österreichs verankert. Und da hast du auf Grund dieser Funktion sicherlich die Möglichkeit, entscheidenden Einfluß zu nehmen auf die Regierungsarbeit bei uns im Lande, auch jetzt in der großen Koalition. Und das Interessante ist ja das, daß du der höchste sozialistische Funktionsträger in Wien bist und direkt am Hebel sitzt und auch die entscheidende Möglichkeit hast, an der großen Politik der sozialistischen Partei in Wien mitzubestimmen, und hier im Hause in Opposition stehst zu dem, was du in Wien tust. So ungefähr sieht es aus. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Zellnig: „Herr Kollege Buchberger, einen Satz dazu. Du hast recht mit deiner Darstellung. Zunichtegemacht wird meine positive Arbeit im Bundesparteivorstand durch die Präsidentenkonferenz, weil sie nicht tut, was ich haben will!“) Meine sehr verehrten Freunde, es ist ja nicht so, daß eine ÖVP-Agrarpolitik in Österreich betrieben wird, sondern auf Grund der Koalitionsvereinbarungen ist es klarerweise so, daß beide großen Parteien entscheidend und bestimmend auch auf die jetzige und künftige Agrarpolitik einwirken. Das ist völlig klar für mich. Du bist nach wie vor ein Tiefstapler bei uns im Lande. Daß du mit deinen Ideen, Franz, in Wien nicht immer durchkommst, ist auch vielleicht eine andere Sache. (Abg. Zellnig: „Auch nicht beim Landwirtschaftsminister!“) Ich kenne auch die Tätigkeit deines Vorgängers, aber darüber wollen wir nicht reden. Der hat halt, wenn ich die Situation auf Wiener Ebene zum Teil miterlebt habe, vielleicht einen größeren Einfluß gehabt wie du in der gegenwärtigen Situation. Ich weiß, wie die Dinge liegen. Ich bedaure das, weil ich immer interessiert war, daß, wenn einer in höchster Ebene tätig ist, auf Wiener Ebene, daß er auch die Interessen seines Landes entsprechend vertritt. Vielleicht werden sich die Zeiten oder die ganze Entwicklung ändern. (Abg. Zellnig: „Vielleicht noch einen Satz. Du brauchst nur die Rede unseres Bundespartei-vorsitzenden Vranitzky auf unserem Landesparteitag lesen. Da ist die neue Landwirtschaft drinnen. Sie hat allerdings drei Seiten und nicht nur drei Zeilen, wie bei der ÖVP. Da steht drinnen, wie ich mir die Zukunft vorstelle!“) Du, das ist mir zuwenig, wenn es nur drinnensteht. Mir geht es um die Realität und daß das, was geredet wird, auch in die Realität umgesetzt wird.

Ich möchte bitten darum, gib mir das Bücherl einmal. Ich habe ja seinerzeit oder vor längerer Zeit auch den Marx studiert, den Engels, warum soll ich vom Zellnig Franz nicht auch einmal etwas lesen!

Meine Herrschaften, ich bin in meiner Zeit sehr beschränkt. Lieber Freund Rainer, ich muß eines sagen. Die Diskussion, was die Strukturmaßnahmen in der Molkereiwirtschaft betrifft, wird breit diskutiert. Ich muß eines sagen, wir müssen in den Molkereiwirtschaften nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen vorgehen und eines dazusagen, die 23 Molkereien, die wir in der Steiermark haben oder im Einzugsgebiet der Agrosserta besser gesagt, die sind autonom.

Meine Herrschaften, die Mitglieder wählen die Funktionäre nach demokratischem Grundprinzip, die Mitglieder wählen die Funktionäre und den Vorstand, und aus der Mitte des Vorstandes wird der Obmann gewählt. So ist die Situation. Es hat daher auch keine Heisch-Studie, der für uns diese Molkereistudie gemacht hat, ein Professor aus Baiern, überhaupt keine Möglichkeit oder die Agrosserta überhaupt auch nur in Nuancen keine Möglichkeit, etwa die Strukturentwicklung zu beeinflussen. Das liegt einzig und allein bei den jeweiligen Genossenschaften, bei der einzelnen Molkerei. Da gibt es keine Diskussion. Die Heisch-Studie ist nur dazu da, um beratend auf die künftige Entwicklung in bezug auf die Molkereistruktur einzuwirken. Und da sage ich eines dazu, man muß ja wissen, wie sich die Milchanlieferung bei uns im Land entwickelt hat. Das war seinerzeit nicht so, daß im süd- oder mittelsteirischen Bereich es ganze Orts- und Dorfgebiete sind, die ohne Milchanlieferung dastehen. Die Milchanlieferung hat sich vom Süden in den Norden entwickelt. Und die Molkereien im mittel- und südsteirischen Bereich stehen jetzt da, aufgebaut auf eine notwendige Frequenz ihres Betriebes, auf eine entsprechende Auslastung. So, die Betriebe stehen da, die Milchanlieferung ist zurückgegangen, und jetzt kommt die Malaise. Jetzt ist es unsere Aufgabe, der Verantwortungsträger, von der Politik her werden wir die Entwicklung nicht beeinflussen, wir werden uns hüten, etwa ähnliche Schritte zu beschreiten, wie seinerzeit Ruhaltinger und Sinowatz. Die haben bestimmt. Der Ruhaltinger und der Sinowatz haben im VOEST-Bereich bestimmt, ob dort reorganisiert werden darf oder nicht. Und beide haben gesagt, nein. Die Vorstandsdirektoren sind dagestanden mit ihrer Weisheit. (Abg. Vollmann: „Bei euch haben die Bauern nichts zu reden, nur die Funktionäre!“) Die Funktionäre sind von den Mitgliedern gewählt worden, meine Herrschaften. (Abg. Vollmann: „Das wissen wir so!“) Seid ihr einmal dabeigewesen bei der Generalversammlung von einer Molkereigenossenschaft? Da wird also gewählt. Logischerweise hat der Verantwortungsträger, der Obmann oder der Obmannstellvertreter, dort auch entsprechend zu entscheiden. Aber wir von der Politik werden diese Entwicklung nicht beeinflussen – das werden wir nicht tun! Jeder Vorstand einer Molkerei ist für seinen Betrieb verantwortlich.

Der Vorstand hat drei Faktoren zu berücksichtigen: a) der Bauer muß, wenn er sagt, wir halten unsere Molkerei aufrecht, laufend monatlich seinen gesetzlich geregelten Milchpreis bekommen (Abg. Zellnig: „Richtpreis, nicht gesetzlich geregelt!“), b) der Arbeitnehmer in dem Betrieb muß alle Monate sein

Geld bekommen, und c) das Endprodukt darf nicht teurer werden.

Wenn er das in der Lage ist durchzuziehen, dann wird die Molkerei sicher aufrechterhalten bleiben. Wenn das nicht der Fall ist, dann muß man logischerweise die Frage stellen, ob man nicht kooperiert, koordiniert, fusioniert oder ähnliche Schritte beschreitet. Das wollte ich also nur zu dem sagen.

Darf ich noch etwas zum Milchwirtschaftsfonds sagen: Meine Herrschaften, bei mir oder bei uns rennt jeder offene Türen ein. Logischerweise muß kontrolliert werden! Warum denn nicht? Man hat ja nichts zu verheimlichen! Und ich sage noch etwas, weil du, Franz Zellnig, die Fondsgeschichten angegriffen hast. Du hast gemeint, wir sollen die Fonds auflösen. Alle Fonds sind nach den einzelnen Berufsgruppen besetzt (Abg. Rainer: „Du kannst das 50mal erzählen, aber in den Verband kann er nicht hinein!“), das heißt, sozialpartnerschaftlich besetzt, der Milchwirtschaftsfonds genauso. Meine Herrschaften, ihr kennt den Mum, ihr kennt den Weiß, ihr kennt den Vajvoda, ihr kennt den Straßnig, ihr kennt den Fachleitner – also, alle Berufsparten sind vertreten: der Gewerkschaftsbund, die Arbeiterkammer, die Kammer der gewerblichen Wirtschaft und die Präsidentenkonferenz. Dort gibt es nur Einstimmigkeit, Freunde; da gibt es keine Mehrheitsbeschlüsse! Und wenn man sagt: „Der oder der ist schuld“, meine Herrschaften, so ist es ja nicht! Die sitzen dort zusammen. Mir das zu verzeihen: Da sitzt die Wiener Partie von mir aus beim Heurigen beisammen – ich nehme da keinen aus –, und dort werden die Beschlüsse gefaßt, und hinten und vorn geht es sich nicht aus.

Ich bin ja nur über eines froh, nämlich daß wir dort noch über eine Milliarde Schilling zur Verfügung haben. Schwieriger wäre es dann, wenn wir eine Milliarde schuldig wären und kein Geld mehr da wäre! (Abg. Grillitsch: „So ist es!“) Das wäre eine Katastrophe! Und ich muß eines sagen: Die Beschlüsse der letzten drei Jahre im Milchwirtschaftsfonds, die nicht gefaßt worden sind, machen ungefähr 600 Millionen Schilling aus, weil sich die Herrschaften Sozialpartner nicht einig geworden sind. Und daher habe ich gar nichts dagegen, Franz: Lösen wir die Sozialpartnerschaft und die Fonds auf, wenn es euch lieber ist. Ich habe immer etwas auf die Sozialpartnerschaft gehalten. Aber wenn es so weit kommen sollte, daß wir die Fonds auflösen und der Milchwirtschaftsfonds eine Sektion im Landwirtschaftsministerium werden sollte, dann ist es dort mit der Sozialpartnerschaft aus, dann ist diese Mitsprachemöglichkeit, wie es sie jetzt gegeben hat, nicht mehr gegeben. Aber ich bin froh – ich sage es noch einmal – (Abg. Zellnig: „Zur Auflösung des Fonds. Ich habe gesagt, ein Milchwirtschaftsfonds, der nur mehr die Aufgabe hat, Produzentenpreise zu verlangen, und das Geld umschichtet, den brauchen wir nicht in dieser Form!“) Es geht ja nicht nur um das, es geht ja um die Ausgleichszahlungen, daß jeder Bauer den gleichen Milchpreis bekommt und verschiedenes mehr. Aber ich bin froh, daß sich da auf Grund des Marktordnungsgesetzes vom 1. Juli 1988 etwas ändert. Ich bin ja froh, daß da eine Änderung eingetreten ist. Bis dato war es ja so, daß derjenige, der Abgänge gebaut hat, von dem etwas bekommen hat müssen, der einen Gewinn erzielt hat. Das ist an und

für sich ein soziales System, aber auf Dauer geht das ja nicht. Im verstaatlichten Bereich – ich kenne mich da ein bißchen aus, weil ich mit der Elin in verschiedenen Dingen recht gut kontaktiere; ich weiß, wie das ist – ist es auch nicht gegangen. Man muß also die einzelnen Fakten durchleuchten, anschauen und eine Änderung herbeiführen. Daher bin ich froh, daß man jetzt auch kontrolliert, und man wird sehen, was da im Fonds herauskommt. Ich befürchte, gar nichts – das sage ich auch. Aber es ist gut, daß eine Änderung kommt, daß wir klare Linien haben. Da haben wir alle miteinander nichts zu verheimlichen, und das wird bestens funktionieren. (Abg. Dr. Dorfer: „Es wird eher eine Peinlichkeit für den Rechnungshof!“) Na ja, das Interessante in dem Zusammenhang war das, daß der Rechnungshof die Prüfung durchgeführt hat, den Rohbericht erstellt hat, und niemand vom Rechnungshof war bereit, auch mit den Herren des Milchwirtschaftsfonds über verschiedene Dinge zu reden. Da ist man einfach abgezogen und hat den Rohbericht in die Öffentlichkeit gegeben, um zu zeigen, daß man halt dort auch vielleicht etwas finden könnte. (Abg. Mag. Rader: „Gestern hat der Fonds schon zugegeben!“) Bitte, wir werden sehen.

Ich sage nur noch einmal: Wir brauchen uns da gegenseitig gar nichts sagen. Die Sozialpartner sitzen dort, und wir werden sehen, wie das geht. (Abg. Vollmann: „Das ist wie in der Verstaatlichten. Da brauchen wir uns gegenseitig nichts zu sagen!“) Du, ich bin froh, daß das so ist: Es muß aufgeklärt werden, wir haben nichts zu verheimlichen. Das waren immer meine Grundsätze: Ordnung muß sein im Laden! Und wenn das nicht mehr der Fall ist, dann können wir alle miteinander zusperrern.

Meine sehr Verehrten – die Freunde von der grünen Ecke sind nicht da –, ich sage eines, aus der Sicht der Landwirtschaft gesehen: Die Grünen an und für sich, wenn es sich nicht um Extremisten handelt, waren immer Freunde der Landwirtschaft und werden es auch in der Zukunft sein. Ob die Grün-Alternativen auch der gleichen Meinung sind, das kann ich nicht unbedingt sagen.

Und was also unsere Freunde hier betrifft – meine Herrschaften, so ist es ja nicht, ihr seid ja an der ganzen Geschichte, wenn es eine miese Entwicklung gegeben haben sollte, wie du meinst, nicht ganz unschuldig. Es hat eine Zeit gegeben, da ist der Murer als Staatssekretär dort gesessen und hat genauso mitbestimmt wie vorher in der großen Koalition, in der kleinen, in der Alleinregierung. Da brauchen wir uns gegenseitig nichts in die Schuhe schieben. (Abg. Weilharter: „Es ist ein Unterschied, ob einer Knecht oder Bauer ist!“) Du, als Staatssekretär – bilde ich mir ein – hat man schon ein bißchen was mitzureden. Und wenn ich mir das Recht nicht herausnehme, dann gehe ich lieber und bleibe dort nicht sitzen. Das ist völlig klar. (Abg. Trampusch: „Der Murer hat keinen Murrer gemacht!“) Ja, das ist eine andere Frage. Das kann ich soweit nicht beurteilen.

Meine Herrschaften, ich darf noch eines sagen: Franz Zellnig, weil du die EG-Frage aufgeworfen hast: Meine verehrten Freunde, mir das zu verzeihen, aber wir waren nie EG-Euphoristen. Franz Zellnig, du weißt das, du kennst meine Aussage diesbezüglich. Ich weiß ganz genau zu unterscheiden, und ich habe da meine

eigenen Grundsätze. Ich weiß, was Kommunismus heißt, der Hochkapitalismus im Westen, und da müssen wir zwischen drinnen aufpassen, daß nicht etwas passiert, auch was die GATT-Bereiche betrifft. Das ist auch nichts Neues. Der Pörtl Erich hat darauf hingewiesen: Wenn Amerika, die USA, Argentinien und Neuseeland bestimmen, wie die Landwirtschaft in Europa sein soll, dann können wir am nächsten Tag zusperren – völlig klar! Daher werden wir schauen, daß da die Dinge richtig laufen. Ich hoffe, daß wir uns da auf höchster Ebene einig sind.

Franz Zellnig, du sitzt im Parteivorstand der Sozialistischen Partei in Wien – ich sage es noch einmal –, und hast Einfluß auf die Regierungsentwicklung bei uns im Lande, als einziger da von uns. Du bist ja der Größte in dem Hause, und du mußt das auch entsprechend auszunützen wissen, dann sind wir mit dir zufrieden, und sonst nicht! (Heiterkeit. – Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 13.44 Uhr.)

Präsident Meyer: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Günther Ofner.

Abg. Günther Ofner (13.44 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine geschätzten Damen und Herren!

Die Rede von Präsident Pörtl hat mich in fast allen Bereichen sehr beeindruckt. Vor allem darum, weil Präsident Pörtl selbst zugibt, daß die Politik des ehemaligen Landwirtschaftsministers Erich Schmid, aber auch unseres Bauernobmannes Franz Zellnig richtig war (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Wo ist der Haiden geblieben?“ – Abg. Dr. Maitz: „Rotweißmalerei!“) und daß dies der einzige Weg ist, liebe Freunde der ÖVP, den Bauern das Einkommen zu sichern, das sie benötigen (Abg. Dr. Maitz: „Das wollen wir auch!“), und natürlich auch den Konsumenten normale Preise sichert. Und wenn Präsident Buchberger sagt, daß unser Bauernobmann ein Tiefstapler ist, so mag er in gewissen Bereichen recht haben, denn er müßte in der Öffentlichkeit viel mehr seine Idee kundtun, der Öffentlichkeit viel mehr sagen, wie recht er in der ganzen Agrarpolitik in den letzten Jahren gehabt hat. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine lieben Freunde, schon beim ersten öffentlichen Untersuchungstag beim Milchausschuß am Dienstag im Parlament in Wien wurde bestätigt, daß im Milchwirtschaftsfonds eine Milliarde Schilling an Konsumentengeldern liegt. Das ist richtig. (Abg. Buchberger: „Wie kommst du darauf? Da verstehe ich die Arbeitnehmervertreter wirklich nicht, daß sie nicht darauf schauen!“) Eine Nachricht, liebe Freunde, die aber die Konsumenten ganz besonders geschockt hat. Warum? Lieber Herr Präsident Buchberger, warum hat das die Bevölkerung so sehr geschockt? Weil sie, wenn diese Milliarde Schilling ausbezahlt worden wäre – die Bauern und vor allem die Konsumenten –, mehr bekommen hätten. Sie hätten für die Milch, für die Butter, für den Käse wesentlich weniger bezahlt als sie das bis jetzt tun mußten. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Da habt ihr sehr schlechte Vertreter!“)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, aber auch insgesamt ist unser Agrarsystem, in Zeiten des Mangels und des Hungers als Verteilungs- und Versorgungssystem konzipiert, alles andere als konsumentenfreundlich. Es wird immer noch zuwenig zur

Kenntnis genommen, daß ganz besonders in Zeiten des Überangebotes der Kunde König ist. Wenn GATT und EG auf unsere Bauern einstürmen, ausländische Produkte unseren Markt überschwemmen und erobern, dann wird es mit den patriotischen Appellen leider nicht mehr gehen. Die österreichischen Konsumenten müssen die absolute Sicherheit als Grundlage für das notwendige Vertrauen haben, unsere Produkte sind besser, unsere Produkte gibt es in reicher Auswahl, und unsere Produkte kommen den Konsumentenwünschen entgegen. Präsident Pörtl hat den ökosozialen Weg angesprochen, und auch beim ÖVP-Parteitag hier in Graz wurde die sogenannte ökosoziale Marktwirtschaft beschlossen. Wörtlich heißt es darin: „Wir vertrauen darauf, daß die Konsumenten immer mehr jenen Gütern den Vorzug geben werden, die sich durch umweltfreundliche Produkte und umweltfreundliche Eigenschaften auszeichnen.“ Und wenige Zeilen weiter: „Unser Grundsatz heißt: soviel Markt wie möglich und soviel Staat wie nötig. Statt auf bürokratische Kontrolle setzen wir mehr auf persönliche Verantwortung und Motivation der Menschen.“

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, müssen wir leider zur Kenntnis nehmen, daß der Landwirtschaftssektor eine reine Domäne der ÖVP und ihres Bauernbundes ist. Vom Ministerium in Wien über das Landesagrarreferat und die Kammern bis zu den diversen Genossenschaftsvorständen ist alles fest in ÖVP-Hand. Aber dann, meine Damen und Herren von der ÖVP, müssen Sie sich die Frage gefallen lassen, warum ist gerade Ihre Domäne Landwirtschaft so meilenweit von Ihren Parteitagebeschlüssen entfernt? Trauen Sie den Bauern und Konsumenten nicht zu, daß sie die richtige Entscheidung treffen? Müssen die Bauern durch eine aufwendige und dementsprechend teure Bürokratie verwaltet und die Konsumenten bevormundet werden? Wer hat denn daran Interesse, wer profitiert davon, meine Damen und Herren, daß es diese direkte Achse Bauern und Konsument nicht gibt? Daß ihr Aufbau mit den bürokratischen Schikanen behindert wird? Und ich darf gerade als Bürgermeister einer Landgemeinde sagen und den Vorwurf an unser momentanes Agrarsystem stellen, wir kämpfen um jeden Arbeitsplatz, am besten direkt in der Gemeinde, aber zumindest in der Region und in der Umgebung. Und was bewirkt unser Agrarsystem, meine Damen und Herren? Das Gegenteil! Die Arbeitsplätze in der Landwirtschaft werden immer weniger, weil die Bergbauern als Rohstofflieferanten zuwenig Anteil an der Wertschöpfung haben, aber auch gegen die Gunstlagenbauern – das sind meines Erachtens die Marchfeldbauern – nicht konkurrenzfähig sind. In der Weiterverarbeitung der Nahrungsmittel haben wir auch keine Arbeitsplätze mehr, weil der Transport in die Ballungszentren gefördert und bezahlt wird, und zur Aufrechterhaltung der Nahversorgung werden dann die fertigen Lebensmittel wieder zu uns zurückgebracht. Leider Gottes ist es auch, wenn ich nur von meiner Region hier spreche, von der Molkerei Neumarkt, so, daß jetzt 25 Arbeiter gekündigt werden, die Milch abgeliefert wird, in einem ganz anderen Bereich verarbeitet wird und dann als fertiges Produkt wieder in diese Region zurückgeliefert wird. (Abg. Buchberger: „Zentralversammlung!“) Herr Präsident Buchberger, du hast gesagt, der Vorstand hat zu entscheiden, wenn eine Molkerei geschlossen wird. Der Vorstand

hat zu entscheiden, wenn Arbeiter gekündigt werden. Du hast schon recht, aber auf der Strecke bleibt der Arbeitnehmer, seine Familie. Das ist das Problem. Und da ist noch die Schwierigkeit, Herr Präsident Buchberger (Abg. Buchberger: „Reden wir von der Verstaatlichten!“), daß meistens gerade – (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Zehntausende Arbeitsplätze sind in der Obersteiermark verlorengegangen. Wir kämpfen gemeinsam um die Arbeitsplätze. Du brauchst dich nicht aufspielen!“) Gerade das wollte ich sagen, aber gerade diese Arbeitnehmer in den Landgenossenschaften, in den Molkereien leben in Regionen, wo es keine zusätzlichen Arbeitsplätze gibt, leider nicht! Der Arbeiter bleibt auf der Strecke. Und dann bleibt nur ein Ziel: zum Arbeitsamt zu gehen. Dort zu stempeln, und dann wird er als Sozialschmarotzer gerade in den Bereichen der Konservativen angesehen. (Abg. Buchberger: „Was heißt konservativ? Gott sei Dank!“)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wer wird denn eigentlich Funktionär in einer Molkerei? Nur jener, der ein braver und guter ÖVP-Funktionär ist. Das sollte eigentlich auch jedem einmal klar gesagt werden. Meine sehr geehrten Damen und Herren! (Abg. Buchberger: „Du bist auch Genossenschaftsfunktionär, soweit ich richtig informiert bin!“) So widersprüchlich das klingt: Fast muß man dem GATT in Genf dankbar sein, daß er uns zwingt, auch in der Agrarpolitik endlich neue Wege zu gehen. So lange nicht ein voller Außenschutz an der Grenze da ist, sollten wir uns vor allem am Osten ein Beispiel nehmen: Glasnost und Perestrojka rasch in unser veraltetes Agrarsystem! (Beifall bei der SPÖ. – 13.54 Uhr.)

Präsident Meyer: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Grillitsch das Wort.

Abg. Grillitsch (13.54 Uhr): Frau Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich glaube, grundsätzlich zur Debatte darf man wohl sagen, es ist vor allem auch überall durchgeklungen, zumindest vom Bauern voll anerkannt, daß sich die Agrarpolitik seit 1986 wiederum für die Bauern und zugunsten der Bauern geändert hat. (Abg. Weilharter: „Auch in der Steiermark!“) Auch in der Steiermark (Beifall bei der ÖVP.), weil letztlich die steirischen Bauern auch österreichische Bauern sind und wir steirische Bauern selbstverständlich auch in dieser Zeit immer in der Lage waren, unsere Bauern nach Möglichkeit so zu behandeln, wie es die Möglichkeiten erlaubt haben. (Abg. Günther Ofner: „Du weißt aber, daß das Bauern-einkommen gerade in den letzten Jahren gesunken ist!“) Um Gottes willen! Um Gottes willen! Natürlich ist in dieser Sphäre, in dieser Politik der Abstand zum Industriearbeiter immer wieder größer geworden. Aber ich muß jetzt, wenn du mich so direkt herausforderst, schon auch sagen, warum behaupte ich – seit 1986 hat es geendet –, wir waren 1986 so weit, daß wir gerade in der Agrarpolitik vor dem Nichts gestanden sind. Und Sie haben hier das Papier des Koalitionsabkommens. Ich nehme an, der Kollege Zellnig wird es sicher auch haben, und vielleicht wäre es möglich, daß du deinem Kollegen das auch einmal zum Lesen gibst, wo von beiden Großparteien vereinbart wurde, auch die Situation im Agrarsektor – wir hatten 1,3 Milliarden damals an Schulden, an Verpflichtungen, an Exporten. Wir hatten einen Abgang im Budget von 1,3 Milliar-

den, den sich Riegler in den Koalitionsverhandlungen herausgehandelt hat, damit es überhaupt weitergegangen ist. Und, lieber Franz Zellnig (Abg. Zellnig: „Jetzt horch zu, ich will einen Zwischenruf machen. Das ist die Bestätigung, daß ihr vorher bei der sozialistischen Alleinregierung die Bauern angelogen habt, weil ihr gesagt habt, der Haiden hat zuviel kassiert, und dann ist herausgekommen, daß es zu wenig war!“), ich wollte das eigentlich nicht machen. Ich habe da ein Kuvert mit, in dem liebe Briefe sind. Da steht „menschlich – ehrlich – steirisch“, und überall ist der Franz Zellnig vorne oben. Und das geht zurück bis in das vierundachtziger Jahr. Und, Kollege Zellnig, vielleicht kann ich dir das zum Lesen geben (Abg. Zellnig: „Ich habe das so alles!“), dann weißt du, was du im vierundachtziger Jahr den steirischen Bauern geschrieben hast, und wenn man vielleicht das Protokoll der heutigen Sitzung noch dazugeben könnte, dann könnte man dort hinkommen, wo es heißt: „ehrlich“ (Abg. Zellnig: „Ehrlich!“) und so weiter. Ich nehme die andere Zeitung gar nicht her, die im Sommer dieses Jahres gekommen ist. Ich habe sie auch da bei meinen Unterlagen. Nein, du kennst ja selber deine Schreibweise. Ich wollte das wirklich nicht machen – ich habe das auch gesagt –, aber wenn du mich in dieser Hinsicht forderst, können wir eine Konfrontation bitte haben, und zwar mit Beweisen, von dir geschrieben, die hier in diesem Kuvert drinnen sind.

Und wenn du heute auch behauptet hast, was in dieser Bauernvertretung in den letzten 90 Jahren übriggeblieben ist, dann muß ich sagen, daß wir eigentlich stolz sind auch auf die Entwicklung innerhalb der Bauernschaft. Der Bauernstand ist ein Berufsstand, der auf sich stolz sein kann und es auch immer war und der sich von euch auch in der Regierungszeit nicht auf den Boden kriegen hat lassen. Und wenn du in einem Schreiben hier schreibst: „Was soll denn Haiden schon machen?“ – das steht wörtlich hier drinnen; „menschlich – ehrlich“ und was weiß ich, wie das „Kaswerk“ heißt; das steht drinnen, bitte: „Er hat ja keine Möglichkeit!“, ja, meine Damen und Herren, ein Minister genauso wie ein Staatssekretär, wenn er sein Amt ernst nimmt, hat alle Möglichkeiten in seiner Verantwortlichkeit. Bitte, schaut in der Verfassung nach – der Herr Landeshauptmannstellvertreter wird mir das bestätigen –, das ist einfach so! Und Riegler hat letztlich auch diese Möglichkeit wahrgenommen (Abg. Günther Ofner: „Aber nicht wegen der Milliarde, die er hätte auszahlen sollen. Das hat er vergessen!“), auch in seinen Entscheidungen, meine Damen und Herren. Und daß wir heute das Marktordnungssystem geändert haben, wo in dieser Änderung schon vorausgegeben wurde, daß man natürlich auch über die ganze Molkereiwirtschaft, über den ganzen Einfluß der Sozialpartnerschaft in diese Bereiche reden muß, daß man das reformieren muß, der Zeit anpassen muß, das war die Idee Rieglers 1986 bei Beginn der Diskussion über die Änderung der Marktordnung. Und in der Marktordnung, die 1987 geändert wurde, ist das dann bitte auch festgelegt worden.

Und wenn hier einige Dinge offengeblieben sind, zumindest dort, wo Ofner versucht hat, ein falsches Bild hervorzurufen, was die Kontrolle im Milchwirtschaftsfonds anlangt, so hat das Pertl Buchberger sehr, sehr deutlich gesagt: Wir fürchten uns nicht und haben

uns vor keiner Kontrolle gefürchtet. Im Gegenteil, wir Bauern sind froh, daß das gemacht wird.

Erinnern Sie sich an die vorjährige Diskussion: Der Kollege Rainer ist hier gestanden: „26 Milliarden Schilling für die Bauernschaft! Mehr für die Verstaatlichte!“, hat es geheißt. Er hat einfach einen Topf zusammengenommen, was gar nicht gepaßt hat, und in Wirklichkeit war er sich sehr wohl bewußt, daß gerade seine Kollegen, die großen Herren Gewerkschafter, in Wien sehr entscheidend in dieser Sozialpartnerschaft mitreden, vor allem in der Milchwirtschaft. Und durch diese Überprüfung, glaube ich, sind hier die Dinge klargestellt worden. Jawohl, wir können die Dinge nicht mehr weiterschieben, wir müssen dem Gesetzauftrag nachkommen, und die Herren Gewerkschafter haben die Verzögerungstaktik bereits aufgegeben.

Und zu dieser Milliarde, weil es in den Raum gestellt wurde, und wenn ich sage „Verzögerungstaktik“: Schauen Sie, 500 Millionen Schilling sind von dieser Milliarde vorgesehen, die die Molkereien zu kriegen haben. Es gibt vier Molkereien in Österreich, wo die Abrechnung mit dem Fonds von 1985 noch nicht in Ordnung ist. 500 Millionen Schilling für das, 200 Millionen Schilling sind, weil wir ja von Haus aus eine großartige soziale Einstellung auch zu unseren Mitarbeitern in allen Gebieten haben, für die Arbeitnehmer und für die Strukturbereinigung vorgesehen.

Und ich lasse mir die Vorwürfe, Karl, die du voriges Jahr gemacht hast, auf keinen Fall machen. Man wird uns da im privatwirtschaftlichen Denken von anderen Betrieben wesentlich unterscheiden, und wir sind im Genossenschaftsbereich zu unseren Arbeitnehmern in jeder Hinsicht sozial.

Und hoffentlich reichen die restlichen 300 Millionen Schilling auf diese Milliarde. In der jetzigen Entscheidung Preissenkung der Produkte, was auch Riegler 1987 schon in der Marktordnung diskutiert hat. Unsere Produkte müssen billiger werden. Der Abstand zur EG war eben mit 60 Groschen zu groß. Und letztlich wissen wir, daß gerade die österreichische Molkereiwirtschaft die höchste Qualität erzeugt, und wenn wir vernünftig und wirklich ehrlich, Franz, zusammenarbeiten und nicht mit der Mistmacherei – (Abg. Weilharter: „Aber nicht nur wie ihr wollt!“) Du, schau, ein Brieferl habe ich auch für dich da. Da schreibt ein Jörgi Haider – das soll jetzt der Landeshauptmann von Kärnten sein, als solcher hat er schon geschrieben; vielleicht lasse ich es dann lesen; jawohl „Landeshauptmann des Bundeslandes Kärnten“ – in einer Entschuldigung: „... und bitte, von einer gerichtlichen Klage Abstand zu nehmen.“ Und man muß auch mit solchen Äußerungen, gerade wie du sie heute gemacht hast, im Hinblick auf den Kontrollverband wirklich vorsichtig sein. (Abg. Weilharter: „Da brauche ich mich nicht belehren lassen!“) Ich, als Verantwortlicher des Kontrollverbandes, würde vom Steiermärkischen Landtag die Aufhebung der Immunität verlangen, und die würde dort hinführen, wie es leider deinem Chef bald gehen wird. Das ist ja auch nicht immer das beste.

Aber das meine ich, und das wollte ich auch hier sagen: Befetzen wir uns doch nicht gegenseitig mit solchen Mistdingen, wo wir die große Verantwortung wirklich gemeinsam tragen müssen, die in diesem Papier vereinbart wurde und wo wir letztlich als Politiker alle die Verpflichtung haben, das Beste für die

Menschen zu tun, die uns letztlich auch wählen und wählen sollen. Und man soll gerade den Berufsstand der Bauern, bitte, als diesen Berufsstand behandeln, den er wirklich verdient. Weil die Aufgabe des Bauern geht heute weit über die Produktion von Nahrungsmitteln hinaus. Und ich sage euch eines: Wenn ihr heute auch lacht über den ökosozialen Weg – das war der einzig richtige Weg und die einzig richtige Entscheidung, auch unsere schöne Heimat in der Form der Naturlandschaft zu erhalten. (Beifall bei der ÖVP.) Und wenn Riegler vor einigen Wochen in der Deutschen Bundesrepublik für diesen ökosozialen Weg eine sehr hohe Staatsauszeichnung bekommen hat, dann trifft das zu, was Erich Pörtl auch heute schon gesagt hat, nämlich daß man weit über Österreich hinaus, zumindest in Europa, die Situation erkennt und daß man weiß, daß man die Natur nicht immer mißbrauchen kann.

Und, meine sehr geschätzten Damen und Herren, wenn sich auch die Einkommenssituation, was Ihnen scheinbar ein bißchen weh tut, in den letzten Jahren innerhalb der Bauernschaft verbessert hat, wirklich verbessert hat, so gibt es leider immer gewisse Unterschiede (Abg. Zellnig: „Leider!“), und wir wissen über die Situation im kleinstrukturierten Grenzland, und der Herr Landesrat hat in der Budgetvorsorge reagiert, genauso wie im Vorjahr. Man muß natürlich diese Dinge laufend auch verbessern, und man wird sie verbessern. Man wird sich gerade dort, wo die Milch sicher nicht mehr vorhanden ist, aber gute andere hochqualitative Produkte produziert werden, um die Vermarktung rechtzeitig kümmern.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren, das Agrarsystem braucht eine ordentliche Vermarktung. Ich habe großes Verständnis auch für die Direktvermarktung, das ist sicher für einige möglich. Wir haben auch in unserem Bezirk Beispiele, für einige möglich. Aber es soll der Bauer neben Fohnsdorf oder der Bauer neben Graz – der hat sicher die besseren Möglichkeiten in der Direktvermarktung – aber auch seine Möglichkeit haben, für sein Produkt das Entsprechende zu bekommen. Und da brauchen wir den entsprechenden Ausgleich. Um diesen Ausgleich haben wir uns auch immer bemüht. Wenn wir heute Zufriedenheit in der ganzen Viehwirtschaft haben, wo sich die Preise wirklich verbessert haben und wo wir auch dabei sind, wirkliche Qualität zu produzieren – denkt an die Almochsen, ich war vor einigen Monaten in Wien und habe dort von einem Hotelier gehört, die Produktion müßt ihr noch steigern. (Abg. Zellnig: „Das gilt nur für einige!“) In seinem Hotel – hat er gemeint – spielt das keine Rolle, wenn das Urprodukt auch ein bißchen mehr bekommt, aber er bekommt es gar nicht so, wie er es immer braucht. Folglich müssen wir noch stärker gerade auf dem Gebiet auch in die Qualitätsproduktion hinein. Wir haben am Schweine-sektor neben den strengen Zuchttrichtlinien und den ständigen Qualitätskontrollen das „Porky“ entwickelt, was am Markt super ankommt und was wirklich auch eine Chance für viele kleinstrukturierte Bauern bringt. Und, meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wir haben auch eine zufriedenstellende Situation in der ganzen Forstwirtschaft. Nur, lieber Franz Zellnig, die Agrarproduktion und die forstliche Produktion in der Form zu vergleichen, wie du es heute versucht hast, da